

ZÜRCHERISCHE FORSTPOLITIK UND LANDESVERWALTUNG IM ANCIEN REGIME

ABHANDLUNG

zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät I
der

UNIVERSITÄT ZÜRICH

vorgelegt von
PETER WITSCHI
von
Bollingen (BE)

Angenommen auf Antrag von
Herrn Prof. Dr. H.C. Peyer

ADAG Administration & Druck AG

Zürich 1981

ZÜRCHERISCHE FORSTPOLITIK UND LANDESVERWALTUNG IM ANCIEN REGIME

ABHANDLUNG

zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät I
der
UNIVERSITÄT ZÜRICH

vorgelegt von
PETER WITSCHI
von
Bollingen (BE)

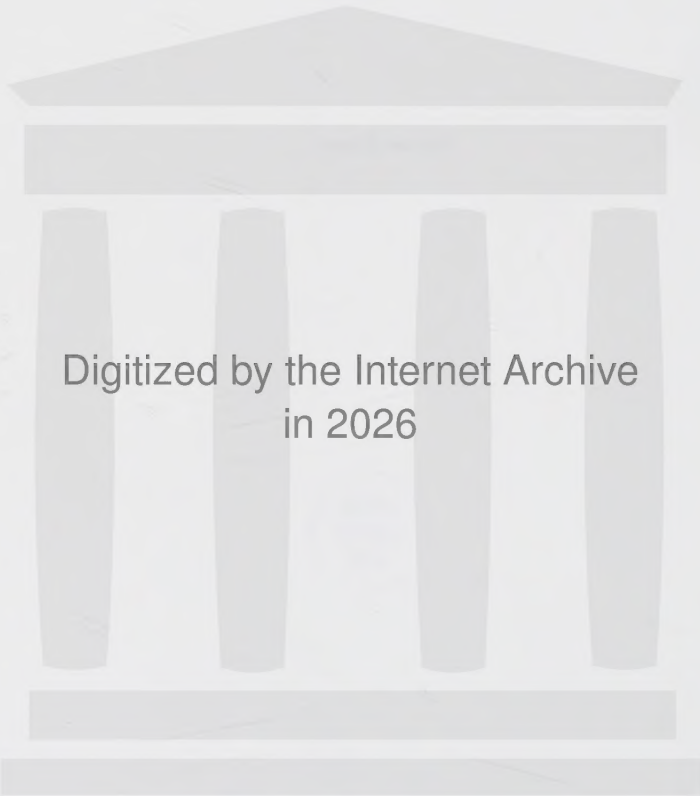
Angenommen auf Antrag von
Herrn Prof. Dr. H.C. Peyer

ADAG Administration & Druck AG

Zürich 1981



Meinen Eltern



Digitized by the Internet Archive
in 2026

VORWORT

Die vorliegende Arbeit entstand in den Jahren 1977 - 80 auf Anregung und unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. H.C. Peyer als Dissertation an der Universität Zürich. Ihm sei für die engagierte Betreuung an dieser Stelle herzlich gedankt. Danken möchte ich auch dem Personal des Staatsarchivs Zürich, wo ich lange Zeit "ständiger Gast" war. Wertvolle Hinweise und Anregungen vermittelte mir Herr Dr. E. Krebs, Alt-Forstmeister in Winterthur.

Ein letzter Dank gilt den verschiedenen Spendern, die zur Herausgabe dieser Arbeit finanzielle Beiträge leisteten.

Zürich, im Mai 1981

Peter Witschi

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG

1

ERSTER TEIL : STAATLICHE FORSTHOHEIT UND GEMEINDEAUTONOMIE

1.	VORBEMERKUNG	3
2.	DIE VERMOEGENSVERHAELTNISSE DER ZUERCHER GEMEINDEN	
2.1.	Die Gemeindegüter	6
2.2.	Die regionale Verteilung des Allmendlandes	10
2.3.	Allmendgut, Einzugspolitik und Industrialisierung	15
2.4.	Die Gemeinwälder der Zürcher Landschaft	22
3.	DIE MOTIVE DER OBRIGKEITLICHEN FORSTPOLITIK	
3.1.	Relevante Ursachen landesherrlicher Forstpolitik	33
3.2.	Zeitgenössische Rechtfertigung der Forstpolitik	35
3.3.	Die Motive der zürcherischen Forstpolitik	
3.3.1.	Holznot als Vorwand ?	37
3.3.2.	Walderhaltung und Gemeinwohl	38
3.3.3.	Bedeutung jagdlicher Interessen	39
3.3.4.	Sorge für das Gewerbe	40
3.3.5.	Ausbau der Staatsforste	40
4.	DIE ANSATZPUNKTE DER OBRIGKEITLICHEN FORSTPOLITIK	
4.1.	Streitigkeiten zwischen Gemeinden um Wald und Weide	43
4.2.	Innerdörfliche Konflikte um Gemeingüter	
4.2.1.	Ausbildung der Dorfgerechtigkeiten	45
4.2.2.	Soziale Spannungen	49
4.3.	Die Abschliessung der Gemeinden gegen Aussen	55
5.	DIE DURCHSETZUNG DER STAATLICHEN FORSTHOHEIT	
5.1.	Anfänge staatlicher Forstpolitik im 15. und 16. Jahrhundert	59

5.2.	Die Politik der Holzordnungen	
5.2.1.	Inhalt und Zweck der Holzordnungen	64
5.2.2.	Die Rolle der Obrigkeit	65
5.2.3.	Die Kontrolle der Gemeindeverwaltung	69
5.2.4.	Die Aufsicht über die Gemeinwälder	70
5.2.5.	Die Forstgerichtsbarkeit	71
5.2.6.	Die Regelung der Waldnutzungen	78
5.2.7.	Die waldbauliche Behandlung	84
5.3.	Amtsrechte und Mandate als Mittel der Forstpolitik	
5.3.1.	Der forstwirtschaftliche Gehalt der Amtsrechte	90
5.3.2.	Die obrigkeitlichen Mandate betr. Gemeinwälder	92
5.4.	Die Zurückdrängung der niedern Gerichtsherren	94
6.	ZUSAMMENFASSUNG	101

ZWEITER TEIL : FORSTPOLITIK UND LANDESVERWALTUNG AM BEISPIEL DER WALDUNGEN DES KLOSTERAMTS RUETI

1.	VORBEMERKUNG	110
2.	DAS KLOSTERAMT RUETI	
2.1.	Die Prämonstratenserabtei Rüti	112
2.2.	Das Klosteramt Rüti (1525 - 1833)	114
3.	DIE WALDUNGEN	
3.1.	Die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse	
3.1.1.	Die Klosterwälder	117
3.1.2.	Die Amtswälder	118
3.2.	Die Verwaltung der Amtswälder	119
3.2.1.	Die Bannwarte	120
3.2.2.	Die Amtsverwaltung	122
3.2.3.	Der Rechenrat	125
3.3.	Die Stellung der Lehenwälder	127
4.	DER RUETIWALD	
4.1.	Ueberblick	132
4.2.	Die Nutzungsverhältnisse	
4.2.1.	Das Amt	134
4.2.2.	Die Lehenleute	136
4.3.	Obrigkeitliche Mandate und Sanierungsmassnahmen	138
4.4.	Die forstliche Zustandsentwicklung	141
5.	DIE WALDUNGEN AM TOESSSTOCK	
5.1.	Ueberblick	145
5.2.	Der Wald als Streitobjekt	
5.2.1.	Die Grenze am Dägelsberg	147
5.2.2.	Die Alpen Poo und Scheidegg	148
5.2.3.	Der Tössstock	150
5.3.	Die Nutzungsverhältnisse	
5.3.1.	Die Verhältnisse bis 1750	154
5.3.2.	Die Entwicklung nach 1750	156

5.4.	Die waldbaulichen Verhältnisse	
5.4.1.	Die Alpwälder von Scheidegg	164
5.4.2.	Die Alpwälder von Poo	165
5.4.3.	Der Tössstock	165
6.	DIE UEBRIGEN AMTSWAELDER	
6.1.	Die älteren Amtshölzer	167
6.2.	Der Sennwald	168
6.3.	Der Tägernauer Wald	169
7.	ZUSAMMENFASSUNG	170
	<u>SCHLUSSWORT</u>	175
	ANMERKUNGEN	177
	LITERATURVERZEICHNIS	201

ZUERCHERISCHE FORSTPOLITIK UND LANDESVERWALTUNG IM ANCIEN REGIME

EINLEITUNG

Seit mehr als 30 Jahren befindet sich eine Gesamtdarstellung der Forstgeschichte des Kantons Zürich in Bearbeitung. 1965 erschien der zweite Band, der die Zeit von der Helvetik bis zur Gegenwart behandelt. Der erste Band, der die forstliche Entwicklung vor 1798 wiedergeben soll, dürfte demnächst publiziert werden. Die Gesamtdarstellung widmet sich vorwiegend der Geschichte des Forstwesens und der Forstwissenschaft. Auch die vorliegende Arbeit befasst sich mit der Zürcherischen Forstgeschichte; ihr Hauptthema ist die Untersuchung der obrigkeitlichen Forstpolitik im Ancien Régime unter Einbezug verfassungsgeschichtlicher Problemstellungen. Anders gesagt, es geht um das Verhältnis von Macht und Freiheit in der Forstgeschichte (1). Ausgangspunkt für die Entwicklung einer zentralen Forstpolitik war das obrigkeitliche Postulat der staatlichen Forsthoheit. Daher zielten letztlich alle forstlichen Massnahmen der Obrigkeit auf die landesweite Durchsetzung dieses Anspruchs ab.

Bereits gegen Ende des 15. Jahrhunderts erstreckte sich die staatliche Einflussnahme auf sämtliche Wälder ohne Rücksicht auf die Besitzform. Zunächst hatte man bloss die in der Umgebung von Zürich gelegenen Stadtsforste einer schärferen Aufsicht unterzogen. Dann verstärkte man die staatliche Kontrolle in den übrigen obrigkeitlichen Waldungen. Die sogenannten Vogteiwälder waren in der Regel als Bestandteil der von Zürich erworbenen Herrschaften in die Hand der Obrigkeit gekommen. Die Amtswälder stammten von den in der Reformationszeit säkularisierten Klöstern. Durch die Verstaatlichung der geistlichen Stiftungen wurde die Stadt mit einmal zum weitaus bedeutendsten Grundherr und Waldbesitzer im Kanton. Die Vogtei- und Amtswälder galten als Eigentum der Obrigkeit, und sie dienten in erster Linie zur Holzversorgung der zahlreichen Landvogtschlösser und Amtshäuser. Meist jedoch war die Landesherrschaft nicht alleinige Nutzniesserin; je nach den überkommenen Verhältnissen verfügten Gemeinden und Private über kleinere oder grössere Mitnutzungsrechte an Weide und Holz. Manchenorts überstieg das Ausmass dieser Servitute gar den obrigkeitlichen Nutzungsanteil. Mit der Säkularisierung der Klöster gelangten auch Hunderte von zinspflichtigen Lehenhöfen an die städtische Obrigkeit. Wie bis anhin verblieben die den einzelnen Bauerngütern zugehörigen Lehenwälder den Hofbesitzern zur Sondernutzung. Iminenhin

behielt sich die Regierung gewisse Obereigentumsrechte vor. Zuletzt nahm die Obrigkeit auch Einfluss auf die dörflichen Gemeinwälder und die Eigenwälder der Niedergerichtsherren.

Anhand zweier Beispiele wollen wir die Entwicklung der zürcherischen Forstpolitik verfolgen. Im ersten Teil geht es um die Darstellung der obrigkeitlichen Politik gegenüber den ländlichen Gemeinwäldern. Dabei treten verschiedenartige politische Kräfte in Erscheinung. Dem landesherrlichen Anspruch auf Forsthoheit stellt sich das Autonomiebestreben der bauerlichen Gemeinden entgegen, und zwischen beiden stehen die an der Erhaltung ihrer Machtpositionen interessierten niedern Gerichtsherren. Der zweite Teil befasst sich mit der Politik der Zentralgewalt gegenüber den obrigkeitlichen Waldungen, wobei das Schwergewicht auf der Untersuchung der Waldungen des Klosteramtes Rütli liegt. Da die Geschichte der eigentlichen Stadtwaldungen am Zürichberg und im Albisgebiet bereits eingehend behandelt wurde, soll das Augenmerk für einmal auf die in den territorialen Randzonen gelegenen obrigkeitlichen Waldungen gerichtet werden (2). Ziel dieser Ausführungen ist es zu zeigen, wie sich die Einstellung der Landesherrschaft zum Wald im Laufe der Zeit änderte. Massstab für diese Einstellung ist die Waldbehandlung und die Waldwertschätzung, die sich auf verschiedenste Arten äussern. Doch auch hier gilt es, die den obrigkeitlichen Massnahmen zugrunde liegenden Interessen aufzudecken.

Die vorliegende Arbeit erhebt nicht den Anspruch, eine erschöpfende Gesamtdarstellung der zürcherischen Forstpolitik im Ancien Régime zu sein. Sie soll in erster Linie deutlich machen, dass die landesherrliche Politik nicht bloss ein forstliches Führungsinstrument bildete, sondern auch als staatliches Machtmittel gegenüber der Landschaft Bedeutung hat.

- (1) vgl. Rubner, Heinrich. Macht und Freiheit in der Forstgeschichte. In : XIV. IUFRO-Kongress. Referate, I. München 1967, S. 71 - 82
- (2) Die frühere Waldnutzung und Bewirtschaftung der Stadtwaldungen wurde bereits verschiedentlich bearbeitet (vgl. Publikationen von Ulrich Meister, Leo Weisz und Ernst Krebs).
Die eingangs erwähnte Gesamtdarstellung "650 Jahre Zürcherische Forstgeschichte" enthält ausführliche Abhandlungen zur Geschichte der einzelnen Amts- und Vogteiwälder.

ERSTER TEIL : STAATLICHE FORSTPOLITIK UND GEMEINDEAUTONOMIE

1. VORBEMERKUNG:

Die im Hochmittelalter beginnende Umgestaltung der Grundherrschaft führte im schweizerischen Raum zu erheblichen Verbesserungen der wirtschaftlichen und rechtlichen Situation des Bauernstandes. Die wachsende Selbständigkeit des einzelnen Bauern fand ihre Entsprechung in einer zunehmenden Autonomie der Genossame. Grundlage der dörflichen Genossenschaft bildeten der gemeinschaftlich geregelte Zelgenanbau und die Allmendnutzung. Nach und nach ging das ehemals grundherrlich kontrollierte Allmendland in bäuerlichen Gemeinbesitz über. In der Folge entstand aus dem Wirtschaftsverband der Dorfgenossen allmählich eine mit Selbstverwaltungsrechten ausgestattete politische Gemeinde. Dem Autonomiestreben der zürcherischen Landgemeinden stellte sich schliesslich die städtische Obrigkeit entgegen, die im Laufe des 14./15. Jahrhunderts die Landeshoheit über ein beträchtliches Territorium errungen hatte. Indem die Obrigkeit viele herrschaftliche Rechte in ihrer Hand zu konzentrieren vermochte und die Untertanengebiete mit einer straffern Verwaltung überzog, konnte sie die Staatsgewalt beträchtlich ausdehnen und verstärken. Schrittweise erlangte sie die Kontrolle über die Gerichtsbarkeit, das Militär, das Steuerwesen, die Kirche und andere Bereiche.

Schon früh postulierte die Stadt zudem ein allgemeines Forstregal, welches neben dem Wildbann auch die Obergewalt über alle innerhalb des Staatsgebietes gelegenen Waldungen umfasste (1). In seiner 1963 veröffentlichten Geschichte der Zürcher Jagd hat Albert Lutz anhand vieler Quellen die Ausbildung der staatlichen Jagdhoheit geschildert. Dem ersten Teil meiner Arbeit liegt folgende Problemstellung zugrunde: Inwieweit konnte die Obrigkeit ihren Anspruch auf Forsthoheit in die Tat umsetzen?

Bereit gegen Ende des 14. Jahrhunderts hatte die Regierung damit begonnen, die stadteigenen Waldungen im Albisgebiet einer strengeren Reglementierung zu unterwerfen. Seit dem 16. Jahrhundert wurde auch in den übrigen obrigkeitlichen Forsten die landesherrliche Kontrolle verstärkt. In einer dritten Phase versuchte die Regierung, die staatliche Obergewalt auf die dörflichen Gemeinwälder auszudehnen, was unweigerlich auf Kosten jener Leute gehen musste, die bisher die Verfügungsgewalt über die Gemeinwälder innegehabt hatten. Dabei konnte sich die Obrigkeit nicht mehr auf wohlverworbene Rechte berufen,

sondern musste ihre Politik anderswie zu legitimieren suchen. Hier aber sollte sich entscheiden, ob die Zentralgewalt in der Lage war, die von ihr beanspruchte Forsthoheit durchzusetzen.

Den Gemeinwäldern kam in mehrfacher Hinsicht grosse Bedeutung zu. Einerseits überstieg im Ancien Régime deren Gesamtfläche die aller übrigen Waldkategorien. Andererseits stellten sie für die ländlichen Gemeinden die wichtigste Einnahmequelle dar. Zudem bildete der Gemeinwald eine wesentliche Grundlage der dörflichen Wirtschaft.

Allein schon die Verstärkung der obrigkeitlichen Kontrolle über die Amts- und Vogteiwälder bereitete der Regierung etliche Schwierigkeiten. Um wieviel schwerer musste es ihr fallen, Aufsicht, Nutzung und Bewirtschaftung der Gemeinwälder in den Griff zu bekommen.

Hauptthema meiner Ausführungen ist die Darstellung der landesherrlichen Politik gegenüber den dörflichen Gemeinwäldern vom 15. bis 17. Jahrhundert. In diesem Zusammenhang sollen folgende Fragenkomplexe untersucht werden:

- Wie haben sich die Landgemeinden als politische und wirtschaftliche Körperschaften in der frühen Neuzeit unter zürcherischer Landeshoheit entwickelt? Welche Bedeutung kam dabei dem Allmendland zu?
- Was waren die Ursachen und Motive für die staatliche Einflussnahme? Mit welchen Mitteln versuchte die Regierung, ihren Anspruch auf Forsthoheit durchzusetzen?
- Welche forstwirtschaftlichen Leitgedanken vertrat die Obrigkeit in der frühen Neuzeit?
- Inwiefern wurde die Verfügungsgewalt der herkömmlichen Waldbesitzer eingeschränkt?

Meines Wissens befasste sich keine der bisher publizierten Arbeiten zur zürcherischen Forst- und Verfassungsgeschichte eingehender mit der oben erläuterten Problemstellung. Auch die umfangreiche regional - und lokalgeschichtliche Literatur gibt diesbezüglich erstaunlich wenig her. Angesichts dieser Ausgangslage drängten sich eingehende Quellenstudien auf. Da die älteren Aktenbestände des Staatsarchivs Zürich nicht detailliert erschlossen sind, lag anfänglich das Hauptproblem darin, den Zugang zu den für die Fragestellung relevanten zeitgenössischen Dokumenten zu finden. Als nützlich

erwiesen sich für die Quellensuche insbesondere das sogenannte "Blaue Register" sowie das "Meyersche Promptuar der Ratsmanuale". Ausserdem fand ich wertvolle Hinweise in der Sammlung der ländlichen Rechtsquellen des Kantons Zürich, deren Edition leider in den Anfängen stecken blieb (2).

Im übrigen gilt es festzuhalten, dass nicht allein für Zürich, sondern auch für die andern eidgenössischen Städteorte umfassende Abhandlungen zur obrigkeitlichen Forstpolitik fehlen (3). Dagegen existieren für den deutschen und französischen Raum mehrere Studien, die gleiche oder ähnliche Fragestellungen behandeln. Am Schluss meiner Arbeit soll der Versuch unternommen werden, die zentrale Forstpolitik der Zürcher Obrigkeit anhand vergleichender Betrachtung in einen grösseren Zusammenhang zu stellen und zu beurteilen.

1 vgl. Wirz, W. die Forstpolitik der südwestdeutschen Forstordnungen, Diss Freiburg i.B. 1953. S. 7 ff.

2 vg. Hoppeler, R. (Hsg.) Die Rechtsquellen des Kantons Zürich. 2 Bde. Aarau 1910/1915.
Anton Largiadèr hat diese Quellensammlung weitergeführt. Die von ihm erstellten Manuskripte stehen im Staatsarchiv Zürich interessierten Bearbeitern zur Verfügung. (Signatur: W 45.1-10).

3 Sowohl für Luzern als auch Bern existieren einige ältere forstgeschichtliche Gesamtdarstellungen. Darin kommt die obrigkeitliche Forstpolitik gegenüber den Gemeinwäldern jedoch kaum zur Sprache. Hingegen liegen für die einzelne Gebiete Berns ausgezeichnete forstgeschichtliche Arbeiten von Andreas Häusler vor.

2. DIE VERMOEGENSVERHAELTNISSE DER ZUERCHER GEMEINDEN

2.1. Die Gemeindegüter

Ueberblickt man den Bestand an Gemeingütern, so fällt auf, dass das Gemeindevermögen in der Regel vorwiegend aus Grundbesitz bestand (1). Die Gemeinhölzer repräsentierten für viele Gemeinden den Hauptreichtum und standen deshalb im Mittelpunkt der Gemeindeverwaltung (2). Da Holz als Bau- und Brennmaterial sowie als Rohstoff für handwerkliche Produkte mannigfache Verwendung fand, war der Bedarf sehr gross. Die Holznutzung erfolgte meist gemeinschaftlich und oblag spätestens seit dem 15. Jahrhundert gewissen Beschränkungen. In der einen Gemeinde galt das Bürgerrecht bzw. die Bezahlung eines Einzugsgeldes als Voraussetzung für die Nutzungsberechtigung, in einer anderen war sie an den Besitz geknüpft. Noch 1601 erhielt jeder Einsässe von Truttikon alljährlich Brennholz im Wert von 5 Gulden (3).

Allmählich setzte sich in vielen Gemeinden der Zürcher Landschaft die unmittelbare Bindung des Dorfrechts an den Besitz eines Hauses durch. Wer kein Haus sein eigen nennen konnte oder das seinige verkauft hatte, dem kam auch kein Anteil an der Allmende zu.

In einzelnen Gemeinden kam es zur zahlenmässigen Fixierung der Nutzungsanteile oder Gerechtigkeiten. Bereits Ende des 16. Jahrhunderts war dieser Prozess in den Gemeinden Affoltern bei Zürich und Wernetshausen abgeschlossen (4). Die Holzgerechtigkeiten wiesen im allgemeinen einen beträchtlichen Wert auf. In Oetikon, Uelikon und Oberhusen machte die jährliche Nutzung jedenfalls mehr als 10 Gulden aus (5). Die Gerechtigkeiten wurden mit der Zeit selbständige, dem freien Verkehr zugängliche Vermögenstitel. So lesen wir beispielsweise im 1613 abgefassten Einzugsbegehren von Uhwiesen, eine Holzgerechtigkeit werde manchmal um 400 Gulden verkauft (6).

In Schlatt waren Ende des 17. Jahrhunderts nurmehr diejenigen Bürger in den Gemeinhölzern nutzungsberechtigt, die "Für und Rauch" führten. Hier war der Kamin, der Herd oder der Ofen Träger der Gerechtigkeit. Wiederholt griffen Gemeinden im 17. und 18. Jahrhundert auf diese mittelalterliche Rechtsform zurück, um ihr Gemeingut zu schützen. In etlichen Gemeinden des Knonauer Amtes wurde die Gerechtigkeit gar an die Stube gebunden, was zur Folge hatte, dass vielfach mehrere Haushaltungen in einer Kammer wohnen mussten (7).

All diese Tendenzen begünstigten die Entstehung einer nicht-bäuerlichen Bevölkerungsschicht, die weder über politisches Mitspracherecht noch über einen Anteil an der Allmendnutzung verfügte. Letzten Endes bildete sich in manchen Gemeinden ein Genossenschaftsgut heraus, dessen Benutzung nur einer eigentlichen Dorfaristokratie zustand.

Verschiedentlich kam es bereits im 16. Jahrhundert zu Allmendteilungen. Entsprechende Bestrebungen lassen sich beispielsweise in Hittnau, Goldbach und Wildensbuch nachweisen.

Der dritte Abschnitt unserer Arbeit wird sich insbesondere mit der Frage befassen, wie die Obrigkeit auf diese Entwicklungen reagierte.

Von grosser Bedeutung für die dörfliche Wirtschaft war auch das ausserhalb der Feldflur gelegene, extensiv und gemeinschaftlich genutzte Weideland. Der allgemeine Weidgang beschränkte sich allerdings nicht bloss auf dieses Allmendland, sondern erstreckte sich bis ins 19. Jahrhundert auch auf die Gemeinwälder und die brachliegenden Ackerzelgen. Hinzu kam nach dem Abschluss der Erntearbeiten die sogenannte Stoppelweide. In einer Zeit, da Stallfütterung und Kunstgrasbau noch unbekannt waren, kam dem Weidgang für die Viehwirtschaft zentrale Bedeutung zu. Je grösser die zur Verfügung stehende Weidefläche war, desto mehr Tiere konnten gehalten werden, und desto wohlhabender wurden die Bauern. Verschiedentlich gab man daher die Grösse des Weidelandes nicht in Jucharten an, sondern nach Anzahl zugelassener Tiere. So heisst es etwa im Einzugsbegehren der Gemeinde Schwerzenbach von 1586: Hat Gemeinwerch für 100 Haupt Vieh (8).

Aehnlich wie bei der Holznutzung wurde die Weideberechtigung an gewisse Bedingungen geknüpft. Die Hintersässen hatten meist keinen oder nur geringen Anteil an den Allmendnutzungen. Auch die ärmern Dorfbürger besaßen in der Regel ein minderes Weiderecht. Ein Tauner in Truttikon durfte beispielsweise nicht mehr als 2 Haupt Vieh auf die Gemeinweide treiben (9). Wer vollumfänglich weideberechtigt war, genoss erhebliche wirtschaftliche Vorteile. Im Jahre 1644 bezifferte man den Wert der Hönegger Weidegerechtigkeit auf über 100 Gulden (10).

Neben gemeinschaftlich genutzten Weide- und Waldflächen verfügten zahlreiche Gemeinden über zusätzliches Grundeigentum, das meist individuell genutzt wurde. In Berg a. Irchel hatten alle Bürger "jedes jars ein Juchart acher zebuwen; item ein Hanfland" (11). Jedem Gemeindegossen von Altikon a.d.

Thur stand laut dem Verzeichnis der Gemeinnutzungen von 1638 1 Vierling Heuwachs zur Verfügung (12). Um regelmässige Einkünfte zu erlangen, verliehen manche Gemeinden ihr Acker-, Reb- oder Wiesland gegen Zins an interessierte Mitbürger.

Gemeinden besaßen sogar Gebäude. Der Gemeinde Wasterkingen gehörte der sogenannte Rütihof, der Gemeinde Kloten das dortige Gasthaus zum Löwen, Ossingen wie Trüllikon nannten ein Gemeindehaus ihr eigen (13).

Zur Erfüllung ihrer öffentlich-rechtlichen Aufgaben benötigten die Gemeinden seit dem 16. Jahrhundert in vermehrtem Masse eigene finanzielle Mittel. Die Einnahmen setzten sich hauptsächlich zusammen aus Grund- und Gültzinsen, Bann- und Holzbussen, Einzugs- und Hintersässengeldern sowie Abzugsgebühren und freiwillige Steuern. Die Höhe mancher Einkünfte hing direkt oder indirekt von der Grösse des Gemeinwerks ab. Die Gemeinde Niederhasli, die 5 Jucharten Wies- und Ackerland besass, nahm 1641 bloss 2 Viertel Kernen an Grundzins ein (14). In Regensdorf beliefen sich die jährlichen Grundzinsen auf 7 1/4 Mütt Kernen (15). Die Einkünfte aus verliehenen Allmendgütern machten in Kloten gar 40 Mütt Kernen aus (16).

Manche Gemeinden verfügten schon im 17. Jahrhundert über ein ansehnliches Geldvermögen. In bescheidenem Masse konnten Gemeinden sogar als Kreditgeber auftreten und Geld an Bürger und Auswärtige ausleihen. Wipkingen besass bereits um 1590 Gültbriefe im Wert von 1500 Gulden (17). In Küsnacht (1590) machten die zinstragenden Kapitalien 2273 Pfund aus, in Ossingen (1610) 2000 Pfund, in Niederweningen (1611) 400 Pfund, in Nieder-Steinmaur (1646) 100 Pfund, in Winkel (1652) 800 Pfund und in Mönchaltorf (1662) 1200 Pfund (18). Etliche Gemeinden investierten Tausende von Gulden in den Kauf von Liegenschaften, um ihr Gemeinwerk zu vergrössern. Wiederholt veräusserte die Obrigkeit abgelegene Wälder an Gemeinden. 1493 erwarb Bülach den Sleipfberg, und 1582 ging ein 100 Jucharten umfassendes Waldareal, das ehemals dem Kloster Paradies gehört hatte, von der Spanweid an die Gemeinden Rudolfigen und Trüllikon über. Im Jahre 1530 kaufte die Gemeinde Veltheim um 400 Pfund den Wolfsberg (19). Andere Gemeinden konnten ihre Allmendgüter durch Ankauf von Privatgut erweitern. Die nachfolgende Zusammenstellung gibt Auskunft über im 16. und 17. Jahrhundert getätigte Waldkäufe von Gemeinden. Diese Waldungen stammten meist von Privatbesitzern (20).

<u>Gemeinde</u>	<u>Kaufsobjekt</u>	<u>Preis</u>	<u>Kaufdatum</u>
Zollikon	5 J. Holz im Schwendenhau	150 Pfund	1528
	6 J. Holz im Stumpach	195 Pfund	1531
Neftenbach	13 J. Holz im Reischberg	320 Pfund	1529/1608
Altikon	150 J. Holz	3500 Pfund	vor 1570
Flaach	100 J. Holz im Mülberg	?	vor 1574
	40 J. Holz im Werd	?	vor 1574
	80 J. Holz in der Engi	?	vor 1574
Höngg	Wald	2600 Pfund	vor 1587
Unterstrass	Wald	2000 Pfund	1563-1593
Kloten	6 J Holz im Hard	?	vor 1597
Mettmenstetten	Gemeindegüter	7000 Pfund	1592-1604
Theilingen	10 J. Holz	?	1609
Dachsen	Wald	3000 Pfund	vor 1620
Itzikon	Holz und Feld	900 Pfund	1609-1668

Mit Vorliebe bauten die Gemeinden ihren Waldbesitz aus. Dadurch erhöhte sich zunächst der Wert der individuellen Nutzungsanteile, und in der Folge konnten die Einzugsgebühren erhöht werden. Allerdings waren nur wohlhabende Gemeinden, d.h. diejenigen, die bereits über relativ viel Allmendland verfügten, in der Lage, zusätzliches Gemeinland zu erwerben.

Jenen Gemeinden, die kein Allmendgut besaßen, fehlte es nicht nur an Einkünften; sie verfügten auch kaum über finanzielle Reserven. Benötigten dagegen die begüterten Gemeinden für bestimmte Zwecke grössere Geldsummen, konnten sie notfalls ihre Liegenschaften verpfänden. Allerdings lässt sich eine hypothekarische Belastung des Allmendlandes im 16. Jahrhundert nur in wenigen Gemeinden nachweisen. Das 180 Jucharten in Holz und Feld umfassende Gemeinwerk von Rickenbach wies im Jahre 1556 eine Belastung von 2903 Gulden auf (21). In Opfikon (1589) belief sich die Hypothekarschuld auf 600 Gulden, in Hegnau (1589) auf 300 Pfund, in Alten (1586) auf 100 Gulden und in Ossingen (1590) auf 800 Gulden. In all diesen Fällen war die Verschuldung im Verhältnis zur Grösse der Gemeinwerke erträglich. Als Gläubiger traten vorwiegend obrigkeitliche Amtsverwaltungen und Zürcher Stadtbürger auf. Die Quellenlage lässt jedoch keine generelle Aussage über den Grad der kommunalen Verschuldung zu.

2.2. Die regionale Verteilung des Allmendlandes

Im vorhergehenden Abschnitt ging es vor allem darum, die einzelnen Bestandteile des Gemeindevermögens zu beschreiben und deren Bedeutung aufzuzeigen. Wir haben festgestellt, dass manche Gemeinden erhebliche Vermögenswerte verwalteten. Insgesamt betrachtet, waren die Gemeinden bedeutende Grundeigentümer. Abgesehen vom Weideland, machte der Wald den Reichtum eines Dorfes aus. Wir können also annehmen, dass das Vermögen und damit der Wohlstand einer Gemeinde weitgehend von der Grösse des Allmendlandes abhing. Dabei ist nicht allein die absolute Fläche massgebend. Neben der qualitativen Zusammensetzung spielt die Zahl der Nutzungsberechtigten eine wichtige Rolle. Im weitem muss auch das Ausmass der Weide- und Holzbedürfnisse berücksichtigt werden.

Da wir in der Regel weder die Zahl der Anteilhaber noch die Qualität des Allmendgutes kennen, müssen wir uns bei der Untersuchung der Vermögensverhältnisse hauptsächlich auf die flächenmässigen Grössenangaben stützen. Allein schon die Bestimmung dieses Faktors fällt schwer.

Das erste vollständige Verzeichnis der zürcherischen Gemeindegüter, erstellt durch die kantonale Verwaltungskammer auf Antrag der helvetischen Regierung, stammt aus dem Jahre 1799 (22). Derart umfassende Erhebungen wurden im Ancien Régime nicht durchgeführt. In den von der Naturforschenden Gesellschaft um 1780 erstellten oekonomischen Tabellen finden sich jedoch zahlreiche Hinweise zu Gemeindegütern (23). Wer für den Zeitraum vom 16. bis 18. Jahrhundert quantitative Angaben über den Vermögensbestand der Zürcher Gemeinden sucht, kann nicht auf statistisch aufbereitetes Material zurückgreifen. Immerhin geben die im Staatsarchiv unter der Bezeichnung "Gemeindegüter und Einzugsbriefe" zusammengefassten Akten wertvolle Auskünfte über Grösse und Art der Allmendgüter vieler Gemeinden. Da nicht anzunehmen ist, dass die Vermögensverhältnisse von 1500-1800 stabil geblieben sind, erscheinen Rückschlüsse von den nachrevolutionären Verhältnissen auf die frühneuzeitliche Situation als wenig sinnvoll.

Beschränken wir uns deshalb zunächst auf den Zeitraum von ca. 1500 bis 1650. Von rund 200 Dorf- und Weilersiedlungen besitzen wir zeitgenössische Angaben über das Allmendgut. Mindestens 36 Gemeinden verfügten über keinerlei Grundeigentum.

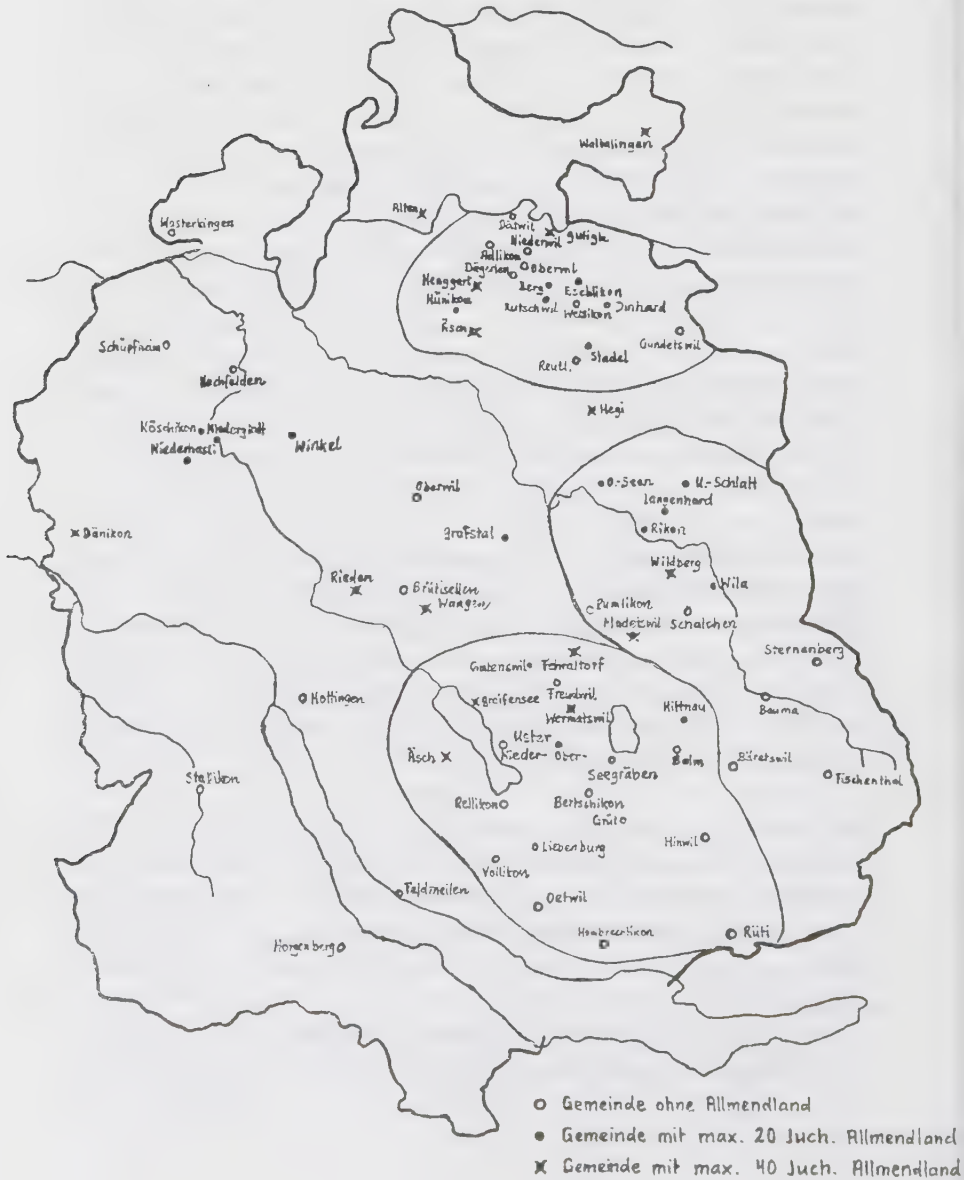
Andererseits wissen wir, dass mehr als 160 Gemeinden über Allmendland verfügten. Häufig finden sich in den Quellen jedoch bloss generelle Bemerkungen über die Gemeindegüter. Es ist etwa die Rede von "schönem Gmeinwerch" (Pfäffikon 1591), von "Gerechtigkeit in Holz und Feld" (Otelfingen 1578), von "schier keinem Gemeinwerk" (Gutenswil 1650), von "etlichen wissen und achern..." (Henggart 1603) oder von "hüpsch gmein holtz und ziemlich nutzbarem Weidgang" (Waltalingen 1649). Immerhin kennen wir von mehr als 100 Gemeinden die ungefähre Grösse des Gemeinlandes. Genauere Informationen über die einzelnen Bestandteile des Gemeinlandes sind dünn gesät, da oft nur die Gesamtfläche an "Holtz und Feld" aufgeführt wird. Wo Zahlenangaben über das Wald-, Acker- oder Rebareal vorkommen, ist mit einer hohen Fehlerquote zu rechnen. Weil insbesondere für das Wald- und Weideland exakte Messdaten und Pläne fehlten, blieb man auf Schätzungen angewiesen. Ueberhaupt waren die Wälder nicht oder nur ungenügend ausgemarcht. Zudem müssen wir berücksichtigen, dass ein grosser Teil des verfügbaren Zahlenmaterials von Einzugsbezirken stammt. Da die Höhe des Einzugsgebietes von der Grösse des Gemeingutes abhing, neigten die Gemeinden eher zu Uebertreibungen. Im weiteren gilt es zu bedenken, dass oft bis zum Ende des Ancien Régime das ausserhalb der Ackerflur gelegene Land von zwei oder mehr Gemeinden genutzt wurde. Die Gemeinde Oberhasli besass beispielsweise Weidrechte auf den Allmenden von Oberglatt und Hofstetten, während sich die Gemeinden Ober-Iltnau und Bisikon in die Nutzung von 70 Jucharten Holz und Riet teilten (24).

Leider wurden nur wenige, ganze Herrschaftsgebiete umfassende Güterverzeichnisse überliefert. Entsprechende Zusammenstellungen, die zwischen 1585-1587 im Auftrag der Obrigkeit entstanden, besitzen wir für die Landvogteien Eglisau, Andelfingen und Kyburg (25).

Dennoch verfügen wir alles in allem über genügend Zahlenmaterial, um Vergleichsstudien vornehmen zu können. Dabei stehen folgende Problemstellungen im Vordergrund des Interesses. Wie war der kommunale Grundbesitz innerhalb des Staatsgebietes verteilt? Gibt es Regionen, die einen hohen Anteil an Gemeinland aufweisen? Wo finden sich vorwiegend Gemeinden, die kein Allmendgut besitzen?

Anhand von zwei Karten habe ich versucht, die wichtigsten Ergebnisse anschaulich darzustellen. Sie sollen Antwort auf unsere Fragen geben!

Karte 1: DIE ALLMEND-ARMEN GEMEINDEN (um 1650)

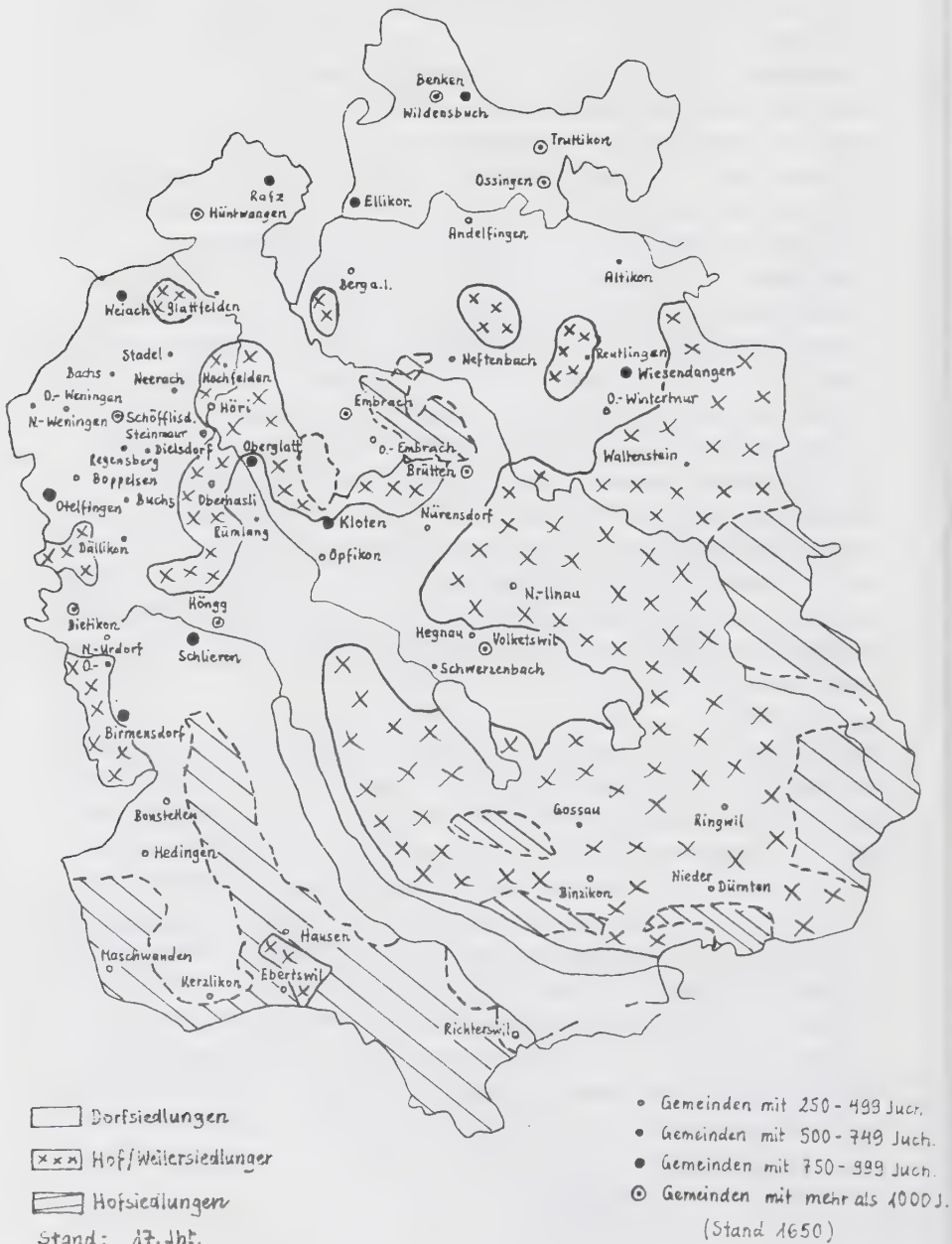


Karte 1 auf Seite 12 gibt Aufschluss über diejenigen Gemeinden, die nach zeitgenössischen Quellen um 1650 über kein oder maximal 40 Jucharten Allmendland verfügten. Deutlich sind im östlichen Kantonsteil drei Schwerpunktgebiete erkennbar. Mehr als ein Dutzend Gemeinden liegen im Tössbergland. Auch zahlreiche Dörfer des Zürcher Oberlandes gehören zur Gruppe der armen Gemeinden. Wenig oder kein Allmendgut weisen zudem jene 17 Dorf- und Weilersiedlungen im Weinland auf, die alle südlich der Thur liegen. Im Gegensatz dazu verfügen nur wenige Gemeinden des Unterlandes, des Knonauer Amtes, der Seeregion und des nördlichen Weinlandes über kein oder sehr wenig Allmendland.

In Karte 2 auf Seite 14 sind jene Gemeinden eingetragen, deren Allmendland mindestens 250 Jucharten bzw. 90 ha umfasst. Wie zu erwarten, liegen in diesem Fall die Schwerpunkte anderswo. Drei von zehn Gemeinden, die mindestens 1000 Jucharten Allmendgut besitzen, gehören zum sogenannten Auessern Amt. Etliche Dörfer des Knonauer Amtes verfügen zwar über reichlich Allmendland; keine Gemeinde dieser Region weist jedoch mehr als 500 Jucharten Gemeinland auf. Von den total 60 erfassten Gemeinden liegt knapp die Hälfte im Gebiet der heutigen Bezirke Dielsdorf und Bülach. Auch vereinzelte Gemeinden des Oberlandes und einige Dörfer der Region Winterthur haben relativ viel Allmendland inne. Schwach vertreten ist die Seegegend und der Südteil des Weinlandes, während die Gemeinden des Tösstalers Hügellandes gänzlich fehlen.

Angeichts der Tatsache, dass der Allmendbesitz keineswegs gleichmässig über das Staatsgebiet verteilt ist, drängt sich die Frage auf, aus welchen Ursachen die regionalen Unterschiede herzuleiten sind. Auf den ersten Blick fällt auf, dass die flachern Kantonsteile in der Regel bedeutend mehr Allmendgüter aufweisen als das Berg- und Hügelland. Genauerer können wir aussagen, wenn wir die Siedlungsstruktur berücksichtigen. Hans Bernhard unterschied aufgrund der Gygerkarte von 1667 vier Siedlungszonen im Kanton Zürich. Nördlich der Linie Zürich-Winterthur herrschen geschlossene Dorfsiedlungen vor, die wesentlich auf germanische Siedlungstätigkeit zurückzuführen sind. Südlich davon finden sich meist Hof- und Weilersiedlungen, wobei reine Einzelhöfe im Tössbergland, am obren linken Seeufer, am Albis und in Teilen der Brüttener Höhe auftreten (26).

Karte 2: GEMEINDEN MIT VIEL ALLMENDLAND (um 1650)



Erwartungsgemäss besteht ein enger Zusammenhang zwischen Allmendgut-Verteilung und Siedlungszonen. Wo sich Dorfsiedlungen ausbildeten, wurde das ausserhalb der Ackerzelgen gelegene Land seit jeher gemeinschaftlich vom Kreis der Nachbarn genutzt. Wo die naturgegebenen Voraussetzungen nurmehr die Anlage von verstreuten Einzelhöfen erlaubten, konnte sich keine Gemeinnutzung an Wald und Feld entwickeln. Das im Umkreis des urbar gemachten Bezirks gelegene Waldareal stand als Weidegrund und Landreserve in der Verfügungsgewalt des einzelnen Rodungsbauern. Aus der partikularen Nutzniessung leiteten die Hofbesitzer schliesslich Eigentumsansprüche ab.

Die regionalen Unterschiede in der Allmendgutverteilung können jedoch nicht allein mit geographischen und siedlungsmässigen Gegebenheiten erklärt werden. Auch herrschaftsrechtliche Faktoren haben die Eigentumsentwicklung beeinflusst. Der Berner Historiker Fritz Häusler weist beispielsweise darauf hin, dass im Bereich der Emmentaler Landsatzung bereits im 16. Jahrhundert zahlreiche Allmendteilungen vorgenommen wurden (27). Das Zürcher Oberland hat manches gemeinsam mit dem Emmental. Aus der Tatsache, dass etliche Dörfer des Oberlandes um 1650 kein oder nur wenig Allmendgut ihr eigen nennen, dürfen wir nicht ohne weiteres schliessen, dass dies immer so gewesen sei. Eher ist anzunehmen, dass die betreffenden Gemeinden im Mittelalter noch über reichlich Allmendland verfügten. Sehr wahrscheinlich löste man hier, ebenso wie im Emmental, schon früh die Allmenden ganz oder teilweise auf. Die Teilungen gingen zu einer Zeit der noch nicht voll entfalteten Landesverwaltung, halb im Verborgenen, vor sich (28). Wo die Herrschaft stark genug war, konnte sie entsprechenden Bestrebungen entgegen treten, indem sie Allmendteilungen erst gar nicht zulies oder aber rückgängig machte. Die Allmendteilungen brachten den begünstigten Dorfgenossen erhebliche wirtschaftliche Vorteile; längerfristig gesehen, wirkten sie sich jedoch für die Gemeinden negativ aus.

2.3. Allmendgut und Einzugspolitik

Mit zunehmendem Bevölkerungsdruck wuchs die Bedeutung des Allmendlandes. Seit der Reformationszeit versuchten die eingesessenen Gemeindebürger den Einzug zu erschweren, um ihren gemeinsamen Besitz an Geld und liegenden Gütern gegenüber Neuzuzügern und Hintersässen zu schützen. "Es geht für sie um nichts weniger, als um die Erhaltung eines bedeutenden Teils ihrer Lebens-

und Existenzgrundlage" (29). In den sogenannten Einzugsbriefen erkannte die Obrigkeit manchen Gemeinden das Recht zu, eine festgesetzte Einkaufsgebühr zu fordern. Wer sich in einer betreffenden Gemeinde niederlassen, wer stimm- und nutzungsberechtigt werden wollte, hatte diese finanzielle Schranke zu überwinden. Nur bemittelte Neubürger waren erwünscht. Wie bereits gesagt, hing die Höhe des Einzugsgeldes von der Grösse des Gemeingutes ab. Die Abgaben hielten sich bis 1600 in bescheidenen Grenzen. Nur fünf Gemeinden gelangten bis dahin zu einem Einzugs geld von minimal 50 Pfund für Kantonsbürger; 22 Gemeinden brachten es auf 30 oder mehr Pfund. In insgesamt 60 Gemeinden beliefen sich die Einzugsgebühren auf 20 oder mehr Pfund.

Im 17. Jahrhundert erreichte dieser Abschliessungsprozess seinen Höhepunkt. Allein bis 1650 kamen mindestens 206 Orte im Kanton Zürich in den Genuss von Einzugsbriefen. In mehr als 100 Dörfern betrugen die Einkaufsgelder für Zürcher minimal 30 Pfund; immerhin 20 Gemeinden verzeichneten damals Einkaufsgebühren von 100 oder mehr Pfund. Letztere verfügten alle über Weideland und umfangreiche Gemeinhölzer. Unter ihnen finden wir Landstädtchen wie Bülach und Regensberg, Marktflecken oder stadtnahe Ortschaften, sowie habliche Dörfer des Unterlandes und Weinlandes. In 66 Gemeinden lagen bis 1650 die Einkaufsgelder bei 25 Gulden oder höher. Die damit begünstigten Dörfer verteilten sich nicht gleichmässig über das Staatsgebiet. Am stärksten vertreten sind mit 23 % Dörfer des Unterlandes, gefolgt von denen des Weinlandes mit 20 %. Am Zürichsee liegen 17 %, 11 % liegen innerhalb des heutigen Stadtgebietes, 9 % im Knonauer Amt und 12 % in der Umgebung von Winterthur. Mit 8 % ist das Zürcher Oberland vertreten.

Karte 3 (S. 17) gibt Aufschluss über die geographische Lage der Gemeinden, die um 1650 relativ hohe Einzugsgebühren erheben konnten. Diese Gemeinden liegen hauptsächlich in der Dörf siedlungszone. Von den 20 Gemeinden mit minimal 100 Pfund Einkaufsgeld gehören sieben zum Zürcher Weinland. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl sind die Bezirke Pfäffikon, Uster und Hinwil eindeutig im Hintertreffen. Da die dortigen Gemeinden in der Regel wenig Allmendgut besaßen, gelangten sie wenn überhaupt nur zu einem schwachen Einzugs geld. Die wenigen Gemeinden, die trotz fehlendem Gemeindewerk bis 1650 ein Einzugs geld zugesprochen erhielten, mussten sich für Zürcher Untertanen mit 8 bis maximal 25 Pfund begnügen (30).

Karte 4:

GEMEINDEN MIT GERINGEN EINZUGSGEBUEHREN (um 1650)



- Gemeinden mit max. 15 Pfd. Einzugsgeld
 - ⊙ Gemeinden mit max. 20 Pfd. Einzugsgeld
 - Gemeinden mit max. 30 Pfd. Einzugsgeld
- } für Zürcher

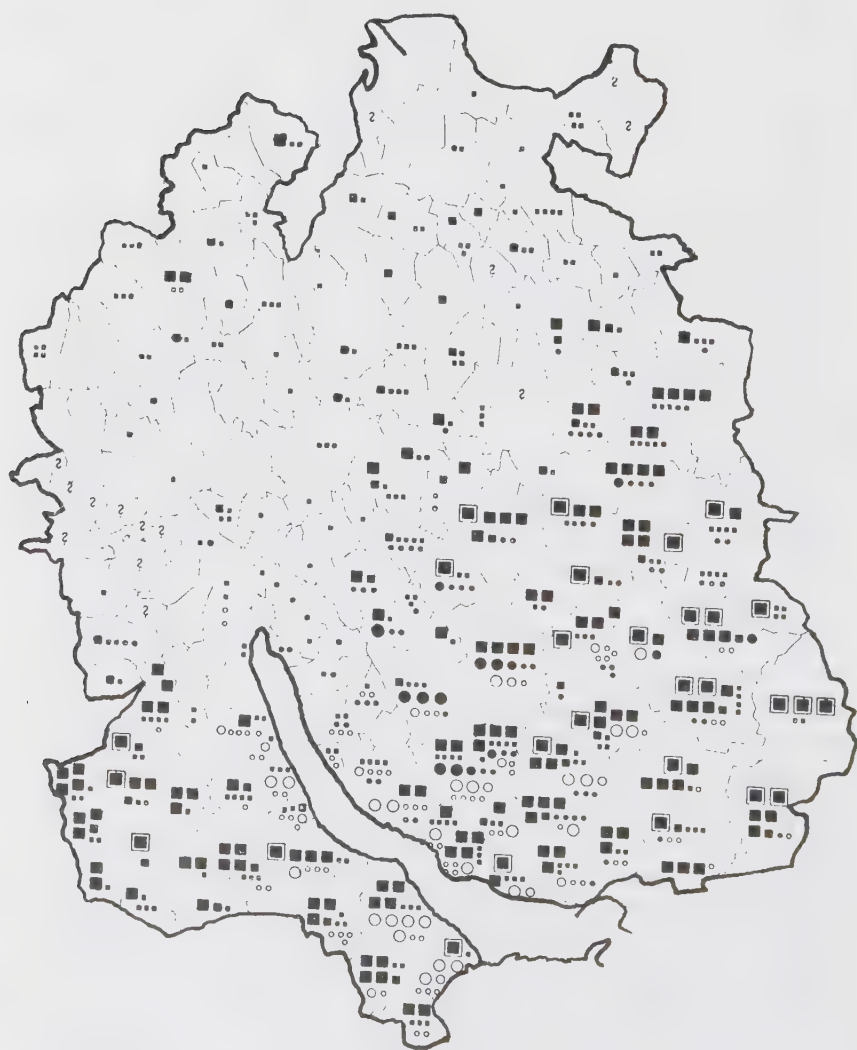
In Karte 4 (S. 18) sind die Gemeinden mit geringem Einkaufsgeld verzeichnet. Mehr als die Hälfte aller Gemeinden, die bis 1650 ein Einzugs geld erheben durften, mussten sich mit maximal 30 Pfund begnügen. In 42 Gemeinden beliefen sich die Einkaufsgebühren im Jahre 1650 auf maximal 15 Pfund für Zürcher Kantonsbürger. Da das überlieferte Aktenmaterial zur Einzugs politik unvollständig ist, fällt es schwer, einwandfrei zu bestimmen, welche Gemeinden bis 1650 ohne Einkaufsgebühren auskommen mussten. Ich habe deshalb auf eine entsprechende Aufstellung verzichtet.

"Es liegt auf der Hand, was für eine tiefgreifende gesellschaftliche Folgewirkung die Rechnung - je kleiner das Gemeindegut, desto kleiner das Einzugs geld - für unbegüterte Gemeinden haben" musste, zu denen vorzüglich jene des östlichen Kantonsteils gehörten (31). Sie vermochten sich nicht oder nur in bescheidenem Masse vor mittellosen Zuzüglern zu schützen und mussten daher, ökonomisch gesehen, eine Qualitätsverschlechterung der Bevölkerung in Kauf nehmen.

Auch in anderer Hinsicht wurde die Niederlassung in den unbegüterten Gemeinden erleichtert. Wo Mangel an Allmendbesitz herrschte oder solcher gänzlich fehlte, konnte man dem Bau von neuen Häusern nur wenig Schwierigkeiten in den Weg legen. Anders jedoch präsentierte sich die Lage in den reichen Gemeinden. In den geschlossenen Dorfsiedlungen mit intakter Dreizelgenwirtschaft durfte niemand den Boden nach eigenem Gutdünken benutzen. Arbeitsweise, Arbeitsmethoden und Flureinteilung wurden gemeinsam festgelegt. Auch für das Bauen existierten strenge Vorschriften. Es waren vor allem zwei Rechtsinstrumente, die die Begründung neuer Siedlungen erschwerten. Einerseits war es verboten, ausserhalb des Dorfsetters zu bauen, andererseits bestand vielerorts eine dingliche Gerechtigkeitsbeschränkung.

Rudolf Braun hat in seiner Dissertation "Industrialisierung und Volksleben" am Beispiel des Zürcher Oberlandes anschaulich die Zusammenhänge zwischen Einzugs politik und Verlagsindustrie dargelegt. Das dort geschilderte Wechselwirkungsverhältnis gilt nicht nur für das Oberland, sondern für das ganze Staatsgebiet. Dies wird deutlich, wenn wir etwa Karte 4 vergleichen mit der im Historischen Atlas des Kantons Zürich enthaltenen Karte über die Verbreitung der Heimindustrie am Ende des 18. Jahrhunderts (vgl. S. 18 / 20) (32). Fast durchwegs weisen jene Gemeinden, die bis 1650 nur zu einem schwachen Einzugs geld gelangten, Jahrzehnte später eine relativ grosse Zahl von Heimarbeitern auf. Die Kantonshälfte südlich der Linie Zürich-Winterthur hebt sich

Karte 5: DIE HEIMINDUSTRIE AM ENDE DES 18. JAHRHUNDERTS



Anzahl	10	50	100	500
Baumwollspinner	•	■	■	■
Webstühle für				
Mousselin-Gewebe	○	○	○	○
Indienne-Gewebe	•	●	●	●

deutlich sowohl in Bezug auf die Einzugsverhältnisse als auch auf den Industrialisierungsgrad vom nördlichen Kantonsteil ab. Dieser Zusammenhang trifft nicht nur für die Schwerpunktgebiete der Verlagsindustrie zu, sondern hat auch für gewisse Ausnahmerecheinungen Gültigkeit. Die beiden Gemeinden Stadel und Rafz, die im Vergleich zu den übrigen Dörfern des Unterlandes relativ viel Heimarbeiter beherbergten, waren beispielsweise nur mit schwachen Einzugsbriefen ausgerüstet. Das gleiche gilt auch für eine Reihe im Thurggebiet gelegenen Gemeinden, wie z.B. Dägerlen und Adlikon.

Andererseits konnten jene Gemeinden, die über eine funktionierende kollektive Wirtschaftsordnung verfügten und dank umfangreichen Allmendgut hohe Einzugsgebühren erlangt hatten, das Eindringen und Fussfassen der Verlagsindustrie verhindern. Die fortschreitende Industrialisierung ihrerseits aber wirkte sich dahin aus, "dass die Bemühungen und das stetige Drängen der begüterten Gemeinden nach Verstärkung ihres Einzugsbriefes noch gefördert wurden" (33). In der Tat nahmen denn auch die Einzugsgebühren der reichen Gemeinden im Verlaufe des 17. Jahrhunderts beträchtlich zu, während die armen Gemeinden sich mit geringen Einzugsverstärkungen zufrieden geben mussten. Dazu einige Beispiele! In Klein-Andelfingen vervierfachte sich die Einkaufsgebühr von 1593 bis 1624. Die Klotener Einkaufsgebühr steigerte sich innert 40 Jahren von 30 auf 120 Pfund. Als der Gemeinde Regensberg 1634 eine Einzugsverstärkung bewilligt wurde, schnellten die Einkaufsgebühren von 20 auf 100 Pfund für Kantonsbürger. Der Einzugs der Gemeinde Ossingen verzehnfachte sich innert 50 Jahren auf 100 Pfund. Die Einzugsgebühren der Gemeinde Truttikon, deren erster Einzugsbrief aus dem Jahre 1601 stammte, erhöhten sich bis 1639 auf 140 Pfund. Noch 1602 belief sich das Einkaufsgeld des Städtchens Bülach bloss auf 60 Pfund, 1641 betrug es 300 Pfund. Trotz mehrfachen Einzugsverstärkungen brachte es die Gemeinde Glattfelden bis 1611 bloss auf 20 Pfund. In Stadel stiegen die Einkaufsgebühren von 1557 bis 1613 auf 30 Pfund. Die Gemeinde Kirchuster musste sich trotz zweimaligen Einzugsverstärkung mit 25 Pfund begnügen. Hutzikon vermochte sein Einkaufsgeld von 1592 - 1635 bloss auf 20 Pfund zu erhöhen.

Der kollektive dörfliche Wirtschaftsverband steht und fällt mit der umfassenden und verpflichtenden Verbundenheit der Genossame. Da die Verlagsindustrie mit ihrer individualistischen Arbeitsweise die menschlichen und sachlichen Grundlagen eines solchen Organismus zersetzen würde, musste sich der bäuerliche

Wirtschaftsverband gegen eine unkontrollierte Ausbreitung der Industrie zur Wehr setzen.

Zusammenfassend können wir festhalten, dass das Allmendgut einen wichtigen Faktor für die Entwicklung einer Gemeinde bildete. Von der Grösse und Qualität des Allmendbesitzes hing nicht allein der Reichtum einer Gemeinde ab. Mangel an Allmendland konnte unter Umständen schwerwiegende gesellschaftliche Folgen nach sich ziehen. Je kleiner das Gemeindegut war, desto geringer fielen in der Regel auch die obrigkeitlich bewilligten Einzugsgebühren aus. Ein bescheidenes Einzugs geld erleichterte die Niederlassung von Neuzuzüglern, was letzten Endes zu einer Verarmung und Verelendung von Gemeinden führen konnte. Wo viele Menschen in den herkömmlichen Arbeitsbereichen kein Auskommen mehr finden können, vermag die Verlagsindustrie leicht Fuss zu fassen. Letzten Endes bestehen also enge Wechselbeziehungen zwischen Allmendbesitz und Industrialisierung. Selbstverständlich bringt jedes frühindustrialisierte Gebiet der Zürcher Landschaft für die Rezeption des Verlagswesens eigene rechtliche, wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen mit. Und dennoch treten immer wieder gleiche Faktoren in Erscheinung. Das Allmendgut ist eine der wesentlichen Kräfte, die hemmend resp. fördernd auf den Industrialisierungsprozess einwirken.

2.4. Die Gemeindewälder der Zürcher Landschaft

Vom Thema her würden sich insbesondere Nachforschungen über die frühneuzeitliche Eigentumsverteilung am Wald aufdrängen. Aus folgenden Gründen habe ich darauf verzichtet, die regionale Verteilung des Gemeinwaldbesitzes kartographisch darzustellen.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, besaßen die begüterten Gemeinden auch Gemeinwald. Wir können daher annehmen, dass eine entsprechende Zusammenstellung ähnliche Resultate ergäbe. Zum andern haben wir nur von relativ wenigen Gemeinden zeitgenössische Daten zur Grösse der Gemeinhölzer. Ueberdies divergieren die Zahlenangaben beträchtlich. Dazu ein Beispiel: 1590 wurde die Gesamtfläche der Ossinger Gemeinhölzer auf 450 Jucharten beziffert, im Jahre 1650 auf 1048 Jucharten (34).

Einigermassen zuverlässige Angaben über die Gemeinhölzer finden sich erst in den um 1780 aufgenommenen oekonomischen Tabellen. Leider besitzen wir

Karte 6: DIE ZUERCHER GEMEINDEWÄLDER (1799)



	0-9 Jucharten		100-149 Jucharten		300-499 Juch.
	10-49 Jucharten		150-199 Jucharten		500-999 Juch.
	50-99 Jucharten		200-299 Jucharten		1000 u. mehr

jedoch nur für einen Bruchteil aller Gemeinden entsprechende Angaben (vgl. Verzeichnis der Zürcherischen Gemeinwälder um 1780 und 1800, S. 28 f.). Vollständige Angaben liefern erst die in der Helvetik aufgenommenen "Gemeinds-Tabellen". In diesen Listen fehlen jedoch die Genossenschafts- oder Korporationswäldungen. Weiter ist zu bedenken, dass bis 1799 bereits etliche Gemeinwaldungen verteilt worden sind. Trotz diesen Einschränkungen wieder spiegeln die Gemeinde-Tabellen im wesentlichen die Waldbesitzverteilung im Ancien Régime. Karte 6 auf Seite 23 gibt darüber Aufschluss. Um Vergleiche mit den modernen Verhältnissen zu ermöglichen, habe ich die heutigen politischen Gemeinden als Rechnungseinheiten gewählt. Die Schwerpunkte liegen ähnlich wie bei Karte 2 auf Seite 14. Die Gemeinden des Unterlandes, des Knonauer Amtes und des Zürcher Weinlandes weisen relativ viel Gemeinwald auf. Bedeutend weniger Gemeinewald besitzen die Gemeinden des Oberlandes und der Region Winterthur, während die Gemeinden des Seegebietes und des Tösstaler Hügellandes überhaupt keine Gemeinschaftswälder ihr eigen nennen. Nach Bezirken geordnet, ergibt sich folgende Rangordnung.

Tabelle 1: Die Regionale Verteilung des Gemeinwaldbesitzes (35)

<u>Bezirk:</u>	Gesamtfläche d. Gemeinwälder		0 Fläche pro Gemeinde	
	1799	1950	1799	1950
Bülach	2130	3257	106	148
Andelfingen	2240	3323	102	138
Affoltern	1271	44	91	3
Dielsdorf	1691	2263	85	103
Uster	840	143	84	14
Winterthur	2830	3251	135	155
Winterthur*	1957		78	
Zürich**	1918		68	
Zürich		1086		84
Pfäffikon	525	191	44	16
Hinwil	64	73	7	7
Horgen	49	1532	4	128
Meilen	8	53	1	5

* ohne ehemalige Stadtwälder von Winterthur

** ohne ehemalige Stadtwälder von Zürich

Vergleicht man die damaligen Eigentumsverhältnisse mit der heutigen Gemeindewaldverteilung, so stellt man teilweise erhebliche Unterschiede fest. Diese Abweichungen sind u.a. darauf zurückzuführen, dass nach 1799 ehemalige Gemeinhölzer durch Teilungen aufgehoben wurden oder durch Auskauf in die Hand von Genossenschaften übergingen.

Die heutigen, rechtlich genau fixierten Eigentumsverhältnisse am Wald sind das Resultat einer jahrhundertlangen Entwicklung. Wir müssen uns bewusst machen, dass sich nicht nur die Besitzverteilung geändert hat, sondern dass sich auch die Auffassungen vom Waldeigentum gewandelt haben. Begriffe wie Staats-, Gemeinde-, Korporations- und Privatwald sind geeignet, die aktuelle Situation zu kennzeichnen. Unter dem Ausdruck "Gemeindewald" versteht man heute öffentliche Waldungen, welche Ortsbürger-, Orts- oder Einwohnergemeinden gehören (36). Es wäre unklug, diese moderne Kategorisierung unbeesehen auf die Verhältnisse des Mittelalters oder des Ancien Régime zu übertragen.

Da wir uns im folgenden vorwiegend mit der zürcherischen Forstgeschichte der frühen Neuzeit beschäftigen werden, drängt sich zunächst eine nähere Betrachtung der zeitgenössischen Terminologie auf.

Im Zusammenhang mit dörflichen Waldarealen reden die Quellen kaum je von "-wald", sondern fast ausschliesslich von "-holz". Die Bestandesformen Hoch- und Niederwald sind in ihrem Erscheinungsbild derart verschieden, dass man sie wohl schon früh besonders bezeichnen wollte. Der Begriff "Holz" meinte wahrscheinlich die als Nieder- und Mittelwälder genutzten Laubwaldbestockungen, also vorwiegend kleinere, siedlungsnah Waldareale. Der Ausdruck "Wald" fand hauptsächlich Verwendung für die vorzugsweise aus Nadelbäumen zusammengesetzten Hochwälder.

Der Begriff "Gemeindewald" taucht in den aus dem 16. und 17. Jahrhundert stammenden Quellen nur selten auf. Häufig stossen wir jedoch auf die Ausdrücke "Gmeinwerch", "Gmeinholz" oder "Gmeinut". Der Wortteil "gmein" hat die Bedeutung von gemeinsam oder allgemein. Unter Gmeinwerch verstand man üblicherweise die unentgeltlich zu leistende Arbeit der Dorfbewohner für die Gemeinde. Wiederholt wurde auch das gesamte Gemeindevermögen an Land als Gemeinwerk bezeichnet (37). Nach dem damaligen Sprachgebrauch beurteilt, bezogen sich der Ausdruck "Gmeinholz" und die sinngemäss verwendeten Begriffe "Gmeinwerch" oder "Gmeinut" immer auf ein zur Allmende gehörendes Waldareal, das in Eigentum und Nutzung allein den Gemeinden

zustand. Nicht alle Wälder, die gemeinschaftlich genutzt wurden, bezeichnete man als Gemeinhölzer. Verschiedentlich taucht in obrigkeitlichen Akten vom 15.-17. Jahrhundert die Formel "Hoch und Fronwald" auf, offensichtlich ohne dass mit den beiden Worten zwei verschiedene Dinge gemeint waren. Gemäss dem Sprachgebrauch der Zürcher Regierung verstand man darunter vorwiegend grössere und zumeist aus Nadelbäumen zusammengesetzte Wälder, wobei das Bodeneigentum dem Inhaber der Landeshoheit oder einer Gerichtsherrschaft gehörte. Manche Fronwälder waren als Bestandteile der von der Stadt erworbenen Vogteien an die Obrigkeit gekommen. Wiederholt versuchte die Regierung, die herkömmlichen Nutzniesser zurückzudrängen. So behauptete beispielsweise der Rat im Jahre 1572, der Gemeindewald von Regensdorf sei ein von der Herrschaft erkaufter Fronwald und juristisch gesehen alleiniges Eigentum der Stadt. Die Argumentation, die Nutzungen der Gemeinde entbehrten jeglicher rechtlicher Grundlage, war formell stichhaltig; deswegen aber gaben die Dorfleute ihre herkömmliche Ansprüche nicht preis. Wie andernorts führten die gewohnheitsmässigen Nutzungen schliesslich zum Eigentum der Teilhaber am Wald.

Fron- und Hochwälder fanden sich u.a. im Gemeindegebiet von Laufen, Töss, Steinmaur, Weiach, Regensberg, Altstetten, Aesch (Greifensee), Niederweningen und Regensdorf. Meist galt nicht die gesamte Waldfläche einer dieser Gemeinden als Hochwald, sondern bloss einzelne Wälder oder Waldteile (38). Viele Fronwälder wurden von der Herrschaft und andern Berechtigten gemeinsam genutzt. In Abgeltung der Nutzungsberechtigung bestand in manchen Fällen die Verpflichtung zu Dienstleistungen zugunsten der Herrschaft. Wer beispielsweise in Pfungen Wunn und Weid nutzen wollte, musste dem Gerichtsherrn jährlich 5 Tage Frondienst leisten (39). Für das Ackericht im Hard, einem obrigkeitlichen Hochwald in Embrach, hatte die Gemeinde dem Landvogt zu Kiburg 1 Malter Hafer abzuliefern (40). Zahlreiche Fron- und Hochwälder wurden von der Herrschaft kaum genutzt.

Interessant ist, dass die Untertanen bereits im 16. Jahrhundert keinen Unterschied mehr machten zwischen Gemeinholz und Fronwald. In den Einzugsbegehren ist nur von Gemeinwerken die Rede. Da vor allem der Nutzungsanteil und nicht das Eigentumsrecht zählte, war es für die Gemeinden naheliegend, die Fronwälder als ihren Besitz zu betrachten. Spätestens seit dem 17. Jahrhundert hatte die Bezeichnung "Hoch und Fronwald" im Zürcher Stadtstaat nur noch formelle Bedeutung (41). Dennoch hielt die Obrigkeit bis zum Ende des Ancien Régime an der überlebten Terminologie fest.

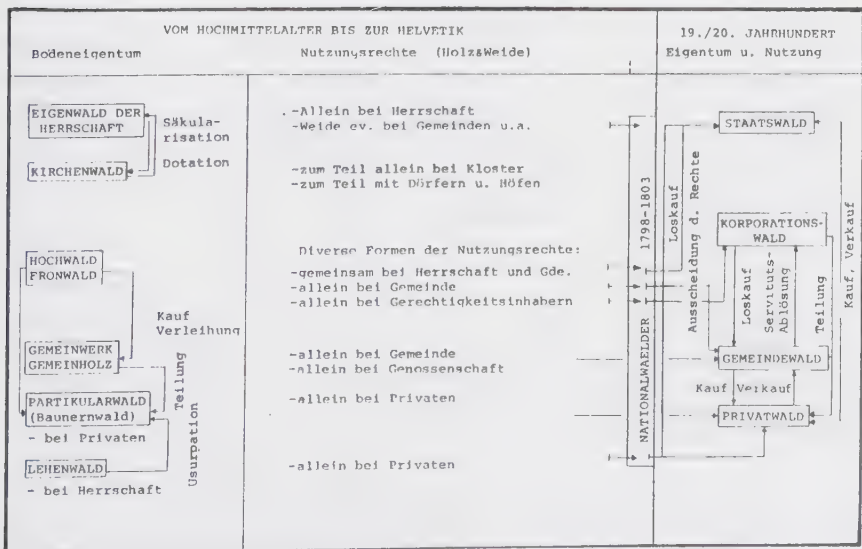
Eine dritte Gruppe bildeten die der städtischen Obrigkeit gehörenden und in der Regel allein von ihr genutzten landesherrlichen Wälder. Dazu zählten neben den eigentlichen Stadtwäldern am Albis und Zürichberg die Amts- und Vogteiwälder. Selbst in manchen hochobrigkeitlichen Forsten waren bauerliche Gemeinden nutzungsberechtigt. Verschiedene Gemeinden, die kein oder nur wenig Gemeinholz besaßen, gewährte die Obrigkeit eine beschränkte Mitnutzung. So lesen wir etwa im Einzugsbegehren von 1591, die Seebacher hätten nur ein "geringfügig, dann der merentheil holtzes der enden ouch mynen gnedigen Herren gehörig, ..." (42). In mehreren Fällen entwickelte sich aus dem einst gnadenweise bewilligten Holzsammeln mit der Zeit ein unumstössliches Nutzungsrecht, aus dem schliesslich sogar Eigentumsansprüche an hochobrigkeitlichen Wäldern abgeleitet wurden. Vom 16. bis 18. Jahrhundert verfügten u.a. folgende Gemeinden über umfangreiche Nutzungen in Amts- und Vogteiwäldern: Oberwinterthur, Töss, Hegi, Wiesendangen, Embrach und Wädenswil.

Da eine auf eigentumsrechtlichen Merkmalen basierende Gliederung der Waldungen wenig über die tatsächlichen Besitzverhältnisse aussagt, verzichte ich in meiner Darstellung weitgehend auf entsprechende Differenzierungen. Um nicht unangemessene Vorstellungen zu wecken, ziehe ich den Ausdruck "Gemeinwald" dem modernen Begriff "Gemeindewald" vor.

Das nachfolgende Schema zeigt überblicksartig die Entwicklung und Gliederung der Eigentumsrechte und Nutzungsrechte am Zürcher Wald (43).

Tabelle:

ENTWICKLUNG DER EIGENTUMS- UND NUTZUNGSRECHTE AM ZÜRCHER WALD



Anhang 1:Der Gemeinwald-Bestand am Ende des Ancien Régime
Flächenangaben in Jucharten um 1770 und 1800

<u>Bezirk Bülach:</u>	um 1770	1800	<u>Bezirk Winterthur:</u>	um 1770	1800
Bachenbülach		78	Bertschikon		1837
Bassersdorf		50	Brütten	560	
Bülach		600	Dägerlen		---
Dietlikon		80	Dättlikon	257	
Eglisau		270	Dinhard		---
Embrach		1000	Ellikon		80
Freienstein		60	Elsau		---
Glattfelden		600	Hagenbuch		30
Hochfelden		200	Hettlingen		20
Höri	80	80	Hofstetten		---
Hüntwangen		300	Nefthenbach	665	600
Kloten		1100	Ober-Seen		25
Lufingen		107	Ober-W'thur		30
Ober-Embrach		100	Pfungen		?
Opfikon		160	Rickenbach		150
Rafz		200	Schlatt		---
Rieden		90	Seen		32
Rorbas		130	Seuzach		96
Wallisellen		37	Töss	90	95
Wasterkingen		180	Veltheim		120
Wil		370	Wiesendangen		70
			Wülflingen		1570
			Zell		20

<u>Bezirk Dielsdorf:</u>	um 1770	1800	<u>Bezirk Andelfingen:</u>	um 1770	1800
Adlikon		---	Benken		500
Bachs	200	200	Berg a.L.	230	280
Boppelsen	300	---	Buch		1000
Buchs	400	300	Dachsen		150
Dällikon	148	2 1/2	Dorf	70	147
Dänikon		12	Ellikon		180
Dielsdorf	450	80	Feuerthalen		125
Neerach	30	18	Flaach		985
Niederglatt	---		Flurlingen		150
Niederhasli	24		G.-Andelfingen	350	70
N.-Steimaur	41	26	Gütishausen		150
Niederweningen	838	600	Henggart		5
Oberglatt	1 3/4		Humlikon		50
Oberhasli	250	130	K.-Andelfingen		600
Ober-Raat	35		Langwiesen		100
O.-Steinmaur	181	57	Laufen, Kirchgde.	10	
Oberweningen	482	300	Marthalen		1000
Otelfingen	560	250	O.-Stammheim	820	215
Regensberg	650	400	Oerlingen		1580
Regensdorf		400	Ossingen		380
Rümlang		180	Rudolfingen	74	16
Schleinikon		500	Thalheim		74
Schöfflisdorf	838	362	Trüllikon	100	58
Schüpfheim	25		Truttikon	278	140
Stadel	220	220	Uhwiesen		400
Sünikon	35	30	U.-Stammheim	750	200
Raat	26		Volken		8 1/2
Wasen	641		Wildensbuch	400	220
Watt		20			
Weiach	1000	577			
Windlach	55	36			

<u>Bezirk Zürich:</u>	um 1770	1800	<u>Bezirk Affoltern:</u>	um 1770	1800
Affoltern		280	Aeugst		80
Albisrieden		660	Bickwil		23
Altstetten		464	Bonstetten	359	500
Aussersihl		---	Dachelsen		45
Birmensdorf		34	Ebertswil		75
Dietikon	1400		Ferenbach		30
Enge		---	Hauptikon		53
Fluntern		43	Hausen		138
Geroldswil		---	Hedingen		---
Hirslanden		---	Heisch		138
Höngg		507	Knouau		120
Hottingen		---	Maschwanden	180	240
Leimbach		---	Ober-Affoltern		200
Niederurdorf	660	40	Ober-Lunnern	40	40
Oberengstringen		73	Ober-Mettmenstetten		100
Oberstrass		4	Ober-Rifferswil		80
Oberurdorf		345	Ottenbach		165
Oerlikon		20	Rossau		28
Riesbach		---	Stallikon	36	40
Ringlikon		120	Toussen		32
Schlieren	735		Uerzlikon		70
Schwamendingen		---	Unter-Affoltern		200
Seebach		1	Unter-Lunnern	65	65
Uitikon		200	Unter-Mettmenstetten	50	
Unterengstringen		65	Unter-Rifferswil		55
Unterstrass		---	Wettswil	vert.	814
Weiningen		960	Wolsen		45
Wipkingen		168	Zwillikon		34
Witikon		32			
Wollishofen		---			
Zollikon		15			

<u>Bezirk Uster:</u>	um 1770	1800	<u>Bezirk Horgen:</u>	um 1770	1800
Aesch		113	Adliswil		85
Dübendorf		750	Hirzel		---
Egg	60	50	Horgen		---
Fällanden		80	Hütten		40
Greifensee		45	Kilchberg		---
Hegnau		400	Langnau		10
Hinteregg	115	50	Oberrieden		---
Kirch-Uster		7	Richterswil	325	
Maur		94	Rüschlikon		---
Mönchaltorf	50	---	Schönenberg		---
Nänikon		140	Thalwil		---
N.-Schwerzenbach		24	Wädenswil		---
Nossikon		5			
O.-Schwerzenbach		5			
Sulzbach		3	<u>Bezirk Meilen:</u>		
Volketswil		600	Erlenbach		3
Wangen		8	Herrliberg		3
Wermatswil		36	Hombrechtikon		---
			Küsnacht		2
			Männedorf		---
<u>Bezirk Hinwil:</u>			Meilen		---
Bäretswil		---	Oetwil		---
Bubikon		---	Stäfa		---
Ettenhausen	140		Uetikon		---
Fiscenthal		---	Zumikon		---
Gossau		115			
Grüningen		---			
Hinwil		10			
Niederdürnten		2			
Oberdürnten		4			
Rüti		---			
Seegräben		---			
Wald		---			
Wernetshausen		45			
Wetzikon		---			

<u>Bezirk Pfäffikon:</u>	um 1770	1800
Bauma		1
Bisikon		40
Dürstelen		12
Fehraltorf		---
Irgenhausen		160
Lindau		50
Kyburg		30
Neschwil		70
Ober-Hittnau		---
Ober-Illnau		37
Ottikon		400
Pfäffikon		---
Rikon-Effret.		200
Sternenberg		---
Tagelswangen		92
Theilingen		103
Unter-Hittnau		30
Unter-Illnau		37
Weisslingen		151
Wila		---
Wildberg		---
Winterberg		60

3. MOTIVE OBRIGKEITLICHER FORSTPOLITIK

3.1. Relevante Ursachen landesherrlicher Forstpolitik

Wer die obrigkeitliche Forstpolitik im Ancien Régime verstehen und beurteilen will, muss neben der Untersuchung der konkreten Inhalte prüfen, welche Beweggründe die Regierungen veranlassten in diesem Lebens- und Wirtschaftsbereich tätig zu werden.

- Aeltere und moderne forstgeschichtliche Arbeiten stimmen darin überein, dass vorhandener oder drohender Holzmangel ein Hauptmotiv bildete (45). So sieht z.B. Fritz Häusler, der sich mit der Forstgeschichte des Emmentals befasste, in der Furcht vor der drohenden Holznot den zentralen Beweggrund der bernischen Forstgesetzgebung (46). Dieselbe Meinung äussert auch Wirz, der die südwestdeutschen Forstordnungen untersuchte: "Wir müssen uns vorstellen, dass die ganzen Anfänge einer geregelten Forstwirtschaft aus einem Notstand heraus entstanden" (47).
- Die Ausdehnung der staatlichen Aufsicht über die nicht-herrschaftlichen Wälder wurde vielerorts mit der Sorge um das Gemeinwohl begründet. Kiess, der sich mit der Rolle der Forsten im Aufbau des württembergischen Territoriums beschäftigte, vertritt die Ansicht, dass die allgemeine Waldaufsicht nicht durchgeführt wurde, um auf Grund der Forsthoheit in das Eigentum der Gemeinden und Privaten einzugreifen, sondern aus gemeinnützigen Erwägungen (48). Demnach hätten die Landesherren bereits im 16. Jahrhundert die grosse Bedeutung des Waldes für die öffentliche Wohlfart und die wirtschaftliche Existenz der Untertanen erkannt. Im Gegensatz zu dieser These macht Eichhorn, der den waldbaulichen Gehalt der südwest-deutschen Forstordnungen untersuchte, für die verschärfte Ausprägung der Forsthoheit neben den Auswirkungen des Absolutismus die merkantilistische Wirtschaftspolitik verantwortlich (49).
- Grosse Bedeutung messen viele Autoren den jagdlichen Interessen der Obrigkeit zu. Das fürstliche Anliegen zur Erhaltung der Wildbahnen war beispielsweise der Hauptgrund für den Erlass der ersten badischen Forstgesetze (50).
- Verschiedentlich wird auch darauf hingewiesen, dass gewichtige finanzielle Ueberlegungen hinter forstpolitischen Zielsetzungen standen. Die Landesherren versuchten durch die Ausbildung einer staatlichen Holzwirtschaft Einnahmen zu gewinnen, um übergeordnete Ausgaben zu decken.

Der Ausbau der Verwaltungsapparate in manchen sich entwickelnden Territorien wurde durch Gelder, die man sich durch die Ausbeutung der Wälder beschaffte, ermöglicht (51). Diese Entwicklung wurde seit dem 17. Jahrhundert noch gefördert durch die merkantilistische Finanzpolitik, die privatwirtschaftliche Domanialeinkünfte gegenüber den staatlichen Steuern bevorzugte (52). In waldreichen Ländern war der Rohstoff Holz ein wichtiges Handelsobjekt. Um die wertvolle Finanzquelle zu erhalten, versuchten die Obrigkeiten, die Bewirtschaftung aller Wälder nach einheitlichen Grundsätzen durchzusetzen (53). Aufgrund solcher Ueberlegungen beanspruchten sie in der Regel ein entsprechendes Handelsmonopol (54).

- Ein anderes Motiv für obrigkeitliche Forstpolitik stellte der Wunsch nach Vergrösserung der landesherrlichen Forste dar. Im Hochmittelalter war im Zuge des Landesausbaus die Verfügung über Waldland für Rodezwecke und die damit verbundene Gewinnung zinspflichtiger Bauern ein bedeutender Faktor für die Ausbildung von Territorialherrschaften (55). Später unternahmen die Landesherren Anstrengungen, um ihre Forste auf Kosten der bäuerlichen Allmenden auszubauen (56).
- Wo grossgewerbliche Produktionsstätten wie Bergwerke oder Glashütten bestanden, die häufig landesherrliche Regiebetriebe waren, setzte sich oft die Obrigkeit für die Sicherung der Holzversorgung ein. In Tirol kam es wegen der Bergwerke, Hüttenwerke und Salinen schon Ende des 14. Jahrhunderts zum Aufbau einer straffen Forstverwaltung (57).
- Obrigkeitliche Forstpolitik kann unter Umständen mit dem Bedürfnis zur Nachahmung ausländischer Vorbilder erklärt werden. So kommt etwa Naumann, der die Forstgeschichte eines kleinen Territoriums im Maingebiet erforschte, zum Schluss, die erste Holzordnung der Grafschaft Wittgenstein sei "möglicherweise nicht aus Not, sondern weil man sah, dass in andern Ländern solche auch erlassen wurden, entstanden" (58).

Die obige Auflistung möglicher Beweggründe landesherrlicher Forstpolitik soll als Ausgangspunkt für die Beurteilung der zürcherischen Forstpolitik vom 15. bis 17. Jahrhundert dienen. Im folgenden fragen wir uns, wie die städtische Obrigkeit ihre forstpolitischen Massnahmen gegenüber den ländlichen Untertanen zu rechtfertigen suchte.

3.2. Zeitgenössische Rechtfertigung der Zürcher Forstpolitik

Die zeitgenössischen Rechtfertigungsversuche obrigkeitlicher Uebergriffe auf die Gemeinwälder sind vielfältig. Einzelne Argumente traten indessen gehäuft auf. An dieser Stelle muss jedoch bemerkt werden, dass bei den meisten forstlichen Einzelverordnungen ausdrückliche Begründungen fehlten.

Wiederholt ist von landesväterlicher Sorge um das öffentliche Wohl die Rede. Schon Bürgermeister Hans Waldmann liess den ländlichen Untertanen versichern, man habe das unliebsame Forstgesetz von 1483 nur "inen zu gut angesähen" (59). Ähnlich lauten im 16. Jahrhundert die Erklärungen zu den Holzordnungen von Aesch, Weiach und Weiningen. Im Forstreglement für Aesch b. Greifensee heisst es etwa, es sei im Interesse der "fürderung des gemeinen nutzes und ir aller, ouch irer nachkommen wolfart" erlassen worden (60).

Mehrmals verteidigt man die obrigkeitliche Einflussnahme mit dem Hinweis, sie geschehe im Interesse der Walderhaltung. "Zu schirm und üfning irer höltzeren" erliess die Regierung im Jahre 1572 die Herrliberger Holzordnung (61). Den gleichen Zweck verfolgten angeblich die Holzbriefe für Regensberg, Richterswil und Steinmaur. Unter dem Vorwand, die Gemeinden hielten sich nicht an die in den Holzordnungen enthaltenden Vorschriften, kam es verschiedentlich zu einer verschärften staatlichen Forstaufsicht (62).

Oft wird tatsächlicher oder drohender Holz-mangel als Grund für die Verordnungen angegeben. In einigen wenigen Gemeinden herrschte bereits im 16. Jahrhundert eine ausgesprochene Notlage.

- 1584 beauftragte der Zürcher Rat den Seckelmeister Schwerzenbach mit der Ausarbeitung einer Holzordnung für Schleinikon und Dachsleren, "da by diser jetzigen zyt an Buw- und Brennholtz treffenlich grosser mangel" (63).
- Die Dorfgenossen von Richterswil einigten sich 1555 auf einen Holzbrief angesichts der Tatsache, "das nit allein by iro der gemeind, sonder allenthalben thüre, mangel und prästen ann holtz täglichen ynrysst" (64).

Weitherum machte sich seit der Reformationszeit eine Verknappung bestimmter wertvoller Holzsortimente bemerkbar: "Diewyl ein Gemeind zu Birminstorff, wie iro woll wüssent, an Zimmerholz grossen Mangel", belegte die Obrigkeit im

Jahre 1537 einzelne Waldparzellen mit einem generellen Schlagverbot, "damit das Holtz dess bass erwachsen möge" (65).

Seit anfangs des 16. Jahrhunderts verstärkte sich die staatliche Einflussnahme auf die Gemeinwälder zusehends. Mit dem Argument, es gehe ihr nur darum, eine drohende Holznot zu verhindern, verteidigte die Regierung ihre Forstpolitik.

- Der schlechte Zustand des Dälliker Gemeinwercks führte im Jahre 1567 zur Intervention der Obrigkeit: "Wo sollichem nit mit stattlicher ordnung begänet, syge zu besorgen, das gemelte, die unseren und ire nachkommen, an holtz grossen mangel lyden und haben müssten" (66).
- Im selben Jahre kam aufgrund ähnlicher Voraussetzungen die Holzordnung für Weiach zustande: "Sind wir verursacht und ouch von oberkeits wegen unsers vermeinens schuldig gewesen, sölichem ir der gemeind schaden zu fürkommen, sy zu irem nutz zu fürdern und harinne ein gepürlich insechen ze thund" (67).
- 1572 gelangten die Bürger von Regensdorf mit der Bitte an de Bürgermeister und Rat, Vorschriften zur Holznutzung aufzustellen, "diewyl ... sy gespürend, das so man also fürfaren sölte, werde das holtz inn kurtzem wüsst und müssten ire nachkommen desselbigen höchlich und übel entgelten" (68).

Im folgenden gilt es zu untersuchen, inwiefern die eigentlichen Anliegen der Regierung mit den offiziellen Rechtfertigungsversuchen übereinstimmen. Welche Erklärungen entsprachen den tatsächlichen Verhältnissen? Dienten die obrigkeitlichen Begründungen bloss als Vorwand, um die staatliche Einflussnahme zu legitimieren?

3.3 Motive der zürcherischen Forstpolitik

Vergleicht man die Liste möglicher Ursachen landesherrlicher Forstpolitik mit den zeitgenössischen Rechtfertigungs-Versuchen der Zürcher Obrigkeit, so fällt auf, dass verschiedene relevante Begründungen im offiziellen Vokabular der zürcherischen Forst-Verordnungen nicht vorkommen. Dagegen treten einzelne Motive gehäuft auf.

3.3.1. Holznot als Vorwand ?

Immer wieder ist die Rede von bereits vorhandenem oder demnächst drohenden Holzmangel. In diesem Zusammenhang muss man sich fragen, ob die entsprechenden Erklärungen den tatsächlichen Verhältnissen entsprachen. Albrecht Timm, der anhand nordwestdeutscher Weistümer die bäuerliche Forstbenutzung untersuchte, vertritt die folgende Ansicht: "Wenn in den Einleitungen zu den Forstordnungen des 16. und 17. Jahrhunderts fast regelmässig über den schlechten Zustand der Wälder geklagt wird, so gehört das gewissermassen zum guten Ton". (69).

Weist die damalige Situation nicht in vielen Aspekten Ähnlichkeiten mit dem aktuellen Energieproblem auf? - Gewiss. Versetzen wir uns einmal in die Lage eines Historikers, der im Jahre 2350 n.Chr. eine Arbeit über die Energieversorgung der Schweiz um 1980 schreiben möchte. Stünden ihm nur die Sparappelle des Bundesrates und einige Gutachten mahnender Energieexperten zur Verfügung, müsste er zum Schluss kommen, die Versorgungslage sei äusserst kritisch gewesen und es habe ein Energienotstand unmittelbar bevorgestanden. Wer ein Urteil über die Verhältnisse im 16. Jahrhundert abgeben will, ist in der gleichen Lage, da weder statistische Erhebungen über den Holzverbrauch, noch Angaben über die Entwicklung der Holzpreise oder exakte Waldbeschreibungen existieren.

Wie die im letzten Abschnitt aufgeführten Quellenauszüge zeigen, mangelte es einzelnen Gemeinden bereits im 16. Jahrhundert an Brenn- und Bauholz. Brennholz war gewöhnlich genug vorhanden. Dagegen trat seit dem ausgehenden Mittelalter eine zunehmende Verknappung einzelner Holzsortimente auf. Schon früh musste man für die Holz- und Weidewirtschaft wertvollen Eichen unter Schutz stellen. Dennoch ging ihr Anteil an der Bestockung bis Ende des 17. Jahrhunderts erheblich zurück. Wie aus dem 1663 erstellten Gemeindewerkverzeichnis von Opfikon hervorgeht, wiesen die meisten Gemeinwälder zu diesem Zeitpunkt nurmehr eine geringe Anzahl von Eichen auf: "Da insonderheit zu gewaren, dass in obbemeldtem becirck (Gemeinwald) eine nammhafte Quantitet schöne Eychenböumen ... vorhanden, derglychen nit an vilen orten in unserer gn. Hr. und Oberen Landschafft zu finden" (70).

Da der Bedarf der Bevölkerung ständig wuchs, entstanden besonders in diesem Bereich Beschaffungsprobleme. Nicht selten traten nach Perioden massloser Uebernutzung, z.B. infolge von Brandkatastrophen, Versorgungsengpässe auf.

- So heisst es im Bericht über das Gemeindewerk von Ellikon a.R. von 1583: "So find ich ungar, so der gemeind höltzer belangt, 900 Juchart, etlichs zimlich erwachsen und etlich ussgehowen, zimlich eichen, darin aber wenig buwhölzten,..." (71).
- Im Gutachten einer Ratskommission von 1575 über die Gemein- und Fronwälder zu Regensburg wird festgestellt, "das sie ihre fronwäld und höltzer zum theil allmerklich ussgerüth und dermassen erhouden, dass sy inn vilenn jahren zu dheinem rechten werch ann buw unnd anderen derglychen ehafften holtz kommen mögind,..." (72).

So schlimme Nachrichten erreichen uns jedoch nicht aus allen Gemeinden. Des öfters begegnen wir in Güterverzeichnissen positiv lautenden Notizen wie:

- "Holtz genug nach Gestaltsame der Hushaltung" - Altstetten 1589
- "Dazu holtz ze buwen und ze brennen genug" - Berg a. I, 1592
- "Bau- und Brennholtz zur Notdurft genug" - Schleinikon 1630
- "Vast alles schön gross holtz, da ein gemeindt genoss sich gar gnug daruss beholtzen mag" - Ringwil 1639 (73).

Kommen wir auf unsere Frage zurück! Die zeitgenössischen Quellen lassen kein Pauschalurteil zu. Die obrigkeitlichen Forstordnungen und Mandate erwecken den Eindruck fortschreitender Waldzerstörung. Sie vermitteln jedoch kein objektives Bild der tatsächlichen Zustände. Die obrigkeitliche Lagebeurteilung ist pessimistisch. Immer wieder trat die Regierung gegenüber den Gemeinden mit dem Argument auf, nur durch staatliche Regelementierung der ländlichen Forstbenutzung könne der drohende Holzinangel verhindert werden. Die oft beschwörte Holznot war vielmehr Rechtfertigungsversuch als Tatsache. Obwohl es in einzelnen Dörfern zu ernsthaften Versorgungslücken kam, herrschte im Gebiet des Kantons Zürich im 15., 16. und 17. Jahrhundert noch keine Holznot. Erst im Laufe des 18. Jahrhunderts kam es zu einer landesweit spürbaren Verknappung des wichtigen Rohstoffes und wohl auch zeitweise zu einer eigentlichen Holznot.

3.3.2. Walderhaltung und Gemeinwohl :

Inwiefern war die obrigkeitliche Forstpolitik ein Ausdruck der uneigennütigen, landesväterlichen Sorge um das Gemeinwohl der Untertanen? Seit jeher lag der Regierung, die sich aus der städtischen Oberschicht rekrutierte, das Wohl der Hauptstadt am Herzen. Den Massnahmen der zürcherischen Forstverwaltung lag die Auffassung zugrunde, dass diese hauptsächlich der Holzversorgung der Stadt zu dienen habe. Die massgeblichen Behörden dachten im Ancien Régime eben weniger staatspolitisch als "stadtzürcherisch". In diesem Sinne befassten sich

die ältesten forstlichen Verordnungen, die im Richterbrief von 1304 enthalten sind, mit der Holznutzung im Sihlwald (74).

Hans Waldmann, der 1483 das erste Forstgesetz erliess, ging es dabei trotz anderslautender Beteuerungen v.a. um den Ausbau der städtischen Oberhoheit, die Förderung der staatlichen Militärmacht und die Stärkung der ländlichen Steuerkraft. Die umstrittenen forstlichen Dekrete der achziger Jahre waren allerdings kaum Waldmannsche Eigenschöpfungen. Es ist wahrscheinlich, dass der Bürgermeister, der enge Beziehungen zu benachbarten, monarchisch regierten Staaten unterhielt, seine Forstpolitik in enger Anlehnung an ausländische Vorbilder entwickelte. Das Argument, die obrigkeitliche Forstpolitik verfolge das Ziel, die Wohlfahrt der Untertanen zu fördern, vermag auch später nicht durchwegs zu überzeugen.

Dies gilt auch für die Begründung, die forstlichen Verordnungen bezweckten den Schutz und die Verbesserung der Gemeinwälder. Die Walderhaltung bildete nicht das Hauptanliegen, sondern war vielmehr positiver Nebeneffekt der obrigkeitlichen Wirtschaftspolitik.

3.3.3. Die Bedeutung jagdlicher Interessen :

Inwiefern standen jagdliche Interessen hinter der obrigkeitlichen Forstpolitik? Die Jagdleidenschaft, die in vielen deutschen Territorien ein wesentliches Motiv landesfürstlicher Forstpolitik darstellte, spielte für die Ausbildung der Forsthoheit im Stadtstaat Zürich eine untergeordnete Rolle. Für die städtische Führungsschicht des 14. und 15. Jahrhunderts, die aus Handwerkern und Kaufleuten hervorging und ein bürgerliches Arbeitsethos vertrat, konnte die Jagd, die ein Symbol ritterlich-höfischen Lebensstils darstellte, kein zentrales Anliegen sein. Dennoch vertrat die zürcherische Obrigkeit seit dem 14. Jahrhundert die Ansicht, der Wildbann gehöre als Regal zu den übrigen Hoheitsrechten, wie Blutgericht oder Münzprägung. Trotz starken Widerständen von seiten der niederen Gerichtsherren, die ihre Vorrechte verteidigen wollten, gelang es der Zentralgewalt ihren Anspruch durchzusetzen. In der Folge kam es zu einer vermehrten Nutznießung des Jagdregals durch den Zürcher Rat. Seit dem 15. Jahrhundert wurde der Wildschutz verstärkt, immer mehr Tierarten erklärte man zum Hochwild, die bäuerlichen Jagdgerechtigkeiten wurden eingeschränkt und allmählich kam es zur Ausbildung eigentlicher Bannforste.

Im Gegensatz zu deutschen Teilstaaten, wo unter dem Vorwand der Erhaltung der Wildbahnen häufig Uebergriffe auf die Gemeinschaftswälder erfolgten, machte sich die Zürcher Regierung diese Argumentationsweise nicht zu eigen. Allerdings schrumpften die traditionellen bäuerlichen Nutzungsrechte an den Bannforsten seit dem 15. Jahrhundert ein. So z.B. unterdrückte die Stadt nicht zuletzt im Interesse der Jagd die Viehweide und ordnete durch strenge Verbote die Abfuhr des Holzes aus dem Sihlwald und Forst (75).

3.3.4. Die Sorge für das Gewerbe :

Die Sicherung der Versorgung der Hauptstadt mit Brennholz für die Bürgerschaft und Nutzholz für das zünftische Gewerbe war ein zentrales Anliegen der Obrigkeit. Da im Kanton Zürich keine grossen holzfressenden Betriebe bestanden, musste sich die Regierung nicht zusätzlich um die Holzversorgung dieser Unternehmen kümmern.

In Bergbaugebieten des Reiches, Englands und Frankreichs begünstigte die Entwicklung von frühkapitalistischen Industrien die frühe Ausbildung einer landesherrlichen Forstpolitik. Dagegen erfolgte die zürcherische Produktion von Glas, Ziegeln, Kalk, Seife, Salpeter etc. nicht durch Grossbetriebe. Beispielsweise belief sich der Bedarf der städtischen Ziegler im Jahre 1683 nur auf 1126 Klafter, während allein an Brennholz für die Haushaltungen ca. 7800 Klafter benötigt wurden (76). Bis zum 18. Jahrhundert bot die Holzversorgung der Gewerbe, die beträchtliche Mengen für den Verarbeitungsprozess verbrauchten, keine ernsthaften Probleme.

3.3.5. Ausbau der Staatsforste als Motiv der Forstpolitik :

In mehreren deutschen Territorialstaaten bemühten sich die Landesfürsten darum, auf Kosten der herrschaftlichen oder bäuerlichen Waldbesitzer die Staatsforste auszudehnen. Vor allem in der Zeit des Deutschen Bauernkrieges wurde der Vorwurf laut, den Gemeinden seien Wälder und Aecker entzogen worden.

Die Meinungen der Historiker zur Frage, ob derartige Beschwerden tatsächlich begründet waren, gehen auseinander :

- Schmiedlin unterstützte die Theorie von der Einziehung der Allmenden durch die Landesherren (77).
- Bühler vertrat die Auffassung, sowohl von bäuerlicher als auch von

herrschaftlicher Seite seien Uebergriffe vorgekommen; im allgemeinen habe das Recht auf Seite der Bauern gestanden (78).

- Hausrath kam zum Schluss, "eine Verdrängung der bauerlichen Bevölkerung aus dem Waldeigentum in grösserem Masse vor dem Bauernkriege" lasse sich nicht erweisen (79).

Das Problem lässt meiner Ansicht nach keine für das ganze Reich gültige Pauschalantwort zu. Primär müsste man die Verhältnisse in den einzelnen Landesherrschaften untersuchen!

Wie steht es im Stadtstaat Zürich? Zwar tauchte während den Bauernunruhen von 1525 auch hier die Idee von der Freiheit der Wälder auf; im Gegensatz zu Deutschland wurden jedoch keine Klagen über Entfremdung von Allmenden laut. Zudem lassen sich diesbezüglich im Zeitraum von 1400-1700 nur wenige Streitigkeiten zwischen Obrigkeit und Untertanen nachweisen.

- 1505 lehnte die Regierung ein Begehren der Dorfgenossen von Kiburg auf den Dettenriederwald, der als Vogteiwald galt, ab (80).
- 1558 traten Spannungen zwischen dem Landvogt von Kiburg und der Gemeinde Töss auf, "von wegen, dass die Gemeinde an der Bannhalde weiter als nach Urbars Recht in den Kyburger Hölzern Holtz haue" (81). Daraufhin legte die Obrigkeit eine Grenze zwischen Gemeinwerk und Fronwald fest.

Stichhaltige Urteile zu diesen Konflikten lassen sich aufgrund der überlieferten Quellen nicht abgeben. Wie das zweite Beispiel deutlich macht, fehlte es vielerorts noch im 16. Jahrhundert an klaren Grenzen und Eigentumsbegriffen. In Zweifelsfällen entschied die Obrigkeit natürlich zu ihren Gunsten. Trotzdem erfolgten, abgesehen von wenigen Ausnahmen, letzten Endes kaum Verstaatlichungen von bauerlichen Gemeinschaftswäldern.

Obgleich die Sicherung der Holzversorgung der Hauptstadt stets ein zentrales Anliegen der Regierung bildete, spielten entsprechende Ueberlegungen bei der Formulierung der Forstpolitik gegenüber der Landschaft kaum eine Rolle. Als hauptsächliches Motiv erscheint in den Akten der Obrigkeit die Furcht vor einem allgemeinen Holzmangel. Wiederholt verteidigte die Regierung die staatliche Einflussnahme mit dem Argument, sie geschehe allein aus landesväterlicher Sorge um das Wohl der Untertanen und bilde eine notwendige Voraussetzung zur erfolgreichen Abwehr der drohenden Holznot. Inwieweit diese Begründung tatsächlich glaubwürdig war, lässt sich im nachhinein kaum sagen. Mangelerscheinungen traten örtlich begrenzt sicherlich schon im 16. Jahrhundert auf. Schliesslich ist auch zu berücksichtigen, dass die Gemeinden mit dem selben Argument die Beschränkungen für Neuzuzüger rechtfertigten.

Auf seiten der Obrigkeit spielten jedoch noch andere Ueberlegungen mit. Die staatliche Forstpolitik ermöglichte neben dem Waldschutz eine Ausdehnung der hoheitlichen Kontrolle auf die Gemeinden. Insofern war sie ein Mittel zur Konsolidierung der hauptstädtischen Herrschaft über die Landschaft und zur Verdrängung der niedern Gerichtsherren, die zwischen Obrigkeit und Untertanen standen.

4. ANSATZPUNKTE OBIRGKEITLICHER FORSTPOLITIK

4.1. Streitigkeiten zwischen Gemeinden um Wald und Weide

Der seit Beginn der Neuzeit stark an forstlichen Fragen interessierten Zürcher Obrigkeit boten sich vielfältige Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die bauerlichen Gemeinwälder innerhalb ihres Territoriums. Anlässe dazu ergaben sich vorwiegend aus dem Verhalten der Gemeinden selbst. Bedingt durch das allmähliche Ineinandergreifen der Wirtschaftsräume von benachbarten Siedlungen als Folge der Bevölkerungsvermehrung häuften sich seit dem 15. Jahrhundert Berichte über Streitigkeiten zwischen einzelnen Dorfschaften. Gleichzeitig traten vermehrt Konflikte von Gemeinden mit ihren niedern Gerichtsherren auf. Und währenddem diese Auseinandersetzungen fort dauerten, brachen schon Kämpfe innerhalb der Dorfbewohner um Allmendrechte aus. Ohne eigenes Zutun sah sich die Regierung als Vermittler und Schiedsrichter mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert. Es galt nun entsprechend den konkreten Bedingungen und lokalen Verhältnissen Entscheide zu fällen. Zwar ging es einmal darum, die auftretenden Konflikte zwischen Gemeinden und Spannungen innerhalb der Dorfschaft möglichst unparteiisch zu schlichten; doch nicht genug damit. Nur allzu gerne benützte die Regierung die sich bietenden Gelegenheiten, um ihre forstpolitischen Vorstellungen durchzusetzen und die Gemeinwälder ihrer Aufsicht zu unterstellen.

Es findet sich kaum ein ortsgeschichtliches Werk, das nicht von Streitigkeiten zwischen zwei oder mehreren Gemeinden um Wald und Weide zu erzählen weiss. Betrachtet man die zeitliche Staffelung solcher Konflikte näher, so tritt eine augenfällige Häufung im 16. Jahrhundert zutage.

Im 15. Jahrhundert stossen wir erst vereinzelt auf derartige Reibereien, wie etwa die Auseinandersetzung zwischen dem Städtchen Grüningen und den Leuten von Binzikon und Ottikon von 1438 (82). Die im 17. Jahrhundert noch zahlreich vorkommenden Grenzkonflikte erweisen sich oft als Nachwirkungen früherer, nur halbwegs gelöster Zänkereien. Ueberhaupt bilden Konflikte um Weide und Wald nicht selten während Jahrhunderten ein Thema dörflicher Politik.

In den uns überlieferten grundherrlichen Öffnungen des 14. und 15. Jahrhunderts stossen wir ab und zu auf Bestimmungen, die den Weidgang zweier oder mehrerer Höfe in gemeinsamen Bezirken regeln. In diesen Fällen unterstanden

die nutzungsberechtigten Siedlungen meist dem gleichen niederen Gerichtsherrn, der dann auch die Twing- und Banngewalt über die Allmende ausübte.

Ein bekanntes Beispiel dafür ist die langjährige gemeinsame Nutzung des Kohlfirswaldes durch die zur Rheinauer Grundherrschaft gehörenden Gemeinden Uhriesen, Feuerthalen, Langwiesen und Flurlingen (83). Im 16. Jahrhundert brachen derartige Nutzungsgemeinschaften auseinander. In der Regel kam es erst gar nicht zu gemeinsamem Weidgang, da gegensätzliche Interessen benachbarter Siedlungen an Weide und Holz eine Zusammenarbeit unmöglich machten. Da die Gemeinden meist unfähig waren aus eigener Kraft einen allseits befriedigenden Vergleich zustande zu bringen und auch gar nicht berechtigt waren, Grenzbereinigungen selbst vorzunehmen, wurde die Angelegenheit an die Obrigkeit überwiesen. Wie verhielt sich die Regierung gegenüber solchen Streitigkeiten?

Untersucht man den Verlauf einiger Markenkongflikte genauer, so fällt auf, dass die Obrigkeit gewissermaßen nach einem Schema vorging. Sie versuchte zunächst, die bisherigen Gewohnheiten aufrecht zu erhalten. In diesem Sinne entschieden Bürgermeister und Rat gegen das Begehren der Gemeinde Breite auf Teilung mit Nürensdorf gemeinsamen Allmende, womit sie ein Urteil des herrschaftlichen Gerichts aus dem Jahre 1515 bestätigten (84).

Konnte man den status quo nicht bewahren, so nahm man Präzisierungen der traditionellen Öffnungsbestimmungen vor, was jedoch in den allermeisten Fällen keine dauerhafte Lösung bedeutete (85). Erst in zweiter Linie schied man für die einzelnen Gemeinden Weide- und Holzbezirke aus. Der Prozess der Grenz- bildung zog sich häufig über Jahrhunderte hin. Dazu ein Beispiel: 1507 stritten sich die Bewohner von Marthalen mit den umliegenden Dörfern um den Weidgang im Abist. Acht Jahre später setzte die Obrigkeit die Grenze zu Benken und Rudolfsingen fest; doch erst 1728 erfolgte die Ausscheidung der Waldungen gegen Rheinau (86).

In den meisten Fällen begnügte sich die Obrigkeit nicht mit der Streitschlichtung. Viele ihrer Entscheide in Streitsachen um Wald und Weide enthalten zusätzlich Vorschriften zur Nutzung und Bewirtschaftung der Gemeinwerke. So findet sich im Spruchbrief betreffend einen Anstand zwischen den Hofleuten von Waltenstein und Dickbuch die Bestimmung, dass zukünftig die jungen Häue im strittigen Spanholz eingehagt und vor dem Vieh geschützt werden sollten (87). 1519 revidierte die Obrigkeit einen kurz zuvor gefällten Schiedsspruch über den Wald Schomat nördlich von Nussbaumen. Den Höfen Wagen-

hausen und Burg wurde das Weidrecht im Schomat abgesprochen, ein zehn jähriges Verbot für das Hauen von Zaunstecken verordnet und zudem drei Bannwarte für die Waldaufsicht bestellt (88). Als sich 1647 die Gemeinden Bülach und Bachenbülach entzweiten, erliessen die verordneten Räte mit dem Schiedspruch zugleich auch eine Holzordnung für die Waldungen von Bachenbülach (89).

4.2. Innerdörfliche Konflikte um Gemeingüter

4.2.1. Die Ausbildung der Dorfgerechtigkeiten :

Im vorangehenden Abschnitt habe ich darzulegen versucht, wie die Obrigkeit die seit dem 15. Jahrhundert zunehmenden Konflikte von Gemeinden mit Nachbardörfern zum Anlass nahm, um die Gemeinwälder ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Alles in Allem boten derartige Streitfälle jedoch bloss wenige Ansatzpunkte, um forstpolitische Zielsetzungen verwirklichen zu können. Bedeutendere Einflussmöglichkeiten ergaben sich aus den Konflikten innerhalb der Gemeinden. Wohl in jedem Dorf oder Weiler, wo Gemeingüter vorhanden waren, fanden im Zeitraum vom 15. bis 18. Jahrhundert Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen um Rechte am Gemeinwerk statt. Dabei ging es grundsätzlich um folgende Fragen: Welche Dorfbewohner haben Anteil an der Nutzung der Allmende? Wie sollen Weidgang und Holzschlag geregelt werden?

Betrachtet man die zeitliche Staffelung innerdörflicher Konflikte näher, so stellt man ein erstmaliges gehäuftes Auftreten in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts fest. In den folgenden zwei Jahrhunderten hielten diese Zwiste in unverminderter Stärke an. Wiederholt brachen derartige Reibereien nach vorhergegangenen Marchenstreitigkeiten mit benachbarten Siedlungen aus. Eine gesetzmässige Abfolge in diesem Sinne lässt sich aber nicht nachweisen.

Im Vordergrund der Interessen der Dorfbewohner stand das Problem, wer an den verfügbaren Gemeingütern Anteil haben sollte. Daran entzweite sich die Einwohnerschaft. Fragen der konkreten Regelung von Weide- und Holznutzungen sowie der Waldbewirtschaftung waren zweitrangig. Im 16. Jahrhundert dominierte bei den innerdörflichen Konflikten der soziale Gegensatz zwischen den Bauern und Taunern. Nur vereinzelt stritt man sich darum, welchen Hofstätten und Häusern das Recht zur Allmendnutzung zukommen sollte. Dieses Problem war grundsätzlich bereits gelöst worden. Im Laufe des

Hoch- und Spätmittelalters hatte sich nämlich die Gewohnheit ausgebildet, dass nur wer innerhalb des Dorfetters wohnte zur Nutzung berechtigt sei. In einigen älteren Öffnungen, u.a. im Hofrodel von Wetzikon, legte man dann dieses Prinzip schriftlich fest (90). Zu Beginn der Neuzeit war der damit verbundene Ausscheidungsprozess noch nicht überall abgeschlossen.

1562 lehnte ein obrigkeitliches Schiedsgericht das Ansuchen eines Hofbesitzers auf Mitnutzung in den Aadorfer Gemeinwaldungen ab. Es forderte indessen die Genossame auf, den Weidgang im umstrittenen Huggenberg gegen Entschädigung dem betroffenen Bauern zu verleihen (91).

Differenzen konnten auch dort auftreten, wo Gemeinwerk und einzelne Güter nicht zur gleichen Grundherrschaft gehörten. Eine derartige Situation bestand beispielsweise in Albisrieden. Die Allmende unterstand seit karolingischer Zeit dem Grossmünsterstift; ein paar Höfe im Dorf stellten seit dem 16. Jahrhundert jedoch Lehen des Spitals Zürich dar. Nutzungsberechtigt waren nur die Inhaber von Stiftsgütern. Als 1582 Felix Bleuler, Besitzer einer Spitaler Haushofstatt Ansprüche auf Holz aus der Gemeinwaldung erhob, entschied die Obrigkeit, dass er "das buwholtz, so er zu der behussung, die er dahin ufzerichten und ze buwen vorhabens, usserthalb der gmeind Rieden kouffen und sy ime daran nach darzu weder wenig ald vil ze geben schuldig noch befügt, dagegen jerlichen zu zimlicher notturft brennholtz und das us gnaden und dheiner grechtigkeit verlangen zu lassen verbunden syn söllend" (92).

Mit der Zeit genügte es nicht mehr, innerhalb des Dorfes sesshaft zu sein, um an der Gemeinnutzung teilhaben zu dürfen. Schon in spätmittelalterlichen Dörfern galt der Besitz von Grund und Boden als notwendige Voraussetzung. In der Regel musste er jedoch nicht gross sein (93). Laut der Öffnung von Nürensdorf des Jahres 1448 benötigte man bloss 1 Schuhbreit Land (94). Hintersassen, die nicht über Grundbesitz verfügten, hatten meist bereits im 15. Jahrhundert keinerlei Rechte mehr an der Nutzung der Gemeindegüter. Da sie zudem eine zahlenmässige Minderheit im Dorf darstellten, fielen sie auch politisch nicht ins Gewicht.

Der Ausschluss der Hintersassen und jener Leute, die ausserhalb des Etters wohnten, bildete den Ausgangspunkt für eine jahrhundertelange Entwicklung hin zur Dorfgerechtigkeit. Eine nächste Stufe zur Loslösung der Berechtigung von der Person und deren Bindung an den Grundbesitz. Die im Namen von Bürgermeister, Rat und Obervögten erlassene Öffnung von Weiach (1596/97) enthält folgende Bestimmung:

"Es soll auch das holtz von den winterhäuwen nit uff die personen glych, sonnder uff die hüsser und hoffstetten ussgetheilt und einem jeden huss nit mehr dann jerlich ein hauw zur nothurfft geben werden nach gstat und gelegenheit der sach und nach dem der hof ald gwerb und volck im huss vorhanden ist" (95).

In der Regel vollzog sich dieser Schritt zur Verdinglichung der Gemeinnutzung in der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts (96).

Wo die Berechtigung an den Besitz eines Hauses gebunden war, ging mit dem Verlust oder Verkauf des Hauses auch der Nutzungsanspruch verloren. In vielen Einzugsbriefen und Holzordnungen ist dieser Grundsatz ausdrücklich festgehalten (97).

Während man einerseits die Niederlassung von Zuzüglern mit der Erhebung eines Einzugsbeldes erschwerte, kämpften die Dorfgemeinschaften im wachsenden Masse gegen die Anlage neuer Häuser. So gelangte man in einer dritten Phase zu der festen Verknüpfung von Nutzungsrechten mit bestimmten Liegenschaften. In Affoltern b. Zürich teilte man im Jahr 1584 laut obrigkeitlichem Holzbrief die Gemeinnutzung in 20 Gerechtigkeiten auf, die an sogenannte "Ehofstätten" gebunden waren (98).

Noch im 16. Jahrhundert verwandelten sich diese an Grundeigentum gebundenen Rechte in selbständige, dem freien Verkehr zugängliche Vermögenstitel, die verkauft, vererbt und verpfändet werden konnten (99). Dass von diesen Möglichkeiten tatsächlich Gebrauch gemacht wurde, beweist eine Beschreibung des Gemeinwerks von Niederdürnten aus dem Jahre 1661. Darin heisst es, im Dorf beständen 21 Gerechtigkeiten, "und wirt ein gerechtigkeit in Holz und Feld 200 Gl. diesser Zyt gerechnet, wie wol sy ouch etwan in höherem Pryss verkhoufft worden" (100).

Während einerseits wenige wohlhabende Hofbesitzer zwei, drei oder mehr Gerechtigkeiten erlangten, setzte seit dem Ende des 16. Jahrhunderts ein Prozess der Aufspaltung von bestehenden Wald- und Weidrechten ein. Durch Aufteilung von Höfen oder den Bau neuer Feuerstätten in überfüllten Wohnungen entstanden Bruchteile von Gerechtigkeiten (101). Die Obrigkeit vermochte nämlich die Verbote über die Errichtung zusätzlicher Haushofstätten längerfristig nicht durchzusetzen. Unter dem Druck einer starken Bevölkerungszunahme musste sie eine Vermehrung der Oefen durch Unterteilung der Häuser und Stuben gestatten. Dabei achtete sie darauf, dass die Nutzungsrechte insgesamt nicht erweitert wurden. Ein frühes Beispiel für diese Politik stellt eine Verordnung von 1557 für Wiesendangen dar. Darin wurde festgesetzt, dass bei Neubauten oder Teilungen von Häusern auch die Holzgerechtigkeiten geteilt werden mussten (102). Dieser hier in seinen Anfängen fassbare Prozess der

Aufspaltung von Gerechtigkeiten beschleunigte sich im 17. Jahrhundert gewaltig und erreichte gegen Ende des Ancien Régime seinen Höhepunkt (103).

Bis dahin wirkten sich die Veränderungen in der Gestaltung der Nutzungsberechtigungen nicht direkt auf das Gemeinwerk selbst aus. Im Zusammenhang mit den Allmenden traten im 16. Jahrhundert Bestrebungen zutage, die eine Aufteilung der Gemeindewälder an die Rechtssamebesitzer vorsahen. Die Umwandlung der genossenschaftlichen Waldungen in Partikularhölzer vollzog sich nicht schlagartig, sondern gewöhnlich in Stufen ähnlich der Ausbildung der Dorfgerechtigkeiten. Zunächst wies man einzelnen Höfen bestimmte Nutzungsbezirke zu, wobei diese Anteile jedoch vom Privateigentum getrennt blieben. In diesem Sinne ist die 1555 in Hinwil vorgenommene Allmendteilung zu verstehen (104). Auch behielt man für allgemeine Bedürfnisse und für die Holzversorgung der Armen meist einzelne Stücke als Gemeingut zurück (105). In breitem Ausmass erfolgten die Allmendteilungen in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts oder sogar erst im 19. Jahrhundert. Bis dahin vermochte die Obrigkeit durch strikte Verbote und scharfe Kontrollen das Streben nach Einhegungen in der Regel abzublocken. Da der Einschlag von Allmendgut ein erster Schritt zur Teilung der Gemeingüter darstellen konnte, machte die Regierung gegenüber dieser weit verbreiteten Praxis Vorbehalte. Als Bürgermeister und Rat im Jahre 1562 einen innerdörflichen Konflikt in Aeugst schlichten mussten, entdeckten sie, dass vor Jahrzehnten ein ca. 35 Jucharten umfassendes Waldstück an die einzelnen Höfe ausgegeben worden war. Weil die Anteile inzwischen vielfältige Handänderungen erlebt hatten, konnte die Regierung das Rad nicht mehr zurückdrehen: „.. so lassen wir es diser zyt nochmaln by dem selben belyben; doch das hinfüro von inen, denen uff Oügst, von den gemeinen allmenden und gemeinwerchen gar nützit mer ingeschlagen werden, sonder was noch allmend sig, das sölle unverändert blyben und von ihnen in gemein genutzt werden“ (106). Noch rechtzeitig erfolgten die obrigkeitlichen Interventionen gegen die beabsichtigte Gemeinwerkteilung im Dorf Wildensbuch (107). Wie das Beispiel von Aeugst deutlich zeigt, war die Zentralgewalt nicht imstande, sämtliche Gemeinden des Kantons genügend zu beaufsichtigen. Wir dürfen deshalb annehmen, dass in territorialen Randgebieten zu einer Zeit der noch nicht vollentwickelten Landesverwaltung Allmendteilungen stillschweigend vorgenommen wurden (108). Solche Vorgänge spielten sich wahrscheinlich bis Ende des 16. Jahrhunderts in einzelnen Ortschaften des Knonauer Amtes und des Zürcher Oberlandes ab. Vielleicht kamen illegale Allmendteilungen auch später

noch vor. Im nächsten Abschnitt wenden wir uns den innerdörflichen Spannungen zwischen Bauern und Taunern zu, wobei ich mich im wesentlichen auf die im 16. Jahrhundert ausgetragenen Konflikte beschränke.

4.2.2. Soziale Spannungen :

Als Kontrahenten bei innerdörflichen Zwistigkeiten treten in den zeitgenössischen Dokumenten immer wieder dieselben Bevölkerungsgruppen auf. Bauern und Tauner bilden die hauptsächliche Trägerschaft solcher Konflikte; der Obrigkeit aber kommt die Aufgabe zu, jeweils einen beiderseits befriedigenden Ausgleich zu finden.

Da in manchen Schiedssprüchen die Argumente der Streitparteien ausführlich wiedergegeben und die wichtigsten Differenzen umständlich nachgezeichnet werden, ist es möglich, die gegnerischen Gruppen und deren Interessenlage eingehender zu charakterisieren.

Die Begriffe "Tauner" und "Bauer" stehen für zwei ländliche Bevölkerungsklassen, die sich zunächst weniger in ihrer Rechtsstellung denn in ihrer sozialen Position innerhalb der Gemeinde unterscheiden. Derartige Gegensätze sind jedoch kein Produkt der Neuzeit. Bereits im 13. Jahrhundert lassen sich deutlich mehrere Gruppen innerhalb eines Dorfes abgrenzen. Der soziale Differenzierungsprozess beschleunigte sich gegen das Ende des Mittelalters, und die soziale Stellung blieb längerfristig nicht ohne Einfluss auf die Rechte der Dorfbewohner. Die Tauner, die wie die Bauern in der Regel Gemeindebürger waren, arbeiteten meist nicht mit Zugvieh, sondern mit der Hacke. Sie besaßen wenig oder gar kein Ackerland, hatten aber doch ein eigenes Haus. Häufig verdingten sie sich als landwirtschaftliche Tagelöhner bei Hofbauern oder betrieben als Nebenbeschäftigung ein Kleingewerbe. Die Bauern hatten als Inhaber der grossen Lehenhöfe bedeutend mehr Acker- und Wiesland inne und besaßen in der Regel auch mehr Vieh.

Nach Steinemann bestand ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal in der Art der Frondienstleistung: "Die Tauner leisteten die Frone durch eigene Körperschaft, während die Bauern Spanndienste verrichteten" (109). Dabei handelt es sich wohl weniger um Arbeiten für die Grundherren als um die Einsätze zum Unterhalt der Gemeingüter, die ohne Entschädigung erfolgten. Im weiteren führt er aus, man habe zudem ganze und halbe Bauern auseinanderzuhalten. Vollbauern wären demnach jene Hofbesitzer, denen ein Zug mit 4 Tieren gehörte. Diese Angaben sind jedoch mit Vorsicht aufzunehmen, denn offensichtlich

existierten im 16. Jahrhundert gar keine allgemeingültigen Kriterien, die es erlaubt hätten, die ländliche Bevölkerung eindeutig einer der beiden Gruppen zuzuordnen.

Genauere Angaben über das zahlenmässige Verhältnis von Bauern und Tauern sind schwer zu nennen. Wie wir noch sehen werden, bildeten die letzteren in wenigen Dörfern die Mehrheit. Nach Sigg sind in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts rund ein Drittel der Bevölkerung zu den Habenichtsen zu rechnen und ein weiteres Drittel als nicht hablich zu bezeichnen (110).

Vielfältig sind die von Ort zu Ort divergierenden Regelungen der Rechte von Tauern und Bauern. Den Zänkereien jedoch liegen immer ähnliche Ursachen zugrunde. Der Grossteil der innerdörflichen Konflikte dreht sich um die Frage, ob und inwieweit Tauner an der Gemeinnutzung mitwirken sollen.

1559 stritten sich die Leute von Elgg wegen ihres Gemeinwerkes. Die 46 Tauner des Dorfes führten Klage bei der Obrigkeit, weil der Vogtherr und die Bauernsamen sich weigerten, sie gleichberechtigt an der Allmende zu beteiligen. Die Bauern bestritten gar grundsätzlich das Recht der Tauner zur Mitnutzung. Sie argumentierten, die bisherige Teilhabe hätten sie allein dem Wohlwollen der Bauernschaft zu verdanken (111). Diese extreme Position drang bei der Regierung jedoch nicht durch. Schon einige Jahrzehnte zuvor war der Rat von Zürich gegen gleichartige Absichten der Bauern von Wallisellen aufgetreten (112).

Hier hatten die Bauern im Kampf um die Nutzung zu illegalen Mitteln gegriffen. 1528 konnten die Tagelöhner beweisen, dass die Bauern in einer Abschrift der Dorffoffnung die älteren Bestimmungen über die Holznutzung unterschlagen hatten. Durch Auslassen der entsprechenden Passage versuchten sie nämlich, die Wälder an ihre Höfe zu ziehen. Das Ratsurteil verpflichtete sie, die Satzung in der erneuerten Offnung wieder aufzunehmen; sie besagte, dass mit zwei Ausnahmen aller Wald in Wallisellen Gemeinbesitz sei (113).

Da die Obrigkeit zur gänzlichen Ausschliessung der Tauner nicht Hand bot, konnte es für die Bauern nurmehr darum gehen, deren Rechte möglichst zu beschneiden. Im eigenen Interesse förderten sie einerseits die Verdinglichung der Dorfgerechtigkeit, andererseits reduzierten sie oft selbstherrlich die Tauner-Berechtigungen. 1554 reichten die Tauner in Marthalen bei Bürgermeister und Rat Beschwerde gegen die Bauern ein. Entschieden wandten sie sich gegen

das eigensüchtige Verhalten der wohlhabenden Hofbesitzer: "Sidtmal solich holtz eyner gantzen gmeind und nit nur allein den rychen zugehörig, das dann under die rychen und armen glychling ussgetheilt und sy hinfüro darinne bass dann bisshar bedacht und betrachtet werden. Dann so man söliche gmeynen höltzer befriden müsstind sy ir hilf glych als wol als die rychen daran thun" (114). Die Bauern entgegneten, sie allein hätten die Kosten für den Förster zu tragen und zudem hiesse es auch im Einzugsbrief von 1532, jeder solle Holz entsprechend seinem Gewerbe erhalten. Desweitem gaben sie vor, die Einschränkungen lägen im Interesse des Forstschatzes, womit sie indirekt die Verantwortung für den schlechten Zustand des Waldes den Taunern in die Schuhe schoben. Die Obrigkeit liess sich von den geschickt vorgetragenen Argumenten der Angeklagten überzeugen. 14 Jahre danach brach der alte Hader erneut auf. Nun beauftragte die Regierung den Vogt zu Kiburg mit der Streitschlichtung. Den Taunern wurde vorgeworfen, sie nützten ihre zahlenmässige Ueberlegenheit in den Gemeindeversammlungen aus zum Schaden der bäuerlichen Rechte. Da jene bei Abstimmungen die Mehrheit hätten, sei es unmöglich, Holzfrevler aus dem Kreise der Tauner ordentlich zu büssen; "hinwiderumb .. aber, so einer oder meer under inen den meynern oder puren glychfals in gemelten höltzern geöffnet, das zu clag komen, die tagnewer das widerspil gebrucht und die überträtenden jeder zyt mit irem meer, buss und straffwirdig sin anbehalten, das dann inen ouch untraglich und nit meer zu erlyden wäre" (115).

Es mutet modern an, wenn das ländliche Proletariat mit Stimmenmehr, das es dank genossenschaftlicher Organisation fassen konnte, über Satzungen und Ordnungen eben dieser Dorfgemeinschaft hinwegschritt (116). Die Tauner wurden denn auch prompt in die Schranken gewiesen. Der Antrag der Bauern, die landlosen Tagelöhner sollten inskünftig bei Geschäften betreffend Wäldern und Fluren nicht mehr mitbestimmen können, fand obrigkeitliche Unterstützung (117).

Ebenso wie hier in Marthalen, gelang es den Taunern auch andernorts nicht, sich längerfristig als gleichberechtigte Gemeindegossen zu behaupten. Vielerorts bürgerten sich halbe Gerechtigkeiten für Tauner ein. Ein Ratsbeschluss von 1556 für Oberhasli lautete dahin, "dass in den spänigen zwey höltzern zwey tauner so vil als einem Bauren, der eine Hausrücke hat und mit dem pflug baut, werden soll" (118). In gleichem Sinne entschieden die verordneten Räte im Jahre

1571 einen Streitfall in Dielsdorf, wobei den Taunern immerhin das volle Weiderecht im Schwenkelberg zuerkannt wurde (119). Wesentlich schlechter kamen die Tauner von Buchs weg. Ihre Gerechtigkeit wurde laut einem Schiedsspruch von 1597 wie folgt festgesetzt: "So söllend fürhin .. jerlichen acht theil holtzes in glycher grössi und wytte, .. den inhaberen der sechs höfen daselbst jedem hoff ein theil gevolgen, der sibend theil oder hauw aber denjenigen personen, so bisshar auch ein theil darinn gehept .. und der achtend theil den halben puren und tagnöüwern alleinig verlangen, die dann von selbigem hauw uff jede hushoffstatt ein glychen theil, ungeachtet wieviel husfolcks in einer ald der anderen seyge, usstheilen söllen" (120).

Erst in wenigen Fällen erfolgte im 16. Jahrhundert bereits eine quantitative Fixierung der Holzbezüge. Für Oetwil a.L. ordnete eine Schiedsgericht an, es sollten inskünftig nicht mehr als fünf Brennholz-Häue ausgegeben werden (121). In Schleinikon legten 1577 Seckelmeister, Ratsmitglieder und Landvogt fest, die gemeinen Hölzer ständen Bauern und Tauner gleichermassen zu; erstere durften 10 Kläfter, letztere bloss 4 Kläfter Brennholz beziehen (122). In Seebach und Glatbrugg hatten die Tauner lediglich Anrecht auf ein Fuder Brennholz (123).

Die Einschränkungen betrafen jedoch nicht nur die Holznutzung. Auch die Weiderechte der Tauner wurden mancherorts gekürzt. Die Regelung des Acherums in der Gemeinde Weiach sah vor, dass Bauern mit einem Zug 8 Schweine, solche mit 2 Gespannen 12 Schweine und Tauner 3 Schweine zur Eichelmast treiben durften (124). Die Viehordnungen von Albisrieden (1570) und Alten (1628) enthalten gar detaillierte Aufstellungen der Weideberechtigungen aller Dorfgenossen (125). In beiden Fällen standen Eigenbesitz und Allmendnutzung in proportionalem Verhältnis zueinander. In Alten kam den ärmeren Taunern bloss ein Kuhrecht zu, der reichste Gemeindebürger durfte 4 Pferde, 2 Stiere, 3 Kühe und 4 Kälber ins Gemeinwerk schicken. Die acht Bauern mit mehr als 10 Jucharten Ackerland besaßen Weiderechte für 13 Pferde, 18 Stiere, 16 Kühe sowie 15 Kälber; die restlichen elf Landwirte verfügten über Rechte für 2 Pferde, 13 Kühe und 4 Kälber.

Auf Betreiben der wohlhabenden Hofbesitzer verringerte sich der Tauner-Anteil an der Gemeinnutzung vom 15. bis 17. Jahrhundert erheblich. Während die Obrigkeit diese Tendenzen in vielerlei Verordnungen billigte, kümmerte sie sich kaum darum, wie es um die Verteilung der Gerechtigkeiten innerhalb der Bauernschaft stand. So kam es mit der Zeit dazu, dass einzelne Grossbauern in den Besitz von mehreren Gerechtigkeiten gelangten. Vereinzelt versuchten die Holzgenossen selbst, diese unerfreuliche Entwicklung in den Griff zu be-

kommen. Ein Beispiel dafür ist die Holzordnung für Männedorf, die u.a. vorsah, dass keiner mehr als 4 Anteile am Gemeindewerk erwerben durfte (126).

Wenn auch die völlige Ausschliessung der Tauner sich als unmöglich erwies, so erstrebten die Bauern doch wenigstens die Kontrolle über die Nutzungen. Auch versuchten sie, die Forstaufsicht in ihre Hände zu bringen. Wo diese Ziele erreicht wurden, mussten sich die Vorrechte der Bauern natürlich zu Ungunsten der Taunerschaft auswirken. Alles in allem blieb die Verfügungsgewalt der Bauern doch begrenzt, denn in Fragen der Forstpolizei und der Waldnutzung setzte die staatliche Zentralgewalt den Gemeinden schon bald enge Grenzen. Hierin erwiesen sich bürgerliches Streben nach Autonomie und obrigkeitliche Forstpolitik als unvereinbar.

In Buchs besaßen die Inhaber der sechs grossen Lehenhöfe die Kompetenz, die jährlichen Holzschläge für sich und die Tauner zu bestimmen. Laut Spruch von 1562 hatten sie sich dabei an folgende Bedingungen zu halten: "und an wellichen orthen und höltzern sy, die puren, ire höw ussgeben, alda söllen sy den tagnern iren how und theyl ouch geben und sy dheinswegs söndern ald an andere orth wysen" (127). Richteten sich die Bauern aber tatsächlich danach? - Wohl kaum. Auch in Niederweningen war es Sache der Hofbesitzer, das Holz für die Tauner anzuweisen (128). In den meisten Gemeinden blieben beide Parteien an der Aufsicht über Weide und Wald beteiligt, wobei aber die Bauern regelmässig mehr zu sagen hatten als die Tauner. Typisches Beispiel ist die Gemeindeordnung über die Wahl der Dorfmeier in Opfikon: "Es sol ein gmeind von opfikon zwen von denen so die hoef und güetter buwent und einen von den dagnouwern erwellen, die söllent einem vogt zuo kiburg loben oder schweren, holtz und feld zuo schirmen" (129).

Ein Vergleich des Jahres 1563 "von wegen ussrütung und usstheilung holtzes" im Affolterner Homberg widerspiegelt in charakteristischer Weise die unterschiedliche Interessenlage und soll daher ausführlich zur Sprache kommen:

"Zum ersten den holtzhow im Homberg belangend, den vermelte tagner gar uss zerrüten und ze saygen und aber die puren wider inzeschlachen und holtz zu züchten vermeinen etc. Diewyl der angezeigt how im Homberg by 12 juchart unfahr, so die gmeind verschinens winters zu einem winterhow ussgeben, der mer theil erhowen und das holtz daruss, so söllte den tagnern hiemit in ansehen der schweren thüri, .. uss gnaden verwilliget und zugelassen sin, das sy denselben how .. rüten und vier jar lang die nechsten nutzen mögen, doch so bald sy die vier nütz als röüb darab bringind, das dannenthin die selb ussgeilt und zum gmeinen weidgang dienen sölle" (130).

Die Tauner massen dem Wald nicht nur grosse Bedeutung als Weidegrund und Holzlieferant zu; für sie stellt er auch eine wichtige Landreserve dar. In neuen Rodungen sehen sie einen gangbaren Weg, um ihre bescheidenen Anbauflächen zu erweitern und damit die eigenen Produktion zu steigern. Die Bauern, denen im allgemeinen genügend Ackerland für die Selbstversorgung zur Verfügung steht, sind eher an der Erhaltung des Waldes interessiert. Sie wollen nicht zugunsten grösserer Rodungsunternehmen die für die Schweine- und Rinderhaltung wertvolle Weide aufs Spiel setzen. Da bis ins 18. Jahrhundert keine Möglichkeiten zur forstwirtschaftlichen Ertragssteigerung bestanden, empfahl es sich auch im Hinblick auf die Sicherstellung der Holzversorgung aus eigenen Mitteln auf die weitere Verringerung der Waldfläche zu verzichten.

Während von Gemeindewald-Rodungen auch arme Leute profitierten, kamen die Allmendteilungen und Einhegungen offener Fluren vorwiegend der dörflichen Oberschicht zugute. Nur zahlungskräftige Einwohner konnten die neugebildeten Parzellen kaufen oder pachten. Die allgemein zugängliche Weidefläche verringerte sich und in beiden Fällen waren Zuzüglinge nach einmal erfolgter Privatisierung von jeglicher Mitnutzung ausgeschlossen (131). Schon früh erkannte die Obrigkeit die sozialen Gefahren dieser Entwicklung. 1538 widersetzte sich die Regierung einem Teilungsprojekt der Goldbacher, die dem Beispiel anderer Seegemeinden folgen wollten. In einem Urteilsspruch wurde bestimmt, bereits parzelliertes und verkaufte Allmendland solle wieder in den alten Rechtszustand zurückgeführt werden. Begründet wurde dieser Entschluss nicht mit obrigkeitlichen Eigentumsvorbehalten, sondern mit der drohenden Benachteiligung des gemeinen armen Mannes, der mit der Einhegung "an synem Weydgang verhyndert würde" (132).

Wie allein schon diese beiden Fälle zeigen, war die Obrigkeit um ihre Rolle als Schiedsrichter in innerdörflichen Konflikten keineswegs zu beneiden. Probleme stellten sich ihr bereits bei der Untersuchung der jeweiligen konkreten Verhältnisse. Den entscheidenden Instanzen fehlte es an Ortskenntnis und Informationen zur Konfliktlage. Im besten Fall konnten sie sich auf die Visitationsberichte von Ratsmitgliedern stützen. Sonst musste man es bei den Auskünften der Landvögte bleiben lassen. Allein aufgrund dieser Voraussetzungen musste es schwerfallen, in jeder Situation angemessenes Urteil zu finden. Ebenso gilt es zu bedenken, dass die Regierung nicht unabhängig über derartige Konflikte beschliessen konnte. Ihre Machtmittel zur Durchsetzung der schiedsgerichtlichen Erkenntnisse waren bescheiden. Von einem absolutistischen Zwangsapparat, wie ihn europäische Monarchen im 17. Jahrhundert zielstrebig auf-

bauten, konnte das Zürcher Patriziat bloss träumen. Politische Ueberlegungen engten deshalb den Spielraum beträchtlich ein. Eine klare Parteinahme zugunsten der Tauner wäre undenkbar gewesen. Sie hätte die Opposition der ländlichen "Aristokratie" auf den Plan gerufen. Da die Schicht der bäuerlichen Hofbesitzer sowohl wirtschaftlich als auch politisch das Bild der Landschaft bestimmte, musste die Regierung wohl oder über deren Anschauungen in ihren Entscheidungen berücksichtigen. Eine offenen Brückierung dieser Bevölkerungsgruppe kam daher nicht in Frage. Das herrschende Patriziat hätte damit bloss eine Neuauflage der Waldmannschen Unruhen provoziert!

Diese Gegebenheiten sind in die Beurteilung des obrigkeitlichen Verhaltens gegenüber innerdörflichen Konflikten einzubeziehen. Wer die entsprechenden Schiedssprüche aufmerksam durchliest, stellt bald einmal fest, dass sie in der Regel die grossbäuerliche Position begünstigten. Es wäre jedoch falsch zu behaupten, die Obrigkeit habe lediglich die Interessen der wohlhabenden Hofbesitzer verteidigt. Zweifellos bemühten sich die Schiedsgerichte häufig ernsthaft um ausgewogene und gerechte Entscheidungen. Nur in wenigen Fällen schlossen sie sich vollumfänglich der Argumentation der Bauern an.

Nicht zuletzt gilt es zu bedenken, dass für die Obrigkeit auch eigene, gewichtige Interessen auf dem Spiel standen. In den Auseinandersetzungen um die Gemeingüter war sie selbst Partei. Dabei ging es im 16. Jahrhundert eigentlich nicht mehr um die Alternative Bauer oder Tauner. Die grundlegende Frage lautete: Landesherrliche Forsthoheit oder Gemeindeautonomie.

4.3. Abschliessung der Gemeinde gegen Aussen

Das Problem Bauer - Tauner ist eng verknüpft mit dem Problem Einsässen - Zuzüglinge. Im einen Fall geht es um die Auseinandersetzung innerhalb der Bürgerschaft, im andern um den Kampf zwischen Dorfgenossern und Neuzuzüglern.

Bis in die Mitte des 15. Jahrhunderts bestanden für Leute, die sich in der Stadt oder im Dorfe niederlassen wollten, weder nennenswerte rechtliche noch finanzielle Schranken. Zuzüglingen und Einheimischen boten sich diesselben sozialen Aufstiegchancen. Das Beispiel der Städte nachahmend, fing man um die Wende der Neuzeit an, die Niederlassung in den Dörfern durch Erhebung eines Einzugs geldes zu erschweren. Eine der ersten schriftlichen Quellen über Einzugsstaxen im Kanton Zürich stellt die obrigkeitliche Bestätigung eines

neugeschaffenen Einkaufspfennigs von 5 Pfd. für Nieder-Meilen aus dem Jahre 1503 dar (133). Die Einsässen begehrten eine Abgabe, weil sie "mit den Tagnouwern und andern, so zu inen zugen, übersetzt, ouch an Wunn und Weyd, Trib und Tratt beschwärt und ueberladen" seien (134). Zielscheibe dieses Strebens nach Abschliessung war also die grosse Gruppe der armen Neuzuzüger, die kein oder nur wenig Land erwerben konnten und deshalb ein grundlegendes Interesse an der Mitnutzung der Gemeinwerke hatten.

Von Einkaufsgebühren ist vereinzelt schon in herrschaftlichen Öffnungen des 15. Jahrhunderts die Rede (135). In der Folge machte die Stadt als Landesherrin die Erhebung von Einzugsgeldern ganz von ihrer Erlaubnis abhängig. Im 16. und 17. Jahrhundert galt die Regel, dass die interessierten Gemeinden durch Vermittlung der Vögte oder Gerichtsherren einen entsprechenden Antrag der Obrigkeit einreichten. Der Rechenrat prüfte die Begehren, stellte allenfalls Rückfragen und formulierte abschliessend einen Antrag zuhanden des Kleinen Rates. Dieser fällt dann den definitiven Entscheid. Die Höhe des von der Obrigkeit bewilligten Einkaufsgeldes hing von mehrern Faktoren ab. Das hauptsächliche Kriterium bildete die Grösse des Gemeindegutes, das sich meist aus Geldkapitalien und Liegenschaften zusammensetzte. Am wichtigsten war der Umfang der Gemeinwerke. Deshalb verwiesen die Gemeinden in ihren Anträgen meist auf vorhandene Allmendgüter oder legten gar ausführliche Verzeichnisse bei. Da diese Angaben jedoch häufig zu wenig detailliert waren oder gar nicht der Realität entsprachen, holte die Obrigkeit hin und wieder bei den Landvögten Auskünfte ein oder führte Umfragen über Gemeinwerke durch. Solche Tabellen sind z.B. 1585/86 für die Herrschaften Eglisau und Andelfingen sowie 1587 für die Landvogtei Kiburg angelegt worden (136). Damit erlangte die Regierung zuverlässigere Entscheidungs-Grundlagen für die seit Ende des 16. Jahrhunderts einsetzende Flut von Einzugsbegehren, die erst zu Beginn des 18. Jahrhunderts langsam zurückging.

Die Einzugsbriefe sind schematisch gegliedert und meist ziemlich gleichlautend. In der Einleitung kommt das Begehren der Gemeinde nochmals zur Sprache. Dann folgen die Bestimmungen über das Einzugs geld. In der Regel gelten unterschiedliche Ansätze je nach Geburtsort der Einzüglinge. Meist unterscheidet man drei Kategorien: Leute, die innerhalb des Zürcherischen Territoriums, solche, die im Gebiet der Eidgenossenschaft geboren wurden sowie ausländische Einzüglinge. Manchmal treffen wir auf besondere Tarife für Personen, die aus der nächsten Umgebung oder aus derselben Herrschaft

stammen (137). Gewöhnlich beträgt die Abgabe zuhanden der Gemeinde für Leute aus der Eidgenossenschaft das Doppelte der Einkaufsgebühr für die zürcherischen Einzüglinge. Stets wird von den erstern zusätzlich ein sogenanntes Schutz- und Schirmgeld zuhanden der Obrigkeit verlangt, das der Gemeindeabgabe entspricht. Die Einbürgerung von Ausländern bedarf immer der obrigkeitlichen Zustimmung, wobei das zu leistende Einzugs geld nach den jeweiligen Verhältnissen festgelegt wird. An einzelnen Orten richtet sich die Höhe der Abgabe nach den Vermögensverhältnissen der Neubürger. So bestimmt etwa der Einzugsbrief für Erlenbach (1573), dass einer, der einen Hof mit Reben und Gütern kauft, 16 Pfund zahlen muss; wer bloss ein Haus erwirbt 5 Pfund (138). Gemeinden, die einem niederen Gerichtsherren unterstehen, haben diesem einen gewissen Anteil der Einkaufsgebühr abzuliefern (139).

Die Obrigkeit zog jedoch nicht bloss die Kontrolle über die Einbürgerungen an sich, sondern versuchte auch direkt auf die Gemeinden Einfluss zu gewinnen. Zahlreiche Einzugsbriefe enthalten neben der Regelung der Einkaufsgelder Verordnungen zur Nutzung der Gemeindegüter. Immer wieder stossen wir auf die Bestimmung, "wellicher under inen syn huss, heimb und güeter hinfür verkaufft und nützit mehr alda hat, der soll darmit all syn rechtsame auch verwürckt .. haben" (140). Häufig findet sich auch die Weisung, wonach die Gemeinden die Einzugs gelder sorgfältig zu verwalten hätten und den Vögten über Verwendung der Gemeindegüter Rechenschaft abzulegen schuldig seien (141).

In einzelnen Fällen knüpfte die Regierung an die Bewilligung zu Einkaufsgeldern die Bedingung, dass eine bestimmte Ordnung bei der Waldnutzung eingehalten werde. Als die Gemeinde Ottenbach 1555 um eine Einkaufsgebühr nachsuchte, kam die Obrigkeit diesem Wunsch zwar entgegen, bedachte die Dorfgenossen aber neben dem Einzugsbrief gleich noch mit einer ausführlichen Holzordnung für die Gemeindewälder (142).

Wenn auch dieser Fall eine Ausnahme darstellt, so ist doch nicht zu übersehen, dass die Zentralgewalt mit der Kontrolle über das Einzugs wesen ein bedeutendes Druckmittel gegenüber den Gemeinden in Händen hielt. Da die Höhe des Einzugs geldes weitgehend von der Grösse und Qualität der Gemeinwerke abhing, hatten die Gemeinden ein Interesse daran, ihre Gemeingüter wenn möglich zu erweitern. Viele Begehren des ausgehenden 16. und 17. Jahrhunderts um Erhöhung der Einzugs gelder wurden begründet mit derartigen Investitionen (142). Tausende von Gulden haben einzelne Gemeinden ausgegeben, um insbe-

sondere ihr Gemeineigentum an Wald auszubauen. So wies z.B. die Gemeinde Höngg in einem Einzugsbegehren vom 18. Juni 1587 darauf hin, dass man innert 40 Jahren für 1300 Gulden Wald hinzugekauft habe (144). Andere Gemeinden, die bisher keinerlei Gemeindegüter besaßen, begannen nun durch freiwillige Beiträge der Dorfgemeinschaften neue Gemeinwälder zu schaffen (145).

Die Ausbildung der Dorfgemeinschaften, die Beschränkung der Teilhabe der Bauern an der Gemeinnutzung und die Erschwerung der Niederlassung von Zuzüglern führten bis zum 18. Jahrhundert zur Ausbildung einer geschlossenen Dorfgemeinschaft, deren Mitglied man nur durch Geburt, Grundbesitz oder ausdrückliche Aufnahme seitens der Gemeindeglieder gegen Entschädigung werden konnte. Geduldet durch die Obrigkeit versteinerte sich seit dem ausgehenden Mittelalter das Nutzungsrecht zu Ungunsten der unterbäuerlichen Schichten. Dieser Entwicklung stand die Zentralgewalt jedoch nicht untätig gegenüber. Aktiv griff sie in die Konflikte ein und nutzte gezielt die sich ergebenden Möglichkeiten zur vielfältigen Einflussnahme auf die Gemeinden. Im folgenden Kapitel werden wir uns mit der Frage befassen, wie sich die forstpolitischen Vorstellungen der Obrigkeit entwickelten, und mit welchen Mitteln die Landesherren ihre "Ideale" durchzusetzen suchten.

5. DIE DURCHSETZUNG DER STAATLICHEN FORSTHOHEIT

5.1. Anfänge zentraler Forstpolitik im 15. und 16. Jahrhundert

Erste Ansätze zu staatlicher Einflussnahme auf die bäuerlichen Gemeinwerke werden im ausgehenden Spätmittelalter fassbar. Die wachsende Belastung und Straffung der einzelörtischen Territorien führte im 15. Jahrhundert auch im jungen Stadtstaat Zürich zu Unruhen. Im Jahre 1441, noch während der Toggenburger Erbschaftskriege, kam es zu schweren Meinungsverschiedenheiten zwischen der Obrigkeit und den Untertanen in der erst kürzlich erworbenen Herrschaft Grüningen. Die Untertanen beklagten sich über das Regiment Zürichs, das im Vergleich zur Herrschaft der frühern Vogtherren als streng und ungerecht empfunden wurde. Der im Februar 1441 erstellte Beschwerdekatalog enthielt Artikel betreffend die Gerichtsorganisation, das Erbrecht, Allgemeine Lasten und Freiheiten, und Wirtschaftsfragen (146). Wie nachfolgender Auszug zeigt, spielten auch forstliche Belange eine Rolle: "Sy sprechend ouch, wie die vögt habind inen ire hölzer usser massen verwüst und darinne holz houwen lassen. (...) Also habind nun die von Zürich sy darzue gehalten und uffgesetzt, das sy die vesti durch das Jar beholtzen müssind, dan sy doch vormalen das by der Herrschaft ziten nie getan, .. denn das sich die Herrschaft selber beholtzet" (147).

Durch freiwillige Anrufung der Schiedsgerichtsbarkeit eines neutralen eidgenössischen Ortes, dessen Spruch für beide Parteien verbindlich war, wurden die Klagen erledigt (148). Als Vermittlungsinstanz wirkte die Bernische Regierung, die innerhalb ihres Territoriums eine ähnliche Politik wie die Zürcher Obrigkeit betrieb. Deshalb lehnte sie in den wesentlichen Fragen die Begehren der Landleute ab. Ihren Entscheid legten Schultheiss und Rat der Stadt Bern am 17. März 1441 in zwei Spruchbriefen nieder. Darin wurden eine Reihe von Verpflichtungen der Untertanen, die mit der Leibeigenschaft und der Vogtei zusammenhingen, bestätigt. Die Klagen über unrechtmässige, masslose Waldnutzungen der Landvögte und die umstrittenen Holzlieferungen an das Landvogteischloss beantwortete die Berner Regierung dahin, "dass die erbern lüt jr höltzer mögent behüeten und besezen, .. und dass die vögt kein holz in den wälden und hölzern, an der erbern lüten, willen macht haben sollen ze höwen, .. sonder auch die erbern lüt nit gebunden sollen syn, den vögten dehein holz jendert zefertigen noch zeführen, doch vorbehebt der Vesti zu jrem buwen,

buwholz und auch der herrschaft ander jr recht in den hölzern, .." 148). Noch im 15. Jahrhundert konnten die zur Beholzung des Landvogteisitzes verpflichteten Dorfschaften die Brennholzliefereien durch eine Geldzahlung ersetzen. Seit 1473 hatten die Gemeinden Ober- und Niederglatt, Gossau, Bertschikon, Ottikon, Itzikon und Binzikon ein jährliches Holzgeld von 27 Pfund zu entrichten (150). Das Verlangen der Herrschaftsleute nach weitgehender Freigabe von Jagd und Fischerei wies man entschieden zurück. Artikel 16 des Spruchbriefes legte fest, "dass fischenzen, wildbän und fäderspil einer herrschaft zu gehören und zuo gehören sollent und das harumb die von Zürich die bäch, wildbenn und fäderspil jn ban zu leggen, zebesezen und zu beschirmen haben" (151).

Das Verhalten der Regierungen von Zürich und Bern im Anstand mit Grüningen machte deutlich, dass die Obrigkeiten gewillt waren, ohne Rücksicht auf die traditionellen Rechte ihrer Untertanengebiete, die staatliche Gewalt zu stärken. Auch im Bereich des Forst- und Jagdwesens durchbrach man das alte Herkommen, wo es dem Ausbau der Landeshoheit hinderlich schien.

Einige Jahrzehnte später kam es im sogenannten Waldmann-Handel zu einer landesweiten Auflehnung der Untertanen gegen die steigenden Herrschaftsansprüche der städtischen Regierung. Der von 1483 - 1489 amtierende Bürgermeister Hans Waldmann versuchte, die rechtliche Stellung der Landschaft im Interesse der städtischen Oberhoheit und der Zunftgewerbe einzuschränken. Im Bestreben, Zürich in einen zentral regierten Staat umzuwandeln, leitete Waldmann als erster eidgenössischer Staatsmann eine eigentliche Forstpolitik ein.

Schon als Amtsverwalter des Klosters Einsiedeln und Obristzunftmeister setzte er sich für eine massvolle Nutzung der Wälder ein. Auf seinen Vorschlag hin untersagte der Rat im Jahre 1480 jegliche eigenmächtige Entnahme von Jungholz aus den Gemeinwäldern: "Die Dorfanwälte sollent - im Falle Jungholz verlangt wird - besehen ob die Tannweld von jungen Tannen so dick standint, dass es zu erlütern notturfutig und künftenklich unschedlich sye" (152). Das Verbot des "Serlens" richtete sich gegen die allgemein verbreitete, äusserst schädliche Gewohnheit, junge Bäume, meist Tannen, für Zaunzwecke zu verwenden.

Um die drohende Eichennot abzuwenden, verfügte man, "dass hinfür .. nieman mer dehein junge eichen, die ein erdkym sye oder grösser, zu widen ald zu andern dingen abhowen sol" (153). In gleicher Weise wurde die eigenmächtige Entnahme von "haslinen stikl und jung haslen" verboten. Abschliessend hielt man

fest, jedermann sei verpflichtet, Waldfrevler bei den zuständigen obrigkeitlichen Vögten anzuzeigen, welche auch die Bussen zuhanden der Stadt einziehen sollten.

In der Absicht die Militärmacht Zürichs zu stärken, schuf Waldmann nach Antritt des Bürgermeisteramtes eine Notreserve-Ordnung. Das am 13. August 1483 erlassene Mandat verpflichtete u.a. die ländlichen Gemeinden zur Errichtung einer Kriegskasse. Jede Gemeinde, die über Allmendgut verfügte und in der "von holtzes, eichlen, verkofens oder anderswegen" Bargeld anfiel, sollte in Zukunft diese Einnahmen mitsamt dem Bussengeld zur Aeufnung der Kriegskasse verwenden. Die in einer speziellen Büchse aufbewahrten Geldmittel wurden zwar von den Gemeinden verwaltet, konnten aber nur im Beisein des zuständigen Vogtes angegriffen werden, "damit (die Gemeinden) iren reiskosten dester fürer mögen erliden, als och sölichs alles, .. niendert zu anders denn zu der Statt und des Lands kriegten und nöten gebrucht werden sol" (154).

Um die Erträge aus dem Allmendgut dauernd sicherzustellen und womöglich zu steigern, setzte sich Waldmann insbesondere für die Erhaltung und Verbesserung der Gemeinwälder ein (155). Ebenfalls noch im Jahre 1483 kam das erste Zürcher Forstgesetz zustande. Es untersagte jegliches Roden und Serlen innerhalb des Stadtgebietes (156). Das Verbot galt für die obrigkeitlichen Stadt-, Vogtei- und Amtsforste, sowie für sämtliche Gemeinde- und Privat-Hochwälder. Doch die Landleute verhielten sich so, als betreffe es nur die staatlichen Fronwälder. Dies veranlasste die Regierung, das Gesetz in revidierter Form abermals aufzulegen:

"Unser herren Burgermeister und Rät der statt Zürich haben vormaln in allen iren graffschaften, herrschafften, gerichten und gepieten verpotten, dz nieman in den fronwälden noch rächten hölzern dheinerley rütinen noch darin serlen sölte und als dz aber nit gehalten sunder von etlichen übersehen wirdet, so gepieten dieselben unser herren ernstlich und wollen och dz von jedermann dz gehalten und dem nachgegangen werde, also dz nunhinfür niemand in den fronwälden, gemeinwerchen, noch in sinen eignen oder andern rechten höltzern särlen oder rüten sölle.

Und were es, dz jemands buwen oder ichtit machen wolte, darzu er zimberholtzes notturftig wäre, der sol denoch dz och nit tun dann in bysin und mit heissen eines underfogts und des dorfs geswornen Meyer an dem end. Und doch so ist inen gegunen und erlopt in den vorbüchlen, da nit rechte höltzer sind, särlen und rüten zu mögen, wie von alter har.

Und von welchem dz übersehen und nit gehalten wirt, der jeglicher, als dick er dz übersicht, sol zwei march silbers zu buss zu geben verfallen sin und die och on alle gnad ingezogen werden und jedermann den andern darumb leiden by sinem eid" (157).

Das Waldmannsche Forstgesetz stiess bei den Untertanen auf entschiedene Ablehnung und stellte einer der auslösenden Faktoren des im Frühjahr 1489 beginnenden Aufruhrs dar. Die anfangs März der Regierung eingereichten Beschwerden der Zürichsee-Gemeinden nahmen denn auch ausdrücklich Bezug auf das verhasste Gesetz: "Item aber ist verbotten unser eigen höltzer zu nützen und werben mit zünen und anderm nach unser aller notdurft. (..) Von der serlen wägen sye och nüwerung beschechen und inen ein beschwerd, dann meniger möge sine güeter nit befriden noch buwen nach siner notdurft" (158).

Nach Beschwichtigung der ersten Auflaufes versicherte der Rat den Untertanen, man habe das Gesetz "inen zu gut" erlassen, "damit die welld und holtz geschirmbt und nit verwüst werden; .. myner herren meynung sye nit, das iemand dadurch die notdurft verpotten sin sölle" (159). Vergeblich versuchte die Obrigkeit mit diesen Argumenten ihre Forstpolitik zu rechtfertigen. Der wenig später ausbrechende zweite Auflauf führte anfang April 1489 zum Sturz der Regierung und zur Hinrichtung Waldmanns. Durch eidgenössische Vermittlungsbemühungen kamen die sogenannten Waldmannschen Spruchbriefe zustande. Diese Herrschaftsverträge, die die Stadt anfang Mai 1489 den einzelnen Herrschaften und Vogteien ausstellen musste, gewährten den Untertanen gewisse Zugeständnisse; sie sollten diese auch vor beschwerlichen Neuerungen schützen und ihnen ein bescheidenes Mitspracherecht sichern (160).

Mit der Aufhebung der kommunalen Kriegskassen fiel auch das umstrittene Forstgesetz dahin. Gleichzeitig machte die Regierung einige einschränkende Mandate im Bereich der Landwirtschaft und des Jagdwesens rückgängig. Obgleich die Vorherrschaft der Hauptstadt eine gewisse Abschwächung erfuhr, brachten die Spruchbriefe keine grundlegenden Machtverschiebungen mit sich. Ebenso wenig vermochten sie auf die Dauer den Ausbau der obrigkeitlichen Gewalt zu verhindern.

Während die tatsächliche staatliche Entwicklung bald über die Spruchbriefe hinwegging, zeitigte der landesweite Aufstand von 1489 langfristige Wirkung. Inskünftig hütete sich die Obrigkeit tunlichst davor, durch unpopuläre Massnahmen eine Neuauflage des Waldmanns-Handels zu provozieren. Nach den schlechten Erfahrungen mit dem Forstgesetz von 1483 dachte niemand mehr ernsthaft daran, durch das Mittel von allgemeingültigen Forstordnungen für eine Verbesserung der Gemein- und Privatwälder zu kämpfen.

In der Reformationszeit brachen unter dem Einfluss der sozial-religiösen Bauernbewegung in Süddeutschland erneut Unruhen aus (162). Im Gegensatz zum arroganten Verhalten Waldmanns im Aufruhr von 1489, vertrat der Rat nun eine Politik der Mässigung. Auch nachdem es im März 1525 in der Herrschaft Grüningen zu schweren Ausschreitungen gekommen war, verzichtete man darauf, die Untertanen mit Gewalt zur Räson zu bringen (163). Um die unruhige Bauernschaft zu beschwichtigen und für einen friedlichen Ausgleich zu gewinnen, forderte man sie auf, ihre Beschwerden schriftlich vorzutragen. Gemeinden aus allen Landesteilen folgten dem Aufruf. Manche der vorwiegend oekonomischen Fragen betreffenden Begehren hatten schon in den Unruhen des 15. Jahrhunderts eine Rolle gespielt. Die Leute der Herrschaft Greifensee brachten u.a. folgende Wünsche vor: „.. ist unser, der amptlütten, vermeinen, dass alle rünnenden Wasser fryg söllint sin, ouch der vogel in luft, das gewild im wald und der fisch im wag, und also nieman keinen zwing noch gewildbann haben söll“ und, „dass nieman zuo geben schuldig syg fasnachthüener keinem herren, .. ouch weder roubstür noch holzgelt, wie aber beschechen“ (164). Ähnliches erhofften sich auch die Grüninger, Kiburger, Eglisauer, Neuämter und Andelfinger Gemeinden.

Der Rat setzte zur Prüfung der eingelegten Beschwerden einen speziellen Ausschuss ein (165). Wie nicht anders zu erwarten, trat dieser nicht auf die Anliegen der Untertanen ein. Insbesondere hielt man am Jagdregal und an den obrigkeitlichen Abgaben fest. Den Kiburger Grafschaftsangehörigen, die sich für die Freigabe der Jagd ausgesprochen hatten, antwortete die Regierung, „man verpriet das pirssen und schiessen darumb, dass einer seiner arbeit acht hab und niemas darvon kein schad entstand“ (166). Einmal mehr mussten die Untertanen den kürzern ziehen.

Die Reformation, von der sich die Landleute eine rechtliche und wirtschaftliche Besserstellung erhofft hatten, brachte keine Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der Landschaft mit sich. Sie führte im Gegenteil zu einer gewaltigen Erweiterung der Staatsaufgaben. Die Gemeinden wurden immer stärker in den Rahmen der zürcherischen Staatsverwaltung eingeordnet. Insbesondere die Schaffung des Rechenrates bewirkte im 16. Jahrhundert eine Aktivierung der obrigkeitlichen Forstpolitik und ermöglichte eine vermehrte staatliche Einflussnahme auf die Gemeinwälder.

5.2. Die Politik der Holzordnungen

5.2.1. Inhalt und Zweck der obrigkeitlichen Holzordnungen :

Im letzten Kapitel habe ich ausgeführt, wie die verschiedenartigen Auseinandersetzungen um die Allmenden der Obrigkeit Wege öffneten zur direkten Einflussnahme auf die ländlichen Gemeinden. Einmal lassen sich eine Vielzahl von Einzel-Interventionen nachweisen, zum andern existieren zahlreiche obrigkeitliche Holzordnungen.

Im Gegensatz zu den landesweit gültigen Forstgesetzen oder Forstordnungen, die in der Regel für Wälder aller Eigentumskategorien bestimmt waren, enthalten diese Holzordnungen Vorschriften über Aufsicht, Nutzung und Bewirtschaftung einzelner Gemeinwaldungen. Inhaltlich stimmen sie teilweise mit herrschaftlichen Offnungen des 13. bis 16. Jahrhunderts überein, was übrigens auch für die landesherrlichen Forstgesetze der frühen Neuzeit zutrifft (167). Der wesentliche Unterschied zu den Weistümern besteht darin, dass diese Waldreglemente nicht auf der Uebereinkunft von Grundherr und Bauernsahme beruhen, sondern durch obrigkeitlichen Beschluss zustande kamen. Bei der mittelalterlichen Offnung steht die von rechtskundigen Männern abgegebene Aussage über das geltende Gewohnheitsrecht im Vordergrund. Mit dem Erlass von Holzordnungen bestätigt der Inhaber der Landeshoheit nicht in erster Linie das traditionelle Gewohnheitsrecht, sondern er setzt neue Rechtsnormen.

Der hier verwendete Begriff "Holzordnung" stammt aus den zeitgenössischen Quellen. Wie der Name sagt, geht es in erster Linie darum, die Holznutzung zu regeln. Die Einleitung der Dälliker Holzordnung gibt klaren Aufschluss über den Zweck des Reglements: "Desshalben wir von oberkeys wegen und zu gutem der gedachten unsern zu Tällick den mitrath Lienharten Meyger .. und Heinrichen Tomman verordnet mit bevelch, .. mit der gmeind wüssen und willen ein ordnung zu stellen, wie sy sich fürer mit dem holtzhouw halten und was sy thun oder lassen söllind" (168).

In der Holzordnung für Aesch b. Maur heisst es, die Rechenherren hätten "zu fürderung des gmeinen nutzes und ir aller, ouch ir nachkommen wolfart, volgende ordnung und holtzbann ze halten gestellt" (169). Die Bezeichnungen "Holzbann" oder "Holzeinung" finden sich häufig in den Quellen. In der Vorrede zur Herrliberger Ordnung lesen wir, die Gemeinde habe "üch myn gnedig herren unterthenig pitten lassen, inen zu schirm und üfning irer hoeltzeren, so inen täglich übel geschändt werdind, einen einung und bann zu erlouben" (170). Dann folgen detaillierte Bestimmungen über Frevelbussen. Der Gemeinde fehlte also

grundsätzlich das Recht, Holzfrevler in eigener Kompetenz zu bestrafen. Erst durch ausdrückliche obrigkeitliche Ermächtigung konnte sie entsprechende Befugnisse erlangen. Im 16. Jahrhundert stattete die Obrigkeit zahlreiche Dorfschaften mit dieser Berechtigung aus (171). Im Spätmittelalter hatte die Holzzeichnung über die Gemeinwerke dem Inhaber von Twing und Bann zugestanden, also in der Regel dem Grundherr (172). Nur wenige Gemeinden besaßen die Kompetenz, Uebertretungen gegen die Flur- und Waldordnung in eigener Regie zu ahnden. Vogel vertritt in seiner Dissertation über die ländliche Einung die Ansicht, dass die mangelnde rechtliche Autorität der Gemeinden, die obrigkeitliche Einwirkung auf die Allmenden entscheidend begünstigte, "denn diese zürcherische Holzordnungen werden dringend, weil es der Gemeinde nicht gelingt, die Nutzung des Holzes befriedigend zu ordnen oder solche Ordnungen durchzusetzen" (173).

Neben den strafrechtlichen Bestimmungen und den Vorschriften zur Waldnutzung enthalten die Holzordnungen in der Regel auch Anweisungen über die Forstaufsicht. Besonders in diesem Bereich machte die staatliche Zentralgewalt ihren Anspruch auf landesweite Forsthoheit geltend.

Weiter finden sich wiederholt Anordnungen zur waldbaulichen Behandlung. Hierin unterscheiden sich die Holzordnungen auch inhaltlich stark von den mittelalterlichen Offnungen. Um den Wald als wertvolle Rohstoff- und Finanzquelle zu erhalten, unternimmt die Obrigkeit den Versuch, die Bewirtschaftung der Gemeinwälder nach den von ihr für zweckmässig gehaltenen Grundsätzen zu gestalten.

In Zielsetzung und Aufbau stimmen alle Holzordnungen der frühen Neuzeit im wesentlichen überein; inhaltlich bestehen jedoch z.T. grosse Differenzen. Weil jede Holzordnung für das Gemeinwerk eines einzelnen Dorfes bestimmt ist, kann sie in ihren konkreten Bestimmungen den jeweiligen Verhältnissen und Besonderheiten Rechnung tragen. Darin liegt der grösste Vorteil dieser im Stadtstaat Zürich praktizierten kleinräumigen Forstpolitik. Jene landesherrliche Forstpolitik, die sich hauptsächlich des Mittels der allgemeingültigen Forstordnungen bediente, konnte bloss allgemeine Grundsätze postulieren und lief auch stärker Gefahr, auf dem theoretischen Niveau stehenzubleiben.

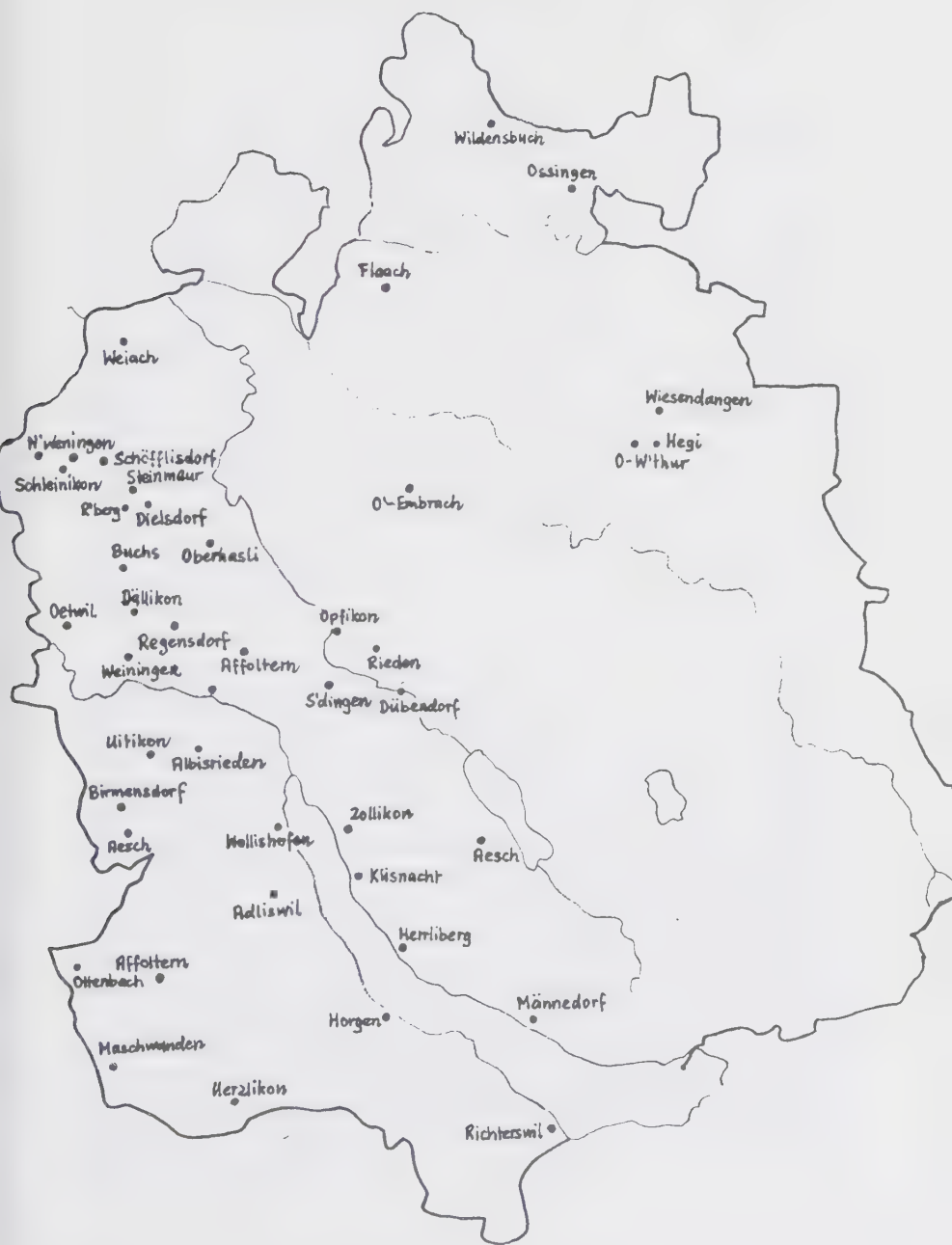
5.2.2. Die Rolle der Obrigkeit :

Eines der wichtigsten Mittel zur Durchsetzung der Forsthoheit stellte der Erlass von Holzordnungen dar. Die obrigkeitlichen Holzordnungen ermöglichten es der

Regierung, gezielt auf bestimmte Gemeinden einzuwirken. Sie ersetzten oder verdrängten seit dem 16. Jahrhundert allmählich die herkömmlichen Öffnungen. Die ersten obrigkeitlichen Holzordnungen hatte man noch im Spätmittelalter für den städtischen Sihlforst ausgearbeitet. Weitere Verordnungen folgten im 15. Jahrhundert für die sogenannten Vogteiwälder, die im Zusammenhang mit Herrschaftserwerbungen an die Stadt gekommen waren. Mit der in der Reformationszeit vollzogenen Säkularisierung der geistlichen Besitzungen gelangten eine Vielzahl von klostereigenen Waldungen in die Hand der Obrigkeit. Zur Regelung der Nutzung von Amtswäldern griff die Regierung erneut zum Mittel von Holzordnungen (174). Was lag da näher, als die bisherige Politik auf die Gemeinwälder zu übertragen? Zunächst stellte man die sogenannten Fronwälder unter obrigkeitliche Aufsicht (175). Diese Waldungen waren mit einzelnen Herrschaften an Zürich gekommen, standen aber fast ausschliesslich den Gemeinden zu. Der Staat trat in diesen Fällen direkt in die Fusstapfen der frühern geistlichen und weltlichen Grundherren. In einer zweiten Phase dehnte die Obrigkeit ihre Kontrolle auf alle anderen bäuerlichen Gemeinwälder aus. Dabei konnte sie sich nicht mehr auf wohlerworbene Rechte berufen, sondern musste ihre Ansprüche durch das abstrakte Postulat der landesherrlichen Gerichts- und Forsthoheit zu legitimieren suchen.

Die Initiative für derartige Holzordnungen ging daher meist von der Zentralgewalt aus; sei es wie im Fall von Dällikon aufgrund des schlechten Waldzustandes oder wie beispielsweise in Buchs wegen innerdörflicher Konflikte. Mehrere Male gelangten die Gemeinden selbst an die Obrigkeit. Im Jahre 1572 baten die Gesandten der Einsässen von Regensdorf, "wir sollten inen hierinne zu schirm des holtzes, glych wie annderen Gmeinden .. ein ordnung machen" (176). Andere Dorfschaften wie Oberhasli, Schöfflisdorf und Schleinikon ersuchten um obrigkeitliche Bestätigung ihrer Vorschläge. Der Erlass von Holzordnungen galt im 16. Jahrhundert meist nicht als Sache der niederen Gerichtsherren, und noch weniger waren die Gemeinden selbst dazu berechtigt. Eine Ausnahme stellte die Gerichtsherrschaft Uitikon dar, wo der Vogtherr nicht nur über den Hohen Wildbann verfügte, sondern auch die Holzordnungen zusammen mit der Gemeinde aufsetzte (177).

Karte 7; DIE OBRIGKEITLICHEN HOLZORDNUNGEN (1500-1600)



In der Regel erliess der Kleine Rat die Holzordnungen. Ausgearbeitet wurden sie von speziellen Ratskommissionen oder von den Ober- und Landvögten in Zusammenarbeit mit Amtleuten, Seckelmeister, Rechenherren und Gerichtsinhabern. Falls vorhanden berücksichtigte man die Entwürfe von Gemeinden. Vereinzelt ergänzte man deren Vorschläge mit Bestimmungen zugunsten der Obrigkeit. Dazu ein kleines Beispiel. 1549 hatte die Gemeinde Opfikon in ihrem Antrag die Frage der Verteilung von Frevelbussen offengelassen, worauf die Regierung prompt den Zusatz anbrachte: "buos sol myren herren gehören" (178). Mehrmals behielt sich die Obrigkeit auch ausdrücklich allfällige Abänderungen der Holzordnungen vor (179). Sie machte fleissig von diesem Recht Gebrauch. Innerhalb weniger Jahre wurden die Holzordnungen einzelner Gemeinden revidiert und damit die obrigkeitliche Kontrolle verschärft; so z.B. erhielt Zürich-Affoltern am 25. Februar 1559 eine neue ausführliche Ordnung, die jene von 1555 ersetzte. In der 1521 erlassenen Holzordnung für Rieden bei Dietlikon hatte man den Verkauf von Holz ausdrücklich gebilligt; 60 Jahre später nahm der Rat von Zürich die Vorschrift auf, "dass bey 10 pfd. buss keiner nüt von seinem theil aussert die gemeind verkaufft" (180).

Welche grosse Bedeutung die Regierung den dörflichen Holzordnungen zumass, zeigt allein schon die Tatsache, dass den Land- und Obervögten durchwegs die Berechtigung für derartige Erlasse fehlte. Hin und wieder ergaben sich daher Kompetenzkonflikte. 1524 gewährte der Regensberger Landvogt auf Bitte der Gemeindevertreter von Oberweningen, Schöfflisdorf, Schleinikon und Dachslern eine von diesen beantragte Holzordnung. Einige Jahre später ersuchte eine Abordnung der vier Dörfer die Regierung um Bestätigung jener Urkunde. Mit Rücksicht auf "nutz und frommen" der Gemeinden kam die Obrigkeit dem Wunsch nach, "wiewol unnzers gefallens gewesen, ouch inen obgenannten gemeinden wol angestanden were, das sy alls die unsern anfangs unns, alls ir rechte Oberherren unnd nit gemelt unnsere gericht zuo Regenspurg, dann inen sollichs ze thun nit gepürt hat, .. angesucht hetint" (181).

Bis Ende des 16. Jahrhunderts kamen Dutzende von Gemeinden in den "Genuss" obrigkeitlicher Holzordnungen. Für das 16. Jahrhundert lassen sich ca. 50 derartige Reglemente quellenmässig nachweisen. Für meine Untersuchung berücksichtigte ich nicht nur jene Dokumente, die ausdrücklich als Holzordnung bezeichnet werden. Manche aufgrund von innerdörflichen Konflikten erlassenen obrigkeitlichen Gerichtsurteile zur Nutzung der Gemeinwälder kommen in Charakter und Inhalt den eigentlichen Holzordnungen gleich. Weiter habe ich auch einzelne aus dem 16. Jahrhundert stammende Öffnungen verwendet, die

auf obrigkeitlichen Beschluss hin zustande kamen und ausführliche Bestimmungen über Aufsicht, Forstpolizei und Waldnutzung enthalten. Karte Nr. 7 zeigt, für welche Gemeinden zwischen 1500 und 1600 die Obrigkeit Holzordnungen und Waldbriefe erliessen.

Wenn auch bis Ende des 16. Jahrhunderts nur für einen Bruchteil der Gemeinden, die über Gemeinwerk verfügten, obrigkeitliche Holzordnungen aufgestellt wurden, so dürfte diese Politik doch erhebliche Wirkung gezeitigt haben. Viele Gemeinden mussten sich nun verstärkt um die Erhaltung ihrer Gemeinwälder bemühen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollten, eine Holzordnung diktiert zu erhalten, die den Freiraum der betroffenen Gemeinde spürbar einschränkte. Die obrigkeitlichen Waldreglemente konnten auch allen Dörfern Vorbild sein für die Gestaltung der Waldnutzungen und der Bewirtschaftung. Zudem muss man bedenken, dass die Politik der Holzordnungen nicht nur für einige Dezennien Gültigkeit hatte, sondern im 17. und 18. Jahrhundert zielstrebig weitergeführt wurde. So gesehen, stellen die in der beginnenden Neuzeit sichtbar werdenden Ansätze für eine zentrale Forstpolitik einen ersten kleinen, aber wichtigen Schritt zur Durchsetzung der staatlichen Forsthoheit dar.

Im folgenden will ich aufzeigen, wie die obrigkeitlichen Holzordnungen in den verschiedensten Bereichen der freien Verfügungsgewalt der Gemeinden über ihre Wälder Grenzen setzten.

5.2.3. Die Kontrolle der Gemeindeverwaltung :

Wie schon ihre Bezeichnung deutlich macht, befassen sich die Holzordnungen vorwiegend mit der Regelung der Waldnutzungen. Viele enthalten neben rein forstlichen Weisungen auch generelle Vorschriften über die Gemeindeverwaltung. Grosses Interesse brachte die Obrigkeit der Rechnungsführung der Gemeinden entgegen. Manche Gemeinden verfügten nämlich über ein beträchtliches bewegliches Vermögen. Dieses setzte sich zusammen aus Bargeld, Grundzinsen, Gülten, Zehnten und Bannbussen. Dazu kamen zinstragende Kapitalien und einträgliche Reche wie Hintersassen- und Einzugsgelder, Tavernengerechtigkeiten und Abzugsgelder (182). Eine Oberaufsicht der Regierung wurde zuerst bei den Kirchengütern geltend gemacht. Laut einem Mandat von 1530 mussten die obrigkeitlichen Vögte darüber wachen, dass die Kirchengüter zweckdienliche Verwendung fanden (183). Seit der Jahrhundertmitte dehnte sich die staatliche Kontrolle auf die Verwaltung der eigentlichen Gemeindegüter aus.

Einzelne Holzordnungen enthalten den ausdrücklichen Befehl, die Dorfgenossen hätten zur Verwaltung der Bussen und Zinsen eine Seckelmeister zu bestellen (184). Weitere Anordnungen betrafen die Verwendung der Gelder. Ständig drängte die Obrigkeit auf zweckgebunden Anlage zugunsten der Allgemeinheit und vermehrte die Sparsamkeit. Typisch für das damalige wirtschaftliche Denken der Obrigkeit ist die in den Waldbrief für Buchs aufgenommene Bestimmung: "so sy durchs jar am gmeinwerch arbeitend und zünend, söllend sy uff die gmeind nützit mer .. zeeren, sonder sich ein jeder nach verrichtung der arbeit gestrax heimmachen und hiemit disser unnötig costsen zur stür ires gmeinen guts auch abgestellt syn" (185).

Um eine direkte Kontrolle über die Finanzverwaltung der Gemeinden zu erlangen, erhob die Obrigkeit in manchen Holzordnungen die Forderung nach Rechenschaftspflicht (186). Bald unterstellte man sämtliche Gemeinden gewisser Herrschaftsgebiete der obrigkeitlichen Rechnungsprüfung. Wie ein landvögtlicher Bericht zeigt, war dies in der Landvogtei Regensburg schon 1574 allgemein üblich (187). Die Rechenschaftspflicht schränkte zwar die Autonomie der Gemeinden ein, sie konnte indessen auch Schutz gegen ein allzu selbstherrliches Dorfregiment der reichen Bauern bieten (188).

Zu einer eigentlichen Leitung der Finanzverwaltung durch von der Regierung ernannte Beamte kam es aber nicht. Dennoch fühlten sich die Gemeinden eingeengt. Anlässlich der von der Regierung zur Zeit des Bauernkrieges von 1653 durchgeführten Umfrage, äusserten z.B. die Regensberger den Wunsch, ihr Gemeindegut selbst verwalten zu dürfen; ein Ansinnen, das bei der autokratisch eingestellten Obrigkeit kein Gehör fand (189).

5.2.4 Die Aufsicht über die Gemeinwälder :

Die Obrigkeit bemühte sich intensiv um die Verbesserung der Forstaufsicht in den Gemeinewäldern. Seit der Zeit von Bürgermeister Waldmann beanspruchte die Regierung die Oberaufsicht über sämtliche Gemeinwerke. Ihr Bestreben ging dahin, die mittelalterlichen Bannwarte durch der Regierung verpflichtete niedere Forstbeamte zu ersetzen. Zahlreiche Gemeinden verfügten jedoch nicht einmal über dörfliche Aufsichtspersonen. So legte die Holzordnung für Aesch am Greifensee fest, dass jeder der 5 Hofbesitzer abwechselungsweise eine Woche den Wald "goumen" müsse (190). Auch in Zollikon ging die Ueberwachung des Korporationswaldes bis ins 18. Jahrhundert von Haus zu Haus um (191).

Eine weit bessere Lösung stellte natürlich die Bestellung eines besonderen Aufsichtsbeamten für eine längere Amtsdauer dar. Häufig stossen wir in den Holzordnungen auf die Anweisung, die Gemeindeversammlung solle alljährlich einen Bannwart wählen. In Albisrieden oblag den "Vierern", dem Dorfweibel und dem Untervogt die Aufsicht über die Gemeinwälder (192). In Weiach sorgte ein Förster, der eine feste Besoldung bezog, zusammen mit einem jeweils für eine Woche bestimmten Gemeindegenossen für Ordnung in Holz und Feld (193).

Mit verschiedenen Massnahmen versuchte die Obrigkeit, die dörflichen Aufsichtspersonen für eine unbestechliche und zuverlässige Kontrolle der Waldungen zu gewinnen. Durch Eid hatten sich einzelne Bannwarte dem obrigkeitlichen Vertreter und der Gemeinde gegenüber zu verpflichten (194). In die gleiche Richtung zielte eine Verordnung des Holzbriefes für Affoltern bei Zürich. Hier besass der zuständige Landvogt die Kompetenz, den Dorfweibel bei Nachlässigkeit seines Amtes zu entheben und allenfalls auch zu bestrafen (195). Obwohl die Obrigkeit bestrebt war, die Bannwarte stärker an sich zu binden und ihre einseitige Abhängigkeit von der Gemeindeversammlung zu reduzieren, blieb der Erfolg bescheiden. Wie die immer wiederkehrenden Klagen über Waldfrevel zeigen, war die Forstaufsicht trotz staatlicher Kontrolle weiterhin ungenügend. Offensichtlich gelang es nicht, die dörfliche Bannwarte für die forstpolitischen Anliegen der Regierung zu gewinnen.

5.2.5. Die Forstgerichtsbarkeit :

Während der obrigkeitliche Einfluss im Bereich der Waldaufsicht gering blieb, zog die staatliche Zentralgewalt bis Ende des 16. Jahrhunderts die forstliche Gerichtsbarkeit weitgehend an sich. Im Mittelalter hatte der Inhaber der Tving- und Banngewalt, also in der Regel der Grundherr als Eigentümer der Allmende, über diese Kompetenz verfügt. Mit der Säkularisierung der Klöster stieg die Stadt zum bedeutendsten Grundherr im Kanton Zürich auf. Der Obrigkeit fiel es in der Folge nicht schwer, die forstliche Gerichtsbarkeit über die Gemeinwälder in ihrer Hand zu konzentrieren. Einerseits drängte man die niederen Gerichtsherren zurück, anderseits ordnete man die forstpolizeilichen Befugnisse der Gemeinden nach eigenem Ermessen. Noch fehlte es im 16. Jahrhundert aber an einer einheitlichen Ausgestaltung der forstgerichtlichen Befugnisse von Obrigkeit, Gerichtsherren und Gemeinden. Da manchenorts ältere Traditionen weiterlebten, ist es angebracht, einen Blick auf die früheren Verhältnisse zu werfen.

Dörfliches Einungsrecht und Forsthoheit:

Im Zuge der hochmittelalterlichen Umgestaltung der Grundherrschaft fand ein genereller Prozess der Erleichterung bäuerlicher Lasten statt, der sich auch in der Region von Zürich spürbar auswirkte. Der Bauer des spätern Mittelalters sass meist erblich auf seinem Lehenhof. Die hauptsächlichen Frondienste waren durch fixe Geldabgaben ersetzt worden, und die einstige Schollengebundenheit hatte einer erheblichen Mobilität Platz gemacht. Die wachsende Selbständigkeit des einzelnen Bauern besass ihre Entsprechung in einer zunehmenden Autonomie des Dorfes, das sich nun zu einer politischen Gemeinde mit eigenen Selbstverwaltungsrechten entwickeln konnte. Manche Inhaber der Twing- und Banngewalt räumten den Dorfgemeinden das Recht ein, über die regelmässigen Wirtschaftsvorgänge Bestimmungen zu erlassen, sowie Bussen zu setzen und einzutreiben (196). Vielerorts gebot die Gemeinde über Fragen des Weidgangs, über den Einfang der Feldflur oder über den Holzschlag im Gemeinwerk; ihr Rechtsbereich erstreckte sich, wie es in den Quellen heisst, über "Holz und Feld". Wenn sich auch die Zuständigkeit der Gemeinde auf ihren eigenen Wirtschaftsraum bezog, so überliessen die Grundherren doch häufig die Nutzung der herrschaftlichen Wälder nicht ganz der Bauernsamen. Oft behielten sie sich auch den Holzbann über die Gemeinwerke vor (197). Die Sonderstellung des Waldes als wichtigstes Gemeindegut kam ebenfalls in andern Beschränkungen zum Ausdruck, wie Verboten von Holzverkäufen und Allmend-Einhegungen (198). Immerhin verfügte manche Gemeinde im ausgehenden Mittelalter über das Recht, in bescheidenem Umfang Bussen zu setzen (199). Da ihr aber die Mittel zur Durchsetzung der angedrohten Strafen fehlten, bedurfte sie in der Regel der herrschaftlichen Unterstützung.

Wie hat sich nun das im 14. und 15. Jahrhundert ausgebildete dörfliche Einungsrecht in der Neuzeit entwickelt?

Auch im 16. Jahrhundert besaßen eine Reihe von Dorfschaften, die der zürcherischen Landeshoheit unterstanden, beschränkte forstpolizeiliche Befugnisse. Einerseits durften gewisse Gemeinden ihre herkömmlichen Privilegien beibehalten, andererseits stattete die Obrigkeit einzelne Gemeinden mit entsprechenden Kompetenzen aus.

Nach dem Verständnis der Regierung stand den Gemeinden grundsätzlich das Recht nicht zu, Holzfrevler zu bestrafen. Erst durch ausdrückliche Ermächtigung erlangten sie entsprechende Befugnisse; die Gemeinden besaßen also

bloss eine übertragenen Kompetenz, die theoretisch jederzeit rückgängig gemacht werden konnte.

Dies galt auch für jene Gemeinden, die bereits in mittelalterlicher Zeit forstpolizeiliche Rechte erworben hatten. Wiederholt nahm die Regierung diese traditionellen Befugnisse stillschweigend in die erneuerten Öffnungen auf. So durfte z.B. die Gemeinde Birmensdorf weiterhin "von jedem stumpen holtz, der sig dürr ald grün, so in iren höltzeren wider ir gemachte Ordnung gehowen wirt, zächen schilling ze buoss nemmen und vorderen" (200). Ein dreifacher Bussensatz kennzeichnete die Kompetenz der Genossen von Dachsen: Sie durften über ihre Allmenden und Hölzer gebieten "wie von alter harkommen und gebrucht ist, des ersten an dry schilling haller, von dry schillingen an acht schilling, von acht schillingen an ein pfund haller" (201). Die von den Dorfleuten gewählten Geschworenen von Oberhasli konnten ebenfalls Bussen bis zu 1 Zürcher Pfund setzen, wobei die eine Hälfte der Geldstrafe jedoch der Obrigkeit zufiel (202).

In Albisrieden blieb das Gemeinwerk auch nach der Reformation der Einung unterstellt, "so ernempt und von dem gstiftt und gmeind mit einanderen ufgesetzt wirt". Zusätzlich führte man aber eine von den Obervögten bestimmte Frevelbusse von 5 pfd. ein: "wo jemens fräfnen und eigens gwalts .. üzid houwen wurde, derselbig (hat) um des fräfels willen gegen uns, den obervögten, die buss verwürckt" (203).

In ähnlicher Weise verordnete die Högger Gemeindeordnung, "das ein gmeind .. uber hienach bestimpte bussen dheine andere bussen, was nit alte gerechtigkeiten, unnder inen selbs ufzusetzen gwalt ald fug haben". Für Bussen über 5 Schilling benötigte sie die Bewilligung der Obervögte (204).

Während die Regierung einerseits ältere Gewohnheiten aufrecht erhielt oder z.T. durch neue Bestimmungen ergänzte, ersuchten andererseits Gemeinden, die ebenfalls schon früher forstpolizeiliche Befugnisse ausgeübt hatten, die Obrigkeit um Bestätigung ihrer Privilegien. Im Jahre 1506 gelangten die Holzgenossen von Zollikon mit einer entsprechenden Bitte vor Bürgermeister und Rat. Sie wünschten zunächst eine obrigkeitliche Bewilligung für die von ihnen vorgeschlagene Holzeinung. Desweiteren eröffneten sie dem Rat, es sei bei ihnen alter Brauch gewesen, dass wer in den Wäldern mehr Holz schlage, als ihm zugestehe, von der Gemeinde "um Grund und Grat" gestraft werden solle. Eine derart weitgehende Befugnis schien der Regierung nicht angebracht. Immerhin gestand sie der Gemeinde Zollikon neben beträchtlichen Holzbussen für den

Fall, dass jemand einen Gertel zuviel Holz bezog, eine Geldstrafe von 10 pfd. zu (205). Als die Gemeinde Zollikon fünfzig Jahre später erneut um einen "Einig-brief" bat, kam die Obrigkeit dem Begehren wiederum nach. Während andern orts im Laufe des 16. Jahrhunderts die angedrohten Strafen für Waldfrevel durchwegs verschärft wurden, reduzierte die Obrigkeit die Ansätze für die der Gemeinde Zollikon zustehenden Holzbussen erheblich. Hatte man noch 1506 für eine Eiche 5 Pfd. bewilligt, so sah der Waldbrief von 1556 für das gleiche Vergehen bloss noch eine Geldstrafe von 3 pfd. vor (206).

An einzelnen Orten verdankte die Gemeinde das Einungsrecht erst der zürcherischen Obrigkeit (207). In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts erhielten u.a. die Gemeinden Guntalingen, Adliswil, Embrach, Watt und Zürich-Enge entsprechende Rechte (208).

Generell erfuhr das dörfliche Einungsrecht in der beginnenden Neuzeit aber bedeutende Einschränkungen. Indem die Holzeinung häufig zum Gegenstand einer besonderen, von der Obrigkeit erlassenen schriftlichen Holzordnung gemacht wurde, verringerte sich die Verfügungsgewalt der Gemeinden über ihr Gemeinwerk erheblich. Die Holzordnungen machten das eigentliche Bannen des Holzes überflüssig, da sie die Holzausgabe festlegten und die Bussen bestimmten. Die Gemeinde konnte in diesem Fall nur noch den Zeitpunkt des Bannbeginns verfügen. Für das immer wieder neue Setzen einer Einung durch die Genossame blieb kein Raum mehr (209). Ueberhaupt behielt sich die Regierung durchwegs das Recht vor, gewichtige Waldfrevel selbst zu ahnden. So heisst es etwa in der Holzordnung für Hegi, die schwerwiegenden Vergehen seien dem Landvogt v. Kiburg zu überweisen, "der soll gegen den Ueberträttern nach gstatsame der sachen mit höher straf lybs und guots ze handeln gwalt haben" (210).

Insgesamt ist die Selbständigkeit der Gemeinde unter der zürcherischen Landes-hoheit trotz der Ausdehnung ihres Tätigkeitsbereichs eher formell als inhaltlich erweitert worden. Obwohl das dörfliche Einungsrecht in gewissen Belangen ausgebaut wurde und die Gemeinden z.B. mit dem Schul- und Armenwesen neue Aufgaben erhielten, verringerte sich ihr Freiraum für eigene Entscheidungen.

Verbote und Bussen

Ein Vergleich mit den in den mittelalterlichen Offnungen erwähnten Bussen zeigt, dass im Verlauf des 16. Jahrhunderts das Strafwesen differenziert und die Strafpraxis erheblich verschärft wurde.

Die anfangs der dreissiger Jahre für Birmensdorf erlassene Holzordnung kannte noch eine generelle Frevelbusse von lediglich 10 Schilling Zürcher Währung (211). In der Regel setzte man die Bussen aber entsprechend der Höhe des angerichteten Schadens fest. Beinahe durchwegs galten deshalb unterschiedliche Ansätze entsprechend dem Wert des entwendeten Holzes. Wie zu erwarten, mass man der Eiche überall die grösste Bedeutung zu. Wer sie unerlaubt fällte, musste neben der üblichen Schadenersatzleistung mit einer Busse von 3 oder 5 Pfd. rechnen. Die Offnung von Brütten, die im Spätmittelalter entstand, sah für das gleiche Vergehen bloss eine Busse von 10 Schillingen vor (212). Auch andere herrschaftliche Weistümer aus jener Zeit setzten durchwegs geringere Holzbussen an als die obrigkeitlichen Holzordnungen.

Etwas weniger Gewicht kam der Tanne zu, für welche die Holzordnungen von Herrliberg, Steinmaur und Regensberg einen Ansatz von 4 Pfd. vorsahen. In der nächsttieferen Stufe finden sich häufig die Buche und Obstbäume (213). Dann folgen die übrigen Laubhölzer wie Ahorn, Esche, Erle und Aspe, für die gewöhnlich Bussen zwischen 10 s. und 1 1/4 pfd. galten. Wiederholt bestehen auch definierte Ansätze für sogenannte Reifstangen (Stangenholz zur Herstellung der Reifen z.B. für Fässer) und Kleinholz (214). Interessant ist, dass man trotz der beträchtlichen Anzahl von Holzordnungen immer wieder auf die gleichen Ansätze stösst. Auch in diesem Bereich lässt sich die allgemeine Tendenz zur Vereinheitlichung der Rechtsnormen deutlich nachweisen.

Neben den herkömmlichen Bussen für unerlaubten Holzschlag bildete sich im Laufe des 16. Jahrhunderts ein ganzer Katalog von Geldstrafen für allerlei Vergehen heraus. Mit hohen Strafen mussten insbesondere jene Leute rechnen, welche das Verbot des Holzverkaufs missachteten. Wer in Weiach diese Anordnung umging, dem drohte eine Busse von 18 pfd (215). Die Obrigkeit unternahm auch wiederholt Vorstösse gegen die schädliche, doch weit verbreitete Praxis des Schneitelns, Stückens und Serlens von Tannen zur Gewinnung von Viehfutter, Streumaterial und Zaunstecken (216).

Nachstehende Tabelle zeigt auf, in welchen Bereichen die Obrigkeit mit Verboten auf eine Verbesserung des Waldzustandes hinarbeiten versuchte.

Tabelle

Pfund = pfd.

Strafbare Handlung

- Unerlaubtes Schlagen von Bauholz
- Unzeitige Entnahme von Zaunholz
- Hauen von Serlen, Hagtannen ohne Bewilligung
- Stücken, Schneiteln und Aufasten von Tannen
- Abführen von dürrer Holz ohne Bewilligung
- Unerlaubtes Harzen im Gemeinwald
- Verwendung von "schädlichen Holz" für Zäune
- Verspäteter, nicht termingerechter Holzhau
- Holzschlag bei Reif
- Ueberhauen des zugewiesenen Bezirks
- Liegenlassen von Abholz
- Gras in jungen Schlägen
- Aufbrechen eines gebannten Haues
- Holzfällen in einem Einschlag
- Vorzeitiges Öffnen der Einschlüge f. Weide
- Weide von Pferden im Gemeinwald
- Weidgang mit mehr Vieh als einem zusteht
- Andersweitige Verwendung von Bauholz

Busse	Holzordnung
10 Pfund	Affoltern a.A.
1 Pfund	Dübendorf
1 Pfund	Schwamendingen
1 1/2 pfd.	ZH-Affoltern
10 s.	Birmensdorf
1 Pfund	Herrliberg
?	Ottikon
5 Pfund	Regensdorf
1 Pfund	Dübendorf
10 Pfund	Weiach
5 Pfund	Schleinikon
10 s.	Affoltern a.A.
5 Pfund	Schwamendingen
1 1/2 pfd.	Ottenbach
9 Pfund	Wiesendangen
10 s.	ZH-Affoltern
1 1/2 pfd.	Wollishofen
2 Pfund	Dübendorf

Der obige, aus Holzordnungen des 16. Jahrhunderts zusammengestellte Bussenkatalog ist nicht vollständig; die Vielzahl von Detailbestimmungen würde einige Seiten füllen. Im 17. und 18. Jahrhundert kamen neue Verbote hinzu. Erst mit dem Auftreten der kameralistischen Wirtschaftstheorien zu Ende des Ancien Régime gelangte die Obrigkeit zur Einsicht, dass auf die Dauer allein mit Verboten keine erfolgreiche Forstpolitik möglich war. Denn was nützte die Masse von Verboten, wenn es nicht gelang, sie auch durchzusetzen?

Wenden wir uns daher der Frage zu, wie und ob überhaupt die Fehlbaren zur Rechenschaft gezogen werden konnten. Grundsätzlich war natürlich jeder Gemeindegenosse verpflichtet, auf allfällige Waldfrevel achtzugeben. Dazu lesen wir in Art. 6 des Dübendorfer Holzbriefs folgendes: "Wellicher sicht schaden im holtz thun und wider disere ordnung handeln, der soll den andern leiden" (217). In der Regel hatte man eine entsprechende Klage, wenn es einmal dazu kam, zunächst an den Bannwart oder die Dorfvorsteher zu richten. Der weitere Instanzenweg war von Ort zu Ort unterschiedlich geregelt.

In Zollikon musste die Gemeinde selbst für den Einzug der Bussen besorgt sein (218). Für Zürich-Affoltern, Opfikon und Steinmaur galt dieselbe Vorschrift, wonach Frevler dem zuständigen obrigkeitlichen Vogt verzeigt werden sollten.

In Aesch hatte man innert acht Tagen dem Vogt von Greifensee Meldung zu erstatten, der dann gemeinsam mit den Dorfgeschworenen die Bussen einzog (219). Die Holzordnung von Weiach (1567) verlangte, Frevler seien beim Untervogt einzuklagen; die Oetwiler mussten an ihren Gerichtsherrn gelangen (220). Wieder andere Bestimmungen galten in Weiningen, wo die Steuermeister die Holzbussen eintrieben und jeweils am Herbstgericht der Obrigkeit Rechenschaft darüber abzulegen hatten (221).

Werfen wir abschliessend noch einen Blick auf die Verteilung der Holzbussen. Wie beim Busseneinzug sind die Unterschiede hier grösser als die Uebereinstimmungen. Obwohl die Obrigkeit zwar ständig ihre Oberhoheit über die Gemeinwälder geltend machte, hatte sie doch nicht in allen Fällen Anteil an den Holzbussen. In Oetwil fielen die Bussen vollumfänglich an den Gerichtsherrn. Den Gemeinden Adliswil, Dachsen und Birmensdorf standen die Geldstrafen bis 1 Pfd. bzw. 10 s. zu (222).

Auch in Zollikon, Küsnacht und Richterswil gehörten die Frevelbussen der Holzkorporation (223).

In Weiach galt folgende Regelung: "wass biss uff die nün pfund pfenning oder darunder ist, das soll dem niderern Grichtsherren, was aber ob den nünen biss uff die achtzechen pfund pfenning oder darob ist, mynen herren von Zürich als der hohen Oberkeit zugehören und belyben" (224).

Albisrieden kannte im 16. Jahrhundert folgenden Verteilschlüssel: "von derselben einung dann die zwen pfennig der paursamme und der dryt pfennig einem stifttverwalter" der Grossmünster-Güter. An der obrigkeitlichen Frevelbusse besass die Gemeinde jedoch keinen Anteil (225).

Wieder einen andern Weg beschritt man in Schöfflisdorf, Oberweningen, Schleinikon und Dachslern. Wer hier Forstfrevler anzeigte, erhielt von jeder ausgesprochenen Busse 10 Schilling, "um das aber diss ir ordnung und ansähen von mengklichem dester stattlicher gehalten unnd dem trüwlich nach ze khornen geneigt sig" (226).

Gänzlich leer ging die Dorfschaft von Opfikon aus, obwohl die Gemeinde 1627 die niederen Gerichte daselbst gekauft hatte. Die Obrigkeit beanspruchte alle Holzbussen (227). Aufgrund eines mittelalterlichen Privilegs bezog die Bürgerschaft von Regensberg aus zwei Gemeinwäldern von einem gewöhnlichen "Stumpen" 1 Pfd. und von einer Eiche 2 Pfd.; den Rest sowie sämtliche Geldstrafen in den übrigen Gemeinwerken nahm die Regierung zu ihren Händen (228).

In der Regel teilten sich Obrigkeit und Gemeinden je zur Hälfte in die eingegangenen Geldstrafen (229). Somit baute die Regierung den herrschaftlichen Bussenanteil gegenüber den mittelalterlichen Gepflogenheiten erheblich aus. Die Öffnungen des 13. bis zum ausgehenden 15. Jahrhundert hatten fast ausnahmslos vorgesehen, dass der Gemeinde zwei Drittel und der Herrschaft ein Drittel der Holz- und Feldbussen zukam (230). Darüber hinaus beanspruchte die Regierung jene Bussen, welche eine gesetzte Grenze überschritten (231).

5.2.6. Die Regelung der Waldnutzungen :

In den Holzordnungen nahmen die Bestimmungen über die Holz- und Nebenutzungen am meisten Raum ein. Häufig enthielten sie Vorschriften darüber, welche Dorfbewohner am Gemeinwerk teilhaben durften. In Adliswil waren die Unterpächter und sogenannten Hausleute, in Hegi die Tauner und in Zollikon jene Leute, die nicht zur Holzkorporation gehörten, von der Mitnutzung ausgeschlossen (232).

Die Kontrolle der Holznutzung:

Andernorts bestimmte man, wie das Holz auf die Berechtigten verteilt werden sollte oder legte die Zahl der Gerechtigkeiten fest. Grosse Bedeutung kam jeweils der Frage zu, wer das Holz anzuweisen hatte.

Meistens gehörte die Brennholzausgabe zu den Pflichten der Dorfvorsteher oder spezieller Gemeindeausschüsse.

- In Regensdorf, Uerzlikon, Ottenbach, Niederweningen und Weiach gaben die Geschworenen die Häue aus.
- In Opfikon war eine Dreierkommission aus der Bauern- und Taunerschaft für diese Aufgabe verantwortlich.
- Die Adetswiler Gemeinderordnung schrieb vor, "wann man einen holzt-hauw usstheilen welte, das dann sechs mann darzu verordnet syn, namblich die zwen weybel, zwen dorfmeyer und zwen holztzvoster" (233).
- In Embrach beschlossen Gemeinde und Dorfvorsteher über das Ausmass der alljährlichen Schläge" (234).

Häufig war diese Kompetenz jedoch durch herrschaftliche Mitsprache eingeschränkt. Die Gemeinde Aesch hatte dafür ihren Gerichtsherren beizuziehen (235). In Wiesendangen bezeichneten die Geschworenen im Beisein des Vogtes von Hegi und des Winterthurer Amtmanns die jährlichen Winterhäue; sie massen auch anschliessend den einzelnen Höfen das Brennholz zu (236). In Schleinikon

waren der Landvogt und die Geschworenen dafür zuständig. Die Wildensbücher mussten folgendes beachten, "so sy .. zur notturft brennholtz usgen wurden, so sollen sy allwegen eines herrn apts zu Rinows anwältt sampt ainem vorster daby han" (237).

In diesem Bereich der Holznutzung ging die herrschaftliche Kontrolle an gewissen Orten recht weit. Vereinzelt schrieb die Regierung sogar den Platz für die Holzschläge vor, so z.B. wies sie 1563 die Leute von Affoltern a.A. an, sie sollten das Brennholz inskünftig aus dem Buchwald beziehen (238). Mehrmals legte man auch die Anzahl der Holzschläge fest. 1602 beschloss der Kleine Rat, die im Fronwald von Steinmaur berechtigten Bauern und Tauner dürften alljährlich nicht mehr als sechs Häue ausgeben (239).

In Ausnahmefällen wurde in den Holzordnungen der Umfang der Holznutzungen genau definiert. Mit Rücksicht auf den schlechten Zustand des Gemeinwerks in Schleinikon gestand die Obrigkeit den dortigen Bauern mit einem Gespann noch 10 Klafter und den Tauern nurmehr 4 Klafter Brennholz zu (240).

Strenger noch als die Brennholzausgabe war im allgemeinen der Bezug von Bauholz reglementiert.

- Die Öffnung von Maschwanden (1536) verlangte, "so einer noturftig einer Schindeleych ist, der sol zu den dorfmeyeren gon und ob dann sy es bedunckt und erkennen, das er deren noturftig sy, sol imm einj gäben werden" (241).
- Benötigte ein Bürger zu Regensberg Bauholz, so musste er bei Obervogt und Geschworenen eine spezielle Bewilligung einholen.
- Der Bezüger von Bauholz in Dübendorf musste das angewiesene Quantum innert zweier Monate aus dem Wald führen; andernfalls fiel das Holz der Gemeinde zu.
- Kamen der Weibel und die Dorfmeier von Weiach zum Schluss, einer der Gemeindegossen benötige tatsächlich Bauholz, mussten sie "söllichs den oberen und nideren grichtsherren anzeigen" (242).

Neben den örtlichen und umfangmässigen Beschränkungen der Holzschläge finden sich zahlreiche Bestimmungen über den Zeitpunkt der Holznutzungen. Die Zuweisung der Brennholzhäue erfolgte gewöhnlich von Ende September bis Mitte November (243). Auch für den alljährlichen Winterhau legte man Termine fest. Die Riedener Holzordnung erklärte die alte Bauernregel "Wer sein Holz um Weihnachten fällt, dem ein Gebäude zehnfach hält" gewissermassen zum

Gesetz. Bis zu diesem Datum mussten die Berechtigten das ordentliche Nutzholz-Quantum und den Brennholz-Anteil aus dem Gemeinwerk führen. Wesentlich mehr Zeit konnten sich die Leute von Dällikon nehmen, da sie ihren Hau bis vor Ostern stehen lassen durften. Ebenso unterschiedlich lauteten die Vorschriften über die Holzabfuhr. Die Birmensdorfer Holzordnung von 1537 verfügte, "so man ouch die hów ussgeben hat, sol jeder sin holtz in jars frist hinweggethon und ussgerumpt haben" (244). In der Folge reduzierte man die Zeitspanne von der Holzanweisung bis zur Abfuhr des Holzes beträchtlich. Die Angaben der späteren Holzordnungen schwanken zwischen Lichtmess (2. Feb.) für Weiach und St.Georg (23. April) für Opfikon und Dübendorf. Nach diesem Termin wurde der Gemeinwald jeweils verbannt und damit jede individuelle Nutzung verboten. Durch eine Verkürzung der Zeitspanne zwischen Holz- Ausgabe und Abfuhr konnte man einerseits die Waldaufsicht verbessern und anderseits leichter den Holzfrevel bekämpfen.

Weitere Vorschriften betrafen die Verwertung des Holzes. Mit dem ständig an Wert gewinnenden Rohstoff sollte möglichst haushälterisch umgegangen werden. Das kostbare Bauholz durfte ja nicht für Feuerungszwecke gebraucht werden (245). Zur Schonung des jungen Aufwuchses ordneten zahlreiche Holzordnungen an, die Leute müssten "mit den dörnen und anderm unschädlichem holz und gestüd zäunen und die serlen spaaren" (246).

Seit dem 16. Jahrhundert bemühte sich die Obrigkeit um Unterbindung der Verkäufe von Holz aus den Gemeinwäldern. Um 1500 verfügte sie bereits über ein Monopol für Getreide und Salz (247). In Weiterführung dieser Politik versuchte sie nun, den Holzhandel der staatlichen Kontrolle zu unterwerfen. Zu einer Zeit, da dieser vielseitige, unersetzliche Rohstoff sich zusehends verknappte, stellten Holzverkäufe eine gute Einnahmequelle für die Gemeinden dar. Wo man aber während mehreren Jahren Raubbau betrieb, ruinierte die Gemeinde einerseits über kurz oder lang ihre wichtigste Vermögensgrundlage, anderseits begünstigte und provozierte sie damit obrigkeitliche Interventionen. Derartige Umstände führten beispielsweise zum Erlass der Holzordnung von Weiach, in deren Einleitung u.a. zu lesen ist: "Nachdem uns angelangt, das die gemeinde zu Wyach .. ire fronweld und gemeinen höltzer ussrütint, usshowint, .. das holtz verkoufint und das erlösst gelt .. vertzerint, .. sind wir verursacht und ouch von oberkeits wegen unsers vermeinens schuldig gewesen, söllichem ir der gmeind schaden zu fürkommen, sy zu irem nutz ze fürdern und harinne ein gepürlich insechen ze thund" (248).

Die Holzordnungen von Birmensdorf und Rieden, die beide in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts entstanden, hatten den Gemeindegenossen noch ausdrücklich das Recht zugestanden, das überschüssige Holz frei zu verkaufen (249). Die Holzordnung für Zürich-Affoltern untersagte bloss den Verkauf von Bauholz; der Richterswiler Holzbrief verwehrte den Berechtigten den Verkauf von Tannenholz (250). Später untersagte man jedoch sämtlichen Gemeinden, ohne spezielle Erlaubnis Holz aus dem Gemeinwerk an Personen, die ausserhalb der eigenen Dorfgrenzen wohnten, zu versetzen. Um diesem ab der Jahrhundertmitte allgemeingültig werdenden Verbot Nachachtung zu verschaffen, drohte man den Fehlbaren mit hohen Geldstrafen. Ein Schwamendinger, der Holz aus dem Dorf führte oder veräusserte, musste pro Fuder bis zu einem Klafter mit einer Busse von 5 Pfd. rechnen (251).

Die Dübendorfer Ordnung versagte gar den Absatz von Holz an Mitbewohner. "Zum 4. soll keiner gwalt haben synen houw zu verkouffen, sonder ein jeder das holtz in syner husshaltung selbs bruchen" (252).

Gelegentlich gestattete die Regierung dennoch unter gewissen Bedingungen den Handel mit Holz. 1567 kaim sie z.B. der Gemeinde Weiach entgegen und bewilligte ihr, "an ettlichen unschädlichen ordten ein antzal holtzes zu verkouffen" (253). Den Erlös musste die Gemeinde zur Abzahlung ihrer Schulden verwenden.

Regelung der Nebennutzungen:

Einer schärferen Aufsicht unterzog man auch die Nebennutzungen, von denen dem Weidgang besonderes Gewicht zukam. 1592 erliess ein obrigkeitliches Gericht für das Erlenholz, in dem bisher die Gemeinden Buchs, Dällikon und Dänikon weidgenössig gewesen waren, ein unbefristetes, totales Weidverbot (254). Dermassen weitgehende Eingriffe stellten im 16. Jahrhundert aber eine Ausnahme dar. Wiederholt verfügte die Regierung jedoch teilweise Verbote. In Zürich-Affoltern und Dällikon blieb seit der Jahrhundertmitte das Weiden von Pferden im Gemeinwerk untersagt. Hinzu traten örtliche Begrenzungen des allgemeinen Weidgangs. In unterschiedlichen Formen begegnet uns immer wieder folgende Vorschrift: "Damit ouch das holtz jederzyt desten zu besserem ufwachs komme, wellend wir, das niemand by der buss keine ross noch vech in die nüwen höw lasse, ouch in keine andere höw schlahe, die noch nit ufgethan und ufgelassen sigind" (255). Gleichermassen begann man die übrigen Nebennutzungen einzuschränken. Die Öffnung von Weiach (1596) untersagte das Grasen in Jungholzbeständen. Die Herrliberger Holzordnung sprach sich gegen die Harzgewinnung in den Gemeinwäldern aus. Die im Jahre 1584 abgefasste

Erläuterung zur Riedener Holzordnung verfügte, es solle "ein jeder sich ouch des tannenstückens und abhouwens der esten müssigen by eegemelter buss der zechen pfunden" (256).

Das Roden von Gemeindewäldern war erstmals unter Bürgermeister Waldmann verboten worden; diese Verordnung fiel aber 1489 mit dem Sturz des Gesetzgebers dahin (257). Zu Beginn des 16. Jahrhunderts griff die Obrigkeit darauf zurück. In manchen Holzordnungen treffen wir auf gleichartige Bestimmungen. Diese Tatsache weist darauf hin, dass die Durchsetzung der Mandate offensichtlich Schwierigkeiten bereitete (258). Vielerorts waren auf einige Jahre befristete Aufbrüche im Gemeinwerk durchaus üblich (259). Interessant ist, dass sich die Obrigkeit selbst nicht strikte an die von ihr erlassenen Gesetze hielt. So bewilligte man beispielsweise 1541 den Embrachern, "an einigen Enden im Hard, wo wenig holtzwachs zu hoffen, wieder aufzubrechen und zu bauen" (260).

Allzuoft holzten die Gemeinden auch ohne obrigkeitliches Einverständnis grosse Teile ihrer Gemeinwälder ab (261).

Die herrschaftliche Mitnutzung:

Vielfältig reglementierten die obrigkeitlichen Holzordnungen sämtliche Bereiche der Waldnutzung. Inwieweit aber hatte die Regierung selbst Anteil an der Gemeinnutzung?

Angesichts der intensiven Bemühung der Obrigkeit um eine geordnete Waldnutzung könnte man erwarten, dass die Stadt insbesondere an der Holznutzung einen massgeblichen Anteil beanspruchte. Dies war jedoch weder im 16. Jahrhundert noch in späterer Zeit der Fall. Aus dieser Tatsache darf man indessen nicht den Schluss ziehen, die Regierung sei daran gar nicht interessiert gewesen. Gerade das Gegenteil trifft zu!

Das vordringliche Ziel obrigkeitlicher Forstpolitik stellte die Sicherung einer ausreichenden Holzversorgung für die Hauptstadt dar. Solange die städtischen Hochwälder - insbesondere die Waldungen im Sihltal - den Eigenbedarf an Holz deckten, bestand keine Notwendigkeit auf die Amts- und Vogteiwälder zu greifen. Erst in zweiter Linie dienten die in der Umgebung von Zürich liegenden Gemeinwälder als Holzreserve. Im 17. und 18. Jahrhundert versorgte sich die Stadt zu einem kleinen Teil mit Holz aus den obrigkeitlichen Fronwäldern. Weit mehr Bedeutung kam damals den Holzeinfuhren aus dem Kanton Schwyz und Glarus sowie aus dem St.Galler Oberland zu (262).

Trotz zunehmender Verknappung war die Stadt nicht auf die Ausbeutung der zürcherischen Gemeinwälder angewiesen. Hätte sich dazu die Notwendigkeit ergeben, wäre sicherlich mit harten Auseinandersetzungen zu rechnen gewesen.

Es ist auch fraglich, ob längerfristig aus den Gemeinwäldern neben der Versorgung der Dorfbevölkerung zusätzlich Holzlieferungen an Zürich möglich gewesen wären.

Wie gesagt, hielt sich im 16. Jahrhundert die obrigkeitliche Mitnutzung an den Gemeinwäldern in bescheidenen Grenzen. Verschiedentlich stritt man sich aber über die Frage, ob einzelne Wälder obrigkeitlicher Fronwald oder bäuerliches Gemeinwerk darstellten (263). Hin und wieder kam es auch zu erheblichen Einschränkungen der dörflichen Nutzungen in obrigkeitlichen Forsten und Fronwäldern. Im Jahre 1541 teilte man beispielsweise den im Fraumünsterforst nutzungsberechtigten Thalwilern eigene Häue zu; gleichzeitig begann die Stadt Gerechtigkeiten aufzukaufen (264). Im Jahre 1545 entzog man den Gemeinden Fluntern und Hottingen die Weiderechte im Zürichberg: "so haben sy der pflichten halb, so sy gemeyner statt geschworen hand, umb .. besseren iren nutz darmit ze schaffen, obgelmelte gütter und weyden widerumb zu jrer statt handen genohmen" (265).

Immerhin deckten einzelne Landvogteischlösser ihren Bedarf teilweise aus Gemeinwäldern. Im Entwurf zur Holzordnung von Regensburg heisst es, der Landvogt solle weiterhin im Fronwald Holz beziehen, "doch das die geschwornen ime syn houw nitt am ungelegenisten orth zeigen" (266). Diese letztere Bemerkung und eine 1584 von der Bürgerschaft eingereichte Klage wegen zu grosser Holzschläge des Vogtes zeigen, dass die Gemeinde den ehemals herrschaftlichen Wald bereits als ihr Eigentum betrachtete (267). Auch die Vögte von Knonau, Laufen und Altikon versorgten sich aus nahegelegenen Gemeinhölzern. Die sieben Dorfschaften um Grüningen, denen ehemals die Aufgabe zur Versorgung des dortigen Landvogteisitzes zugekommen war, ersetzten diese Verpflichtung im 16. Jahrhundert durch Zahlung eines Holzgeldes (268). Die Genossame von Albisrieden hatte jährlich 8 Fuder Holz aus ihrem Gemeinwald an die Propstei-Verwaltung als Rekognitionszins abzugeben, "zur zügnuss der rechten eigenschafft, so der stiftt ye und alwegen gehört hat" (269). In diesem Fall übernahm die Regierung einfach eine aus mittelalterlicher Zeit stammende Leistung an die geistliche Grundherrschaft.

Auch die Inhaber der niedern Gerichte bezogen Holz aus Gemeinwäldern oder beanspruchten Geld- und Naturalabgaben als Entgelt für die Nutzungen der Dorfgenossen in den ihnen unterstellten Waldungen. Die Marthaler Bauern und Taunern mussten jährlich einige Dutzend Fuder Brennholz ins Kloster Rheinau führen (270). In Wülflingen hatte jeder Gemeindebürger dem Gerichtsherren jährlich ein sogenanntes Holzhuhn abzugeben (271). Im 16. Jahrhundert haben zahlreiche Streitigkeiten zwischen Gemeinden und Gerichtsherren um die

Nutzungsrechte im Gemeinwerk stattgefunden. Im Endeffekt mussten vor allem die Gerichtsherren sich eine Beschränkung ihrer Mitnutzung gefallen lassen, während die Gemeinden ihren Eigentumsanspruch an der Allmende wiederholt durchsetzen konnten.

5.2.7. Die waldbauliche Behandlung :

Die obrigkeitlichen Holzordnungen beinhalten hauptsächlich Vorschriften zur Aufsicht, Forstpolizei und Nutzung der Gemeinwälder. In einer Reihe von Holzordnungen fehlen Bestimmungen zu Fragen der Waldpflege, der Bewirtschaftung und Forsteinrichtung. Wo entsprechende Anweisungen zu finden sind, kommt ihnen manchmal zweitrangige Bedeutung zu. Was die waldbauliche Behandlung betrifft, so ist grundsätzlich zu bedenken, dass eine intensive Pflege gar nicht aufkommen konnte, solange man nicht an eine Steigerung der Produktion dachte und die wissenschaftlichen Grundlagen für eine moderne Forstwirtschaft nicht bestanden (272).

Bestrebungen zum Waldschutz

Erste Massnahmen der Obrigkeit zielten darauf ab, dem weiteren Zerfall der Wälder Einhalt zu bieten. Diese bestanden einmal in der Einschränkung der Nutzungen. In zahlreichen Holzordnungen kommt das Bestreben zum Ausdruck, die Holz- und Weidenutzungen zunächst unter Kontrolle zu bringen und in einem zweiten Schritt zu beschränken. Mit dem Mittel der Holzordnungen kämpfte die Regierung nicht zuletzt gegen individuelle und unregelmässige Nutzung der Gemeinwerke an. Doch mit wenig Erfolg! Wiederholt vernehmen wir Klagen über unordentliche Holzschläge einzelner Dorfgemeinden: "Diewyl die Gemeind uff Regensperg ir holtzerordnung gar jnn abgang kommen lassen, ouch jetz ein zythar ein jeder inn dem holtz und fronwald zu Regensperg nach synem willen und gefallen holtz gehouwen .. solle solliches hiemitt gantzlich abgestellt und verpotten syn" (273). Zur besseren Ueberwachung der Holznutzungen verlangten sämtliche Holzordnungen, dass die Ausgabe von Brennholz jeweils für die ganze Gemeinde und nur einmal jährlich erfolgen solle. Bauholz durfte nicht ohne besondere Bewilligung geschlagen werden.

In einem zweiten Schritt versuchte man die Nutzungen einzuschränken. Verschiedentlich schrieben die Holzordnungen die Anzahl der Brennholzhiebe vor oder legten gar das Holz-Quantum für die Berechtigten fest. Dem gleichen Zweck dienten die Weisungen über sparsame und rationelle Verwendung des Holzes.

Eine andere Möglichkeit zum Forstschutz bestand in der Einzäunung der ausgeholzten Flächen zur Begünstigung der natürlichen Wiederbestockung durch Ausschiessen der Waldweide (274). Diese Massnahme war im 16. Jahrhundert noch nicht selbstverständlich. 1559 stritten sich die Dorfgossen von Zürich-Affoltern darüber, ob man "denselben houw widerumb ynschlachen und das holtz zum ufwachs schirmen und befürdern solle". Die eine Hälfte vertrat die Meinung, die Gemeinde solle "by irem alten bruch, das man dheins ynschlachen" bleiben und gab folgendes zu bedenken: "dann so man ynschleg thun, wurde zu den zünen mer holtzes brucht, dann sonst vom vech jenndert geschendt oder verderpt" (275). Mit wenigen Ausnahmen enthielten die obrigkeitlichen Holzordnungen des 16. Jahrhunderts entsprechende Schutz-Bestimmungen.

Affoltern a.A.:	".. alwegen die hōw widerumb inschlachen, biss sy dem fech entwachsen."
Birmensdorf:	".. sol man alle how, so ussgeben werden, alle jar widerumb inschlachen, damit das holtz dest bar erwachsen möge."
Buchs:	".. keine rüthinen mer ohne erloubnus unnserer gnedigen herren machen, sonnder die nūwen hōw, wann sy ussgehōwen, angentz einanderen nach zu holtz widerumb inschlachen."
Opfikon:	".. demnach sölent sy den houw inschlachen und kein fech drin lassen, biss dass holtz der mass erwachst, das das fech darin kein schaden me duon mag."
Wildensbuch:	"Es sölle ouch die houw, so jeder zit ussgehōwen werden, allwegen widerumb ingeschlagen oder in bann gelegt werden."

Die Holzordnung für Aesch bei Maur untersagte nicht bloss den Weidgang in den Jungholzbeständen, sondern im ganzen Gemeinwerk (276). Andere schlossen die Pferde von der Waldweide aus. Vermehrt kämpfte man auch gegen die übrigen Waldnutzungen an. Manchenorts benötigten die Dorfgossen eine spezielle Bewilligung für das Stücken und Aesten der Tannen. Einzig in Zürich-Affoltern und Rieden waren diese schädlichen Nebennutzungen im Gemeinwerk generell verboten (277). Die Holzeinung für Herrliberg verwehrte das Harzen, Stocken und Schwempen (Abrinden) der Bäume (278).

Besonderen Schutz genossen einige wertvolle Holzarten, v.a. die Eiche und Buche, die als fruchttragende Bäume für die Schweinemast geschätzt waren. Vereinzelt schloss man für einige Zeit auch ganze Wälder oder Waldbezirke von jeglicher Nutzung aus. So z.B. gaben Bürgermeister und Rat 1570 der Gemeinde Ossingen bekannt, sie hätten den Schneitenberg für sechs Jahre lang in Bann

gelegt (279).

Auch erste Kulturmassnahmen lassen sich vereinzelt urkundlich bereits im 16. Jahrhundert feststellen:

- 1533 forderte man den Schwamendinger Kehlhofbesitzer auf, er solle die Huber dazu anhalten, "das sy die ausgeben höw widerumb süberind, ynschlagind, auffbringend und pflantzind" (280).
- 1547 schlug ein Bürger zu Urdorf vor, "sy sölent .. by zehn jucherten feld ynschlahn und darinn Eychlen syen oder setzen" (281).
- 1569 trug die Gemeinde Regensberg der Obrigkeit das Begehren vor, ihre jungen Häue "uff künftigen fröhling mitt hafer und mitt eychlen bestecken" zu lassen (282).

Obwohl der Gedanke zur künstlicher Verjüngung nicht unbekannt war, fanden entsprechende Bestimmungen keinen Eingang in die Holzordnungen des 16. Jahrhunderts.

Bestimmungen zur Waldbewirtschaftung:

Wenden wir uns nun der Frage zu, wie man in der beginnenden Neuzeit die Gemeinwälder bewirtschaftete. Aus den Holzordnungen lassen sich zahlreiche Hinweise zur Betriebsform der Gemeinwerke gewinnen. Zweifellos kam dem Niederwaldbetrieb noch beachtliche Bedeutung zu, woraus sich auch ergibt, dass die Laubhölzer durchwegs überwogen. Ganze Flächen holzte man mit einem Male ab und überliess die Erneuerung des Waldes der Natur. Aus den in der Erde verbliebenen Stöcken entsprangen neue Triebe. Schon nach einigen Jahren wiederholte man den Hieb und verwendete das Holz vorwiegend zum Brennen. Da mit jedem neuen Hieb die Holzarten mit geringem Ausschlagsvermögen unterdrückt wurden, konnten kaum Nadelhölzer aufkommen. Laut den Holzordnungen von Aesch a.A., Regensdorf und Affoltern bestanden an diesen Orten Niederwaldungen. Es fehlen Bestimmungen zum Ueberhalt einzelner Holzarten, die erst den Uebergang zum Mittelwaldbetrieb ermöglicht hätten.

- Gemäss der älteren Holzordnung für Regensdorf musste jedermann seinen Hau bis anfang März schlagen und die Schlagfläche bis Mitte März "leeren und süberen" (283).
- Artikel 2 der Holzordnung für Affoltern a.A. schrieb vor: "so söllte die wyle oben uff dem berg., die sy vor jaren ussgehown, allencklich widerumb ingeschlagen und also inbeschlossen behalten werden, biss das holtz dem vech entwachsse, und dasselb erst dann widerumb ussge" (284).

Oft sind Mittelwaldungen durch Raubbau am Oberholzbestand ruiniert worden. Dies dürfte z.B. in Dällikon der Fall gewesen sein, heisst es doch in der

Holzordnung: "ein gmeind zu Tälliken (habe) ir gmein holtz dermassen ussgehouden und erösst, das schier dhein gross, erwachsen holtz mer der ännenden syge" (284).

Insgesamt ist in den Holzordnungen des 16. Jahrhunderts ein deutlicher Trend zur Mittelwaldwirtschaft erkennbar. Der Mittelwald verbindet Kernwüchse mit Stockausschlägen und zeichnet sich durch klare Schichtung von Unterholz und Oberholz aus. Zahlreiche Holzordnungen verlangen die Schonung eines Teils des Unterholzes beim Schlag; so hoffte man mit der Zeit die übernutzten, niederwaldförmigen Laubholzbestände in Mittelwald umwandeln zu können. Ein Vergleich zwischen älteren und jüngeren Holzordnungen macht deutlich, in welcher Richtung sich die obrigkeitliche Forstpolitik entwickelte. In den frühen Holzordnungen für Schwamendingen (1530) und Oberwinterthur (1589) sucht man noch vergeblich nach Vorschriften zur Schonung einzelner Holzarten, während in den späteren Ordnungen von 1557 bzw. 1668 der Ueberhalt der Eiche gefordert wird (285). Wie auch aus der Holzordnung für Stein am Rhein (1549) hervorgeht, richtete sich das Augenmerk zunächst auf die Erhaltung der Eichen (286). Wegen der wachsenden Holzverknappung sah man sich gezwungen, die einschränkenden Bestimmungen fortlaufend zu erweitern. Eine Reihe von Holzordnungen verlangte die Schonung mehrerer Holzarten "zum Zwecke der Samenproduktion für die Mast oder der Nachzucht von stärkerem Nutzholz" (287). Aus ihnen lassen sich zudem direkte oder indirekte Anhaltspunkte gewinnen, die den Mittelwald als Bestandesform nachweisen:

- Albisrieden: Die Verantwortlichen für die Holzanweisung sollen festsetzen, "wie vil clafter man welle usgen und was ein jeder in sinem teil für stumppen sölle stan lasse" (288).
- Uerzlikon: In den Häuen soll "kleins und grosses holtz - es were dann etwas buwholtzes darunder oder gross alld klein eychen - ussgehouden werden" (289).
- Buchs: "Und in wellichem how eichen, tannen, foren oder bärend boüm stond, die soll niemand abhowen, sondern ston lassen und ufzüchten" (290).
- Regensberg: "Es sol ouch dheiner, es syge inn den ussgebnen höuwen ald anderen yngeschlagenen hölzernen, kein gert, erdkymen (Samenpflanzen) und ander derglychen fasel" für Zaunholz nehmen (291).
- Weiach: Die Dorfgenossen sollen in den zugewiesenen Schlägen, "alles das da stadt (ussgenommen buwholtz) einandren nach houwen" (291).
- ZH-Affoltern: Einem Dorfmann, der Bauholz nötig hat, "söllen dann die geschwornen ime zu sölichem buw in dem how, so man denmals ussgeben will, buwholtz zeigen" (293).

Die Holzordnungen des 16. Jahrhunderts lassen auch Schlüsse auf die damalige Bewirtschaftung des Mittelwaldes zu. Manche Anweisungen beziehen sich auf eine räumlich geregelte Anordnung der sich folgenden Schläge. Die Vorschrift zur flächenweisen Gestaltung der Nutzung in Gemeinwäldern hat erst nach der Jahrhundertmitte Eingang in die obrigkeitlichen Holzordnungen gefunden. Die massgeblichen Stellen konnten sich offenbar nicht früher auf ein einheitliches Vorgehen einigen. Noch 1555 entschieden Bürgermeister und Rat bezüglich des Holzhaus, nach Anhörung eines Visitationsberichtes, "das die gemeind zu Ober- und Under-Affholteren die höw in iren höltzeren jeder zyt ussgeben, wa sy vermeinen am aller nutzlichsten .. sin moge, und nit ein how noch dem anderen ussgegeben und das selbig wider umb inzeschlachen verbunden sin, .. sonder sollen sy die höw ussleyen und holtz howen, wie es bishar by inen in bruch und üebung gewesen" (294).

Vier Jahre später erliessen die Gnädigen Herren einen neuen Holzbrief, worin man auf den früher verworfenen Schlagbetrieb zurückgriff. Artikel 1 verlangte nun, "das sy, die von Affholteren, in beiden dörfferen hinfüro nit wie bisshar in irem wald allenthalben, sonder uff nechstkünfftigen herbst zeforderst an der landtstrass ein houw und dann fürter ein houw dem anderen nach untz an das end des walds thun" (295). Ähnlich lauteten entsprechende Passagen in den Holzordnungen von Weiach (1596), Dällikon (1567), Regensdorf (1572), Affoltern a.A. (1563) und Aesch (1567).

Noch aber löste man das Versorgungsproblem nicht, indem man die Ertragsfähigkeit des Waldes zu ermitteln suchte und ihr die jährliche Nutzung anpasste. Man schlug weiterhin im Hinblick auf den Bedarf; nur hatte der Holzabtrieb nun in geregelten Bahnen zu erfolgen. Einzig in der Ordnung für Dielsdorf wird ansatzweise das Prinzip der nachhaltigen Nutzung fassbar. Betreffend den Wald im Schwenkelberg richtete die Obrigkeit die Aufforderung an die Genossame, es solle "darinne jederzyt nit meer gehouwen werden, dann das das holtz wol erlyden mag" (296).

Geht man davon aus, dass die Vielzahl von Vorschriften zur Waldbewirtschaftung, wenn überhaupt, mit einiger Verzögerung in die Praxis umgesetzt wurden, so drängt sich der Schluss auf, der Mittelwald habe als bewusste Betriebsform erst in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts Verbreitung gefunden. Krebs stellte fest, dass der Niederwaldbetrieb innerhalb seines Untersuchungs-

gebietes vorwiegend in den stadtnahen Waldungen des unteren Reppisch und Limmattaales ausgeübt wurde (297). Für das 16. und 17. Jahrhundert kommen wir aufgrund unserer Auswertung der obrigkeitlichen Holzordnungen für die Gemeinwälder zu folgendem Resultat. Der Mittelwaldbetrieb wurde hauptsächlich für jene Gemeinwälder propagiert, die im Raum Glatt-, Wehn- und Furttal sowie im Limmat- und unteren Reppischtal in relativer Nähe von Zürich lagen. Mittelwald-oder niederwaldähnliche Bestände dominierten damals vorwiegend in den Gemeinwerken, die sich in der Nähe von Siedlungen befanden. In abgelegenen Waldgebieten in der Laubwaldzone und Mischwaldzone herrschte indessen der Hochwald vor.

In der beginnenden Neuzeit verfügten einzelne Gemeinden sehr wahrscheinlich noch über Hochwälder. In den Quellen taucht diese Bezeichnung jedoch nicht auf. Es ist aber möglich, dass der in den Holzordnungen recht häufig erwähnte Begriff "Fronwald" in gewissen Fällen als Bezeichnung für Hochwälder verwendet wurde. Selbst indirekte Hinweise auf Hochwaldbetrieb in Gemeinwerken sind spärlich zu finden. In der Holzordnung für Affoltern a.A. kommt das Bemühen zum Ausdruck, im zum Gemeinwerk gehörenden Tannwald einen Hochwald zu begründen, heisst es doch, die Gemeinde solle das Brennholz künftig im sogenannten Buchwald hauen, "uff das der Tannwald zum buwholtz geschirmp und uff den gmeinen nutz warten und dienen möge" (298).

Den gleichen Versuch unternahm man einige Jahre später in Dielsdorf. Laut der "Ordnung für die Bauern und Tagnauer" untersagte man im Tannhau am Schwenkelberg, "so by sechs grossen jucharten und biss an etlich tannen ussgehouden" weitere Brennholzhiebe. Dazu lautete die Begründung: "Das soll fürer selbiger gestalt uff die gantz gmeind zu Buwholtz warten, uf wachsen und geschirmbt werden, damit so inen durch brunst .. oder in anderwäg etwas begegnete, sy zu irer notturfft das bruchen könnind und mögind" (299).

Obige zwei Beispiele und die Tatsache, dass die Holzordnungen keinerlei Bestimmungen zur Hochwald-Nutzung enthalten, legt die Folgerung nahe, dass in den betreffenden Gemeinden keine Hochwaldbestände mehr vorhanden waren. Angaben darüber, wie es andernorts aussah, lassen sich aufgrund der Quellenlage kaum machen. Während der Sihlwald nachweisbar seit Mitte des 15. Jahrhunderts in Form von Saumschlägen abgetrieben worden ist, wandte man in den gemeinen Hochwäldern sehr wahrscheinlich eine plenterartige Wirtschaft an. Man schlug die benötigten Sortimente da, wo sie überhaupt vorhanden waren (300).

5.3. Amtsrechte und Mandate als Mittel der Forstpolitik

5.3.1. Der forstwirtschaftliche Gehalt der Amts- und Herrschaftsrechte :

Im Ancien Régime stellten die obrigkeitlichen Holzordnungen ein wichtiges Instrument staatlicher Forstpolitik dar. Sie erlaubten es der Regierung, detaillierte Vorschriften über die Aufsicht, Nutzung und Bewirtschaftung einzelner Gemeindewälder zu erlassen. Derartige Holzordnungen traten vielerorts an die Stelle älterer, herrschaftlicher Öffnungen.

Im Bestreben, die Rechtsverhältnisse innerhalb des Zürcherischen Territoriums zu vereinheitlichen, begann die Obrigkeit seit der Reformation damit, Rechts-sammlungen auszuarbeiten, die für eine grössere Anzahl von Gemeinden Gültigkeit besaßen. Nach und nach mussten die meist im Mittelalter verwurzelten niedern Gerichtsbarkeiten, sowie die Dorf- und Hof-Weistümer den Herrschafts- und Amtsrechten Platz machen (301). Damit bot sich der Zentralgewalt grundsätzlich die Möglichkeit, auch im Bereich des Forstwesens einheitliche Regelungen durchzusetzen. Dennoch wurden diese neuen Rechtsinstrumente nur in geringem Masse für die staatliche Forstpolitik nutzbar gemacht. Die Obrigkeit setzte die Amtsrechte vorwiegend als Mittel zur einheitlichen Gestaltung des Zivilrechts ein. In den Knonaue, Regensdorfer und Uhwieser Herrschaftsrechten finden sich keinerlei Anordnungen zu Fragen des Forst- oder Jagd-wesens; das mehrmals erneuerte Grüninger Amtsrecht enthält immerhin einige Vorschriften über den Wildbann. Keines der bis 1700 erlassenen Amtsrechte schliesst im Sinne der Holzordnungen eine umfassende Reglementierung des Forstwesens einer ganzen Region ein. Dagegen lassen sich in zahlreichen Herrschaftsordnungen Einzelbestimmungen nachweisen, die für sämtliche Gemeinwälder innerhalb des betreffenden Rechtskreises Gültigkeit hatten.

Wiederholt kommen in den Amtsrechten forstgeschichtliche Belange zur Sprache, wobei mehrmals die Bussenbefugnisse der niedern Gerichtsherren, der Gemeinden und der Landvögte genauestens festgelegt wurden (302). Besonders interessant sind die entsprechenden Ausführungen im Wädenswiler Herrschaftsrecht. Hier beschränkte sich das Einungsrecht des Vogtes nicht bloss auf die Vogtei- und Lehenwälder; heisst es doch: "inn den anderen höltzern hatt ein obervogt zu handen unserer herren vier verbannen stumpen, das sind bärend boüm, Eychen, Tannen und Buchen" (303). In Anlehnung an den Hofrodel aus dem Jahre 1409 stattete man den obrigkeitlichen Vertreter mit weitgehender Betehlgewalt über sämtliche in der Landvogtei gelegenen Waldungen aus (304).

Verschiedentlich werden in den Amtsrechten auch Fragen der Forstaufsicht erörtert. So findet sich beispielsweise im Kiburger Grafschaftsrecht eine für alle Dorfförster der Landvogtei gültige Schwurformel (305). Laut Andelfinger Herrschaftsrecht musste ein Weibel der Obrigkeit einen Eid leisten, worin er sich verpflichtete, "der gemeynd holtz unnd feld, unnd besonner das oberholtz zuverwaren, unnd zu verhütten, .. und so eyn schad inn holtz und feld beschicht, den er nit wisste anzuzoygen, wer den gethan hette, den soll er bezalen" (306). Keine der anderen Amtsordnungen oder der obrigkeitlichen Holzordnungen kannte eine derartige Haftpflicht der Aufsichtspersonen für nicht gemeldete Frevelschäden.

Das Weininger Amtsrecht (1561) räumte den Gemeinden die Befugnis zur Aufsicht über die Allmendgüter ein. Dieses Recht wurde indessen durch folgende Klausel eingeschränkt: "Dann wo so gar grob und wüstlich damit umgangen wurdj, das die nott und billicheitt ervorderte, gepürlichs jnsächen ze thun, so soll der Oberkeit jr gwalt und hannd hiemit offen behalten syn" (307).

Auch über die Waldnutzungen stellte man einheitliche Vorschriften auf. Entgegen der im 16. Jahrhundert üblichen Tendenz, die Eigentümer von Neubauten vom Genuss der Allmende auszuschliessen, begünstigte das Regensberger Herrschaftsrecht eine Vermehrung der vollberechtigten Häuser (308). Demnach hatte ein Bürger, der die Dorfgerechtigkeit besass, das Recht, gegen angemessenen Zins eine Hofstatt zu leihen, "dieselbig hoffstatt soll er dann behussen mit eynem huss, das der hoffstatt gemess syge, unnd soll yetlich dorff eynem holtz daran unnd dazue geben, wie desselben dorffs bruch unnd gwonheytt ist" (309).

Wenn Gemeinden für bestimmte Zwecke grössere Bargeldsummen benötigten, so verpfändeten die Dorfgenosser in der Regel einen Teil ihrer Gemeingüter. Da solche Zinsverschreibungen häufig zu einer langfristigen Verschuldung der ärmeren Gemeinden führten und letztlich die staatlichen Obereigentums-Rechte an den Allmenden in Frage stellten, sah die Obrigkeit derartige Praktiken ungern. Seit Mitte des 16. Jahrhundert versuchte sie durch allerlei Beschränkungen die Verpfändungen von Gemeindegütern unter Kontrolle zu bringen: "Gmeinden sollend ohne vorwüssen unser Gn.Hr. kein Allmentguet versetzen, sonder wann sy dessen .. nöthig werend, dessen von einer hohen Lands-Oberkeit die Bewilligung ausswürcken; die verpfändten in 5 jahren wider lösen" (310). Auch anderswie schränkte man die Verfügungsgewalt der Kiburger Grafschafts-

leute über ihre Gemeindewälder ein. Gemäss dem Amtsrecht durften Rodungen in Privat- und Gemeindewäldern nur mit Genehmigung des Landvogts durchgeführt werden. Wer seit 1670 ein Waldstück in Acker- oder Wiesland umwandeln wollte, musste dafür besorgt sein, dass die Rodungsfläche nach einer bestimmten Nutzungsdauer "widerum zu neuem holtz pflantz yngehaget" wurde (311). Im Wülflinger Herrschaftsrecht von 1585 kommt die Waldrodung nicht zur Sprache; es befasst sich aber ausführlich mit dem gegenteiligen Prozess: "Wann äcker und wysen in der gmeind zu Buch ze holtz werden, .. die mag ein Herr zu Wülflingen ein yede Juchart umb 1 vrtl. kernen, der allda rüten wyll, lychen" (312). Offenbar traten derartige Veränderungen des Kulturlandes in der frühen Neuzeit relativ häufig auf, sonst hätte dieses Problem wohl kaum in einem Herrschaftsrecht spezielle Erwähnung gefunden. Entgegen der modernen Forstgesetzgebung wurden die auf ehemaligen landwirtschaftlichen Nutzflächen stockenden Waldungen nicht mit einem Rodungsverbot belegt. Wer darin roden wollte, musste in diesem Falle dem niederen Gerichtsherrn einen von der Obrigkeit festgesetzten Zins entrichten.

Etliche Herrschafts- und Amtsrechte enthalten Weisungen betreffend das Jagdwesen. Dasjenige von Elgg umschreibt ausführlich den Wildbann der niederen Gerichtsherrschaft (313). Im Kyburger und Grüninger Amtsrecht finden sich Bestimmungen über das Ausmass der bäuerlichen Jagdberechtigung (314).

Im Vergleich zur grossen Masse von zivilrechtlichen Bestimmungen in den Amts- und Herrschaftsrechten, ist die Anzahl forstlicher Vorschriften verschwindend klein. Bescheidene Ansätze zur Vereinheitlichung des Forstrechts lassen sich vorwiegend im Bereich der Waldnutzung, der Aufsicht und der Frevelgerichtsbarkeit nachweisen.

5.3.2. Obrigkeitliche Mandate betreffend Gemeindewälder :

Seit dem 15. Jahrhundert begann die Obrigkeit durch das Mittel der Mandate in die verschiedensten Bereiche des täglichen Lebens einzugreifen. Noch vor Waldmann unternahm man im Jahre 1470 den Versuch, einzelne Fragen der Allmend-Aufsicht und -Nutzung einheitlich zu regeln:

"So habent wir durch gemeines nutzes willen, der vor allen dingen gefürdert werden sol, ein sölich nachfolgende Erkandtniss getan. (..) Und also ist, das ein jeglich gepursammy, die mit gantzen und halben zügen die höfe und güter

buwend, jährlichen fünff oder dry man .. erkiesen, ordnen und nemmen, und die so sy also nemmend Eide mit ufgehepten Henden und gelerten Worten ze got und den heiligen schweren söllend, zu des gemeinen dorffs allmenden in höltzern und velden zusehent und zuversorgend, das die mit zünen, rüten und graben und allen notturfftigen sachen .. in ernen gehebt und gehalten werdint" (315).

Diese Gemeindeausschüsse verfügten über eine beschränkte Bussenkompetenz; ihnen oblag die Kontrolle über die Ehfaden, Brücken, Wege und Wiesen sowie die Regelung des Weidganges. Während man die Nutzungen der Bauernschaft an den Allmenden unbeschränkt liess, legte die Obrigkeit die Berechtigungen der Tauner und ländlichen Gewerbetreibenden fest. Demnach sollte einem Tauner, Schmied oder Müller "gegunnen und erlobt werden .. uff die allmenden zu schlagen .. zwo kühen und ein kalb, oder zwo kügen und ein ross, zwey schwein, fünff hünr und ein hanen, und kein ganss". Die übrigen Handwerker durften bloss 1 Kuh, 1 Kalb, 5 Schweine und 6 Hühner auf die Gemeinweide treiben.

In den achziger Jahren wurde das Mandat erneuert und ergänzt. Bei einer Busse von 1/2 Mark Silber untersagte man "in allen fronwälden und rechten höltzern" das Roden und Serlen (316). Mit dem Sturz von Hans Waldmann scheiterte der Versuch zu einer einheitlichen Regelung der Gemeinnutzungen. Die Interessengegensätze zwischen Bauern und Tauner blieben jedoch weiterhin bestehen. Nun, da eine generelle Lösung des Problems fehlgeschlagen war, bestimmte das jeweilige Kräfteverhältnis in den einzelnen Gemeinden die Regelung der Allmendnutzungen. Wiederholt griff die Obrigkeit in die innerdörflichen Kämpfe um die Gemeingüter ein, wobei sie erneut die Bauernsamen gegenüber den Taunern bevorteilte (vgl. Kapitel 4.2.2.).

Erst anfangs des 16. Jahrhunderts besann sich die Obrigkeit wiederum auf das Mittel der allgemeinen Forstmandate. 1501 schränkte sie angesichts der schweren Folgeschäden und "damit wyter gebrest vermitten werde" das Harzen ein. Das Mandat legte betreffend die landesfremden Harzer und Walker fest, "das sy in unser herren gerichten und gepieten nit hartzen söllen, und ob sy darüber funden werden und jeman schaden getan hetten oder tätten, sol man zu inen griffen und sy in unnser herren fangngenschaft antwurten" (317). Da diese Anordnung kaum Beachtung fand, legte man das Mandat im Jahre 1509 erneut auf (318).

Das Hauptinteresse der Obrigkeit galt indessen den Rodungen. Sie hoffte durch Mandate die Waldausreitungen reglementieren und einschränken zu können. Die Rodungsverbote, die zunächst vorwiegend die Stadt-, Vogtei- und Amtswaldungen betrafen, wurden im Laufe des 16. Jahrhunderts auf die Gemein- und

Lehenhölzer ausgedehnt und um 1650 erlangten sie auch für die Privatwälder Gültigkeit. Die zahlreichen Klagen über illegale Waldrodungen und die Tatsache, dass wiederholt Verbote ausgesprochen wurden, lassen den Schluss zu, dass auch in den Gemeindewäldern fleissig weiter gerodet wurde.

1512: Mandat wider das Ausreuten des Holzes (319)

1528: Erneuerung des Mandats von 1512

"Bürgermeister und Rat der Statt Zürich .. wellend das hinfür weder gmeinden noch sonder personen die rechten Eehöltzer und Fronwäld nit mer wie unther schädlich zugangen abhouwind und zerschleytzind sunder unverwüest blyben lassind by zähen pfunden buoss .. " (320)

1602: Rodeverbot in Gemeinwäldern unter Vorbehalt obrigkeitlicher Bewilligung (321)

1670: Generelles Rodungsverbot für sämtliche Wälder (322)

Um die natürliche Verjüngung zu garantieren, erliess die Regierung 1650 eine den ganzen Kanton betreffende Verordnung, die das Eintreiben von Vieh in die jungen Holzhäue verbot (323). Damit erklärte sie eine der grundlegenden Schutzbestimmungen der obrigkeitlichen Holzordnungen zum allgemeinverbindlichen Gesetz. Im Laufe des 18. Jahrhunderts wurden diese Ansätze zu einer einheitlichen Regelung der forstwirtschaftlichen Praxis zielstrebig weiter verfolgt.

Theoretisch wären Mandate geeignete Instrumente staatlicher Forstpolitik gewesen. Mit dem Sturz von Bürgermeister Waldmann, der eine zentrale, einheitliche Regelung forstwirtschaftlicher Probleme angestrebt hatte, fiel die Möglichkeit dahin, durch das Mittel allgemeingültiger Forstordnungen eine Verbesserung des Waldzustandes anzustreben. Nur in bescheidenem Ausmass setzte die zürcherische Regierung im 16. und 17. Jahrhundert Mandate für forstpolitische Zielsetzungen ein. Landesweit gültige Verordnungen betrafen vorwiegend den Waldschutz.

5.4. Die Zurückdrängung der niederen Gerichtsherren

Beinahe ebenso zahlreich wie die Gerichtsherrschaften innerhalb des Zürcherischen Stadtstaates waren Konflikte zwischen Gemeinden und ihren niederen Gerichtsherren um Holz und Weiderechte. Bei der Schlichtung derartiger Konflikte spielte die Obrigkeit eine entscheidende Rolle. Ihr ging es nicht in

erster Linie darum, als neutrale Partei über Recht und Unrecht zu urteilen; die Obrigkeit fällte die Entscheidungen mit Rücksicht auf die eigenen Interessen. Im Bereich des Jagdwesens und der Forstgerichtsbarkeit kam es wiederholt zu direkten Auseinandersetzungen zwischen der Obrigkeit und den niedern Gerichtsherren. Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich auf einige typische Beispiele, die es ermöglichen, den Charakter dieser Kämpfe näher zu beleuchten und den Prozess der schrittweisen Zurückdrängung deutlich zu machen.

Noch ins Mittelalter fällt die Auseinandersetzung zwischen der Gemeinde Bülach und ihrem frühern Vogtherrn Johannes von Tengen um den Wald Schleipfenberg. Die zur Vermittlung gerufene Obrigkeit wies die Forderung des Freiherren am strittigen Wald zurück und fällte einen Entscheid zu eigenen Gunsten. Bürgermeister und Rat vertraten die Ansicht, die Stadt Zürich habe mit der 1409 erworbenen Pfandschaft über Bülach den Wald zu Eigentum erhalten. Auch die Ansprüche der Dorfgenossen wurden nicht akzeptiert: "so haben wir uns einhellenklich erkennt, dz man den von Büllach bi den eiden, so si uns geschworn hand, verbieten sol, dz sy furer keiner ley holtz jn dem Schleipfenberg houwen, es wer denn dz ein burgermeister und ein rat jnen dz mit sunderheit erloubte" (324).

Wenige Jahre später finden wir das Landstädtchen wieder in Streitigkeiten um Holz und Weide verwickelt. 1502 stand der Amtmann klagend vor Bürgermeister und Rat von Zürich. Der Abt von Wettingen wollte das volle Eigentum am Strassberg zuerkannt haben und die Bülacher von der Mitnutzung ausschliessen. Mit diesem Anliegen drang er bei der Zürcher Regierung nicht durch (325). Als 1519 der Konflikt erneut aufbrach, nahm die Obrigkeit eine Ausmarchung zwischen Hochfelden und Bülach vor. Auf Bitte des Abts von Wettingen setzte sie für den Hochfeldener Anteil einen Holzbann fest. Zum Zeichen ihrer Oberhoheit über den ganzen Strassberg verlangte die Stadt jedoch die Hälfte aller Frevelbussen (326).

In Marthalen ging es 1595 um die Frage von Holzlieferungen aus dem Gemeindewald zuhanden des Gerichtsherrn. Wie anderswo auch hatten die Dorfgenossen dieses im Mittelalter weit verbreitete Servitut vor Jahrzehnten bereits gegen eine fixierte Geldsumme abgelöst. Da die von Junker v. Waldkirch erneut angesprochenen Brennholzabgaben seit einem halben Jahrhundert nicht mehr ausgerichtet worden waren, entschied die Obrigkeit, er solle sich mit dem jährlichen Holzgeld begnügen (327).

Immer wieder entzündeten sich Konflikte zwischen Gemeinden und Gerichtsherren an der Frage des Allmendeigentums. Die Grundherren strebten seit ca. 1500 verstärkt danach, die Bauern in ihrer gewohnheitsmässigen Teilhabe an der Allmende zu beschränken oder sie von der Mitnutzung auszuschliessen. Es ist interessant zu beobachten, wie die Obrigkeit immer wieder in ähnlicher Weise darauf reagierte. 1489 befanden sich gleich zwei Gemeinden mit ihrem Gerichtsherrn, Junker Hans v. Goldenberg, im Streit. Die Ober-Winterthurer traten u.a. mit folgenden Vorwürfen auf: "so tüge er inen gebott der höltzern halb, so ir gmeinwerch syen, wider ir allt harkomen und bruch, .. so understande er inen ir eigen weydgang in den gemeinden zu verbieten" (328). Ähnliche Klagen erhob die Gemeinde Ellikon a.T. (329). In beiden Fällen schützte die Regierung die alten Gewohnheiten und belass den Dorfgemeinden ihre Rechte am Gemeinwerk. Der Gerichtsherr akzeptierte indessen die obrigkeitlichen Schiedssprüche nicht. Rund zwei Jahrzehnte später brachte Junker Goldenberg die Leute von Ellikon erneut gegen sich auf. Sie beschwerten sich darüber, "wie inen allerley nüwerung mit irem pfandherrn .. begegnetind. Und namlich understunde derselb mit irem gemeynen werch und hölzern mit verkouffen, verschenken und in anderweg, dessglichen mit dem inzug und gepotten anders dann wie recht von altem harkommen und bysshar irs dorffs bruch und gerechtigkeit gesin were, ze handeln" (330).

Ebenso wie in den meisten derartigen Streitfällen verteidigte die Obrigkeit erneut die traditionellen Öffnungsbestimmungen, was zur Schwächung der gerichtsherrlichen Stellung gegenüber den Gemeinden führte. Manche Inhaber von niederen Gerichten mussten sich schliesslich weitgehende Eingriffe in ihre Nutzungsrechte an den Allmenden gefallen lassen. Der Besitzer der Feste Schollenberg etwa verfügte gegen Ende des 16. Jahrhunderts nurmehr über zwei Häue Brennholz im Gemeinwerk, also bloss doppelt so viel wie ein Gemeinbürger (331). Hans Konrad von Rümlang, Gerichtsherr von Wülflingen, benötigte seit 1525 die Zustimmung der Gemeinde oder der Geschworenen, um Holz aus dem Gemeinwerk verkaufen zu können (332). Um die Ursache für die ständigen Reibereien mit den Einwohnern von Ottikon wegen Ackerrecht und Holz im Schlatt endlich zu beseitigen, trat Hans Löwenberg schliesslich seine Rechte am Wald gegen bescheidene Entschädigung der Gemeinde ab (333). Das Verhalten der Regierung in solchen Konflikten um die Allmenden trug wesentlich dazu bei, dass die Gerichtsherren in der Regel den kürzeren ziehen mussten. Wo aber Interessen der Obrigkeit auf dem Spiele standen, unterstützte man die Position der Gerichtsherren. Als 1524 die Anwälte der drei Gemeinden der Herrschaft

Wädenswil vor dem Rat erschienen und Klage führten gegen den Schaffner des Johanniterordens, da dieser ihnen untersagt hatte, Zimmer- und Schindelholz in den Wäldern zu schlagen, nahm die Regierung geflissentlich die Grundherren in Schutz. Im Hinblick auf die angestrebte baldige Erwerbung der Herrschaft drängte sich dieser Entscheid buchstäblich auf (334).

Immer wieder kam es auch zu direkten Auseinandersetzungen der Obrigkeit mit niedern Gerichtsherren. Ein typisches Beispiel dafür ist der Zehnt- und Bussenstreit zwischen der Regierung und dem Konstanzeramt in Zürich um den am Nordabhang der Lägeren gelegenen Niederweningenwald. Die im Jahre 1562 erneuerte Öffnung von Niederweningen sah vor, dass einer, der "one einer gemaindt erlaubnuss" Holz fällte, 6 Pfund bezahlen sollte. Diese Busse ging je zur Hälfte an die Gemeinde und das Domstift Konstanz. Die gleiche Regelung galt bei Strafen für unerlaubten Weidgang "in eingeschlagenen Häuen" (335). Entgegen den Öffnungsbestimmungen erhob die Obrigkeit anfangs des 17. Jahrhunderts Anspruch auf sämtliche Frevelbussen. Das Begehren wurde wie folgt begründet: "Diewyl aber diss ein rächter unwidersprechenlicher fron- und hochwald ist, und .. in der stat Zürich iurisdiction, grichten und gebieten alle fron- und hochwäld der oberkeit zu beschirmen und ze bannen zuständig, und ussolchem die holtzeinungen, holtzbussen und fräfel denselben oberkeiten auch zugehörig sind", sollen die Bussgelder der Zürcher Regierung zustehen. Das am 19. November 1608 gefällte Urteil anerkannte grundsätzlich diese Argumentationsweise, schützte aber mit Rücksicht auf das alte Herkommen die Interessen der übrigen Parteien. Die Verteilung wurde neu geregelt. Inskünftig erhielten die Gemeinde und das Domstift 2/3 der Strafgeelder, der restliche Drittel ging zuhanden der Obrigkeit an den Landvogt von Regensburg. Im weitem erlangte die Obrigkeit ein Mitspracherecht in Fragen der Holznutzung. Laut den Öffnungen von 1547 und 1562 hatte die Kompetenz zur Ausgabe der jährlichen Brennholzhäue bei den Geschworenen gelegen. Neu galt folgende Bestimmung: "Wann man auch in bemältem hochwald die höuw ald sontst holtz ussgäben wil, soll jedesmals ein undervogt zu Weningen darzu berüfft werden und darby syn" (336). Ebenfalls am 19. November 1608 kam ein Vergleich betreffend die Neugrützehnten zustande. Bisher waren dem Konstanzer Domstift "in kraft koufbriefts und habenden pfärrlichen gerechtigkeit" sämtliche in Niederweningen anfallenden Zehnten zugekommen. Mit dem Argument, das durch Rodung des Waldes am Lägerberg gewonnene Kulturland sei der Obrigkeit abgabepflichtig, beanspruchte die Zürcher Regierung den entsprechenden Neugrützehnten. Auch in dieser Frage einigte man sich auf eine Kompromisslösung.

Das Domstift Konstanz erklärte sich bereit, der Obrigkeit jährlich 8 Mütt Kernen zu liefern. Dieser fixe Zehntenanteil bezog sich jedoch nur auf die "jetzt gemachten nüwen rütinen und die fürohin wyter an der herren von Zürich hoch- und fronwälden .. ufgebrochen werden möchten" (337). 12 Jahre später konnte die Obrigkeit ihren Bussenanteil weiter ausbauen. Dabei ging es um die Strafgelder für Waldschäden, die durch weidendes Vieh verursacht wurden. Die 1562 erneuerte Öffnung hatte dafür einen Bussensatz von 10 Schilling vorgesehen. Der Konstanzer Amtmann vertrat die Ansicht, "einem vogt zu Regensperg (solle) syn gebürender dritter theil nur von denen bussen, so in disserm wald durch die mentschen verwürckt werdent, zudienen". Die von Bürgermeister und Rat von Zürich verordneten sieben Schiedsleute unterstützten indessen das Begehren des Landvogts, der von sämtlichen Frevelbussen den dritten Teil gefordert hatte (338).

Mehrmals konnte die Obrigkeit Besitzwechsel im Bereich der Gerichtsherrschaften zur Stärkung ihrer Position ausnützen. Als nach dem Tode Dietrichs von Hallwil dessen Sohn im Jahre 1581 die Vogtei Hegi übernahm, erhob dieser weiterhin Anspruch auf die Frevelbussen in den beiden Gemeinwerken Hegiberg und Ohrbühl. In einem Entscheid vom 18. November 1584 wies die Regierung sein Ansinnen jedoch zurück. Sie machte geltend, die grundherrliche Rechtsprechung sei mit der Aufhebung des Stiftes Embrach an Zürich gelangt. Die Strafgelder stünden allein dem Landvogt von Kiburg zu (339). Noch im Jahre 1570 hatte man indessen dem Vogt zu Hegi das Recht eingeräumt, Bussen bis zur Höhe von 9 Pfund zu verhängen (340).

Zahlreiche Beschränkungen mussten sich die Gerichtsherren insbesondere im Bereich des Jagdrechts gefallen lassen. Die von der Regierung seit dem 14. Jahrhundert vertretene Auffassung, wonach der Wildbann nicht eine herrschaftliche Gerechtigkeit darstellt, sondern als Regal zu den übrigen Hoheitsrechten gehört, führte in der Folge zu einer vermehrten Nutzniessung des Jagdregals durch den Zürcher Rat. Die städtische Jagdhoheit offenbarte sich besonders deutlich im Aufbau eigentlicher Bannforste. Vorwiegend auf Kosten der bäuerlichen Jagdgerechtigkeiten wandelte man beispielsweise den Sihlwald in eine exklusive Jagddomäne um, die den höchsten Behördemitgliedern vorbehalten blieb.

Im ausgehenden Mittelalter begann die Obrigkeit, die ländlichen Gerichtsherren gegenüber den Stadtbürgern zu benachteiligen. Sukzessive gingen die hauptsächlichen Jagdrechte in den Landvogteien an eine kleine Schicht junkerlicher

Bürger über (341).

Noch im 15. Jahrhundert hatte man den Gerichtsherren, die Hirsch- und Beizjagd zugestanden; später versuchte man indessen, ihnen den hohen Wildbann zu entziehen. Wiederholt kam es im 16. und 17. Jahrhundert in Fragen des Jagdwesens zu Konflikten. 1558 gerieten sich der Kiburger Landvogt und der Gerichtsherr zu Turbenthal in die Haare, da ersterer gegen Junker v. Landenberg eine Jagdbusse ausgesprochen hatte. Der zur Streitschlichtung verordnete Bürgermeister Müller erliess dem Beschuldigten gnädiglich die Strafe, hielt aber am obrigkeitlichen Anspruch auf das Hochwild fest. Da der Wildbann in der Grafschaft Kiburg der Stadt zustehe, dürfe der Gerichtsherr ohne Bewilligung des Vogtes nichts anderes jagen "denn fuchs, hasen, uffs höchst die reech" (342). In einzelnen Gerichtsherrschaften, so in Wetzikon, Kempten und Greifenberg, schloss die Obrigkeit die Bauern von einer Mitbeteiligung an der Niederjagd zugunsten der Gerichtsherren aus (343). Nurmehr über den niedern Wildbann verfügten im 16. Jahrhundert auch die Herren von Elgg und Weiach (344). Zusätzliche Einschränkungen erfuhr das herrschaftliche Jagdrecht durch die seit dem 15. Jahrhundert wachsende Zahl von staatlichen Jagdbeschränkungen und Schutzbestimmungen. Ebenfalls zuungunsten der Gerichtsherren wirkte sich die Verschärfung der Wildfolgeordnung aus, die jedoch von Herrschaft zu Herrschaft verschieden sein konnte (345). 1643 wurde das Reh und 46 Jahre später das Rebhuhn in die immer länger werdende Liste des Hochwildes aufgenommen.

Eine Sonderstellung nahm das Kloster Rheinau ein. Im Jahre 1599 schlossen Bürgermeister und Rat von Zürich mit Abt Gerold einen Vertrag über die Jagdverhältnisse in Marthalen. Demnach konnte der Abt in den Rheinauer Waldungen hohes und niederes Wild jagen. Dem Landvogt von Kiburg bewilligte man, "das er von hoher oberkeit wegen zu Martalen in des gotshusses hoeltzeren .. dem hochwild nachstellen lassen möge" (346). Auf die Jagdgerichtsbarkeit musste der Abt jedoch verzichten; sie wurde dem Landvogt übergeben. Er allein durfte "darumb gebot und verbot ussgahn lassen und die überträter strafen und büssen" (347).

Obwohl es der Stadt leichter gefallen war, die Bauern von der Jagd auszuschliessen, gelang es ihr bis zum Ende des 17. Jahrhunderts, den Anspruch auf staatliche Jagdhoheit gegenüber der Masse der Gerichtsherren durchzusetzen.

Indem die Obrigkeit eine Reihe von ehemals niedergerichtlichen Rechten an sich zog, vermochte sie innert relativ kurzer Zeit, ihren Einfluss auf die in den

Herrschafts-Bezirken gelegenen Gemeinwälder erheblich zu verstärken. Zahlreiche niedere Gerichtsherren hatten sich im Laufe des 16. Jahrhunderts mit Beschränkungen ihrer traditionellen Nutzniessung an Holz und Weide abzufinden. Ebenso gingen wichtige forstgerichtliche Kompetenzen an den Staat über; insbesondere verstand es die Obrigkeit, sich einen erheblichen Teil der Frevelbussen zu sichern. Dabei konnten die Gemeinden in der Regel ihre Weide- und Holznutzungen erweitern. Die Untertanen erlangten einerseits wirtschaftliche Vorteile, andererseits mussten sie sich vermehrt obrigkeitliche Vorschriften betreffend Forstaufsicht und Waldnutzung gefallen lassen. Gleichfalls auf Kosten der niedern Gerichtsherren ging die Durchsetzung der staatlichen Jagdhoheit. Mit wenigen Ausnahmen verfügten sie am Ende des 17. Jahrhunderts nurmehr über den niedern Wildbann; diese Tatsache illustriert deutlich den Abstieg der Inhaber ländlicher Gerichtsherrschaften.

ZUSAMMENFASSUNG

Im Stadtstaat Zürich werden frühe Ansätze zu einer zentralen Forstpolitik bereits im 15. Jahrhundert sichtbar. Mit dem Zweck, die Allmenden landesherrlichen Interessen nutzbar zu machen, unternahm die Obrigkeit in der Zeit von Bürgermeister Waldmann einen umfassenden Versuch, den staatlichen Einfluss auf die ländlichen Gegenden auszudehnen. Um die Militärmacht Zürichs zu stärken, wurden die Gemeinden zur Errichtung von Kriegskassen verpflichtet. Zur Aeufnung der sogenannten "Reisbüchsen" sollte man die Einnahmen aus Holz- od. Eichelnverkäufen und andere aus dem Allmendgut fliessende Einkünfte verwenden. Zur Sicherung der Erträge aus den Gemeingütern erliess die Obrigkeit in der Folge eine für das ganze Staatsgebiet und alle Waldkategorien gültige Forstordnung, die einzelne Fragen betreffend Waldaufsicht und -nutzung einheitlich regelte. Dieses Waldmannsche Forstgesetz, das bereits ein generelles Rodungsverbot postulierte, stiess bei den Untertanen auf entschiedene Ablehnung. Es war einer der auslösenden Faktoren für die schweren Unruhen des Jahres 1489, die zum Sturz des verhassten Bürgermeisters führten. Inskünftig hütete sich die Obrigkeit tunlichst davor, durch unpopuläre Massnahmen eine Neuauflage des Waldmann-Handels zu provozieren. Dennoch hielt sie weiterhin am Anspruch auf staatliche Forsthoheit fest.

Die Reformation, von der sich viele Untertanen eine rechtliche und soziale Besserstellung erhofft hatten, brachte im Endeffekt eine gewaltige Ausdehnung der Staatsaufgaben mit sich. Stärker als bisher wurden die Gemeinden in den Rahmen der zürcherischen Landesverwaltung eingeordnet. Insbesondere die Schaffung des Rechenrates bewirkte im 16. Jahrhundert eine Aktivierung der zentralen Forstpolitik.

Der Obrigkeit boten sich vielfältige Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Gemeinwälder. Bedingt durch das allmähliche Ineinandergreifen der Wirtschaftsräume von benachbarten Siedlungen als Folge des Bevölkerungswachstums, häuften sich seit dem 15. Jahrhundert Grenzstreitigkeiten zwischen zwei oder mehreren Gemeinden. Und währenddem diese Auseinandersetzungen fort-dauerten, brachen schon Kämpfe innerhalb der Dorfbewohner um die Allmendrechte aus. Ohne eigenes Zutun sah sich die Obrigkeit als Vermittler und Schiedsrichter mit einer Vielzahl von neuen Problemen konfrontiert. Wie zu erwarten, beschränkte sich die Regierung nicht darauf, die Konflikte möglichst unparteiisch zu schlichten. Nur allzu gerne nützte sie günstige Gelegenheiten aus, um die staatliche Forstaufsicht auf diesem Wege auszubauen. Manch ein

Gerichtsentscheid ging über die Beurteilung der eigentlichen Streitsache hinaus und enthielt Vorschriften zu Nutzung und Bewirtschaftung der Gemeinwerke. Als beispielsweise 1647 die Dorfgenossen von Bachenbülach mit der Nachbargemeinde in Konflikt gerieten, erliessen die verordneten Räte zugleich mit dem Schiedsspruch eine Holzordnung für deren Waldungen.

Bedeutendere Einflussmöglichkeiten eröffneten die innerdörflichen Spannungen, bei denen es v.a. um die Frage ging, inwieweit die verschiedenen Dorfbewohner an den verfügbaren Gemeingütern Anteil haben sollten. Der Ausschluss der Hintersassen und jener Leute, die ausserhalb des Etters wohnten, bildete den Ausgangspunkt für die langwierige Entwicklung hin zur Dorfgerechtigkeit. Die wichtigste Voraussetzung dazu stellte die Loslösung der Allmendberechtigung von der Person dar und deren Bindung an den Hausbesitz. Von der Obrigkeit gebilligt, vollzog sich dieser Schritt zur Verdinglichung der Gemeinnutzung hauptsächlich in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts. In einer dritten Phase gelangte man zu einer festen Verknüpfung der Nutzungsrechte mit bestimmten Liegenschaften, den sogenannten Ehofstätten. Später verwandelten sich diese Rechte in selbständige Vermögenstitel, die verkauft, vererbt oder vertauscht werden konnten. Während einerseits wenige Hofbesitzer zwei, drei oder mehr Gerechtigkeiten erlangten, setzte seit Ende des 16. Jahrhunderts ein Prozess der Aufspaltung von bestehenden Wald- und Weiderechten ein. Unter dem Druck der starken Bevölkerungszunahme musste die Obrigkeit eine Vermehrung der Oefen durch Unterteilung der Häuser und Stuben gestatten, wobei sie jedoch darauf achtete, dass das Nutzungsquantum insgesamt nicht erweitert wurde. Endlich blieb es nicht bloss bei der Zersplitterung der Gerechtigkeiten; darüber hinaus schritten die Rechtsamebesitzer manchenorts gar zur Verteilung der Gemeinwälder. Schon früh versuchte die Obrigkeit, die Einhegungen unter Kontrolle zu bringen, da sie die dörfliche Gütergemeinschaft unterhöhlten. Trotzdem wurden vorwiegend in territorialen Randgebieten immer wieder gegen den Willen der Regierung Waldteilungen vorgenommen. Dies war möglich, weil die Zentralgewalt nicht instande war, sämtliche Gemeinden genügend zu beaufsichtigen.

Bei den innerdörflichen Konflikten im Ancien Régime dominierte meist der soziale Gegensatz zwischen Vollbauern und Taunern. In etlichen Gemeinden unternahm die Bauernsamen den Versuch, der ländlichen Unterschicht jegliche Allmendnutzung zu entziehen. Dieses Ansinnen fand jedoch bei der Obrigkeit

keine Unterstützung. Mit mehr Erfolg bemühte sich die Bauernschaft darum, die Taunerrechte einzuschränken und die Kontrolle über die Gemeingüter zu erlangen. In vielen Gemeinden bürgerten sich im Verlaufe des 16. und 17. Jahrhunderts mindere Taunergerechtigkeiten ein. Ein Ratsbeschluss von 1556 für Oberhasli sah beispielsweise vor, "dass in den höltzern .. zwey tauner als vil als einem Bauren, der eine Hausrücke hat und mit dem pflug baut, werden soll".

Zwar blieben in den meisten Gemeinden beide Parteien an der Forstaufsicht und Nutzungsregelung beteiligt, regelmässig aber hatten Bauern mehr zu sagen als Tauner, obgleich sie zahlenmässig in der Minderheit waren. Das Verhalten der Obrigkeit, die in der Regel den Interessen der wohlhabenden und einflussreichen Hofbesitzer entgegenkam, begünstigte zweifellos die Entstehung einer eigentlichen Dorfaristokratie, welche die Dorfpolitik bestimmte und die Gemeinnutzungen kontrollierte.

Die Ausscheidung einer engern, privilegierten Klasse aus der Dorfbevölkerung fand ihre Entsprechung in der zunehmenden Abschliessung der Gemeinden gegen aussen. Das Beispiel der Städte nachahmend, fing man ab 1500 an, die Niederlassung von Neuzuzügern durch finanzielle Auflagen zu erschweren. Die Höhe der obrigkeitlich festgesetzten Einkaufsgebühr hing hauptsächlich von der Grösse des Gemeingutes ab, das sich aus Liegenschaften und Geldkapitalien zusammensetzte. Allein bis 1650 kamen über 200 Orte im Kanton Zürich in den Genuss von "Einzugsbriefen", wobei in 66 Gemeinden die Einkaufsgebühren für Landeskinder minimal 25 Gulden ausmachten. Die überwiegende Mehrzahl der einzugsstarken Gemeinden lagen in den flachern Kantonsteilen, wo geschlossene Dorfsiedlungen vorherrschten, also vorwiegend im Gebiet der heutigen Bezirke Bülach, Dielsdorf und Andelfingen. Dank den relativ hohen Einzugsgeldern konnten die begüterten Gemeinden ihren Allmendbesitz wirksam gegenüber Neuzuzügern schützen und die überkommene kollektive Wirtschaftsorganisation aufrechterhalten.

Ganz anders musste sich die Einzugspolitik für jene Siedlungen auswirken, die über kein oder nur wenig Allmendland verfügten. Auffallend viele unbegüterte Gemeinden fanden sich im Zürcher Oberland und in der Umgebung von Winterthur. Wenn überhaupt, erlangten sie erst spät und bloss geringe Einkaufsgebühren. Ohne grosse finanzielle und rechtliche Schranken überwinden zu müssen, konnten sich Auswärtige in diesen Gemeinden niederlassen und neue Häuser bauen. Da die vielen Menschen in den herkömmlichen Arbeitsbereichen

schliesslich kein genügendes Auskommen mehr fanden, und da in diesen Gemeinden ein kollektiv organisierter Wirtschaftsverband fehlte, vermochte die Verlagsindustrie mit ihrem individualistischen Charakter leicht Fuss zu fassen. Beinahe durchwegs wiesen die betreffenden Orte im 18. Jahrhundert eine grosse Zahl von Heimarbeitern aus. Sowohl in Bezug auf die Einzugsverhältnisse als auch auf den Industrialisierungsgrad hob sich die Kantonshälfte südlich der Linie Zürich-Winterthur deutlich vom nördlichen Staatsteil ab. Insofern zeitigte die obrigkeitliche Einzugspolitik, die zunächst auf die Kontrolle der Einbürgerungen und den Schutz der Allmendgüter abzielte, tiefgreifende gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen.

Als Gegenstück zur gewaltigen Vermehrung der Landbevölkerung setzten sich im Ancien Régime in den meisten Gemeinden mannigfache Beschränkungen der Allmendnutzungen durch. Wenn auch die Obrigkeit diese Entwicklung nicht zu bestimmen vermochte, so übte sie durch ihre Verfügungen und Gerichtsent-scheide in verschiedenen Bereichen doch erheblichen Einfluss aus.

Das wichtigste Mittel staatlicher Forstpolitik gegenüber den ländlichen Gemeinden stellten die Holzordnungen dar. Im Gegensatz zu den mittelalterlichen Öffnungen, die auf der Uebereinkunft von Grund- oder Vogtherr und Genossame beruhten, kamen diese Forstreglemente durch obrigkeitlichen Beschluss des Kleinen Rates zustande. Mit dem Erlass der Holzordnungen bestätigte der Inhaber der Landeshoheit nicht in erster Linie überkommene Gewohnheiten, sondern setzte neue Rechtsnormen. Bis 1600 gelangten Dutzende von Gemeinden in den "Genuss" obrigkeitlicher Holzordnungen, und auch im 17. und 18. Jahrhundert wurde diese Politik fortgeführt. Da jede Holzordnung in der Regel bloss für eine Gemeinde Gültigkeit hatte, konnte sie in ihren konkreten Bestimmungen den jeweiligen Verhältnissen Rechnung tragen. Darin lag der grösste Vorteil dieser kleinräumigen Forstpolitik. Jene Landesherren, die sich hauptsächlich des Mittels der allgemeinen Forstgesetze bedienten, konnten bloss Grundsätze postulieren und liefen eher Gefahr, auf dem theoretischen Niveau stehenzubleiben.

Die Holzordnungen schränkten in den verschiedensten Bereichen die freie Verfügungsgewalt der Gemeinden über ihre Wälder ein. Wie schon ihre Bezeichnung deutlich macht, regelten die Holzordnungen vorwiegend die Waldnutzungen. Häufig setzte man darin die Zahl der Gerechtigkeiten fest oder bestimmte, welche Dorfbewohner am Gemeinwerk teilhaben durften, und wie die Nutzungen auf die Berechtigten verteilt werden sollten. Vereinzelt schrieb

die Regierung den Platz für die Holzschläge vor, so z.B. in einer 1563 erlassenen Weisung für die Leute von Affoltern a.A. In Ausnahmefällen wurde sogar das Quantum der Holznutzung genau definiert. Besonders streng reglementierte man im allgemeinen den Bezug von Bauholz. Ab Mitte des 16. Jahrhunderts bemühte sich die Obrigkeit darum, den Holzhandel staatlicher Kontrolle zu unterwerfen und die Holzverkäufe aus Gemeinwäldern zu unterbinden. Einer schärferen Kontrolle unterzog man schliesslich auch die Nebennutzungen, wie das Weiden, Grasens, Harzens, Schwempen und Serlen. Allgemeine Weideverbote stellten im 16. und 17. Jahrhundert aber eine Ausnahme dar. Die obrigkeitliche Mitnutzung an den Gemeinwäldern hielt sich in bescheidenen Grenzen. Immerhin deckten einzelne Landvogteischlösser ihren Bedarf teilweise oder vollständig aus Gemeinwerken.

Bestimmungen zur Waldpflege oder Bewirtschaftung fehlten in manchen Holzordnungen gänzlich. Erste Massnahmen zielten darauf ab, dem weiteren Zerfall der Wälder Einhalt zu gebieten. Immer wieder begegnet man der im 16. Jahrhundert noch keineswegs selbstverständlichen Forderung nach Einzäunung der ausgeholzten Flächen zur Begünstigung des natürlichen Aufwuchses. Besonderen Schutz genossen die Eichen und Buchen, die als fruchttragende Bäume für die Schweinemast geschätzt wurden. Vereinzelt erscheinen zudem erste Kulturmassnahmen. Insgesamt ist in den Holzordnungen der beginnenden Neuzeit ein deutlicher Trend zum Mittelwaldbetrieb erkennbar. So lesen wir etwa in der Holzordnung von Buchs: "Und in wellichem how eichen, tannen, foren und bärend boüm stond, die soll niemand abhowen, sondern ston lassen und ufzüchten". Die Forderung nach flächenweiser Gestaltung des Holzabtriebs fand erst nach 1550 Eingang in die obrigkeitlichen Weisungen. Noch aber nutzte man im Hinblick auf den Bedarf. Einzig in folgender Vorschrift der Ordnung von Dielsdorf (1571) wurde ansatzweise das Prinzip der nachhaltigen Nutzung verfochten: "jederzyt solle nit meer gehouwen werden, dann das holtz wol erlyden mag".

Intensiv bemühte sich die Obrigkeit um die Verbesserung der Waldaufsicht. Mit verschiedenen Massnahmen versuchte sie, die dörflichen Aufsichtorgane für eine zuverlässige Kontrolle der Gemeinwälder zu gewinnen. Die Bannwarte sollten inskünftig in der Obrigkeit verpflichtete, niedere Forstbeamte umfunktioniert werden. Während letztlich der landesherrliche Einfluss im Bereich der Waldaufsicht gering blieb, zog die staatliche Zentralgewalt bis Ende des 16. Jahrhunderts die forstliche Gerichtsbarkeit weitgehend an sich. Einerseits drängte man die niedern Gerichtsherren zurück, anderseits beschnitt man die forstpolizeilichen Befugnisse der Gemeinden. Ein Vergleich mit den mittelalter-

lichen Öffnungen macht deutlich, dass zudem das Strafwesen differenziert und die Strafpraxis verschärft wurde. Gegenüber den früheren Gepflogenheiten konnte die Regierung den herrschaftlichen Bussenanteil erheblich ausbauen. Generell behielt sie sich auch das Recht vor, schwerwiegende Waldfrevel selbst zu ahnden. Erst zu Ende des Ancien Régime gelangte die Obrigkeit zur Einsicht, dass allein mit Verboten keine erfolgreiche Forstpolitik möglich war. Denn was nützte die Masse von Vorschriften, wenn es nicht gelang, sie auch durchzusetzen. Manche Holzordnungen enthielten im übrigen allgemeine Weisungen betreffend die Gemeindeverwaltung. Ständig drängte die Obrigkeit auf zweckmässige und sparsame Verwendung der Gemeindegelder zugunsten der Allgemeinheit. Um eine direkte Ueberwachung der kommunalen Finanzverwaltung zu ermöglichen, erhob die Regierung in etlichen Forstreglementen die Forderung nach Rechenschaftspflicht.

Neben Holzordnungen bildeten landesweit gültige Waldmandate ein häufig angewandtes Instrument zentraler Forstpolitik. Die Rodungsverbote, die zunächst die Stadt-, Amts- und Lehenwaldungen betrafen, wurden im Laufe des 16. Jahrhunderts auf die Gemeinwälder ausgedehnt. Die zahlreichen Beschwerden über illegale Waldausreitungen und der Umstand, dass die Mandate immer wieder erneuert wurden, lassen jedoch den Schluss zu, dass man im 16. und 17. Jahrhundert in den Gemeinwäldern fleissig weiter rodete. Auch gegen den ausgedehnten Holzfrevell versuchte man mit Mandaten anzukämpfen, wiederum nur mit geringem Erfolg. Wie diese Beispiele zeigen, betrafen die generellen Verordnungen vorwiegend den Waldschutz. Demgegenüber brachten die seit der Reformation Verbreitung findenden Amts- und Herrschaftsrechte Ansätze zur Vereinheitlichung des Forstrechts im Bereich der Waldaufsicht und der Frevellgerichtsbarkeit.

Indem die Obrigkeit eine Reihe von ehemals niedegerichtlichen Befugnissen an sich zog, vermochte sie im Laufe des 16. und 17. Jahrhunderts ihren Einfluss auf die in diesen Herrschaftsbezirken gelegenen Gemeinwäldern erheblich zu verstärken. Anlass zu obrigkeitlichen Eingriffen gaben die häufigen Konflikte zwischen Dorfschaften und niedern Gerichtsherren um die Allmenden. Wiederholt versuchten Gerichtsherren, die gewohnheitsrechtliche Teilhabe der bäuerlichen Bevölkerung an der Allmende einzuschränken oder gar aufzuheben. Die zur Vermittlung gerufene Landesobrigkeit schützte indessen bei derartigen Streitfällen regelmässig die Interessen der Gemeinden. Zahlreiche niedere Gerichtsherren hatten sich im Laufe des 16. Jahrhunderts sogar mit einer

Verminderung ihrer herkömmlichen Nutzniessung an Holz und Weide abzufinden, während die Gemeinden ihre Nutzungen erweitern konnten. Des öftern kam es zudem in Fragen der Forstgerichtsbarkeit zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen Landesobrigkeit und Niedergerichtsinhabern, wobei letztere fast durchwegs den Kürzern ziehen mussten. Gleichfalls auf Kosten der niedern Gerichtsherren ging die Durchsetzung der staatlichen Jagdhoheit. Mit wenigen Ausnahmen verfügten sie am Ende des 17. Jahrhunderts nurmehr über den niedern Wildbann.

Gesamthaft betrachtet, gelang es der zürcherischen Obrigkeit im Verlaufe des Ancien Régime, ihren Anspruch auf staatliche Forsthoheit gegenüber der Landschaft und den niedern Gerichtsherren durchzusetzen. Noch um 1450 hatte es kaum Berührungspunkte zwischen der Zentralgewalt und den Gemeinden gegeben. Vom 16. zum 17. Jahrhundert verstärkte sich indessen die landesherrliche Einflussnahme auf die dörflichen Gemeinhölzer, die den Hauptreichtum der Gemeinden darstellten, beträchtlich. Einerseits konnte die Regierung durch den Erlass von Holzordnungen die Wald-Nutzung, -Aufsicht und -Bewirtschaftung reglementieren; anderseits vermochte sie, die Forstgerichtsbarkeit unter ihre Kontrolle zu bringen. Die ländlichen Gemeinden, die gegen das Ende des Mittelalters ein gewisses Mass an Autonomie erlangt hatten, wurden zu Beginn der Neuzeit relativ eng in den Rahmen der zürcherischen Landesverwaltung eingeordnet und verloren damit an Selbständigkeit.

Obwohl die Sicherung der hauptstädtischen Holzversorgung stets ein zentrales Anliegen der Regierung blieb, spielten entsprechende Ueberlegungen bei der Formulierung der Forstpolitik gegenüber den Gemeinden und Gerichtsherren kaum eine Rolle. Als hauptsächliches Motiv erscheint in den zeitgenössischen Akten die Furcht vor einem drohenden allgemeinen Holzmangel. Wiederholt verteidigte die Obrigkeit die staatliche Einflussnahme mit dem Argument, sie geschehe allein aus landesväterlicher Sorge um das Wohl der Untertanen und bilde eine unabdingbare Voraussetzung zur erfolgreichen Abwehr der drohenden Holznot. In Wirklichkeit wurde die staatliche Forstpolitik jedoch nicht in erster Linie im Interesse des Gemeinwohls und der Walderhaltung betrieben. Von Anfang an und vorwiegend war sie ein Machtinstrument, um die Herrschaft der Stadt über die Landschaft zu konsolidieren.

Versuchen wir abschliessend, die zürcherische Forstpolitik in einen grösseren Rahmen einzuordnen. Wie hoch war der Intensitätsgrad der staatlichen Einflussnahme im Zürcher Stadtstaat im Vergleich zu andern eidgenössischen Orten und zu ausländischen Mächten?

Im Rahmen der schweizerischen Eidgenossenschaft erreichte die landesherrliche Forstpolitik im Fürstbistum Basel, das einen zugewandten Ort bildete, die stärkste Ausprägung. Die Bischöfe machten ein Obereigentum an den Allmenden der Jura-Gemeinden geltend. Im Laufe des Ancien Régime verstanden es die Fürstbischöfe, diesen Anspruch in der Praxis durchzusetzen. Zur Versorgung der im 16. Jahrhundert in der Landschaft errichteten Hammerwerke und Eisenschmieden beutete man in grossem Ausmass zunächst die kommunalen Waldungen aus. Derweil wurde der Hochwaldbesitz der Bischöfe um die Wende zum 17. Jahrhundert durch genaue Ausmarchung und Verurkundungen gesichert (348). An zweiter Stelle stand der Stadtstaat Bern, der im Grunde die gleiche Politik wie Zürich verfolgte. Auch hier dehnte sich der Wirkungskreis der staatlichen Forstpolitik gegen das ausgehende 15. Jahrhundert über die stadtnahen Landgerichte hinweg auf entferntere Gebiete aus. Im Jahre 1592 erliess die Bernische Obrigkeit ein erstes allgemeines Forstmandat, das zwar hauptsächlich zum Schutz der obrigkeitlichen Hochwälder bestimmt war, aber auch auf die Wälder der Korporationen und Privaten übertragen werden konnte. Tatsächlich war die Bernische Regierung in der Folgezeit eher imstande, ihre Obereigentumsrechte an Wäldern, die hauptsächlich von Gemeinden genutzt wurden, zu bewahren als die Zürcherische Obrigkeit (349).

Weit hinter Bern, Fribourg, Basel und Zürich standen die Orte Luzern und Schaffhausen zurück. Im Stadtstaat Luzern scheiterten die Versuche, auch in den Gemeindewäldern eine Aufsicht über die forstmässige Benutzung unter Berufung auf das Forstregal auszuüben, im 16. Jahrhundert am Widerstand der Berechtigten (350).

Eine gemeineidgenössische Wald- und Holzwirtschaftspolitik existierte bis zum Ende des Ancien Régime nur in bescheidenen Ansätzen, da die Stadt-Land-Gegensätze sowie die konfessionellen Widersprüche eine einheitliche Politik verunmöglichten (351). Desgleichen fehlte im Deutschen Reich seit dem Spätmittelalter eine zentrale Forstpolitik. Während sich in Frankreich und England die Monarchen gegen die feudalen Zwischengewalten durchsetzen konnten, übernahmen in Deutschland und Italien die landesherrlichen Kräfte auch in diesem Bereich die Führung. In Tirol, Bayern oder Venedig schufen die Territorialmächte bereits im Mittelalter die Grundlagen für eine staatliche Forstorganisation; die massgeblichen eidgenössischen Städteorte begannen jedoch erst im 18. Jahrhundert mit dem Aufbau einer eigenständigen Forstverwaltung (352).

Im süddeutschen Raum stand das Herzogtum Württemberg an vorderster Front. Bereits in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts kam es hier zum Erlass von Forstordnungen, die für alle innerhalb des Territoriums gelegenen Waldungen Gesetzeskraft hatten, einerlei ob es sich um hoheitliche, kommunale, private oder kirchliche Wälder handelte. In der Folge setzte sich die Beförsterung durch landesherrliche Forstbeamte durch, und noch vor der Wende zum 17. Jahrhundert fanden Weisungen zur Aufforstung der Gemeinwälder Eingang in die allgemeinen Forstordnungen (353). Davon konnten die Herren in Zürich und Bern nur träumen!

ZWEITER TEIL : OBRIGKEITLICHE FORSTPOLITIK UND LANDES-
VERWALTUNG AM BEISPIEL DER WALDUNGEN DES
KLOSTERAMTS RÜTI

1. VORBEMERKUNG

Die heutigen Staatswälder in den Bezirken Hinwil und Uster stammen zum grössten Teil von der in der Reformationszeit säkularisierten Prämonstratenserabtei Rütli. Die bis 1833 vom Klosteramt Rütli verwalteten obrigkeitlichen Waldungen umfassten mehr als 200 ha und waren über die ganze Landvogtei Grüningen zerstreut. Im östlichen Grenzgebiet, um den Tössstock, verfügte das Amt über mehrere grosse Waldungen; im südlichen Teil besass es u.a. den Rütliwald, und im Westen stand ihm das bei Seegräben gelegene Eichholz zu. Das so umschriebene Gebiet besitzt eine Gesamtfläche von 21.28 km. Mehr als ein Viertel davon ist heute Waldareal. Der Anteil des Privatwaldes beträgt 78 %. Gerade weil wir uns im folgenden ausschliesslich mit den Waldungen des ehemaligen Klosteramts beschäftigen werden, gilt es zu bedenken, dass diese eigentlich nur einen kleinen Teil der totalen Waldfläche ausmachten.

Die einst dem Klosteramt Rütli unterstellten Wälder verteilen sich über das gesamte Zürcher Oberland. Die extreme Streuung der einzelnen Parzellen und das weitgehende Fehlen grösserer Komplexe erschweren die historische Erfassung. Rückschlüsse von den heutigen Verhältnissen auf die Zeit vor 1798 sind problematisch, da in den 200 Jahren seit der Helvetik grosse Veränderungen stattfanden. Die regional- und ortsgeschichtliche Forschung ist lückenhaft und hat dem Wald als wirtschaftlichen Faktor kaum berücksichtigt. Nachteilig wirkt sich auch der Umstand aus, dass keine geeignete Darstellung der Geschichte des Prämonstratenserklöster Rütli existiert. Für meine Untersuchungen stützte ich mich deshalb vorwiegend auf die Urkunden, Akten, Urbarien und Pläne betreffend das Kloster und Amt Rütli im Staatsarchiv Zürich. Aufgrund der Quellenlage ergaben sich folgende Schwerpunkte:

- Der Rütliwald: Ungefähr 60 Urkunden und Aktenstücke beziehen sich auf den in der Nähe des Klostergebäudes gelegenen Rütliwald. Die Vielfalt der Informationen, die sich über einen Zeitraum von drei Jahrhunderten erstrecken, erlaubt

es, ein klares Bild der früheren Verhältnisse zu gewinnen. Dabei sollen folgende Fragen beantwortet werden.

Wie haben sich Nutzung und Bewirtschaftung dieses für das Amt wichtigsten Waldes entwickelt? Inwiefern lassen sich waldbauliche Zustandsveränderungen nachweisen? Welche forstlichen Zielsetzungen kommen in den obrigkeitlichen Mandaten und Holzordnungen zum Ausdruck?

- Die Waldungen am Tössstock: Die überlieferten Quellenstücke betreffend der südöstlichen Grenzregion Zürichs konzentrieren sich auf mehrere Zeitabschnitte. Bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts fliessen die forstgeschichtlichen Informationen nur spärlich. Im Vordergrund stehen zunächst Grenzstreitigkeiten. Ab 1750 tritt die Holznutzung in den Vordergrund des Interesses. Die Geschichte des Tössstockgebietes widerspiegelt die sich über Jahrhunderte vollziehende Wandlung vom unberührten Urwald zum intensiv genutzten Staatswald. Dabei sollen folgende Probleme zur Sprache kommen. Wie entwickelten sich Nutzungs- und Eigentumsrechte am Wald? Welche Politik betrieb die Obrigkeit gegenüber den abgelegenen Amtswäldern? Nach welchen Prinzipien nutzte man im Ancien Régime schwer zugängliche Holzvorkommen, und welche waldbaulichen Veränderungen waren damit verbunden?

Dem speziellen Teil vorangestellt habe ich eine allgemeine Darstellung der Eigentumsentwicklung und Verwaltung der Amtswälder. Sie sollen dem Leser das Verständnis für die oben erläuterte Problemstellung erleichtern.

2. DAS KLOSTERAMT RÜTI

2.1. Die Prämonstratenserabtei Rütli

Um 1200, zur Zeit als das Kloster Rütli gegründet wurde, bestanden im Gebiet des Zürcher Oberlandes eine Vielzahl von grössern und kleinern weltlichen Herrschaften. Massgebend waren vor allem die Grafen von Toggenburg, Kyburg und Rapperswil, sowie die Freiherren von Regensberg; Genossenschaften freier Leute fanden sich in Binzikon, Bertschikon, Fischenthal, Gossau, Ottikon, Wernetshausen, Ferrach und Ringwil (1).

Zwischen 1206 und 1208 begründete Lütold IV. von Regensberg durch eine Schenkung mehrerer Eigengüter das Kloster Rütli. Das Stiftungsgut bildete keinen zusammenhängenden Komplex, konzentrierte sich jedoch um das spätere Dorf Rütli. Ausdrücklich behielt sich Lütold das Patronat und die Kastvogtei vor. Damit versuchte er seine politische Stellung im Grenzgebiet des Zürcher Oberlandes gegenüber den Grafen von Toggenburg zu stärken. Wenige Jahre zuvor hatten diese das Johanniterhaus von Bubikon gestiftet. Geführt wurde das Kloster in Rütli durch den Prämonstratenserorden. Die ersten Mönche stammten aus der Abtei von Churwalden. Sie stellten sich die Aufgabe, das Sektenwesen in jener Gegend zu überwinden und mussten daher zunächst gegen den Widerstand der Einheimischen ankämpfen. Neben diese kirchliche Zielsetzung trat die Absicht der Rodung und des Landesausbaus (2). Bald trat die Prämonstratenserabtei an die Stelle des bis dahin in der Herrschaft Grüningen dominierenden geistlichen Grundbesitzers. Schon im 8. und 9. Jahrhundert hatte das Kloster St. Gallen sich zum bedeutendsten Grundbesitzer im Zürcher Oberland entwickelt. Grosse Schenkungen aus der Mitte des 8. Jahrhunderts in Mönchaltorf, Bubikon, Dürnten, Hinwil und Bäretswil bildeten den Kernbesitz. Viele dieser Güter gingen nun durch adelige Lehensträger an das Kloster Rütli über (3). Nach 1234 kam sogar ein freundschaftliches Verhältnis zu Diethelm von Toggenburg zustande, der in der Folge zahlreiche Besitzungen dem Kloster vermachte. Nach den päpstlichen Schutzbriefen besass Rütli um 1250 bereits an über 35 Orten Güter. Diese waren über ein grosses Gebiet verstreut.

Durch planmässige Zukäufe versuchte es der Gefahr der Entfremdung einzelner Güter entgegenzutreten. Dabei ging es vor allem um eine Abrundung und Erweiterung des Grundbesitzes im Gebiet nördlich des Obersees, des Jonatals,

zwischen Töss und Glatt bis nach Kloten und um Zürich. Von 111 erhaltenen Kauf-Urkunden entfallen deren 83 auf diese innere Zone (4). Parallel dazu versuchte das Kloster entferntere Güter gegen näherliegende abzutauschen. Ueber die Vermögensverhältnisse zu Mitte des 14. Jahrhunderts gibt das "Liber Marcaram" von Konstanz Auskunft. Danach nahm Rüti unter den Männerklöstern des Bistums mit seinen jährlichen Einkünften von 150 Mark Silber den 34. Platz ein.

Neben den weltlichen Rechten spielten Patronats- und Zehntenanteile eine immer grösser werdende Rolle. Rüti hatte zwar keine Eigenkirchen mehr gegründet, durch Schenkungen und Käufe gelangte es bis zur Reformation indessen zu 14 kirchlichen Kollaturen. Folgende Kirchen wurden inkorporiert: Rüti (1209), Seegräben (1219), Bollingen (1229), Freibrunnen b. Wil (1289), Eschenbach (1309), Aadorf (1349), Dürnten (1359), Fischenthal (1390), Elsau (1396), Wangen (1414), Gossau (1415), Uster (1438), Fehraltdorf (1469) und Schmerikon (1509) (5). Mit dem Kirchensatz fielen jeweils auch die zugehörigen Zehnten ganz oder teilweise dem Kloster zu. Bezeichnend ist, dass Rüti, so wie es seinen Grundbesitz abrundete, darum bemüht war alle Zehnten zu erwerben. Um die Einkünfte möglichst regelmässig zu gestalten, führte es zur Vereinfachung und Sicherstellung die Zehntpacht ein (6). Im übrigen verfügte der Abt über die niedern weltlichen Gerichte in Seegräben, Ferrach, Tann, Oberdürnten, Unterbach, Volketswil (1/3) und Fägswil (7).

Da das Kloster zu einer Zeit gegründet wurde, da sich die Villikationsverfassung bereits in voller Auflösung befand, verwaltete es seinen Besitz nie nach diesem System. Anfangs führte es eine auf das Kloster bezogene, zentralisierte Verwaltung durch. Die Klosteranlage eignete sich bestens dazu. Sie bildete eine selbständige Einheit mit Unterkünften, Kirche, Pfarrhaus, Gasthaus, Schmiede, Speicher, Ställen, Säge, Stampfe, Pfisterei und Ziegelhütte. Stets bewirtschaftete das Kloster auch einen Teil seiner Güter in eigener Regie (8). Wichtiger war selbstverständlich die lehensrechtliche Nutzung durch Bauern. Dabei wurden verschiedene Formen der Zeit-, Vital- und Erbleihe angewandt.

Besonders zahlreich sind uns aus dem 15. und 16. Jahrhundert befristete Lehensverträge überliefert. Sie ermöglichten es dem geistlichen Eigentümer, bei jeder Neuausgabe den Zins zu steigern (9). Im Verlauf des 14. Jahrhunderts sah sich das Kloster, angesichts des weit ausgedehnten Grundbesitzes, gezwungen, die Verwaltung zu dezentralisieren. In Zürich, Winterthur und etwas später in Uster wurden zu diesem Zweck Schaffnereien errichtet (10).

Zweimal war das Kloster tiefgreifenden Krisen ausgesetzt: In der Mitte des 13. Jahrhunderts (Regensberger Fehde) und in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts (Alter Zürichkrieg). Beide Male erholte es sich aber innert kurzer Zeit. In der Folge entwickelte es sich in wirtschaftlicher Hinsicht zum reichsten Kloster der Zürcher Landschaft (11). In der Dissertation von Rudolf Greminger findet sich eine tabellarische Aufstellung der Klostergüter um die Mitte des 15. Jahrhunderts (12).

2.2. Das Klosteramt Rüti (1525 - 1833)

Während fast alle geistlichen Stifte sich willig mit der Verstaatlichung ihrer Güter abfanden, ging von Rüti der heftigste Widerstand gegen die Säkularisierung aus. Nachdem der reformationsfeindliche Abt Felix im April 1525 geflohen war, besetzten einige Dutzend aufständische Bauern das herrenlose Kloster. In 27 Artikeln brachten sie der Obrigkeit ihre Beschwerden und Forderungen vor. Doch ihre Interessen blieben zur Hauptsache unberücksichtigt. Ohne einschneidende Änderungen wurde die Verwaltung durch weltliche Beamte einfach fortgesetzt (13). Während mehreren Jahre lebten allerdings noch einige Konventuale im Kloster. Die Vorsteher des Prämonstratenserordens in Deutschland unternahmen mit Unterstützung mehrerer Fürsten den Versuch, das Kloster wiederherzustellen, jedoch ohne Erfolg.

Seit 1525 sassen in Rüti Zürcherische Amtleute. Sie wurden jeweils für sechs Jahre ernannt und verwalteten die ehemaligen Klostergüter in den folgenden Orten: Seegraben, Grüningen, Wangen, Tuggen, Bäretswil, Tannbrunnen, Bollingen, Ferrach, Wald, Pfäffikon, Gossau, Fischenthal, Hinwil, Alt-Rapperswil, Altdorf und Rüti. Beigeordnet war ihnen je ein Ammann zu Rüti und Uster (14). Die Höfe in der Umgebung der Hauptstadt in Küsnacht, Zollikon, Thalwil, Horgen, Kilchberg, Kloten, Uetikon und Leimbach, sowie die Besitzungen im westlichen Kantonsteil waren einer Schaffnerei in Zürich unterstellt. Diese Gefälle wurden im Jahre 1546 dem Augustineramt angeschlossen (15).

Das Amthaus Winterthur war für die umliegenden Güter in Spiegelberg, Aadorf, Elsau, Glattfelden, Fislbach, Höri etc. zuständig. Viele ehemalige Klosterbesitzungen gingen in den Religionskriegen definitiv verloren. Das Amt Rüti umfasste also nur einen Teil der ehemaligen klösterlichen Grundherrschaft.

- Der Amtmann konnte unmittelbar über das sogenannte Amtsleben verfügen. Es umfasste die Gebäulichkeiten sowie 92 1/4 Juch. Ackerland, 68 1/2 Tagwen "Heuwachs", 15 Juch. Weide und 263 3/4 Juch. Wald.
- Zudem hatte er die Oberaufsicht über die zugeteilten 38 Erb- und 36 Handlehenhöfe sowie die Pfrundgüter. Die meisten Besitzungen lagen in der Landvogtei Grüningen. Die durchschnittliche Grösse der Handlehenhöfe betrug mehr als 100 Jucharten. In den folgenden Jahrhunderten machten insbesondere die zeitlich befristeten Lehen vielfache Aenderungen durch. Manche wurden im 17. Jahrhundert in Erblehen umgewandelt. Zudem wurden häufig Realteilungen vorgenommen oder einzelne Teile der Lehen veräussert.
- Da in der Reformationszeit sämtliche Grundlasten beibehalten wurden, erwuchsen dem Amt grosse Einnahmen. Im Jahre 1730 betrugen die Einkünfte aus den Grundzinsen mehrere hundert Pfund. Die Abgaben wurden grösstenteils in Naturalien entrichtet. Weitverzweigte Tragereien waren für den Einzug nötig. Allein die Gemeinde Fischenthal umfasste 90 Zinspflichtige.
- Zu den Grundzinsen kamen die ebenfalls aufrecht erhaltenen Zehnten. Im Jahre 1730 bezog das Amt an Zehnten: 860 Mütt Kernen, 396 Malter Hafer, 73 Mütt "Schmalsaat" u.a.m. (16). Diese grossen Naturalabgaben ermöglichten dem Staat, einen einträglichen Getreidehandel zu betreiben.

Neben den Einnahmen erwuchsen dem Amt jedoch auch zahlreiche Ausgaben. Das Amt hatte Lehenhäuser und Kirchen zu unterhalten, besorgte die Besoldung von Pfarrern und Schulmeistern und war zudem für das Armenwesen zuständig. Den bedeutendsten Aufwand verursachten die Almosen. Im Jahre 1740 wurden für die Armen in 28 Gemeinden 90'000 Brote gebacken; dazu verwandte der Amtsbäcker 800 Mütt Kernen, 90 Mütt Roggen und 20 Mütt "Schmalsaat". Im Jahre 1790 wurden dem Amt Rüti zusätzlich die Gefälle und Einkünfte der Komenthurei Bubikon einverleibt.

Nach dem Zusammenbruch des Ancien Régime wurden 1798 sämtliche obrigkeitlichen Güter nationalisiert. Alle Reallasten auf den Lehengütern sollten loskäuflich sein. Das entsprechende Gesetz von 1803 bestimmte, die Auskaufssumme solle das 25-fache des durchschnittlichen Jahresertrags ausmachen. In der Folge wurden viele Grundzinse und Zehnten abgelöst. Im selben Jahr

übertrug man dem "Amt Rüti und Bubigheim" den Zinsbezug in der ehemaligen Vogtei Grüningen, die Erhebung der Abgaben im ganzen Bezirk Uster und die Verwaltung der dortigen Nationaldomänen. Der jeweils für neun Jahre gewählte Amtmann erhielt eine feste Besoldung von Fr. 1600 nebst freier Wohnung und 16 Klafter Brennholz.

Im Jahre 1812 besass das Amt noch 33 Lehenhöfe und 5 Güterlehen. 1828 waren es nur noch sieben.

Am 29. März 1833 beschloss der Grosse Rat zur Aufbesserung der Staatsfinanzen alle entbehrlichen Grundstücke und Gebäude zu veräussern. Noch im selben Jahr wurde auch das Amt Rüti aufgehoben.

3. DIE WALDUNGEN

3.1. Die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse

3.1.1. Die Klosterwälder :

Da sämtliche Amtswälder vor der Reformation Teil des grundherrlichen Besitzes der Prämonstratenserabtei Rüti waren, liegt es auf der Hand vorerst die klösterliche Eigentumsentwicklung darzustellen. Da die überlieferten Akten und Urkunden für die Zeit vor 1525 kaum Informationen zu Fragen des Waldeigentums geben, wissen wir nicht, wann und unter welchen Umständen die spätern Amtswälder in die Hand des Klosters Rüti kommen sind.

Für den Rütiwald und die übrigen in der Nähe der Klostergebäude gelegenen Wälder können wir annehmen, dass sie einen Bestandteil des Stiftungsgutes bilden. Eine Vielzahl von kleinern und grössern Waldungen ging nach der Gründung durch Schenkungen und Verkäufe von seiten weltlicher und geistlicher Grundherren an das Kloster über. So erhielt es nach und nach Waldstücke in der Umgebung von Seegräben 1219, Ferrach 1238, Witellikon 1272, Ringwil 1283, Trichtenhausen 1296, Matten bei Rüti 1308, Eschlikon 1313, Küsnacht 1318, Robenhausen 1320, Adetswil 1322, Höri 1329, Fehraltorf 1334, Goldbach 1335, Bussenhausen 1335 (17). In all diesen Fällen stand selbstverständlich nicht der Wald im Zentrum des Interesses, sondern ein Hof, einzelne Leute mit ihrem Besitz, Vogteirechte und anderes. In den betreffenden Urkunden wird der Wald, wie etwa nachfolgende allgemein übliche Formulierung zeigt, meist nur beiläufig erwähnt: ".. ein hoff, der da lit ze Truchtenhusen und XII stuck gilt, der in eigentlich anhört .. mit akern, mit wisen, mit holtz, mit veld, mit wun, mit weid und mit allem recht und ehafft, so dazue hört .." (18). Wenn wir davon ausgehen, dass derartige Umschreibungen mehr als blossе Phrasen sind, so lassen sich von daher Rückschlüsse auf die spätmittelalterlichen Verhältnisse ziehen. Da der Wald meist in Verbindung mit Ackerland und Weiden steht, bildeten diese Faktoren zusammen mit der eigentlichen Hofstatt eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit. Bei einem Wechsel des Lehensherrn infolge Schenkung, Verkauf oder Tausch blieb daher der Wald weiterhin als wichtiger Bestandteil beim Hof. In einzelnen Fällen behielt sich der Abt aber einzelne Waldungen zur Nutzung vor (19).

Nur selten tauchen in den Quellen Besitzänderungen auf, die hauptsächlich den Wald betreffen. Besonders überraschen muss, dass es sich dabei durchwegs um kleinere Waldstücke handelte.

- Am 4. Juni 1434 übergab ein Leheninhaber von Rüti in Trichtenhausen dem Kloster u.a. drei Jucharten von seinem Privatwald. Gleichzeitig wünschte der Verkäufer, die betreffende Parzelle möge inskünftig zu seinem Erblehengut gehören (20).
- Im Jahre 1457 erwarb das Kloster Rüti 2 1/2 Jucharten Holz und Egerten in Wollishofen auf Breitenloo gegen Bezahlung von sieben Pfund Zürcher Währung (21).
- Zwischen 1511 und 1523 brachte die Abtei durch vier weitere Ankäufe einige Dutzend Jucharten "Holz und Feld", gelegen in der Nähe von Grüningen, Rüti und Fischenthal in ihren Besitz (22).

Das Kloster hat mit Ausnahme des Dachsegg-Holzes, welches im Jahre 1565 als Amtswald erscheint, alle zwischen 1434 und 1521 erworbenen Wälder entweder wieder abgestossen oder einzelnen Lehen zugeschlagen. Wenige Jahre vor der Reformation gelangten die Alpen Poo und Scheidegg in die Hand des Klosters Rüti.

Noch im 14. Jahrhundert befanden sich die Waldungen am Tössstock im Eigentum des Klosters Töss bei Winterthur. Diese weit abgelegenen und nur schwer zugänglichen Wälder waren auf jeden Fall von geringer wirtschaftlicher Bedeutung. Das Kloster schenkte ihnen darum kaum Beachtung.

3.1.2. Die Amtswälder :

Mit der Uebernahme der ehemaligen Klosterwälder baute der Zürcherische Stadtstaat seine führende Stellung als Waldbesitzer weiter aus. Vom Kloster Rüti fielen der Rütiwald, die Alpen Poo und Scheidegg, der Tössstock und verschiedene kleinere Hölzer an die Obrigkeit. Diese Wälder bildeten in den folgenden Jahrhunderten die Grundlage für die Holzversorgung des Amtes Rüti. Die Alpen Poo und Scheidegg, die das Kloster früher direkt bewirtschaftet hatte, wurden um die Mitte des 16. Jahrhunderts an die Leheninhaber der Sennhöfe von Rüti und Fägswil verliehen. Dabei reservierte sich das Amt ausdrücklich Nutzungsrechte an den Alpwäldern (23).

Erstaunen muss die Tatsache, dass sich die Obrigkeit trotz steigender Holzpreise und zunehmender Verknappung des Brenn- und Nutzholzes kaum um eine Erweiterung der Amtswälder von Rüti bemühte. Nurmehr kleinere Waldparzellen kamen im 16. und 17. Jahrhundert in den Besitz des Staates (24).

Weitere Änderungen der Eigentumsverhältnisse am Wald traten mit der Schaffung des neuen Handlehens im Langacker bei Rüti auf. Schon 1679 hatte der Inhaber des Bauhofes von Rüti, Untervogt Schmid, die Bewilligung zur Teilung seines Lehens erhalten. Nach dessen Tod war die Gelegenheit günstig, um einen Gütertausch mit dem Amt vorzunehmen. Während das Amt durch diese Neuverteilung der Güter zusätzlich in den Besitz zweier Hölzer mit $5 \frac{3}{4}$ Jucharten Fläche kam, verblieb dem Bauhof nach 1685 nicht mehr genügend eigener Wald zur Selbstversorgung (25).

Um 1700 unterstanden folgende Waldungen als Bestandteile des Amtlehens der direkten Nutzung und Aufsicht des Amtmanns zu Rüti (26):

-	Der Rütiwald	mit 246 Jucharten		
-	Das Haselholz	mit 5 Jucharten	3 Viertel	25 Ruten
-	Das Herrenholz	mit 4 Jucharten	3 Viertel	20 Ruten
-	Das Spyrholz	mit 2 Jucharten		
-	Die Buchhölzer	mit 5 Jucharten	3 Viertel	

Dazu kamen die Wälder der als Handlehen vergebenen Alpen Poo und Scheidegg. Nach dem Urbar von 1701, aufgenommen vom spätern Bürgermeister Johann Rudolf Waser, wurde der Tössstock seltsamerweise nicht zu den Gütern des Amtlehens gerechnet (27).

Von 1700 bis 1798 blieb der Waldbesitz des Amtes Rüti im Grossen und Ganzen konstant. In der Helvetik fielen die Amtswälder als Nationalgut an die neue Republik. Anno 1803 aber wurden die eidgenössischen Wälder wieder an ihre ehemaligen Eigentümer zurückgegeben. Nach der Aussteuerung der Stadt Zürich verblieben die ehemaligen Amtswälder von Rüti in der Hand des Kantons. Verwaltet wurden sie bis 1833 weiterhin vom dortigen Amtmann (28).

3.2. Die Verwaltung der Amtswälder

Bis zum Beginn der Helvetik kann von einer Forstorganisation im modernen Sinne nicht gesprochen werden; die mit der Verwaltung und Aufsicht der Wälder beschäftigten Personen nahmen bis dahin in erster Linie polizeiliche Funktionen wahr.

Für die Zeit des rund 300-jährigen Bestehens der Prämonstratenserabtei geben uns die Quellen keine Hinweise auf eine institutionalisierte Aufsicht über die

Klosterwälder. Wir dürfen jedoch annehmen, dass einzelne Leute schon damals gewisse Kontrollaufgaben im Interesse des Klosters wahrnahmen. Je nach der Schwere eines forstlichen Vergehens konnten der Abt als Grundherr oder die Inhaber der niedern bzw. hohen Gerichtsbarkeit eingreifen. In strittigen Fällen und bei rechtlichen Unklarheiten wurde die Angelegenheit häufig einem Schiedsgericht zugewiesen.

Besser informiert sind wir über die Entwicklung nach der Reformation. Grundsätzlich lassen sich für die Zeit von 1525 bis 1798 drei Ebenen der Verwaltung unterscheiden.

3.2.1. Die Bannwarte :

Zuunterst in der forstlichen Aufsichtshierarchie standen die sogenannten Bannwarte. Wie der Name bereits deutlich macht, schuf die Obrigkeit nicht etwa einen selbständigen Forstdienst, sondern sie hielt an mittelalterlichen Organisationsformen fest. Bei der Besetzung der Bannwartstellen verfügten die interessierten Lehenbauern offensichtlich über keinerlei Mitspracherechte. Im Amt Rüti bildete der Forstdienst sogar meist einen festen Bestandteil gewisser Lehenhöfe. Umgruppierungen mit dem Ziel, die Aufsicht effektiver zu gestalten kamen nicht selten vor.

Die folgende Aufstellung zeigt, wann für die einzelnen Amtswälder zum ersten Mal Aufsichtsorgane fassbar werden:

- Den Gebrüdern J. und W. Müller, die am 8. Juli 1538 den Rütihof zu Fägswil als Mannlehen erhielten, unterstand der Amtswald im "Uelis Winkel".
- Nach dem Reversbrief für den Erblehenhof in Ferrach von 1538 walteten die Gebrüder Bruwalder als Bannwarte in den Amtswäldern Matten und Honegg.
- Während Jahrhunderten übten die jeweiligen Träger der Rütilehen Hülli-stein und Kämmoos die Kontrolle über den Rütiwald aus.
- Die Inhaber des Handlehens in Ferrach waren Bannwarte in der Honegg und in der Dachsegg.
- Wie aus einer Stellungnahme des Rechenrates vom 15. Januar 1728 hervorgeht, war ein gewisser Hans Lang zu Tann Bannwart für das Herrenholz.
- Den Inhabern des als "Guten Höfli" bezeichneten Handlehens in der Gemeinde Seegraben oblag die Aufsicht der Amtswälder in der nähern Umgebung.

- Einem Amtsbericht von 1788 ist zu entnehmen, dass ein Förster namens Schaufelberger bestellt war für die Wälder der Alpen Poo, Scheidegg und derjenigen am Tössstock.
- Für den 1790 an die Amtsverwaltung Rüti übergebenen Sennwald wurde noch im selben Jahr Förster Hotz von Tann eingesetzt (29).

Ein Vergleich der verschiedenen Wälder zeigt, dass sich für die siedlungsnahen Wälder, die einer starken Nutzung ausgesetzt waren, schon relativ früh offizielle Aufsichtsorgane nachweisen lassen. Im Gegensatz dazu wurden einzelne weit abgelegene Waldungen wie etwa der Tössstock erst im 18. Jahrhundert der Kontrolle eines Bannwartes unterstellt.

Wenden wir uns einer andern Frage zu: Welche Aufgaben hatten die Förster zu erfüllen? Der Tätigkeitsbereich der Bannwarte wurde mit besondern Bestimmungen in den Lehenbriefen festgelegt. Die Formulierungen änderten sich im Verlaufe der Jahrhunderte kaum. Die Förster sollten die ihnen zugewiesenen Wälder vor Schaden an Weide und Holz bewahren und nötigenfalls beim Amtmann in Rüti Bericht erstatten oder Anzeige gegen Frevler erheben (30). Im 18. Jahrhundert führte die Obrigkeit die amtliche Vereidigung für Bannwarte ein. Zwischen 1726 und 1789 verpflichteten sich zehn Förster im Amt zur Einhaltung folgender Eidesformel:

"Es soll ein Bannwart schwahren, Meinen Gnädigen Herren von Zürich Treuw und Wahrheit zu halten, ihren Nuzen zu fördern und Schaden zu wänden, und die Hölzer früh und spaht zu schirmen und zu vergaumen und wann er Schaden halbers darinnen findet und ergreiffet, oder es ihme angezeigt wird, ein solche Persohn einem jeweiligen Amtmann zu leiden und anzugäben. Auch auss dem ihme zur Aufsicht anvertrauten Holz nichts zu verschenken noch zu verkauffen, auch fleissiges Aufsähen zu haben, dass die Lehenleuth ein solches keineswägs thügind, sonder nach ihrer vorgeschriebnen Ordnung verfahrind, und in diesem allem recht und bestes zuthun, getreuwlich und ohngefährlich" (31).

Dieser Quellentext macht deutlich, dass die polizeiliche Funktion im Vordergrund stand. Von forstlicher Pflege durch die Bannwarte ist selbst in der obrigkeitlichen Aufgabenstellung keine Rede, geschweige denn in der Praxis.

Für das Verständnis der Problematik des Bannwartendienstes ist die Frage nach der Entschädigung für die geleistete Arbeit von grossem Nutzen. Bis ins 19. Jahrhundert hinein war es nämlich üblich, die Förster mit bestimmten Holzbezugsrechten oder Naturalien zu entlönnen. Die Bannwarte des Rütiwaldes, die Inhaber der Lehenhöfe im Hüllistein und bei Kämmoos, durften in gewissem Umfang Holz aus dem ihnen anvertrauten Wald beziehen. Diese Entschädigung war für den Unterhalt der beiden Höfe von enormer Bedeutung, da beide über

keine eigenen Lehenwälder verfügten (32). Für die Aufsicht im "Uelis Winkel" hatten die Bannwarte jährlich Anspruch auf eine Tanne (33). Der Förster für das Eichholz erhielt pro Jahr ein Mütt Kernen. Dazu kam meist die Hälfte der Bussen (34). Erst gegen das Ende des 18. Jahrhunderts wurden die Entschädigungen für die Förster angehoben. Im Jahre 1794 gab das Amt folgende Beiträge für Bannwarte aus: 9 Mütt Kernen, 6 Malter Hafer und 118 Pfund Geld (35).

Angesichts der fehlenden Unabhängigkeit und der ungenügenden Entschädigung der niedern Forstbediensteten erwies sich die obrigkeitliche Forderung nach engagierter Mitarbeit als illusorisch. Die Feststellung, dass gegen Ende des 17. Jahrhunderts die Zahl von Klagen über Frevel von Seiten der Bannwarte ständig zunimmt, überrascht uns daher kaum. In einer Weisung an die Rechenherren von 1749 wurde dem Bannwart zu Kämmoos, Hauptmann Honegger, vorgeworfen, er beliefere 38 Haushaltungen zu Tann mit gestohlenem Holz (36).

Die Voraussetzungen für eine wirksame Arbeit an der Basis waren:

- die Einführung einer forstlichen Grundausbildung
- genügende Entschädigung für den verantwortlichen Dienst
- die Garantierung der notwendigen Unabhängigkeit.

Dem Ancien Régime gelang es nicht, diese unumgänglichen Reformen zu verwirklichen.

3.2.2. Die Amtsverwaltung:

Das aus dem Kloster entstandene Amt Rüti wurde zunächst von einem Schaffner, später vom sogenannten Amtmann verwaltet. Dies waren ausschliesslich Angehörige regimentsfähiger Zürcher Geschlechter. Die Amtsdauer betrug sechs Jahre. Von den 49 zwischen 1526 und 1798 in Rüti residierenden Amtleuten waren mehr als die Hälfte Zunftmeister und Mitglieder des Kleinen Rates. Auch mehrere Bürgermeister von Zürich hatten ehemals dieses Amt inne gehabt.

In der nachfolgenden Tabelle sind die wichtigsten Amtleute aufgeführt.

Tabelle: Amtleute, die für den forstwirtschaftlichen Bereich von grosser Bedeutung waren (37).

Johannes Habersaat	(1536 - 1543)	Hans Heinr. Landolt	(1729 - 1734)
Hans Rud. Waser	(1680 - 1685)	Daniel Vögeli	(1759 - 1765)
Hans Conrad Oeri	(1698 - 1703)	Conrad Gessner	(1777 - 1782)
Balthasar Bullinger	(1723 / 1753)	Caspar Wyss	(1789 - 1794)
		Sebastian Huber	(1766 / 1783)

Zur Unterstützung waren von Obrigkeit wegen je ein Amman zu Rüti und Uster den Amtleuten beigeordnet. Der Amtmann verfügte unmittelbar über das Amtlehen mit Gebäuden, Aeckern, Wiesen und Wäldern im Umfang von mehr als 160 ha. Im weitem oblag ihm die Aufsicht über mehrere Dutzend Lehenhöfe. Er zog Abgaben ein, besoldete mehrere Pfarrer und Schulmeister, übte die Kontrolle über die Almosen aus u.a.m. Die erhaltenen Akten lassen darauf schliessen, dass die Amtleute einen regen Geschäftsverkehr mit den obrigkeitlichen Vertretern in Zürich unterhielten. Angesichts der vielfältigen Aufgaben machte die Arbeit im Bereich des Forstwesens selbstverständlich nur einen bescheidenen Teil der gesamten Verwaltungstätigkeit aus. In erster Linie hatte der Amtmann dem Rechenrat als übergeordnete Stelle regelmässig Bericht zu erstatten. Auf Anfrage informierte er über Zustand und Nutzung der Wälder, über Holzangelegenheiten oder arbeitete Vorschläge für Sanierungsmassnahmen und Mandate aus. In diesem Sinne war der Amtmann lediglich das ausführende Organ der Obrigkeit.

Im Vergleich zu seinen Untergebenen, den Bannwarten, verfügten die Amtleute jedoch über erheblich mehr Kompetenzen. Sie entschieden über die Nutzung von Weide und Holz in den Amtswäldern, konnten in eigener Regie Frevler polizeilich zur Rechenschaft ziehen und gegebenenfalls Bussen verhängen. In beschränktem Umfang besaßen die Amtsleute sogar das Recht zum Erlass von forstlichen Verordnungen (38).

Im Verhältnis zur Zahl der ständigen Klagen wegen Holzfrevel waren die tatsächlichen Bussen bescheiden. Die meisten Amtleute waren vorsichtig. Während der Amtszeit von H. Landolt (1729-34) wurden lediglich in fünf Fällen Geldstrafen verhängt (39). S. Huber (1766/1783) und M. Hirzel (1772-77) verhielten sich in ähnlicher Weise zurückhaltend. Der Gesamtbetrag der zwischen 1770 und 1775 ausgesprochenen Bussen beläuft sich nach den Amtsrechnungen auf 8 lb. (40).

Wesentlich härter griffen etwa B. Bullinger und D. Vögeli durch. Zwischen 1756 und 1765 verfügten diese beiden Amtleute in mehr als 60 Fällen Bussen im Wert von 330 lb. Die Jahresrechnung von 1754 enthält folgende Zusammenstellung:

- 16 lb. von Chili Honegger, Erblehenmann zu Unterbach, welcher ohne Vorwissen des Amts 1 grosse Tann und 4 Blöcher verkaufte.
- 27 lb. zahlt Jacob Götti zu Goldbach, welcher den Lehenlütten allda eltiche Stumpen Holz betrügllicher Weise bey nächtlicher Weile abgehauen..
- 5 lb. zahlt Hans Halbherr von Oberdürnten, wegen Holzfrevels.
- 3 lb. Lehenmann Jost Honegger, wegen Holzfrevels.
- 2 lb. Heinrich Schaufelberger im Felmiss wegen etwas Holzfrevels auf der Scheidegg ..
- 4 lb. zahlt Thomas Halbherr u. Conrad Cunz von Tann wegen Holzfrevels (41).

Gerade das Beispiel der Holzbussen zeigt deutlich, in welch hohem Masse die regionale Forstpolitik von der persönlichen Einstellung der Regierungsvertreter abhängig war. Allein mit harten Strafen im Bereich der Forstaufsicht war dem Uebel aber nicht beizukommen. Denn jene Leute, die weder Privatwald noch eine Allmendgerechtigkeit besaßen, hatten meist nicht genug Geld, um Brennholz zu kaufen. Im übrigen fühlten sich auch die Leheninhaber durch eine straffe obrigkeitliche Forstpolitik eingeengt.

Wollen wir die Frage nach der Wirksamkeit der forstlichen Tätigkeit der Amtsverwaltung beantworten, so haben wir folgende Ueberlegungen zu berücksichtigen:

- Die Amtleute waren ebenso wie ihre Vorgesetzten und Untergebenen bis ins 18. Jahrhundert hinein auf dem Gebiet der Forstwirtschaft Laien. Erst gegen Ende des Ancien Régime wurden aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse in einzelnen Amtswäldern pflegliche Massnahmen zur Ertragssteigerung in Angriff genommen (42).
- Die Verwaltung der Amtswälder war nur eine Aufgabe unter vielen anderen und zudem sicherlich nicht die wichtigste. Man nahm sich daher wenig Zeit für die Bearbeitung forstlicher Probleme.
Die forstliche Tätigkeit der Amtleute entsprach nicht a priori der Politik der obrigkeitlichen Stellen. Der Rechenrat musste die Aufrechterhaltung einer gesicherten Holzversorgung der Stadt in den Mittelpunkt seiner Bemühungen stellen; dem Verwalter von Rüti lagen primär seine eigenen Bedürfnisse und die des Amtes am Herzen.

- Im Bereich der forstpolizeilichen Aufgaben vermochten sich die Amtleute wegen fehlender Machtinstrumente nicht gegen hartnäckige Frevler durchzusetzen. Da im Zürcher Oberland, infolge der grossen Distanz zu Zürich, der Respekt für die Regierung zu wünschen übrig liess, gelangten die Amtleute nicht selten mit der Bitte um "Etwas Obrigkeitliches" an den Rechenrat (43).
- Nicht zuletzt erwies sich die kurze Amtsdauer von sechs Jahren als nachteilig für die Durchsetzung einer längerfristigen Forstpolitik.

Die Ambivalenz der Stellung des Amtmanns kommt besonders klar in den Zusatzartikeln der allgemeinen Amtsordnung zum Ausdruck: Die Amtleute sollten zugunsten der Stadt und ihrer künftigen Bewohner auf eine sparsame Nutzung der Wälder im Amtsbereich und eine lückenlose Aufsicht wertlegen. Gleichzeitig wurde ihnen untersagt, über den Eigenbedarf hinaus Holz zu persönlichem Vorteil zu schlagen und zu verkaufen (44).

3.2.3. Der Rechenrat:

Der Rechenrat, der eigens im Zusammenhang mit der Säkularisation der Klostergüter bestellt worden war, wirkte als oberstes Finanz- und Verwaltungsorgan. Seit den personellen Erweiterungen von 1624 und 1628 gehörten ihm u.a. folgende Herren an: die beiden Bürgermeister, die zwei Seckelmeister und der Obmann gemeiner Klöster. In den Aufgabenbereich des Rechenrates fielen nebst der Aufsicht über die Ämter und Vogteien die Ausarbeitung detaillierter Anweisungen z.B. im Bereich des Waldschutzes, die Verleihung der Hand- und Erblehen, die Gewährung von Einzugsbriefen und die Kontrolle über das Urbarwesen. Enge Beziehungen zu den Amtleuten unterhielt vor allem der Obmann. Dank regelmässigen Reisen und Visitationen war er mit den Verhältnissen an Ort und Stelle vertraut. Gemeinsam mit dem Amtmann erledigte er jeweils die anstehenden Geschäfte, bereinigte Marchenprobleme und ordnete Schutzmassnahmen an. Erste Visitationsberichte über Wälder erscheinen in den Quellen aber nicht vor der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Diese auf partiellen Abschreitungen und Schätzungen beruhenden Visitationen bildeten die Grundlage für spezielle obrigkeitliche Mandate. Derartige Verordnungen im Bereich des Forstwesens setzen im Amt Rüti gegen Mitte des 16. Jahrhunderts ein und nehmen in der Folge ständig an Zahl zu.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts schuf die Regierung mit der Ernennung einer Holzkommission ein beratendes Organ für waldbauliche Probleme. Im Jahre

1760 veranlasste diese eine Umfrage betreffend die obrigkeitlichen Waldungen bei Vögten und Amtleuten. Von 1762 bis 1768 trat die oekonomische Kommission mit Preisaufgaben über forstliche Themen hervor. Obwohl bis 1798 die Mandattätigkeit bedeutend blieb, eröffneten sich gegen Ende des Ancien Régime dennoch neue Wege. Wie ein Sanierungsvorschlag der Wald- und Forstkommission für den Rütliwald von 1779 zeigt, verlagerte sich das Schwergewicht immer mehr zugunsten der pflegerischen Massnahmen (45).

Erst vier Jahre vor dem Zusammenbruch aber setzte sich die Einsicht in die Notwendigkeit einer zentralen vollamtlichen Verwaltungsstelle durch. 1794 wurde Zunftpfleger H.K. Hirzel, der in Deutschland Kameralistik und Forstwirtschaft studiert hatte, zum ersten Zürcherischen Forstinspektor ernannt (46). Damit war der Grundstein zur spätern Reorganisation der Forstverwaltung gelegt.

Versuchen wir abschliessend die Leistungen der Zürcherischen Forstverwaltung vor 1798 am Beispiel der Amtswälder kritisch zu würdigen.

- Die obrigkeitliche Politik war geprägt vom Willen zur Aufrechterhaltung einer ausreichenden Holzversorgung der Hauptstadt. In der praktischen Durchsetzung fehlte es mit zunehmender Entfernung von Zürich an der notwendigen Konsequenz.
- Die Regierung handhabte die Mandate gegenüber den Amtleuten, Bannwarten und Lehenleuten mit Nachsicht und Milde. Gerade gegenüber den ersteren aber hätte nur Strenge zum Bessern führen können. Am Mittelbau der Verwaltung prallten die obrigkeitlichen Verordnungen ab. Hier fehlte es zumeist an Initiative und an beispielhafter Umsetzung in die Praxis. Während den Lehennehmern die Holzrationen laufend gekürzt wurden, blieb der offiziell ausgewiesene Holzkonsum des Amtes konstant. Entgegen der Weisung zur Pflanzung von Hecken hielten die Amtleute an den traditionellen Holzzäunen fest.
- Der Versuch, aufgrund der spätmittelalterlichen Organisationsformen mit Hilfe der Amtleute bzw. der Landvögte, Bannwarte und Lehensinhaber eine neuzeitliche Forstverwaltung aufzubauen, war von zweifelhaftem Erfolg. Angesichts der schweren Mängel ist folgender Umstand jedoch umso positiver zu bewerten. Im Grossen und Ganzen gelang es, die Staatswälder gegen die Bedürfnisse der Landwirtschaft nach Ausdehnung der nutzbaren Flächen als Hochwald zu erhalten.

3.3. Die Stellung der Lehenwälder :

Die Lehenwälder galten formell als Eigentum der Obrigkeit. Sie standen den Inhabern der Erb- und Handlehenhöfe zur Nutzung offen. Dem Amt Rütli waren in der Reformationszeit mehr als 30 Handlehenhöfe mit durchschnittlich über 100 Jucharten Nutzfläche zugeteilt worden. Die Hölzer der Handlehen ergaben eine Gesamtfläche von ca. 465 Jucharten (47). Dazu kamen noch mindestens 140 Jucharten Erblehenwald sowie die Alpwälder von Scheidegg und Poo mit mehr als 100 Jucharten.

Seit 1790 verwaltete der Amtmann in Rütli auch die Lehenhöfe der ehemaligen Kommende Bubikon. Schon 1618 hatte die Obrigkeit vom Ordenshochmeister die bis anhin von der Bubikoner Schaffnerei in Zürich betreuten Güter erworben. Die Lehengüter des Ritterhauses in der Landvogtei Grüningen waren bedeutend. Nach dem Urbar von 1688 gehörten insgesamt sechs Hand- und 24 Erblehenhöfe zur Herrschaft Bubikon. Die Lehenhölzer in den Gemeinden Bubikon, Hinwil, Wald und Dürnten machten ca. 75 Jucharten aus (48).

In der Helvetik gingen die meisten Lehenwälder gänzlich in Privatbesitz über. Die restlichen Lehenwälder kamen 1804, trotz Widerstand von seiten ihrer Besitzer, unter die Aufsicht des kantonalen Forstamts. Dank den Bemühungen von Fortsinspektor Hirzel gelang es immerhin 25 Lehenwälder als Staatswald zu erhalten (49).

Aus der um 1800 erstellten "Topographischen Forstkarte" ist ersichtlich, welche grosse Bedeutung den Lehenwäldern einst zukam. Danach wiesen um die Jahrhundertwende noch folgende Gemeinden Restbestände von Lehenwäldern auf (50).

Tabelle: Die Restbestände an Lehenwald um 1800

<u>Gemeinde</u>	<u>Lehenwald in Jucharten</u>	<u>Anteil an Waldfläche</u>
Rütli	137	20 %
Wald	57 3/4	7 %
Dürnten	153	23 %
Hinwil	16 3/4	2 %
Seegräben	72	45 %
Gossau	80 3/4	10 %

1803 betrug die Gesamtfläche der 160 verbliebenen Parzellen des Amtes Rüti und Bubikon 562 Jucharten (51). Dies war mehr als die Hälfte des damals noch vorhandenen Lehenwald-Areals im Kanton Zürich (52).

Die Inhaber der Lehenhöfe waren meist alleinige Nutzniesser des dazugehörigen Lehenholzes; sie betrachteten daher den Lehenwald oft als ihr Privateigentum. Gegen die Gefahr stillschweigender Entfremdung von Staatsbesitz ging die Obrigkeit mit wechselnder Schärfe vor. Immer wieder versuchte sie mit Anordnungen und Verboten ihr Eigentumsrecht zu verteidigen.

Im Jahre 1581 erschien im Sinne der traditionellen Forstbestimmungen ein erstes allgemeines Mandat für alle Erb- und Handlehenwälder (53). 1681 wurde durch einen Beschluss des Rechenrates das Verfügungsrecht der Besitzer weiter eingeeengt. In den Lehenwäldern durften die Lehenleute fortan nur noch mit Erlaubnis des Amtmanns Holz schlagen (54). Um die Jahrhundertwende begannen obrigkeitliche Versuche zur Bekämpfung der unkontrollierten Lehenteilungen. Ein Erlass von 1696 enthielt die folgende Regelung:

1. Auf einem Lehen darf nicht mehr als ein Haushalt stehen, 2. Verbot von weitem Teilungen der Lehengüter, 3. Widerrechtliche Aufteilungen sollen rückgängig gemacht werden (55).

In einem Bericht von 1704 wies Amtmann Höri darauf hin, dass die Mehrzahl der Erblehenhöfe stark parzelliert worden seien, und dass viele Teile als zinsfreie und "eigentümliche" Güter behandelt würden. Als Konsequenzen dieser Zustände erwähnte er u.a. die Ruinierung der Erblehenhölzer und die überhand nehmenden Frevel des armen Volkes (56). Nicht nur die Erblehenwälder, auch die Hölzer der Handlehengüter wurden stark zerstückelt. Nur wenige Höfe verfügten über einen zusammenhängenden Landbesitz. Der echte Einzelhof, dessen Merkmal der geschlossene Kreis von Wald, Weide und Kulturland ist, scheint im Zürcher Oberland seltener zu sein, als man gemeinhin annimmt (57). Von den 74 Lehenhöfen des Klosteramts Rüti können nur deren sechs als echte Einzelhöfe gelten; nämlich Schaufelberg, Unterbach, Orn, Güntisberg, Gyrenbad und Moos. Von den mit der obrigkeitlichen Umfrage von 1760 erfassten 32 Handlehenhöfen in der Landvogtei Grüningen verfügten nur vier Höfe über keinen Lehenwald. Der grösste Lehenwald (44 1/2 Jucharten) stand dem Inhaber des Kirchwidums Fischenthal zu. Die durchschnittliche Parzellenfläche betrug 4 Jucharten bei total 111 Waldparzellen (58).

Das ganze 18. Jahrhundert hindurch riss die Kette von Verboten und Drohungen gegenüber den Lehenleuten nicht mehr ab. Andauernd kämpfte die Obrigkeit gegen die Umgehung der grundlegenden Lehenbestimmungen. Das Obereigentumsrecht der Regierung äusserte sich im sogenannten Lehenrecht. In verschiedenen Bereichen verfügte die Obrigkeit über Möglichkeiten zur Kontrolle und Mitsprache. Nachfolgend die wichtigsten Bestimmungen: 1. Kein Verkauf, Tausch oder sonstige Veränderung ohne Wissen eines Amptmannes, 2. Kein Höuw, Strauw, Bauw, auch kein Holtz ohne Bewilligung versetzen, 3. Bei einem Verkauf den Hof zuerst dem Amptmann feilbieten, bei anderwärtigem Verkauf 5 s. an den Amptmann zahlen (59).

Besonders umstritten war das Verbot von Holzverkäufen (60). Immer wieder kam es vor, dass Lehenleute Holz aus ihren Lehenwäldern verkauften (61).

Da es an ständiger und zuverlässiger Aufsicht mangelte, konnte nur ein Bruchteil der Widerhandlungen registriert werden. Die Bannwarte stammten meist aus den Reihen der Leheninhaber. Ihre Entschädigung war gering und entsprechend bescheiden ihr Einsatz für die Durchsetzung der obrigkeitlichen Erlasse. Uebertretungen wurden nur selten dem Amtmann angezeigt. Wer wollte auch für ein paar Gulden Bussengeld die Interessen der zumeist wohlhabenden Lehenbauern gefährden? Um den für die Lehenwälder zuständigen Bannwarte die Aufsicht zu erleichtern, verfügte die Obrigkeit 1728 ein Mandat, wonach die Lehenleute "das zu ihrem Hausbrauch Nöthige von Jahr zu Jahr .. von Martini an bis in Aprellen fällen und führen, für die übrige Zeit aber ihnen ohne besonderen Nothfall und Bewilligung von Amts wegen die Hölzer verboten seien" (63).

In den Jahren 1753, 1760, 1766 und 1794 wurde diese Bestimmung wiederholt mit Nachdruck bekanntgemacht. Offensichtlich blieben die Warnungen jedoch unbeachtet. Das zeigen die Visitationsberichte über die Lehenwälder. Mit wenigen Ausnahmen befanden sich diese in bedenklichem Zustand (63). Während die Privathölzer möglichst geschont wurden, versuchten die Lehenbauern den Lehenwald rigoros auszubeuten. Dies galt besonders für die Inhaber der Handlehenhöfe.

Inwiefern die obrigkeitlichen Vertreter Nutzungsrechte am Lehenwald besaßen, lässt sich nur bedingt sagen. Grundsätzlich blieb die Regierung mit ihren Forderungen zurückhaltend. Sie war darauf bedacht, die meist einflussreichen Lehenbauern nicht zu provozieren. Ansprüche auf Lehenholz konnten etwa im

Zusammenhang mit öffentlichen Vorhaben erhoben werden (z.B. Kirchenbau, Bachverbauungen, Restauration von Lehenhäusern). Bei wiederholten Verstössen gegen die Lehensbestimmungen kam es kaum je zum Entzug eines Lehenhofes. Mir ist lediglich ein einziger Fall von Enteignung bekannt. 1792 verkaufte die Obrigkeit die bis anhin dem Inhaber der Alp Poo zugestandenen Lehenwälder Engibort und Buchhölzli (64).

Um 1798 waren die meisten Lehenwälder faktisch Eigentum der Lehenträger. Insofern änderte sich mit der Ablösung der obrigkeitlichen Hoheitsrechte zu Beginn des 19. Jahrhunderts nicht viel. Die endgültige Ueberführung in Privateigentum brachte jedoch eine Ausschliessung der staatlichen Einflussnahme auf diese Waldungen mit sich. In dieser Hinsicht war die oben erwähnte Veränderung wichtig und von langfristiger Wirkung.

Tabelle: Die Lehenwälder des Klosteramts Rüti, um 1700 und 1806

Gemeinde	Siedlung / Hofbezeichnung	Hand / Erblehen	Hofteile	um 1700 in Juch.	1806 in Juch.
Rüti	Ferrach	Erblehen	2	8	
		Handlehen	3	38 1/2	
			1		20 1/4
	Goldbach	Handlehen	2		51 1/2
	Fägswil	Erblehen	3	79 *	
		Handlehen	2	23 1/2	
			1		26 3/4
	Tann	Erblehen	1	1	
	Matten	Handlehen	1	36 1/2	
	Moos	Erblehen	1	?	
	Haltberg	Handlehen	1	10	11
	Guldistaud	Handlehen	1	10	15 1/2
	Rüti	Handlehen	2	7 1/2	
	Gasthof Rüti		1		
	Bauhof Rüti		1		2 1/2
	Hüllistein		1		3 1/4
	Langacher		1		1 3/4
	Neuhaus		1		19 3/4
	Eichen		2		36 1/4
Dürnten	Unter-Dürnten	Handlehen	1	24	
		Erblehen	1	14 *	
			1		36
	Ober-Dürnten	Handlehen	4	53	111 1/4
Wald Grüningen Gossau	Güntisberg	Erblehen	1	?	
	Binzikon	Handlehen	1	3 1/2	2 3/4
	Leerrüti	Handlehen	1	2 1/2	
	Tägernau	Handlehen	2	41	44 1/2
	Jungholz	Erblehen	1	15	
		Handlehen	2	18 1/2	17 1/2
	Ottikon	Erblehen	1	3 1/2	
	Bertschikon	Erblehen	1	4	
	Gossau	Handlehen	1	3	13 1/4
	Kempten	Erblehen	2 (?)	19	
Uster	Sulzbach	Handlehen	1	22	
Seegräben	Seegräben	Handlehen	2	63 1/2	57 1/4
		Erblehen	1	4	
Hinwil	Unterbach	Erblehen	2	100	
	Orn	Erblehen	1	6	
	Schaufelberg	Erblehen	1	40	
	Wappenschwil	Erblehen	1	?	
	Wernetshausen	Erblehen	1	?	
	Ringwil	Handlehen	2	8	16 1/2
	Hadlikon	Erblehen	4	8 1/2	
Bäretswil	Adetswil	Erblehen	1	12 *	
Fiscenthal	Fiscenthal	Handlehen	1	44 1/2	66

* bedeutet "Holz und Feld". In obiger Tabelle sind nur die im Gebiet der Landvogtei Grüningen liegenden Lehenhöfe mit eigenem Lehenholz erfasst. Im Jahre 1806 machten die Lehenwaldungen im Gebiet der Landvogtei Grüningen 556.5 Jucharten aus, die sich auf ca. 180 Parzellen aufteilten (65).

4. DER RUETIWALD

4.1. Ueberblick

Der Rütiewald liegt im westlichen Teil der Gemeinde Rüti, ist heute Eigentum des Kantons Zürich und einer der wenigen grösseren Staatswälder im Zürcher Oberland. Nach Norden erstreckt er sich bis zur Kantonsstrasse Rüti-Bubikon, im Osten verläuft die alte Landstrasse Rüti-Rapperswil. Im Süden bildet er streckenweise die Grenze zum Kanton St. Gallen; im Westen stösst er an Riedland, Wald und Wiesen der zu Bubikon gehörenden Höfe Barenberg, Widerzell und Kämmoos. Nach dem Wirtschaftsplan von 1965 wies er mit einem durchschnittlichen Holzvorrat von $436 \text{ m}^3/\text{ha}$ folgende Bestockung nach Stammzahlen auf: Rottanne 44 %, Weisstanne 21 %, Föhren/Lärchen/Weymouthskiefer 5 %, Buche 21 %, Eiche 2 %, übrige Laubhölzer 7 % (66). Entsprechend den natürlichen Waldgesellschaften liegt der Rütiewald, dessen Muttergestein aus Nagelfluh besteht, im Grenzgebiet zwischen dem mesophilen Laubmisch- und dem Buchenwald (67).

Infolge seiner verkehrsgünstigen Lage und der Nähe zu grösseren Siedlungen war der Rütiewald während Jahrhunderten einer starken Nutzung ausgesetzt. Die erste namentliche Erwähnung findet sich in einer Urkunde aus dem Jahre 1509 (68). Als Besitzer tritt das Kloster Rüti auf, das diesen Wald wohl von seiner Gründung anfangs des 13. Jahrhunderts bis zur Reformation als Eigen nutzte. Mit der Säkularisation der Klostergüter ging der Rütiewald an den Zürcherischen Stadtstaat über. Im Jahre 1557 erfasste die obrigkeitliche Mandattätigkeit auch den Rütiewald. Diese erste Forstordnung und weitere Verbote brachten dem Wald jedoch keine Schonung. Zwischen 1750 und 1800 erreichte der waldbauliche Zustand als Folge langjähriger Uebernutzung einen Tiefstand. Kaum mehr als die Hälfte des 246 Jucharten umfassenden Areals war bestockt.

Nachdem in der Helvetik (1798 - 1803) die ehemaligen Stadt-, Amts- und Vogteiwälder vorübergehend zu Nationalgut geworden waren, oblag seit dem Beginn der Mediationszeit dem Kanton Zürich als Eigentümer Nutzung und Aufsicht. Dank einer intensivierten forstlichen Pflege erholte sich der Wald langsam. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurden zudem sämtliche auf der Staatswaldung lastenden Servituten abgelöst.

Grund Riß des Neubi Waldes.

~~aus~~ ~~ich~~: ~~1.~~ ~~Ich~~ ~~nehmen~~.



StA2 P 424

Die hellen Flächen nördlich und südlich des Mittelteils stellen unbestockte Flächen dar.

4.2. Die Nutzungsverhältnisse

4.2.1. Das Amt :

Als Inhaber des Rütivaldes stand dem Amt seit seiner Begründung im Jahre 1525 die hauptsächliche Nutzung des Waldes zu. Unbeschränkt und nach Belieben konnte der Rütwald langezeit für Holzbedürfnisse ausgenützt werden. Das Holzmandat von 1577 enthielt zwar einige Anweisungen für den Holzschlag, von einer quantitativen Beschränkung aber war noch keine Rede (69). Eine erste mengenmässige Umschreibung der offiziell erlaubten Holzbezüge des Amtes findet sich in den Zusatzartikeln zum Amtseid vom 21. Dezember 1643: "Zur Öffnung, Schutz und Schirm des Holzes, auch gemeiner Statt und ihren Nachkommen bessern Nutzes und Wohlfahrt wegen, soll ein jeder Amtmann in den Hölzern und Wäldern, so sin Amtsverwaltung und minen gnädigen Herren zudienend, kein ander Holz, denn allein zu ziemlicher Notdurft zu brennen, und was er zu Erbetterung und Erhaltung ihrer Klöstern, Behusungen und Gütern haben muss, zum Nützlichsten und Unschädlichsten hauen, wie denn solches von altersher in jeder Verwaltung gebrucht worden ist, und sonstn .. gar nützit verschenken, verkaufen, versetzen ald ihm selbst zu Eigen und an sinem Nutz verwenden und bruchen" (70). Mit diesen allgemeinen Bestimmungen war dem Rütwald nicht geholfen, denn einem Bericht von Amtmann Daniel Vögeli vom 19. Mai 1760 zufolge, machte der jährliche Holzverbrauch des Amtes 170 bis 180 Klafter aus (71). Zusätzlich lieferte das Amt dem Pfarrer zu Rüti alljährlich 12 Klafter. Zweifellos wurde der weitaus grösste Teil dieses Holzes aus dem Rütwald bezogen.

Angesichts der fortschreitenden Zerstörung des Waldes musste sich in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts auch das Amt um eine sparsamere Nutzung bemühen. Zunächst legte die Obrigkeit Gewicht auf eine rationellere Verwertung des Holzes. Die noch vorhandenen Bauhölzer sollten für Notfälle reserviert bleiben, für den Hausbrand dagegen vermehrt Gestrüpp, Stauden und Fallholz gebraucht werden (72). Einzelne Leute sprachen sich gar für die Verwendung der zahlreichen Wurzelstöcke als Brennmaterial aus (73). Anlass zu Klagen gab auch der immense Bedarf an Zaunholz. Allein für die Einhegung des Rütivaldes und anderer Amtsgüter in Rüti wurden alljährlich mehrere Dutzend Klafter Holz verwandt (74).

Endlich schien man gewillt, die schon vor 200 Jahren erhobene Forderung nach Ablösung der "gewundenen Einhegungen von gespaltnem Tannholz" durch Grünhecken oder Gräben durchzusetzen (75).

Seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts wurde auch im Zürcher Oberland die ersatzweise Verwendung von Torf zu Feuerungszwecken vorangetrieben. 1753 forderte der Obmann den Bäcker in Rüti auf, nach dem Vorbild der Pfisterei von Kappel "zu dem Amts- und Almosengebäck Durben zu gebrauchen" (76). Davon versprach man sich eine ungefähre Einsparung von 50 Klafter Holz pro Jahr. Trotz allen Bemühungen von obrigkeitlicher Seite nahm der tatsächliche Holzkonsum des Amtes zwischen 1720 und 1780 nicht ab. Diese Behauptung kann sich auf verschiedene zeitgenössische Akten abstützen.

- Nach einem Memorial von Amtmann H.C. Gessner betrug der gesamte Holzkonsum des Amtes ca. 188 Klafter Scheiter und 1400 Reiswellen (77).
- Trotz mehrmaliger Ermahnungen machte die Anpflanzung von Grünhagen kaum Fortschritte. Nach einem speziellen Verzeichnis von 1779 standen sich allein im Rütiwald zu diesem Zeitpunkt 503 Klafter Dürrhäge und 10 Klafter Hecken gegenüber (78).

Vergleichen wir den Holzverbrauch des Amtes Rüti im 18. Jahrhundert mit der Brandholzzuweisung für das Amtshaus von 1798, so scheint uns, dass eine Reduktion im Rahmen von 50 - 80 Klafter sehr wohl möglich gewesen wäre (79). Als wenig erfolgreich erwiesen sich auch die Bemühungen um die Regelung des Weidgangs im Rütiwald. Zwar hatte schon das Holzmandat von 1557 die Anweisung enthalten, dass neue Schläge zum Schutz des Aufwuchses eingezäunt werden sollten; aber noch 1762 musste Amtmann Vögeli ernsthaft auf die Schäden der Frühjahrsweide aufmerksam machen. Gleichzeitig kritisierte er das immer noch übliche Grasens im Wald mit Sichel und Sense (80). Es ist daher nicht verwunderlich, dass angesichts dieser Zustände in mehreren obrigkeitlichen Sanierungsgutachten eine rigorose Beschränkung oder gar Aufhebung des Weidgangs gefordert wurde (81).

Interessant ist die Tatsache, dass die der Amtsverwaltung angeschlossene Ziegelhütte ihren Holzbedarf nicht durch Bezüge aus dem Rütiwald deckte. In der Amtsordnung von 1692 findet sich eine Erklärung dafür: "Und damit dem je mehr und mehr zunehmenden Holtzmangel bestmöglichst gesteuert und vorgebogen werden möge, also wird ein jeweiliger Ambtmann dem Lähnenmann der Ziegelhütten, weder auss dem Ambt noch ab den Lähnen einiges Abholtz und anders .. zukommen lassen" (82).

Daher wurde 1754 auch der Antrag des Zieglers auf Ausbeutung von Torfvorkommen im Rütiwald abgelehnt (83).

Offenbar hatte sich seit dem ersten anno 1726 von Obmann Meyer angeordneten Versuch die Verwendung von Torf für den Ziegelbrand ausgeweitet. Trotzdem

war der Holzverbrauch der Ziegelhütte auch in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts noch von Bedeutung. Einerseits wurde die Ziegelei gegen Entschädigung durch die Amtsverwaltung beliefert, andererseits liess sich der Ziegler Schulden mit Holz begleichen. Da eine derartige Zahlungsart jedoch den privaten Holzhandel und damit die weitere Ruinierung der Wälder begünstigen musste, hatte der Rechenrat schon im Dezember 1750 diese "schädliche Praxis" untersagt (84). In den siebziger und achziger Jahren bezog deshalb die Ziegelhütte den Grossteil des benötigten Holzes aus der Vogtei Uznach (85). Da alljährlich zwischen vier und acht Brände ausgeführt wurden, hatte der Ziegler mehr als 100 Klafter Holz zu kaufen. Das Klafter kostete inklusive Transport nach Rüti 3 lb 20 s (86).

4.2.2. Die Lehenleute :

Von den rund ein Dutzend Lehenhöfen in der Gemeinde Rüti waren lediglich deren fünf im Rütiewald nutzungsberechtigt. Gewissermassen als Entschädigung für die zu leistenden Bannwartdienste räumte das Amt den Inhabern der Lehen Hüllistein und Kämmoos ein Holzrecht im Rütiewald ein. Dazu findet sich in den Lehenbriefen aus der Mitte des 16. Jahrhunderts folgende Einschränkung: "Ouch weder er noch syn Volk darinn gar kein schedlich noch grün Holtz houwen ouch nemmen, sondern allein ufmachen sölle, was verlügen Bengel, Grotzen, thür und abschetzig Holtz ist. Und so er glichwol des grünen gestandnen Holtzes bedarf, soll er das an unseres Amptmanns Wüssen und Willen nit houwen, noch uss dem Wald führen" (87).

Ueber ein gleichwertiges Holzrecht verfügten auch die Inhaber des Bauhofes zu Rüti. Zusätzlich stand ihnen das Weiderecht im Rütiewald zu. Sie waren daher auch verpflichtet den Wald einzuzäunen, um Schäden an den umliegenden Aeckern und Wiesen zu verhindern (88).

Die Lehennehmer der Schmiede und Taverne, die als Vierte eine Gerechtigkeit im Rütiewald besaßen, mussten indessen sogar für den Bezug von Brennholz beim Amtmann um eine Bewilligung nachsuchen (89).

Im Jahre 1679 erhielt der damalige Träger des Bauhofes, Untervogt Schmid, die Erlaubnis zur Teilung des Lehens. Nach dessen Tod wurde der Hof mit reduzierter Acker-, Wiesen- und Waldfläche an Heinrich Marx und Johann Schmid verliehen. Da nicht mehr genügend eigener Lehenwald zur Verfügung stand, bewilligte das Amt den Bezug von "winddürrem Holtz". Dafür beanspruchte das Amt Weidrechte im Rütiewald (90).

Durch die Vergrösserung der Wiesen- und Ackerfläche im Langacker wurde gleichzeitig mit der Neuverleihung des Bauhofes ein neuer landwirtschaftlicher Betrieb geschaffen. Da ein eigener Lehenwald fehlte, stattete man dieses Handlehen mit einer Holzgerechtigkeit im nahegelegenen Rütwald aus (91).

Obwohl die Holzbezüge der Lehenleute durch vielerlei Bestimmungen in Lehenbriefen und Mandaten festgelegt waren, hielten sich diese nicht an die Vorschriften. Im Jahre 1726 kritisierte Obmann Meyer anlässlich einer Visitation das Verhalten der Lehenleute scharf: Er bezichtigte sie des Frevels und verurteilte die Tatsache, "dass man nicht zur rechten Zeit, sondern durch das ganze Jahr ohne Unterschied in den Wald gehe und Holz führe" (92). Die unregelmässige Nutzung machte es den Lehenleuten leicht, über ihren Bedarf hinaus Holz zu fällen. Das vorrätige Holz konnte bei Gelegenheit an den Ziegler oder andere Interessenten verkauft werden. Mandate, Bussen und drohender Lehenentzug hielten die Lehenleute nicht davon ab.

Um einem gänzlichen Ruin des Rütwaldes zuvorzukommen, wurden nach 1750 die Nutzungsrechte laufend eingeschränkt.

- Hatten die Lehen bis dahin 50 Klafter Bau-, Zaun- und Brennholz beziehen dürfen, so bewilligten ihnen die Rechenherren ab 1754 nurmehr 40 Klafter pro Jahr (93).
- Ein obrigkeitlicher Sanierungsvorschlag von 1762 sah noch 5 Klafter Holz für jeden Lehenhof vor. Der Restbedarf sollte mit Torf und Wurzelstöcken gedeckt werden (94). Die Verwendung von Torf zu Heizzwecken begann in den dreissiger Jahren in Hausen a.A. Die ersten Versuche riefen indessen unter der Landbevölkerung Verachtung und Spott hervor. Der Gebrauch der "Durben" fand erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts allgemeinen Eingang (95).
- Nach einem Beschluss der Forstkommision von 1779 standen den fünf Lehenleuten lediglich drei Klafter Holz zu. Ersatzweise wurde jedem 13 Klafter Torf zu stechen erlaubt (96).

Parallel zur Beschränkung der Holzrechte legte die Obrigkeit Wert auf eine rationellere Verwertung der restlichen Bestände (98). Der Erfolg all dieser Massnahmen dürfte angesichts der mangelnden Aufsicht und Konsequenz in der Verfolgung von Widerhandlungen sehr gering gewesen sein.

4.3. Obrigkeitliche Mandate und Sanierungsmassnahmen

Der Rütliwald gehörte zu jenen Wäldern des Klosteramts, an denen die Obrigkeit lebhaftes Interesse zeigte. Die überlieferten Quellen zur Geschichte dieses Waldes widerspiegeln beispielhaft die forstliche Politik gegenüber den Randgebieten des Zürcherischen Stadtstaates. Mandate, Visitationsberichte und Sanierungsgutachten zeugen von hoheitlichen Massnahmen zugunsten der Wälder. Vieles blieb im Ancien Régime auf der theoretischen Stufe stehen, und oftmals drangen die obrigkeitlichen Vorstellungen nur ansatzweise durch. Eines aber kann mit Bestimmtheit gesagt werden: Ohne die Bemühungen der Regierung, des Rechenrates, vieler Obmänner und einzelner Amtleute wäre der Rütliwald nicht als Hochwald erhalten geblieben.

Das erste Zeugnis für ein zielgerichtetes Bemühen um den Rütliwald stellt das Mandat von 1557 dar. Die von Bürgermeister und Rat der Stadt Zürich erlassene "Ordnung wie man hinfüro im Rüthwald Holz houwen sölle" hatte den Zweck den bereits Uebernutzungszeichen zeigenden Wald vor dem drohenden Ruin zu schützen (98). Im Vordergrund stand das Bemühen, die bisherige individuelle und unregelmässige Nutzung zu überwinden. Die Amt- und Lehenleute sollten sich inskünftig "gmeinlich zusammen verfuogen, und einen Houw mit einandren, an gebürlichen Ort und Aenden ussgan .. und wo sy anfahren, söllen sy dannethin der Ordnung nach gestrax fürfahren, und nitt alle Jar hin und her, wie es inen gefellig, sondern ordenlich houwen .." (99). Diese Technik des schlagweisen Betriebs war bereits hundert Jahre zuvor für die Bewirtschaftung des Fraumünsterforsts eingeführt worden (100). Zweifellos handelt es sich bei unserer Holzordnung aus der Mitte des 16. Jahrhunderts um einen der ersten Versuche zur Abschaffung der noch üblichen unregelmässigen Plenterwirtschaft in den Hochwäldern des Zürcher Oberlandes. Gegenüber den übrigen traditionellen Verordnungen bedeutete diese Holzordnung einen wesentlichen Fortschritt. Sie enthält die Vorschrift, die jährlichen Nutzungen zeitlich und örtlich zu beschränken und in den Hauungen eine bestimmte Ordnung zu befolgen (101). Mit dieser Forderung eng verknüpft war die Bestimmung, dass die Kahlschläge zum Schutz des natürlichen Aufwuchses vor weidendem Vieh einzuhagen seien. Weiter wurden die Nutzungsberechtigten dazu angehalten, den gefährdeten Hochwald möglichst zu schonen und vermehrt das Holz in den sogenannten "Möseren" zu gebrauchen. Das Mandat schliesst mit einem an die Amtleute gerichteten Appell zu besserer Aufsicht und Sorgfalt. Die Holzordnung von 1557

ist in ihren Grundsätzen bis ins 18. Jahrhundert gültig geblieben. Die folgenden Mandate von 1642 und 1681, die im wesentlichen gleichlauten, lassen jedoch den Schluss zu, dass die Bestimmungen kaum eingehalten wurden (102).

Wesentliche Neuerungen bringen erst die Rechenrats-Beschlüsse des Jahres 1726, die auf Betreiben des damaligen Obmanns erlassen wurden. Deutlich tritt hier eine Tendenz zur Infragestellung der traditionellen Gewohnheitsrechte zutage. Zunächst untersagte der Obmann einem berufsmässigen Harzer aus dem Berner Gebiet, der sich mit alten Freiheitsbriefen und einer obrigkeitlichen Bewilligung für die Herrschaft Grüningen ausweisen konnte, das Harzen im Rütliwald (103). Die Holzarbeiter, die bis dahin Anrecht auf einen bestimmten Teil des gefällten Holzes gehabt hatten, mussten sich nach der Holzordnung vom 6. Juni 1726 mit dem Reisig zufrieden geben (104). In derselben Ordnung fanden auch die Forderungen nach vermehrter Verwendung von Torf und nach Ersetzung der "dürren Häge" durch Grünhecken ihren Niederschlag. Beide Massnahmen sollten zur Verminderung des Holzverbrauchs beitragen. Sie waren seit Beginn des 18. Jahrhunderts von der Obrigkeit propagiert und gefördert worden. Zudem enthielt das Forstmandat von 1726 eine wichtige Bestimmung betreffend den Holzschlag. In der Holzordnung von 1577 war der Zeitpunkt des alljährlichen Schlages nicht festgelegt worden (105). Nun aber musste das im Winter gehauene Holz bis im Frühling heimgeführt sein; denn die neue Vorschrift untersagte in Zukunft jegliches Holzfällen und Holzführen im Rütliwald zwischen April und November (106). Zweck dieser Regelung war es, die Aufsicht zu vereinfachen, um den zahlreichen Frevlern besser auf die Spur zu kommen.

Gegen die Mitte des 18. Jahrhunderts gelangte die Obrigkeit zur Einsicht, dass mit Verboten allein dem Rütliwald nicht geholfen war. Zwar griff man auch nach 1750 zum Mittel der Mandate alten Stils; wichtiger aber wurde die vertiefte Beschäftigung mit forstwirtschaftlichen Fragen. In den sechziger und siebziger Jahren entspann sich, nicht zuletzt als Folge der oekonomischen Bewegung, eine intensive Diskussion um Sanierungsmassnahmen für den Rütliwald. Das weitreichende allgemeine Interesse am Rütliwald muss angesichts seiner relativ geringen Fläche (ca. 90 ha) und der grossen Entfernung von Zürich erstaunen. Nicht weniger als ein Dutzend Gutachten beschäftigten sich mit der Sanierung der ausgedehnten Sumpf- und Moosflächen im Rütliwald, die z.T. als Folge des Torfstechens entstanden waren. Eine aus den Herren Heidegger, Schwerzenbach, Grebel, Meyer und Lavater bestehende Kommission arbeitete im Jahre 1762 folgenden Vorschlag aus:

Die versumpften Waldstücke sollten mittels langen Abzugsgräben entwässert und dann der Boden umgestochen werden. Daraufhin könnte man während einiger Jahre Roggen und Hafer anbauen und schliesslich die Aufforstung mit Eschen und Erlen an die Hand nehmen (107). Um die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Massnahmen in der Praxis zu erproben, bat die Kommission den Rat um die Erlaubnis zur Anlage eines zwei bis drei Jucharten grossen Versuchsfeldes.

In verschiedenen Gutachten wurde die Forderung nach Bannlegung der noch bestehenden intakten Waldbestände erhoben (108). Ob tatsächlich einzelne Parzellen, wie etwa der am Südrand gelegene "Rüssel", unter Schutz gestellt wurden, ist aus den Quellen nicht ersichtlich.

Eine Modernisierung in der Schlagordnung taucht um die Mitte des 18. Jahrhunderts auf. Verschiedene Sachverständige verlangten den Holzschlag von Osten oder Nordosten nach Westen zu richten; "da von der Abendseite her ein schöner Anflug zu erwarten seye", das heisst die Voraussetzungen für einen natürlichen Aufwuchs günstig wären (109). Diese Bestimmung findet sich auch noch in der kantonalen Forstordnung von 1807 (110).

Erst spät stossen wir in den Quellen auf Vorschläge zur Erstellung eines Forstregisters. In einem Gutachten des Jahres 1779 vertrat die obrigkeitliche Forstkommission die Meinung, "es solle ein Verzeichnis geführt werden, in welchem die Grösse der alljährlichen Holzschläge nach Quadratschuh, wie viel Holz selbige abgeworfen haben, und wozu solches verwandt worden, eingetragen und alljährlich der Rechnung ein Auszug davon beygelegt werden" (111). Es ist schwer verständlich, aus welchen Gründen nicht schon wesentlich früher zu diesem Mittel der forstlichen Kontrolle gegriffen wurde. Rein technisch hätte dazu schon im 16. Jahrhundert die Möglichkeit bestanden.

Für den Sihlwald und Forst finden sich bereits im 15. Jahrhundert wertvolle Ansätze zu einer Festlegung des jährlichen Hiebsatzes im Sinne der nachhaltigen Nutzung (112).

Eine detaillierte Zusammenstellung über den Umfang der Hauungen und die Verwendung des Holzes lässt sich im Amt Rüti nicht vor 1794 finden (113).

Zum Schluss dieses Kapitels wollen wir uns der Frage nach den Hintergründen dieser obrigkeitlichen Forstpolitik zuwenden. Generell lässt sich die Zürcherische Forstgesetzgebung als Reaktion auf die Angst vor dem drohenden Holzangel erklären. Damit allein aber kann die Politik in den staatlichen Randgebieten, wie dem Zürcher Oberland, nicht verstanden werden. Gerade im

Falle des Rütivaldes stand nicht in erster Linie der Gedanke an die Aufrechterhaltung und Sicherung der städtischen Holzversorgung im Vordergrund. Auch unter besseren Bedingungen hätte der Rütiewald über die Bedarfsdeckung des Amtes hinaus nicht mehr als einige Dutzend Klafter Holz für die städtischen Bedürfnisse abwerfen können. Bis Mitte des 17. Jahrhunderts hat das Amt, wie einem Visitationsbericht von 1681 zu entnehmen ist, tatsächlich Holz aus den ehemaligen Klosterwäldern nach Zürich geliefert (114). Laut einer Notiz in den Bauamtsakten lieferte der Rütiamtman 1578 immerhin 1670 Falzladen in die Hauptstadt (115). Im 18. Jahrhundert aber dürfte angesichts des drohenden Holzmangels in der engern Umgebung der Rütiewald nicht mehr von direktem Nutzen für die Obrigkeit gewesen sein.

Die Gründe für das starke Interesse der Regierung und ihre Bemühungen zum Schutz des Rütivaldes liegen andernorts. Gerade für die Randgebiete gilt es, die forstwirtschaftlichen Bestrebungen im Zusammenspiel mit der gesamten Politik zu betrachten. Nicht die Erhaltung der Wälder war das Hauptziel der Forstpolitik, sondern die Verteidigung der städtischen Vorherrschaft über die Landbevölkerung. Es ging um die Aufrechterhaltung der hoheitlichen Rechte und Güter. Dazu gehörte auch der Wald. Die erfolgreiche Rettung der Wälder vor dem Rodungswillen der bäuerlichen Kreise stärkte die Position der Regierung. Den Eigentumsanspruch über die Amtswälder vermochte die Obrigkeit dank intensivem Engagement zu bewahren; im Kampf um die Lehenwälder unterlag sie.

4.4. Die forstliche Zustandsentwicklung

Seit dem 16. Jahrhundert kennen wir aufgrund der Quellen die waldbauliche Entwicklung des Rütivaldes. Aus der Vielzahl von Mandaten, Gutachten und Visitationsakten ergibt sich ein Bild der wachsenden Zerstörung. Schon einige Jahrzehnte nach der Gründung des Klosteramtes sah sich die Obrigkeit angesichts der schädigenden Auswirkungen einer unkontrollierten Nutzung zum Erlass der ersten Holzordnung gezwungen. Die allmähliche Durchsetzung der Technik des bezirksweisen Holzschlages brachte keine Besserung, denn der weiterhin ungezügelte Weidgang verunmöglichte einen natürlichen Aufwuchs und führte zur Bildung von ausgedehnten Waldwiesen. In einem Bericht von Obmann Heidegger aus dem Jahre 1681 lesen wir: "Dies Holtz hat unterschiedliche Mösser, darinn kein anderes dann allein kleines Brönholtz wachst" (116).

Der anno 1684 erstellte Plan des Rütivaldes verzeichnete bei einer Gesamtfläche von 246 Jucharten rund 90 Jucharten unbestockte Flächen (117). Im selben Jahr versuchte das Amt, die Nutzung durch die Lehenleute neu zu regeln. Man beabsichtigte, jedem berechtigten Lehenmann einen bestimmten Bezirk im Wald fest zuzuweisen. Die Lehenleute aber wehrten sich, unter anderem mit folgendem Argument: Der Vorschlag sei inpraktikabel, "weilen an meisten Orten der Boden mosicht und wegen dismahligem Holz mangels im Wald das Stücken- und Zaunholtz in dem gantzten Wald gesucht und gefällt werden müsse" (118).

Als 1760 die obrigkeitliche Forstkommision, anlässlich einer Umfrage, auch an Rütiamtmann Vögeli gelangte, erstattete dieser ausführlichen Bericht über die Lehenwälder. Der Rütivald wurde nur kurz erwähnt. Der erste ausführliche Visitationsbericht stammt vom damaligen Obmann Schwerzenbach und Zunftmeister Lavater. Die auf den 22. April 1762 datierte, sehr ausführliche Waldbeschreibung umfasst mehrere Buchseiten. Ich kann deshalb hier nur Auszüge wiedergeben:

"Bey der Rinderweid oben an dem Rütivald fangt der Wald schon an mit einem sehr schädlichen Hag von tannenem .. Holtz, der rings umher des Waldes im Umlauf einer guten Stunde lengs gleich schedlich fortlaufft. (..) Nebenzu und gegen der Halden .. befindet sich ein kleiner Bezirk von tannenem Aufwachs, aber gleichsam nur so riemenweise und von geringer Weite. Nächst darbey in des Ammans Eben (sollte vielmehr heissen Uneben) ist sehr liederlich Holtz und bald gar kein Anflug, alles voller Stöcke und Stumpen von verschiedener Grösse. (..)

Von des Ammans Ebenweg bis gegen die Mitte des Waldes kommt man durch ein ziemlich dicht Gehölz, allwo noch ziemlich guter Anflug von 10 bis 12 und mehr Schuh anzutreffen ist. (..)

Eine .. Anhöhe, genannt der Moosbüel, hat gleichfalls ziemlich schöne und darunter etlich grosse Buchen auf sich, sind aber ebenmässig schlimm zerzauset und viele junge Buchen ausgehauen worden. (..)

In dem Rüssel oder Rossel, welcher ohngefahr dem Aug nach 7 oder 8, schwerlich mehr den Jucharten ausmachen mag, steht annoch schön gewachsen Tannholtz verschiedener Grösse, Höhe und Dicke, worin jedoch wie durchgehends stark gefreflet wird. (..)

Unter Tillenen oder Tilly genannt ist wieder gar kein gutes Aussehen. .. Aussert dann und wann sich zeigenden Bezirken von Erlen, die zum Abschlag zeitig sind, auch da und dort aus unbekannten Gründen überlassnen grossen Tannen, kann man weiteres nichts ersehen, als viele 100, vielleicht 1000 grosser Stöcken, zusamt derselben treuen Nachtwächtern, den Distlen, Dörnen und Brombeerstauden, womit die ganze ziemlich grosse Gegend reichlich übersehet ist. (..)"

Der interessante und anschaulich geschriebene Bericht schliesst mit den folgenden Worten:

"Nun, wann mann jemand fragen sollte, an was ihn jetzt der Rütivald erinnerte? So könnte er gar fürlich sagen, an ein sehr wohl und gut gebachen gewesenes, gross und schönes Hausbrod, welches auf den Winter von allerley Gattung Mäusen, als Hausmäus, Feldmäus, Spitzmäus, seyn angenagt und Löcher hinein

gemacht worden, und das von aussen annoch ganz zu seyn geschinnen; nachdem es aber angeschnitten, ausgehöhlt und nur noch wenig Brosmen an desselben Rinden, die Rinden aber selbst von keinem grossen Gewicht mehr sey befunden worden" (119).

Um 1760 begann das Amt das bisher wegen seiner schweren Zugänglichkeit gemiedene Waldstück im Norden, gegen die Schwarz hin, abzuholzen (120). Gegen Ende der sechziger Jahre verfügte das Amt nurmehr über ein einziges grösseres und ertragreiches Waldstück im Rüssel. Es handelte sich dabei um einen südwestlich des Rütiwaldes gelegenen Bestand von 7 bis 8 Jucharten (121).

Angesichts der prekären Lage begann man auf breiterer Basis mit Aufforstungen. Je nach der Bodenbeschaffenheit versucht man die umfangreichen Kahlf Flächen mit Eschen, Erlen, Föhren, Tannen, Eichen oder Buchen zu bepflanzen (122). Dank derartiger Massnahmen und verschärfter Kontrolle besserte sich der Zustand des Waldes allmählich. Unter dem Einfluss der mangelnden Pflege, der langezeit unkontrollierten Nutzungen und nicht zuletzt der ausgedehnten Holzfrevell wegen, wäre ohne diese Hilfe der Ruin des Waldes nicht mehr weit entfernt gewesen. Neben der jahrhundertelangen Ausbeutung zehrten auch vereinzelt Rodungen an der Substanz des Rütiwaldes.

Ein grössere Umwandlung von Wald in Ackerland lässt sich noch Ende des 16. Jahrhunderts quellenmässig nachweisen. Im Jahre 1599 erlaubte die Obrigkeit dem Müller zu Kämmoos (Gde. Bubikon) eine ca. 3 Jucharten umfassende Randparzelle im Nordwesten des Rütiwaldes zu roden. Im Tausch dafür hatte dieser das Haselholz abgetreten (123).

Ein knappes Jahrhundert später wurde ein weiteres Stück Wald gerodet. Ein Vergleich der Gygerkarte von 1667 mit der Wildkarte (ca. 1850) zeigt, dass auch noch im 18. Jahrhundert einzelne Randparzellen für landwirtschaftliche Bedürfnisse geopfert wurden.

Gegenüber den durch Mensch und Tier angerichteten Schäden waren die negativen Auswirkungen klimatischer Faktoren gering. Einzig das Jahr 1739 scheint von einiger Bedeutung gewesen zu sein; denn Amtmann Vögeli teilte in einem Brief an die Forstkommision mit, er habe im Rütiwald "sicher dreissig bis vierzig Jucharten leeren Boden angetroffen, wo bis zum Sturmjahr 1739 wohl noch Bäume gestanden haben dürften" (124).

Angesichts dieser Sachlage blieb die Holzversorgung mangels hiebreifer Bestände auch nach 1780 problematisch. In den siebziger und achziger Jahren lieferte der Rütwald kaum mehr Bauholz.

Die Beauftragten für die Holzbeschaffung zum Neubau der Kirche von Rütli meldeten am 6. Dezember 1770, in den Amtswäldern seien nicht mehr als 80 Stück Holz von ordentlicher Länge gefunden worden, was etwa 4000 Schuh entspricht (125). Als der Wendelbaum der Amtsmühle ersetzt werden musste, gelang es dem zuständigen Amtmann nicht, in seinem Bereich einen geeigneten Trämel mit der erforderlichen Länge aufzutreiben (126).

5. DIE WALDUNGEN AM TOESSSTOCK

5.1. Ueberblick

Die heute grösste Staatswaldung im Kanton Zürich, Wald-Fischenthal, ist auf der Grundlage der ehemaligen Amtswälder im Gebiet des Tössstocks geschaffen worden. Der 654 ha umfassende Komplex von zusammenhängenden Wäldern liegt an der äussersten Südostecke gegen den Kanton St. Gallen. Nach dem Wirtschaftsplan von 1969 wies der Tössstock bei einem durchschnittlichen Holzvorrat von 298 m³/ha folgende Bestockung auf: Rottanne 29 %, Weisstanne 33 %, Föhre/Lärche 2 %, Buche 23 %, übr. Laubhölzer 13 % (127). Die Waldung am Tössstock, Dägelsberg und Schnebelhorn, deren Muttergestein aus Nagelfluh besteht, liegen von den natürlichen Waldgesellschaften her betrachtet, im Bereich der Buchen- und Nadelwaldzone (128).

Urkundlich erwähnt werden die Wälder am Tössstock erstmals als Eigentum des Klosters Töss in einem Kaufbrief von 1381 (129). Im 15. Jahrhundert kam es im Anschluss an den Alten Zürichkrieg zu Streitigkeiten um die Grenzziehung gegen die gemeine Vogtei Uznach. In einem der Marchenbriefe von 1479 legten die Stände Zürich, Schwyz und Glarus den Grenzverlauf fest. Mit der Reformation wurden sämtliche obrigkeitlichen Wälder im Gebiet der Gemeinden Wald und Fischenthal dem Amt Rüti zugeteilt. In den folgenden Jahrhunderten war die allgemeine Lage gekennzeichnet durch die mit wechselnder Schärfe geführte Auseinandersetzung um die territoriale Ausscheidung zwischen der Herrschaft Grüningen und Uznach. Infolge der unklaren Eigentumsverhältnisse und der grossen Entfernung zur Verwaltung in Rüti waren die Wälder bis Mitte des 18. Jahrhunderts einer unkontrollierten Nutzung ausgesetzt. Die Inhaber der Alpen Poo und Scheidegg, Bauern aus dem benachbarten Weiler Oberholz und die Bewohner der im 17. und 18. Jahrhundert in grosser Zahl gegründeten Höhensiedlungen konnten, fern von obrigkeitlicher Aufsicht, nach Belieben Holz schlagen.

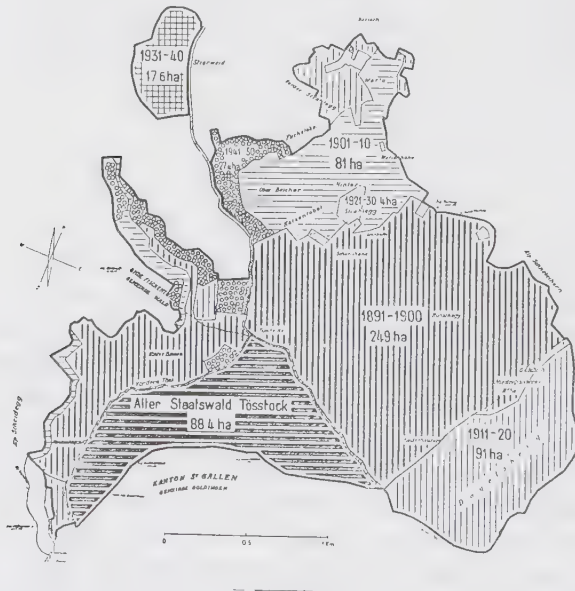
Um 1750 begann das Amt, bedrängt durch den drohenden Holzmangel, mit der systematischen Köhlerei am Tössstock. In den folgenden Jahrzehnten wurden jährlich mehrere Jucharten Wald ausgeholzt. Der auf Zürcher Territorium liegende Amtswald, inklusive die Alpwälder von Poo und Scheidegg, umfassten 1760 noch ca. 350 Jucharten. Gegen Ende des Jahrhunderts war das Gebiet zum grossen Teil waldlos. Die Folge davon waren grosse Ueberschwemmungen, die bis ins 20. Jahrhundert anhielten. Nach der Erschliessung der Einzugsgebiete der

Töss wurde durch planmässige Ankaufs- und Aufforstungspolitik der alte Kantonsbesitz zur Staatswaldung Wald-Fischenthal erweitert. Dieses von 1890 bis 1960 dauernde Forstunternehmen ist das bedeutendste und eindrucklichste Beispiel der Zürcherischen Staatswald-Gründung (130).

Die Entwicklung der Staatswaldung Wald-Fischenthal (131)

Staatswaldung Wald-Fischenthal

Alter Staatswald Tösstock und Ankäufe 1891-1951



5.2. Der Wald als Streitobjekt

Die erste Besiedlung des Tössberglandes dürfte zwischen dem 9. und 13. Jahrhundert erfolgt sein (132). Die Höhenzüge blieben noch während längerer Zeit menschenleer. Der Tössstock wird urkundlich erstmals im Jahre 1381 genannt. In einem Kaufbrief wird bestätigt, dass die Aebtissin des Klosters Töss ihre Güter zwischen Bühl und Dieterswil unter Vorbehalt des Waldes "und daz Holtz, daz man nemmet Tösstock" verkauft hat (133). Der Tössstock war um 1400 sehr wahrscheinlich immer noch Eigentum des Klosters, das ihn wohl als Stiftungsgut von den Grafen von Toggenburg erhalten hatte.

150 Jahre später finden wir den Tössstock im Besitz des Amtes Rüti. Offenbar waren die obrigkeitlichen Wälder in den Gemeinden Fischenthal und Wald im Zuge der Reformation dem Amt Rüti zur Verwaltung übergeben worden. Wann und unter welchen Umständen sich der Uebergang von geistlicher zur obrigkeitlichen Hand vollzog, wissen wir nicht. Im Jahre 1408 hatte die Stadt die Pfandschaft über die ehemals habsburgische Herrschaft Grüningen erworben. Im Kampf um das Erbe des Grafen von Toggenburg, im sogenannten Alten Zürichkrieg (1436 - 1450), vermochte Zürich seine östlichen Expansionspläne nicht zu realisieren. Die der Landvogtei Grüningen benachbarte Herrschaft Uznach gelangte als gemeine Vogtei unter die Kontrolle von Schwyz und Glarus. Die bis anhin gültige grobe Grenzscheidung genügte angesichts der neuen Situation nicht mehr. Eine lineare Grenzziehung drängte sich auf.

Am 6. Juli 1479 wurde die längst fällige Marchenbereinigung vorgenommen. Die Zürcherische Obrigkeit dürfte zu diesem Zeitpunkt bereits Eigentümer der Waldungen am Tössstock gewesen sein. Interessant ist die Tatsache, dass der Grenzabschnitt Wolfsgrube-Dägelsberg nicht exakt festgelegt wurde. Der Grund liegt darin, dass dieses Gebiet noch unbesiedelt war und kaum landwirtschaftlich genutzt wurde (134).

Angesichts der vordringenden Kultivierung und Besiedlung der höhern Zonen erwiesen sich die Bestimmungen von 1479 als zu wenig detailliert. Sowohl in der Gegend des Dägelsberges als auch im Grenzbereich der Alpen Poo und Scheidegg musste eine exaktere Ausmarchung erfolgen.

5.2.1. Die Grenze am Dägelsberg:

Nordöstlich des Tössstocks verläuft die heutige Kantonsgrenze über den bewaldeten, zum Staatswald Wald-Fischenthal gehörenden 1269 m hohen Dägelsberg. Am 23. Juli 1575, beinahe hundert Jahre nach dem ersten Marchenbrief von

1479 wurde dieser Grenzabschnitt "zur Verhütung von Streitigkeiten" bereinigt. "So sölle hinfüro ... die recht Lanndmarch heissen und syn, ... von der Hinnder Töss die Bachtallen zwüschent dem mittlisten und hindersten Tägelsberg uf untz an Wäg, alda ein Marchstein gesetzt werden und da dannen aller grede nach durch ufhin biss da die Herrschaft Grüningen und Grafschaft Toggenburg aneinandren stossend" (135).

Noch 25 Jahre zuvor war der Dägelsberg ein schwer zugänglicher Urwald und unbekannter Grenzsaum gewesen. Um 1550 hatten die Gemeindegenossen von Wald und Fischenthal den Rat von Zürich gebeten, ihnen den Dägelsberg zur Nutzniessung zu überlassen. "Von wegen der Ungelänge, Wüsti und Rüchi" gab die Obrigkeit dem Begehren nach und verlieh ihnen den Dägelsberg samt Rodungerlaubnis zu Erblehen (136). Bald entstanden in privater Initiative die drei Höfe Hübschegg, Niederhausers und Niederhausertobel. Damit veränderte sich das Gesicht des Berges weitgehend. Diese Rodungen dürften nach Diethelm Steiner die letzten im Tössbergland gewesen sein; sie waren auch eigentlicher Anlass für die Präzisierung der Landmarche im Jahre 1575 (137).

Interessant ist die Tatsache, dass die Besiedlung des Dägelsberges erst nach dem Verzicht der Zürcher Obrigkeit auf die dortigen Waldungen in Gang kam. Vielleicht blieb der Tössstock nur durch Zufall in der Hand des Amtes. Wäre damals ein ähnliches Begehren um Ueberlassung der Wälder am Tössstock gestellt worden, sicher hätte es auch bewilligt werden können.

5.2.2. Die Alpen Poo und Scheidegg:

Wohl erst gegen Ende des 15. Jahrhunderts dürften die beiden Alpen Poo und Scheidegg entstanden sein; der Marchenbrief von 1479 erwähnt sie auf jeden Fall noch nicht. Sicher ist, dass beide zu Beginn des 16. Jahrhunderts in den Besitz des Klosters Rüti gelangten:

- 1503 kaufte Abt Felix von Dietrich Schubiger aus Schmerikon die "Alpp genannt Boney mit Gezimmerj, mit Holz und Veld, mit Stok und Stain, mit Grund und Grat und mit allen iren Rechten, Nutzen, Früchten, Wytinnen, Ehaften und Zugehörden" um 397 1/2 Pfund (138).
- Am 4. Mai 1517 erwarb das Kloster Rüti im Tausch gegen zwei Lehengüter in Hischwil die Alp Scheidegg. Die Vertragspartner behielten sich jedoch ein beschränktes Holzrecht im zugehörigen Wald vor (139).

In den zwanzig Jahren nach der Reformation fanden mehrere Male schwere Auseinandersetzungen um die Alp mit den Bewohnern des Weilers Oberholz und der Gemeinde Goldingen statt.

1541 fassten Verordnete von Glarus, Schwyz und der Gemeinde Oberholz sowie eine Zürcherische Schlichtungskommission folgenden Beschluss betreffend der Nutzungsverhältnisse im Bereich der Alp Poo (vgl. beiliegende Karte).

- Den Oberholzern wurden die Wälder am Tössstock zwischen der Wolfsgrube und der Schwemmi zur ausschliesslichen Nutzung überlassen.
- Dem Amt Rüti blieben die eigentlichen Alpwälder vorbehalten.
- Gemeinsamer Nutzung offenstehen sollten die Wälder südlich der Vordern Töss.
- Betreffend der Weiderechte wurde festgehalten: "Die Oberholzer haben keinen Weidegang in der Alp allenthalben" (140).

Einem Aktenstück von 1756 ist zu entnehmen, dass die Zürcher diesen Spruchbrief verloren haben. Gleichzeitig wurde den Oberholzern vorgeworfen, sie hätten in der Folge mehrere Hölzer im Uznacher Gebiet und sogar den Tössstock sich angeeignet" (141).

Zwischen 1530 und 1552 kam es zu Streitigkeiten mit der Gemeinde Goldingen. Die Amtsverwaltung in Rüti beklagte sich über unerlaubten Holzschlag und Weidgang auf Poo. Am 18. Juli 1552 erfolgte eine Grenzbegehung und Marchensetzung im umstrittenen Raum östlich der Alpweiden. Den Goldingern wurde das Gebiet südlich der Hintern Töss, jenseits der sogenannten Schwemmi zugeteilt (142).

Am 21. Mai 1541 war bereits ein Uebereinkommen "betreffend die Demarkation der Rütialp und Weiden auf der Scheidegg" getroffen worden.

".., dem also, das genanter Hanss Vorhuser nit wyter sölle rüten noch nuzen, dann bis an den Zun, dazemal dagestanden. Es sind ouch dry Marchstein gesezt, die gäbent den Unterschied biss zue die Töss abhin und ennethalben an den Thöss Stock und Alppen so ouch des Klosters Rüti ist.." (143).

Um die Jahrhundertmitte gab das Amt die direkte Bewirtschaftung der Alpen auf. Die Alp Scheidegg war bereits seit einigen Jahren von den Amtleuten vernachlässigt worden.

In einem Brief an den Kleinen Rat berichtete Junker Hans Edlibach, "dass etlich Gmeinde und sunder Personen begerint, dass man inen ein Witte in der Alp ein

zal Jahren liche, so wellent sy die Alp uf dun und süberen" (144). Gleichzeitig machte er den Vorschlag, dass man einige überwachsene Weiden an Leute verleihen sollte, die "sich gern mit werchen" ernähren wollten. Dieser Bericht macht deutlich, wie schwer es damals viele Menschen hatten ein Auskommen zu finden.

Die Alp Poo wurde 1550 als Bestandteil des Sennhofs von Fägswil auf sechs Jahre verliehen. Der Lehenmann Heini Honegger übernahm die Verpflichtung, die Alp freizuhalten und alljährlich "ein gutes Stück weit zu roden". Die Weiden durften jedoch nicht in Ackerland umgewandelt werden (145).

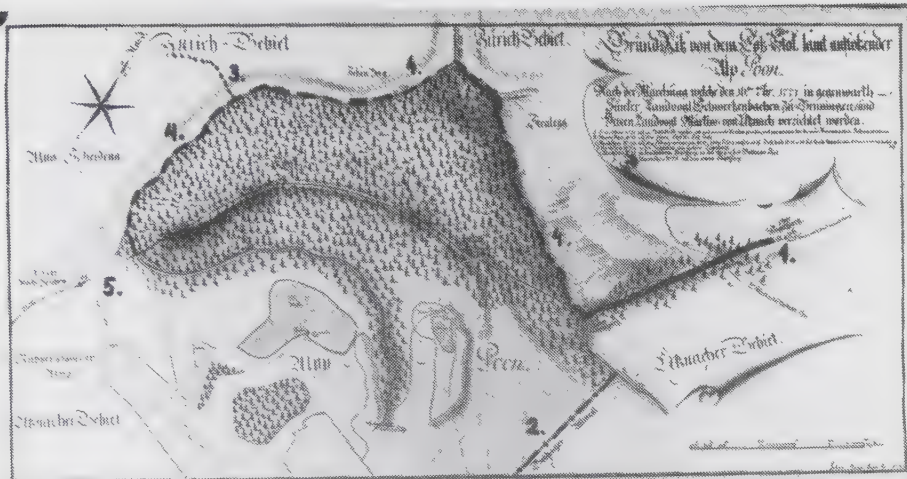
Nach der Sanierung der Alp Scheidegg wurde sie zusammen mit dem Sennhof zu Rüti an die Gebrüder Pfister verliehen (146).

Die Inhaber der beiden Sennhöfe übernahmen damit die Nutzniessung der Alpen. Das Amt behielt sich formell jedoch die Alpwälder zur Ausbeutung vor. Wie sich die Alpen in den folgenden zwei Jahrhunderten bis 1700 entwickelt haben, können wir nicht sagen.

5.2.3. Der Tössstock :

Der 1154 m hohe Tössstock ist durch den Oberlauf der vordern und hintern Töss von den ihn eng umgebenden Höhenzügen getrennt. Vom langgestreckten Grat aus fällt er auf alle Seiten mehrere hundert Meter steil ab. Seine exponierte Lage ist dafür verantwortlich, dass er auch in der Zeit des Bevölkerungswachstums nicht kultiviert und besiedelt wurde. Die grobe Beschreibung des Grenzverlaufs von der vordern zur hintern Töss genügte deshalb auch im 16. und 17. Jahrhundert. Unbestritten blieb einerseits das Eigentumsrecht der Zürcher Obrigkeit, andererseits gewährte die Amtsverwaltung den Bauern der Gemeinde Oberholz stillschweigend ausgedehnte Holznutzungen. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts aber besann sich die Verwaltung in Rüti, angesichts des drohenden Holz Mangels, auf ihr ausgedehntes Holzreservoir am Tössstock. Als die Oberholzer Köhler 1752 erneut ein beachtliches Waldstück am Hintern Tössstock auszuholzen begannen, intervenierte der Amtmann bei der Regierung. Am 15. Oktober 1757 kam es zu einem ersten Vergleich zwischen Zürich, Schwyz und Glarus. Artikel 1 der Uebereinkunft erlaubte den Oberholzern zusätzlich noch weitere 18 Jucharten Wald zu schlagen; hielt aber ausdrücklich fest, "der hintere Tössstock Zürich Gebiets" sei Eigentum des Amtes Rüti (147). 1759, anlässlich der Erneuerung der Uznacher Landmarchen kam es in der Frage der Interpretation des Marchenbriefes von 1479 zu einer Spaltung zwischen den

DIE AUSBILDUNG VON GRENZEN IM GEBIET DES TOESSSTOCKS



STAZ N 43

Legende:

1. Grenzverlauf zwischen der Hintern Töss und dem Schnebelhorn, wie er 1575 als Präzisierung des Marchenbriefes von 1479 bestimmt wurde.
2. Resultat des Vergleichs zwischen dem Amt Rütli und der Gemeinde Goldingen (1552).
3. Demarkationslinie zwischen den Alpen Scheidegg und Ueberzütt (1541).
4. Postulierter Grenzverlauf nach den Forderungen von Glarus und Schwyz zwischen 1759 - 62.
5. Grenzverlauf, wie er 1771 ausgemacht wurde. Er entspricht der heutigen Kantonsgrenze zu St. Gallen.

Parteien. Damit begann ein jahrzehntelanges Ringen um den Tössstock. Die entsprechenden Ausführungen jener als massgebend betrachteten Urkunde lauteten:

".. die Wolfgrub, da och ein Marchstein gesetzt ist, und da dannen die vordern Töss, an den Tössstock, und von derselben Töss in die hindern Töss, und von der hindern Töss an Tegelsberg" (148). Schwyz und Glarus hielten minuziös am Wortlaut fest: Die Grenze führe der vordern, dann der hintern Töss entlang. Die Bäche stellten also einen "Zusammenhang" dar. Zudem sei der Tössstock nur "als Anstoss citieret" (149). (Vgl. beiliegende Karte.)

Zürich hielt die wörtliche Auslegung für zu eng und falsch. Es verwies zudem auf die Abmachung des Jahres 1575, auf die Gygerkarte und das Marchenbuch sowie auf den kürzlich getroffenen Vergleich von 1757 (150).

Damit waren die Standpunkte festgelegt. Die folgenden drei Marchenkonferenzen von 1760, 1761 und 1762 in Rapperswil und Rüti förderten keine neuen Argumente zutage und brachten keine Einigung. Dennoch trat um 1762 hinter den Kulissen eine Wandlung ein. Schwyz und Glarus schienen zum Einlenken bereit und reduzierten ihre Ansprüche. Sie sprachen sich inoffiziell für eine gradlinige Grenzföhrung von der Höhe des Tössstocks an den Dägelsberg aus (151). Trotz dieser Aufweichung der Fronten kam es zu einem mehrjährigen Verhandlungsunterbruch.

In der Folge erhob sich ein Kleinkrieg zwischen dem Amt Rüti und den Oberholzern, die dem Amt das Holzen im hintern Tössstock bis zur Erledigung der Angelegenheit verwehren wollten. Ihrerseits zeichneten sie im hintern Tössstock, zwischen der Schwemmi und dem Marchstein am Dägelsberg, eine Waldfläche von nicht weniger als 34 1/2 Jucharten an und begannen mit dem Fällen, ohne sich gross um die Verbote der eigenen Obrigkeit zu kümmern (152). Eine vierte Konferenz, die im Jahre 1765 eröffnet wurde, liess sofort erkennen, dass man allerseits des Streites um Rechtsgründe müde war.

Am 17. September begannen die Détailgespräche im Pfarrhaus zu Wald. Zunächst konnte die Grenze von der Wolfgrube bis zur Kuppe des Tössstocks festgelegt werden. Ueber die restliche Strecke bis zum Dägelsberg war eine Einigung noch nicht möglich. Endlich, am 12. Dezember 1768 wurde in Rapperswil eine definitive Grenzlinie vereinbart, die genau der Zürcherischen Interpretation der Urkunde von 1479 entsprach. Drei Jahre später wurde die Angelegen

heit endgültig bereinigt, die ausgehandelte Grenzlinie abgeschrieben und ausgemacht.

Worin liegen die Ursachen für diesen langen und zähen Kampf um die territoriale Ausscheidung in der Gegend des Tössstocks?

Obwohl dieser Grenzstreit im Tössbergland für die schweizerischen Verhältnisse keinen Einzelfall darstellt, weist er doch einige Besonderheiten auf. Zweifellos handelt es sich um eine Gebietsabgrenzung, die erst spät aktuell wurde, und die auch relativ spät endgültig abgeschlossen wurde.

- Der erste Marchenbrief von 1479 war eine Folge des langwierigen Krieges um die Toggenburger Erbschaft und muss im Zusammenhang mit der territorialen Festigung des Zürcherischen Stadtstaates betrachtet werden.
- Die Grenzpräzisierung im Gebiet der Alpen Scheidegg und Poo sowie am Dägelsberg im 16. Jahrhundert wurden im Zuge der fortschreitenden Rodungs- und Siedlungstätigkeit notwendig. Dabei ging es in erster Linie um die Frage der Weiden und Neugrüten.
- Das Wiederaufleben des Grenzkonflikts Mitte des 18. Jahrhunderts hängt mit der fortschreitenden regionalen Holzverknappung zusammen. Der Umstand, dass die Grenzfrage nochmals 20 Jahre bis zur definitiven Regelung bedurfte, ist ein Beweis für die Härte der Auseinandersetzung. Da die Amtsverwaltung in den fünfziger Jahren mit der systematischen Nutzung der Tössstock-Wälder begonnen hatte, waren die Bürger der Gemeinden Oberholz und Goldingen nicht an einer raschen Klärung interessiert. Denn dank der unsicheren Eigentumsverhältnisse konnten diese während langer Zeit, gewissermassen vor den Augen der Zürcher Obrigkeit, die Wälder zu ihren Gunsten ausbeuten.

5.3. Die Nutzungsverhältnisse

5.3.1. Die Verhältnisse bis 1750 :

Wann und unter welchen Umständen das Kloster Töss bei Winterthur in den Besitz des Tössstocks gelangte, ist unbekannt. Eine Bewirtschaftung der dortigen Wälder vom 30 km entfernten Kloster aus ist jedenfalls unwahrscheinlich. Auch für die spätere Eigentümerin, die Zürcherische Obrigkeit, warfen die umfangreichen Wälder kaum Gewinn ab. Weil auf längere Sicht keine wesentlichen Aenderungen zu erwarten waren, verlieh der Rat von Zürich 1550 den Dägelsberg an die Gemeinden Fischenthal und Wald, gegen einen jährlichen Zins von je 5 Pfund.

"Wir Burgermeister und Rath der Statt Zürich thund kund menglichem mit diesem Brief, als der Wald Tagersperg in unserm Ampt Grüningen ein rechter Fronwald und desshalb uns der Oberkeit verfangen und zugehörig ist, doch uns von wegen der Ungelägne, Wüsti und Rüche nie kein Nutz ertragen hat, noch wir weder des Holtzes ald des Bodens gefröuwet und besser werden mögen, so sind unsere lieben und getrüwen, die biderben Lüth der beiden Gemeinden Vischen-thal und Wald vor uns erschinen und uns in aller Underthenigkeit gar dienstlich und demütig gebetten, dass wir inen söllichen Wald gnediglich vergonnen und inen ein zimlichen Zins daruf schlachen wöltind, so werind sy der Meinung und Hoffnung, ir ernstliche Arbeit daran zeleggen, das Holz uszehowen und am Boden etwas Nutzes und Geniessens zesuchen, damit sy als arme Lüth ir Wyb und Kind destbass usbringen und ernerren möchtind (..)." (153).

Der Grundzins für den Dägelsberg blieb bis zu seiner Ablösung mit Fr. 280.- im Jahre 1864 erhalten (154).

Ein Bericht des Landvogtes von Grüningen von 1574 verschafft uns Einblick in die damalige Nutzung des Dägelberges (155). Neben den unregelmässigen Holzbezügen von Bürgern aus Wald und Fischenthal ist vor allem die Rodungstätigkeit erwähnenswert. Nach zwei gescheiterten Versuchen gelang es nämlich einem gewissen Klaus Bischof mehrere kleine Weiden und Aecker anzulegen. Mit seiner Familie vermochte er sich so ein armseliges Leben am Dägelsberg zu sichern. Die Neugrüten lagen am Westabhang des mittleren Dägelsbergs (156). Im Jahre 1723 lebten zwei Familien mit 14 Personen in der Siedlung Hübschegg. 1771 taucht erstmals der Hof Niederhausers auf. Die dritte und letzte Behausung war das sogenannte Niederhausertobel (157). Diese Siedlungen, deren Bewohner mit dem Rückgang der Heimindustrie zur Abwanderung gezwungen wurden, gingen zwischen 1894 - 97 in das Eigentum des Staates über (158).

Der Tössstock wurde bis 1754 vom Amt Rüti kaum genutzt. Zweifellos aber haben die Inhaber der Alpen Poo und Scheidegg sowie einzelne Oberholzer

Bürger, die spätestens seit 1541 Nutzungsrechte besaßen, schon im 17. Jahrhundert in unregelmässiger Weise dieses grosse Holzreservoir ausgebeutet (159).

Wichtiger als die Wälder waren die Alpen Poo und Scheidegg. Beide sind wahrscheinlich erst Ende des 15. Jahrhunderts durch Rodungen entstanden. Die Alp Scheidegg wurde jedoch in den dreissiger und vierziger Jahren des 16. Jahrhunderts schwer vernachlässigt. Das lässt sich einem Gutachten von 1549 entnehmen, das zeigte, "wie die grosse Alp heftig ferwachsen, und die Noturft erfordere das man sy ufduge.." (160). Eine Abgrenzung der Nutzungsrechte zwischen Oberholzern und Goldingern einerseits und dem Amt Rütli andererseits erfolgte zwischen 1541 und 1552.

Die Reversbriefe, die anlässlich der Verleihung der Alpen von 1550 und 1552 erstellt wurden, enthalten bereits Bestimmungen über den Umfang der erlaubten Holznutzung (161). Grundsätzlich behielt sich das Amt die Aufsicht und die Nutzung der Alpwälder vor. Den Lehenleuten wurden gemäss allgemeinem Handlehenrecht notwendige Holzschläge für den Unterhalt der Hütten und Zäune gestattet.

1596 kaufte die Obrigkeit 10 Jucharten Wald "so dermalen gerüet" auf der Alp Scheidegg hinzu (162).

1604 traf man eine "Abred um das Kollen und Reuten eines Theils Wald auf der Scheidegg". Einigen Oberholzer Bürgern wurde, unter Vorbehalt eines Waldstücks für Zaunholz, erlaubt, das Holz auf der Alp von der Höhe bis zur Töss auszuhauen und nach ihrem Gefallen die Rütinen anzubauen. Der Zehnte sollte dem Pfarrer in Wald abgeliefert werden. Die Umlaufszeit dieser Egartenwirtschaft betrug sieben Jahre. Es wurde vereinbart, dass in der Zwischenzeit die brachliegende Fläche dem Amt zur Weide offenstehen sollte (163).

Um 1700 begannen die Oberholzer mit breit angelegten Kahlschlägen am hintern Tössstock. Dieses Vorgehen hat sich wenige Jahre später am vordern Tössstock wiederholt. Bereits nach knapp fünfzigjähriger Umtriebszeit begannen sie erneut mit umfangreichen Holzschlägen im Zürcherischen Teil des Tössstocks. In diesem Moment flackerte der für zwei Jahrhunderte vergessene Grenzstreit wieder auf.

Nach Zeugenaussagen alter Männer aus Wald hatte das Kohlen um 1700 angefangen. Seit Beginn des Jahrhunderts sei Holzkohle sogar bis nach Zürich geliefert worden (164). Das Aufleben des Grenzkonflikts markiert den Uebergang zu einer neuen und wichtigen Veränderung der Nutzungsverhältnisse am Tössstock.

5.3.2. Die Entwicklung nach 1750 :

Um die Jahrhundertmitte begann das Amt Rüti unter dem Eindruck der Holzverknappung mit einer systematischen Ausbeutung der Wälder rund um den Tössstock. Erste Waldbeschreibungen, Vermessungspläne und die Einsetzung von Förstern zeugen davon. Bald folgten erregte Diskussionen um die Frage, wie die Wälder am gewinnträchtigsten genutzt werden könnten.

Alp Scheidegg:

Zunächst haben die Alpen aber noch mehr zu reden Anlass gegeben. Offenbar wurde besonders die Alp Scheidegg von den Amtleuten vernachlässigt. Im Amtsprotokoll vom August 1750 lesen wir von einer fortgeschrittenen Verwilderung der Weiden. Im Bericht von Obmann Nüscher vom September 1753 finden wir folgende Bemerkungen:

"Ward die ob Wald gelegene, dem Amt Rüti zudienende Alp Scheidegg, mit vieler Beschwerd in genauen Augenschein genommen und ersehen, dass die schlechte Nutzenertragenheit derselben hauptsächlich daher rühre, dass ungeachtet ein jeweiliger Amtmann krafft seines Amts Ordnung während seiner Verwaltung jährlich 30 Jucharten auszureuthen und zu bauen ohne des Amts einichen Kosten und Schaden ufliegt und schuldig gewesen, dennoch keiner derselben ausgenommen Herr Alt Amtmann Landolt, das geringste bis auf gegenwärtige Zeit ausgestocket und ausgereuthet, folglich selbige im Verfolg der Zeit solcher gestalten mit Holtz und Gesträuch angewachsen, dass dermahlen kaum 24 Stück samt etwas jungem Vich die Sommer Alping geniessen können..." (165).

In den folgenden Jahren wurde die ursprüngliche Weidefläche von 100 Jucharten nicht nur wiederhergestellt, sondern sogar noch erheblich erweitert. 1779 erteilte der Rechenrat auf ein Memorial von Amtmann Gessner die Erlaubnis zur Ausstockung der Rinderweid. Durch den Verkauf der dabei gewonnenen Holzkohlen in der Grössenordnung von 100 Klaftern konnte sogar ein Teil der Kosten gedeckt werden (166).

Um 1760 umfasste die Alp Scheidegg ca. 230 Jucharten; davon standen 156 Jucharten nutzbare Weide zur Verfügung. An Wald waren total 73 1/2 Jucharten vorhanden (167). Die eigentlichen Alpwälder, das Gächhölzli (4 1/2 Juch.) und das Gestellt-Holz (9 Juch.) lieferten das Brennholz, 12 Klafter Scheiter und 300 Burden jährlich (168).

Das Bauholz für den Unterhalt der Gebäude wurde in der Tösshalde (60 Juch.) geschlagen (169). In seinem Bericht über die Waldungen der Alp Scheidegg kritisierte Forstmeister Hotz die unregelmässige Nutzung, äusserte jedoch die Ansicht, "bei forstmässiger und geordneter Unterhaltung" könne über die

Bedürfnisse der Alp hinaus Holz erwachsen (170). Diese Vorschläge blieben jedoch wirkungslos.

Alp Poo:

Schon im 16. Jahrhundert war die Alp Poo Gegenstand scharfer Auseinandersetzungen gewesen. Dies ist angesichts ihrer Bedeutung nicht erstaunlich, denn sie umfasste inkl. den vordern Tössstock um 1750 234 Jucharten Weiden und Wiesen sowie 447 Jucharten Holz. Der geschätzte Wert der gesamten Holzvorräte am Tössstock betrug 19'060 Gulden (171). Im Jahre 1757 wurden nach dem Ausbruch von Holzstreitigkeiten der Spruchbrief von 1541 revidiert und die Nutzungsrechte klarer ausgedehnt (172).

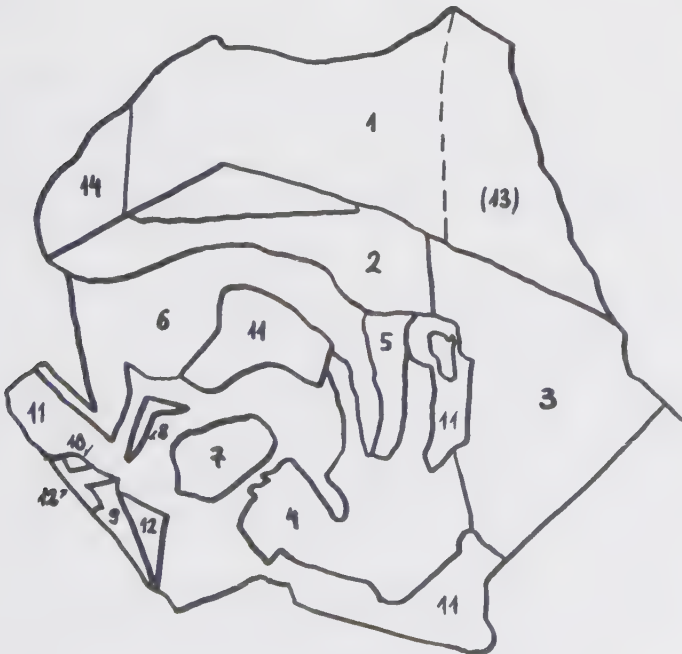
Das Amt verfügte damit noch über ca. 40 Jucharten Wald zum Unterhalt der Alp, auf der 1782 62 Rinder gesömmert wurden. Der jährlich notwendige Bedarf für die Poo- und Schwemmi-Alp betrug ca. 16 Klafter Brenn- und Zaunholz und zusätzliche 8 bis 10 Klafter Bauholz. Die zahlreichen Prozesse gegen Lehenmann Heinrich Honegger zeigen jedoch deutlich, dass weit über den Eigenbedarf hinaus Holz geschlagen wurde. Wie die Untersuchungen der gerichtlichen Kommission ergaben, eignete sich der Beschuldigte zwischen 1780 und 1782 widerrechtlich 79 Klafter Brennholz, 16 "Sagbäume" und 56 "Stumpen" Bauholz an, das er zum grossen Teil verkaufte (173).

Sechs Jahre später brach erneut ein Zwist zwischen Amtmann und Lehenmann aus. Heinrich Honegger verweigerte anlässlich einer Visitation der renovierten Alphütte die Abgabe von Holz an die Amtsverwaltung. Daraufhin gelangte Amtmann Huber an den Obmann: ".. er glaube, er könn' solches thun, weilen er den Zins geben müsse; .. ich bin beglaubt auch diser Lehenmann werde sich gleich anderen betragen müssen; wann etwas Oberkeitliches da oder dort gebannen werden, so nimmt man das Holz in Lehenhölzern und keiner weigeret sich als nur dieser" (174). Angesichts der verworrenen Lage erstaunt es nicht, dass die Alpwälder stark unter Uebernutzung litten.

Die Waldungen am Tössstock

Legende:

1.	Tössstock Zürich Gebiets	236 1/2	J.	6619 S.
2.	Vorder Tössstock	26	J.	8093 S.
3.	Hinderholz	128	J.	17321 S.
4.	Oberschwemmi u. Unterschwemmi	96	J.	12827 S.
5.	Tobel	10	J.	22743 S.
6.	Tobel gegen Vordere Töss	89	J.	34372 S.
7.	Poo-Holz	19	J.	9803 S.
8.	Engibort (1792/93 abgeholzt)	3	J.	4901 S.
9.	Buchhölzli (1792/93 abgeholzt)	7	J.	25642 S.
10.	Kleinhölzli			22550 S.
11.	Weiden bei Alphütten			
12.	"Holz, so Weyd sein sollte"			
13.	Anno 1792 zum Abholzen verkauft			
14.	ausgeholzt			
15.	"Aufwachs, 5,10 bis 20 jährig"			



In einem Bericht von 1789 wird daher die Meinung vertreten, bei sachgemässer Bewirtschaftung könnten jährlich immerhin 25-30 Klafter Holz nach Zürich geliefert werden (175). 1792 machte die Obrigkeit endlich Gebrauch von ihrem Eigentumsrecht an den Lehenwäldern und verkaufte das noch vorhandene Kleinholz auf den Parzellen Engibort und Buchholz gegen 300 Gulden (176).

Der Tössstock:

Wie bereits erwähnt wurde, nutzte das Amt den Tössstock im 16. und 17. Jahrhundert kaum. Um 1750 mass die Zürcher Regierung den dortigen Holzreserven aber bereits grosse Bedeutung zu, und sie begann ihre Eigentumsrechte hartnäckig zu verteidigen. Diskutiert wurden nun vor allem die Fragen der Grenzbereinigung und der künftigen Nutzung. 1756 wird von Zürcherischer Seite folgender Vorschlag gemacht: Die strittigen Hölzer von 600 Jucharten sollten zweigeteilt und alljährlich von beiden Parteien je 5 Jucharten Wald gefällt und verkohlt werden (177). Im Vergleich von 1757 zwischen dem Amt und der Gemeinde Oberholz einigte man sich indessen auf folgende Nutzungsausscheidung:

"Dem Amt Rüti solle eigenthümlich und allein zugehören der hintere Tössstock Zürich Gebiets von nun an und nach gut Befinden zu nutzen. Dem Amt Rüti sollen auf der Alp Pon ohne die ohnstreitigen neun Jucharten in dem alten Ponwald gelegenen und zu allen Zeiten zu des Amts Lehen genutzten Jucharten Holz, item .. auch bis anhin ohnstreitige in ca. 11 Jucharten jungen Aufwachs; alles übrige dermalen auch in der Amts Weyd stehende Holz mit auch der 4 Jucharten Holtz in der Schwemj von nun an eigenthümlich zugehören. Uebrige Waldung dann aber auch auf dem Uznacher Territorio den Oberholzeren." (178).

Seit 1754 hatte das Amt mit dem Abschluss des ersten Köhlerei-Vertrages die systematische Ausbeutung des Tössstocks eingeleitet. Damit war auch der Grundsatzentscheid zugunsten der Köhlerei gefallen.

Verschiedene Vorstösse der Obrigkeit zielten indessen auf wirtschaftlichere Nutzung der Holzreserven. In seiner Antwort auf eine Anfrage des Seckelmeisters vertrat Amtmann Daniel Vögeli die Ansicht, "dz Holtz auss dem Tössstock zu liefern sey eine Möglichkeit". Unter der Voraussetzung, dass man die Wege ausbessern würde, hält er eine jährliche Lieferung von ca. 100 Klafter Buchenholz für realistisch (179). 1790 wird dieses Erschliessungsprojekt endgültig unter den Tisch gewischt. Amtmann Wyss erklärte, die natürliche Lage des Tössstocks mache es unmöglich, "das darauf stehende Holz zu etwas anderem als zum Kohlen zu gebrauchen" (180).

Er schlägt eine bezirksweise Waldversteigerung vor, die zusätzlich den Vorteil habe, "dass der für das Amt Rüti sehr kostbare und überflüssige Plan, eine Strasse zu machen von selbst wegfällt".

Mit dem Entscheid für die Köhlerei waren jedoch noch keineswegs sämtliche Fragen gelöst.

1. Wie weit sollte sich das Amt an dem Kohlegeschäft beteiligen?
2. Welche Bedingungen sollten für den Holzschlag gelten?
3. Nach welchen Prinzipien sollte die amtliche Forstpolitik gestaltet werden?

Von vornherein verzichtete das Amt Rüti auf die direkte und vollständige Nutzung des Waldes. Die Gründe dafür sind nicht klar. Offensichtlich wollten sich die Amtleute zusätzliche Arbeit und Kosten ersparen. Einsicht in die Notwendigkeit einer geregelten und nachhaltigen Betriebsweise war bei den Verantwortlichen nicht vorhanden. Das Amt verfolgte die Politik, mit möglichst wenig Arbeits- und Kapitaleinsatz, kurzfristig maximale Gewinne zu erzielen. So überliess man den eigentlichen Holzhandel Privaten, im allgemeinen einheimischen Interessenten. Trotz mehreren Versuchen gelang es nie, "eine ganze Societet von Feur Arbeitern oder gar eine Zunft" für die Uebernahme der gesamten Waldung zu gewinnen (181). Auch die Verantwortlichen in Zürich zeigten wenig Interesse. 1791 schrieb Amtmann Wyss: "Hab mich verwundert, das der Kohlenmeister von Zürich oder andere Feur Arbeiter sich nicht hinder diese Enterprise gewagt haben, da doch dasselbe in Augenschein genohmen worden" (182).

Während die Gruppe der interessierten Händler in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts im wesentlichen gleichblieb, veränderte sich das Geschäftsgebahren des Amtes in Richtung auf bessere Kontrolle und höhere Preisforderungen. Der zweite auf vier Jahre abgeschlossene Vertrag betreffend Gewinnung von Holzkohlen am hintern Tössstock datiert vom 30. Januar 1759. Das Amt bewilligte den Gebrüdern Lätsch, Hans Schaufelberger und Jakob und Hans-Jakob Brändli jährlich 300 Karetten Holzkohle gegen Bezahlung von 35 s/Karren zu produzieren. 1762 wurde das Kontingent auf 380 Karren erhöht. Die Köhler hatten sich an folgende Bedingungen zu halten:

1. Die Wagen werden auf das rechte Mass eingestellt.
2. Die Kohlen müssen zum grössten Teil nach Zürich geliefert werden.
3. Das Holz am Boden eben abhauen.
4. Die Aeste so vil möglich zum Kohlen gebrauchen.
5. In einem Bezirk ununterbrochen mit dem Kohlen fūrfahren.
6. Die Wege ohne einichen des Amts Costen in Ehren halten.

7. Brändli und Lättsch sollen die angewiesenen Bezirke völlig abkohlen und aufbutzen.
8. Auf Begehren habhafte Bürgen stellen. (183).

1764 forderte die Schmiedezunft Holzkohle aus dem Tössstock. Der Amtmann sollte 3 Ladinen oder 120 Karreten Kohle brennen lassen und in den städtischen Holzschopf liefern (184).

Im Jahre 1765 berichtete der Rütiamtman über die "Tössstockischen Kollen Brenneren". Der Rat kam zum Schluss, dem Amtmann das Kohlen zu unter-sagen; die Amtsverwaltung sollte sich inskünftig nicht mehr mit den Kohlen-brennern befassen. Vier Gruppen sollte das Brennen überlassen werden. Diese seien vorzuladen, um ihnen darzulegen, wie der Wald so viel als möglich geschont werden könnte. Es dürfe auch nicht das Geringste mehr gekohlt werden als das Traktat vereinbarte (185).

Mit der Respektierung dieser Vorschriften war es in der Tat nicht weit her. Das beweisen folgende Bemerkungen von Obmann Escher und Zunftmeister Scheuchzer: "Dem Herrn Amtmann soll übertragen werden, ein wachsames Aug zu halten, dass viel berührtes Brennen in allen Theilen in gebührender Ordnung den Fortgang habe, den allseitigen Kohlenbrennern aber auf das ernstliche anzubefehlen seye, alle ihre Pflichten und Obliegenheiten getreulich und punctlich zu halten. (..)" (186).

Dank der schwer überprüfbaren Verrechnung der Holzkohleproduktion nach "Karreten" konnten die Köhler die Amtsverwaltung ständig übervorteilen. Zudem stand für sämtliche Waldungen auf Poo, Scheidegg und am Tössstock bloss ein einziger Bannwart zur Verfügung, der eine jährliche Besoldung von 55 Pfund bezog (187).

Wegen dieser Missstände ging man in den achziger Jahren zu einer anderen Masseinheit über. Es wurde folgende Variante angewandt: Versteigerung von einzelnen ausgemessenen Bezirken aufgrund des geschätzten Holzvorrates /Verschrotung und Abtransport gingen zu Lasten des Käufers (188). Auf die besser überprüfbare Berechnung nach Klaftern Holz wurde verzichtet; offenbar weil die Kontrolle zu aufwendig schien.

Im Jahre 1791 wurden aufgrund der Vorratsschätzungen durch Forstmeister Hotz 70 Jucharten Holz im Tössstock an die Gebrüder Schaufelberger und Hans-Rudolf Schönenberger gegen 1850 Gulden verkauft. Nur wenige hatten an der Gant teilgenommen (189). Die Käufer verpflichteten sich folgende Bestimmungen einzuhalten:

- "I. Soll das Holz in der Ordnung und forstmässig geschlagen, dem jungen Aufwachs geschont, ein Stuck nach dem andern abgeholzet, und dem darauf stehenden Holz keinen Schaden zugefügt werden, sonst söliches als ein Frevel anzusehen (..)
- II. In Zeit von 15 Jahren soll das Holz geschroten und der Plaz geräumt werden.
- III. Die Zahlungen sollen jährlich nach Proportion des geschrotenen Holzes geschehen, worüber alle Jahr von Amts wegen ein Ueberschlag gemacht werden muss.
- IV. Sollen keine Kohlen ausser das Zürich Gebiet verkauft werden.
- V. sollen zwey anständige und bemittelte Männer als Bürgen gestellt werden (..) (190).

Versuchen wir einmal festzustellen, welche Quantitäten an Holz zwischen 1754 und 1790 aus dem hintern Tössstock bezogen wurden. Nach der Aufstellung von 1756 ergab sich folgende Ausgangslage:

- Der Bestand am hintern Tössstock wies ein durchschnittliches Alter von 40 Jahren auf.
- Der Bestand am vordern Tössstock war lückenhaft und maximal 30 Jahre alt (191).
- Im Jahre 1754 begannen die Oberholzer im südlichen Zipfel des hintern Tössstocks 26 Jucharten 9803 Schuh auszuholzen (192).
- Nach den gescheiterten Grenzverhandlungen von 1762 fällten die Oberholzer ein Waldstück von 34 1/2 Jucharten im hintersten Tössstock, zwischen der Schwemmi und dem Marchstein am Dägelsberg (193).

Gemäss dem Visitationsbericht einer obrigkeitlichen Kommission von 1782 begann im Jahre 1754 die vertraglich geregelte Köhlerei am Tössstock. In den Amtsrechnungen tauchen aber erst 1760 Einnahmen von entsprechenden Holzbezügen auf. Danach bezahlten die Kohlenhändler von 1760 bis 1790 für total 5509 1/2 Karreten Holzkohle 10'588 Pfd. Zürcher Währung (194). Gesamthaft wurden also in den fraglichen dreissig Jahren mindestens 17'400 m³ Holz am Tössstock geschlagen. Der jährliche Beitrag zur Deckung des Brennholzbedarfs der Stadt Zürich, der damals rund 10'000 Klafter ausmachte, betrug maximal 4 %. Aus dieser Sicht betrachtet, war die Holzproduktion am Tössstock gering. Die Köhlerei war jedoch eine wichtige Nebenbeschäftigung für arme Bauern und Heimarbeiter (195). Für das Amt fielen die Einnahmen aus dem Holzverkauf ebenfalls ins Gewicht. Zwischen 1760 und 1790 trug der Holzverkauf durchschnittlich 7 % des Gesamtertrags des Amts ein. Dazu kam der Erlös von den übrigen Verkäufen und der Sägerei. In einer Beilage zum Vertrag von 1762 findet sich folgende Kostenrechnung:

"Von einer Kahreten Kohl wird erfordert ein Claafter Holz 4 Schuh lang.

dz holz zu schroten		20 s.	
Kohler- und Brennerlohl	2 lb		
Fuhrerlohn an See	2 lb	8 s.	
dem Amt wird bezahlt		35 s.	
Total	7 lb	3 s."	(196).

Dabei verdiente der Kohlenhändler sicher nochmal ein Pfund beim Verkauf der Holzkohlen in Zürich.

5.4. Die waldbaulichen Veränderungen

Bis Mitte des 18. Jahrhunderts finden sich in den Quellen keinerlei Angaben über den Zustand der Wälder am Tössstock. Erstmals wurden einzelne Waldungen und Weiden im Grenzgebiet im Jahre 1734 vermessen. In einer Zusammenstellung von Feldmesser Bleuler um 1760 sind sämtliche Wälder mit genauen Flächenangaben aufgeführt (197).

5.4.1. Die Alpwälder von Scheidegg :

Ueber die Alpwälder von Scheidegg finden sich in einem 1790 erstellten Bericht von Forstmeister Hotz folgende Angaben:

- Gestell-Holz / "Erstens: 9 Jucharten, das Gestell Holz genamnt under der oberen Alphütten. Dieses hat guten Holzboden, ist meistes mit Buchen und etwas Anhorn Holz von 60 bis über 80 Jahr alt aber nicht wohl besez, auch hat es etwas Weis und Rodann Aufwachs von 10 bis 24 Jahr alt."
- Gächhölzli / "Zweitens: 4 1/2 Jucharten das Gäch Hölzli genamnt, dieses liegt an einer gächen Halten fürder dem Gestell Holz. Hat ziemlich guten Holzboden, ist mit Buchholz und etwas Dann Holz von 40 bis über 50 Jahr alt ziemlich wol besez."
- Tösshalde / Drittens: Ungefahr 60 Jucharten die Tösshalden genamnt, under der Kalber Weyd ist meistes gehe Halten und villen Felsen mit starken Töblern und Waser Runs. Dann hat es an einichen Orten guten Holzboden so das über 40 Jucharten mit Weis und Rodann und Bucheholz von 30 bis 50 Jahr alt, an einichen Orten wol besez."
- Schindel- und Stecktannen sind keine mehr vorhanden (198).

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich die 73 1/2 Jucharten grossen

Alpwälder gegen Jahrhundertende in relativ gutem Zustand befanden. Die Waldfläche hat zwischen 1754 und 1800 kaum mehr Veränderungen erfahren. Ebenso blieb die Holzarten-Zusammensetzung konstant.

5.4.2. Die Alpwälder von Poo :

Wenig erfreulich verlief die Entwicklung in der Alp Poo. Einerseits verringerte sich die Waldfläche durch Weidegewinnung und Kahlschläge von ca. 50 Jucharten auf 20 Jucharten. Andererseits wurden die restlichen Bestände durch übermässigen Frevel schwer geschädigt. Im Bericht einer obrigkeitlichen Kommission von 1782 finden sich folgende Angaben zur Holzartenmischung: "Alle Hölzer .. liegen an wilden Rainen und haben Tannholz und Lerchenholz durch einander vermischt; das Buchenholz ist meistens sehr verdreht und verrucht, welches eine Wirkung der heftigen Windstürme ist, denen sie ausgesetzt sind" (199).

Die grösste Alpwaldung, das ca. 20 Jucharten umfassende Pooholz, wird 1789 wie folgt charakterisiert:

".., ungefähr 6 Jucharten ist mit jungem Aufwachs meistes Buchenholz von 12 bis 20 Jahren alt. Wohl Besatz mit starkem Wachstum. Ungefähr 14 Jucharten ist meistes Buchen und Weissdanneholz von 100 und mehr Jahr alt, aber nicht mehr besetzt. (..) An ausgewachsenen Waid Holtz stehet in dieser Waltung annoch über 800 Klafter." (200)

Im Jahre 1792 sah sich die Obrigkeit gezwungen, das Engibort und Buchhölzli zu verkaufen. Das 7 1/2 Jucharten grosse Areal war durch unbewilligte Holzschläge dermassen ruiniert worden, dass der betreffende Holzvorrat zum Zeitpunkt der Versteigerung nurmehr ca. 160 Klafter betrug (201).

5.4.3. Der Tössstock :

Die Wälder am Tössstock wurden zwischen 1750 und 1800 praktisch vollständig abgeholzt. Nach einer Zusammenstellung von Feldmesser J. Bleuler war der auf Zürcherischem Territorium liegende Teil des Tössstocks um 1760 noch zu 89 % bewaldet (202).

1782 lieferte eine obrigkeitliche Visitationskommission folgenden Bericht ab:

"Der Tössstock ist seit 28 Jahren den Kohlenbrennern gegen Abtrag übergeben worden, so dass nur noch 1/4 übrig ist gegen der hinteren Töss, welches die schönste Waldung ist, die wir in diesen Gegenden gesehen haben, ohngefähr 50

Jahre alt, aber noch in dem schönsten Wuchs .. Gegen der Spitze des Tösstocks, wo die vordere und hintere Töss zusammenfliessen ist das Holz schlechtes vom Wind verdrehet und vieles ist umgefallen, dass also nothwendig solte aufgemacht werden. Uebrigens ist der abgeholzte Theil wieder voll schönen Anflugs zwischen den scheustlich Nagelfluhenen (..)." (203)

Nach einer Beschreibung vom 20. Oktober 1789 wies das oben erwähnte Reststück von 60 Jucharten lediglich ein Alter von maximal 32 Jahren auf. Bereits drei Jahre später wurde dieses um 1850 Gulden verkauft. Der 200 Jucharten umfassende, zwischen 1754 und 1782 geschlagene Bestand am hintern Tössstock hatte sich nach Forstmeister Hotz aus Buchen, Rot- und Weisstannen zusammengesetzt und ein Alter von 80 bis 100 Jahren besessen (204).

Eine Verordnung der Holzkommission betreffend die Waldungen des Amts Rütli von 1794/95 widerspiegelt die Situation zu Ende des 18. Jahrhunderts: 59 $\frac{3}{4}$ Jucharten am Tössstock sind "leer"; 203 $\frac{1}{4}$ Jucharten "junger Aufwachs von 1 bis 30 Jahren" (205).

Wie dem Inventar von Oberforstmeister Landolt zu entnehmen ist, wiesen die Waldungen am Tössstock noch 1879 einen beträchtlichen Vorratsmangel auf (206).

Schon kurz nach den ersten grössern Kahlschlägen im Gebiet des Tösstocks machten sich nachteilige Folgen auf den Wasserhaushalt bemerkbar. In seiner "Memorabilia Tigurina" verzeichnete Werdmüller für die Zeit von 1730 bis 1790 neun bedeutende Hochwasserjahre (207). Auch im 19. Jahrhundert hielten die Hochwasserschäden im Tösstal an (208).

6. DIE UEBRIGEN AMTSWALDUNGEN

6.1. Die älteren Amtshölzer

Ausser dem Rütivald und dem Areal am Tössstock verfügte das Amt Rüti über mehrere kleinere Hölzer. Wirtschaftlich fiel das rund 23 Jucharten umfassende Areal kaum ins Gewicht. Dafür gab es umso grössere Probleme mit der Beaufsichtigung der einzelnen Wälder. Obwohl die meisten der kleinen Hölzer in der nähern Umgebung von Rüti lagen, gelang es den zuständigen Bannwarten nie, den Frevel unter Kontrolle zu bringen. Zudem verkaufte das Amt von Zeit zu Zeit bestimmte Parzellen. Um 1700 befanden sich sechs kleinere Wäldchen im Besitz des Amtes:

- Das Herrenholz ob Tann: Das $4 \frac{3}{4}$ Jucharten grosse Herrenholz kam im 17. Jahrhundert in den Besitz des Amtes. Nach einem Bericht von Rütiamtmann Oeri war sein Zustand zu Beginn des 18. Jahrhunderts noch befriedigend (209). heute befindet sich das Herrenholz im Eigentum der Gemeinde Rüti.
- Das Haselholz bei Rüti: Es war im Jahre 1599 gegen Abtretung einer Parzelle des Rütivaldes erworben worden (210). 1681 war nurmehr 60 % des Areals bestockt (211). Zu Ende des 19. Jahrhunderts wurde es gänzlich abgeholzt. Noch 1760 umfasste es $5 \frac{3}{4}$ Jucharten (212).
- Das rund 2 Jucharten umfassende Spyrholz liegt südöstlich von Rüti. Hier handelt es sich sehr wahrscheinlich um einen Ueberrest des ehemaligen Klosterwaldes im Gebiet der Dachsegg.
- Das Eichholz ($5 \frac{1}{4}$ Jucharten), zwischen Kempton und Robenhausen gelegen, bildete bis 1651 einen Bestandteil des sogenannten Künghofes von Kempton. Bei einem Güterverkauf behielt sich das Amt ausdrücklich das Eichholz vor (213). Nach Meier wurde es um 1830 abgeholzt. Es ist seither nicht mehr aufgeforstet worden (214).
- Das innere und äussere Buchholz bei Rüti gelangten im Jahre 1684 in den Besitz des Amtes. Zuvor hatten diese Hölzer zum Bauhoflehen gehört. Heute ist das $5 \frac{3}{4}$ Jucharten grosse Areal Teil des Gemeindewaldes von Rüti.

Diese sechs kleinen Komplexe blieben bis 1798 als Amtlehen in Staatsbesitz. Später wurden sie verkauft oder gegen andere Waldstücke eingetauscht.

6.2. Der Sennwald

Der Sennwald, wenige Kilometer östlich von Grüningen gelegen, war während Jahrhunderten Eigentum der Kommende Bubikon. Nach dem Bubikoner Urbar von 1688 unterstanden dem Statthalter u.a. "300 Jucharten Holtz, Weid und Wiese, genannt Sennwald" (215). 1789 verkaufte der Hochmeister des Johanniterordens dem Gerichtsherr Junker Escher von Berg grosse Teile der Herrschaft Bubikon. Ein Jahr später überliess dieser für mehr als 100'000 fl. der Stadt Zürich die eben erworbenen Gerichte, Zehnten, Zinse und Kollaturen. Das Ritterhaus und 245 Jucharten Land verblieben vorerst noch im Eigentum von Jr. Escher (216). Gleichzeitig wurde der Einzug der Gefälle und die Aufsicht über einen Teil des Sennwaldes dem Amt Rüti zugeteilt. Im September 1790 kam es anlässlich der Ausscheidung eines Pfrundholzes zu einer harten Auseinandersetzung mit dem Pfarrer von Bubikon.

Als Junker Escher, wenig später, an den Verkauf der restlichen 60 Jucharten Sennwaldes dachte, erstattete Forstmeister Hotz der interessierten Obrigkeit deatillierten Bericht über den Zustand der Waldung. Noch im Mai 1792 sprach er sich gegen den Kauf aus. Er betonte, der Wald weise schwere Frevelschäden auf, und zudem sei die Entfernung von Rüti zu gross (217). Anfang Juni vertrat Hotz indessen die gegenteilige Auffassung. Er schrieb:

"Diese Waltung ist im Ganzen mit einem des besten Holzbodens beschaffen, von Underhalt der Zäunungen, auch des gänzlichen Weydrächts und Weydvich befreyt und gesichert. Diese Waltung liegt 1 Stund vom Ambt Rüti und 3/4 Stund vom Schloss Grüningen und 1 Stund vom Zürichsee, an alle drei bemelten Ort hat es gute Strassen und keine Berg zu befahren. Das diese Waltungen zu dem Schloss Grüningen und dem Ambt Rüthi sehr höchst nötig seyn, zeigt sich aus der Holzordnung der Herrschaft Grüningen 1778 und der Holzordnung des Ambt Rüti 1777 und 1779, .. " (218).

Trotz dieses Gutachtens kam das Geschäft im Ancien Régime nicht mehr zustande. Erst im Jahre 1811 erwarb der Kanton Zürich durch einen Tausch mit dem neuen Besitzer den grössten Teil des Sennwaldes, nämlich 81 Jucharten. Dem Verkäufer, Oberst Johann Jakob Meyer, wurden 4500 Gulden ausbezahlt sowie ca. 20 Jucharten Land abgetreten (219). Neun Jahre später kaufte der Kanton von den Erben Meyers das Ritterhaus mit mehr als 100 Jucharten Wies- und Ackerland, und 40 Jucharten Wald im Schönbühl und bei Kämmoos (220). Heute gehört das ca. 31 ha umfassende Sennwald-Areal zur Staatswaldung Grüningen (221).

6.3. Tägernauer Wald

Das heutige Staatswaldareal bei Tägernau und Jungholz, westlich von Grüningen gelegen, entstammt zum grossen Teil ehemaligem Lehengut des Amtes Rüti. Hier gelang es in der Helvetik die Lehenwälder der dortigen Höfe als Staatseigentum zu erhalten. Zudem wurden seit 1833 mehrere Dutzende Hektaren ehemaligen Kultur- und Weidelandes aufgeforstet (222). Zu den beiden Handlehenhöfen Jungholz gehörten um 1700 ca. 19 Jucharten, zum Handlehen Tägernau ca. 41 Jucharten Lehenwald. Anlässlich der obrigkeitlichen Umfrage von 1760 sandte Amtmann Bullinger folgenden Bericht nach Zürich:

"Jungholzlehen: a. junger Aufwachs, gar wenig Bauholtz / b. schön jung Holtz, aber wenig Sagblöcher." (223).

Betreffend die Hölzer von Tägernau ist ein Bericht von Rütiamtman Gessner aus dem Jahre 1781 erhalten:

"So hab die Ehre zu berichten, dass in diesen ca. 40 Jucharten Holz, so laut Lehenbriefen zu diesem Lehen gehören, 6 Jucharten mit Bauholtz befindlich, zu welchen die beyden Lehenmänner nebst dem Forster alle mögliche Sorgfalt bis dahin getragen haben, und gleichwohl stehet das Holz zum Theil dünn und zum Theil ist junger schöner Aufwachs; so dass in allem über 70 Stuck -darunter das dickste 15-zöllig Läden gibt - nicht zu finden wären." (224)

Im Vergleich zu den übrigen Handlehenwäldern stand die Sache jedoch nicht schlecht. Heute ist beinahe der gesamte Waldkomplex südlich von Jungholz und Tägernau in Staatsbesitz und als solcher Teil der Staatswaldung Grüningen. Dabei ist zu bedenken, dass die gegenwärtige Staatswaldung Grüningen nicht identisch mit der frühern Vogteiwaldung ist.

ZUSAMMENFASSUNG

Mit der Reformationszeit gelangten durch die Säkularisierung der Klöster die ehemaligen Herrschaftswälder in den Besitz des Staates. Durch die Aufhebung der Prämonstratenserabtei Rüti gingen zahlreiche Kloster- und Lehenwälder in die Hand der Obrigkeit über. Die direkt vom Amtmann in Rüti genutzten Wälder umfassten über 200 ha. Die grösseren Waldungen blieben bis zum Ende des Ancien Régime in Staatsbesitz. Dabei lassen sich für die Zeit von 1525 bis 1798 drei Ebenen der Verwaltung unterscheiden.

Zuunterst in der forstlichen Aufsichtshierarchie standen die sogenannten Bannwarte. Meist übernahmen die Inhaber von bestimmten Lehenhöfen die geforderten polizeilichen Ueberwachungsaufgaben. Als Entschädigung erhielten sie Holzlieferungen oder andere Naturalien. Diese aus dem Mittelalter übernommene Organisationsform erwies sich als ungeeignet zur Durchsetzung einer straffen obrigkeitlichen Forstpolitik.

Entscheidend für den Bestand der Amtswälder war die Tätigkeit der Amtleute. Sie hatten dem Rechenrat als übergeordneter Stelle regelmässig Bericht zu erstatten, die obrigkeitlichen Anweisungen bekannt zu machen und auf deren Durchführung zu achten. Die regionale Forstpolitik hing in hohem Masse von der persönlichen Einstellung und vom Einsatz dieser Regierungsvertreter ab. Nachteilig auf den Zustand der Amtswälder wirkte sich v.a. das fehlende Durchschlagsvermögen und der ständige Wechsel der Amtleute aus. Im übrigen kümmerten sich die Amtleute lieber um ihre eigenen Interessen und Vorteile.

Der Rechenrat versuchte durch Reglemente und Mandate die Nutzung der Wälder zu beeinflussen. Obrigkeitliche Holzordnungen setzten im Bereich des Amts Rüti in der Mitte des 16. Jahrhunderts ein und nahmen in der Folge ständig zu. Da die forstpolitischen Massnahmen von Seiten der Regierung oft am Mittelbau der Verwaltung abprallten, wurden theoretische Verbesserungsvorschläge nur vereinzelt in die Praxis umgesetzt.

Das Hauptinteresse der Obrigkeit galt dem nahe der Klostergebäude gelegenen Rütiwald. Sehr wahrscheinlich war dieser ursprünglich ein Bestandteil des Stiftungsgutes der Abtei gewesen. Namentlich wird er erstmals in einer Urkunde von 1509 erwähnt. Seit der Reformation bildete er einen wichtigen Teil des Amtlehens. Während Jahrhunderten lieferte er den Grossteil des Brenn- und Bauholzes für das Amt. Alljährlich bezog man ca. 200 Klafter Holz. Schon zu Ende des 16. Jahrhunderts griff die Obrigkeit zum Schutz des Waldes ein. Das

Mandat von 1557 enthält einige richtungsweisende und fortschrittliche Bestimmungen.

Die Nutzungen wurden örtlich und zeitlich beschränkt und die Hauungen sollten in bestimmter Ordnung erfolgen. Diese Regelung blieb bis ins 18. Jahrhundert in ihren Grundsätzen gültig. Eingehalten aber wurde sie nicht. Angesichts des drohenden Holz Mangels begann man in den kahlgeschlagenen Flächen Torf zu stechen. Um 1750 wies der Rütwald lediglich noch einen einzigen grösseren und ertragreichen Bestand auf. Angesichts dieser prekären Lage gelangte die Regierung zur Einsicht, dass mit stets zu erneuernden Verboten keine Erfolge zu erzielen waren. In den sechziger und siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts entspann sich unter dem Einfluss der oekonomischen Bewegung eine intensive Diskussion um Sanierungsmassnahmen. Verschiedene führende Politiker und Kommissionen erarbeiteten Gutachten zur Wiederaufforstung mit Eschen und Erlen. Damit setzte eine allmähliche Besserung ein. 1794 wurde mit einer detaillierten Erfassung der jährlichen Holzschläge begonnen. Damit war der während Jahrhunderten vorherrschende regellose Plenterbetrieb im Rütwald zu Ende.

Der im südöstlichen Grenzabschnitt des Zürcherischen Territoriums gelegene Tössstock war noch Ende des 14. Jahrhunderts Eigentum des bei Winterthur gelegenen Klosters Töss gewesen. 150 Jahre später finden wir ihn im Besitz des Amtes Rüti. Während mehreren Jahrhunderten rangen in diesem Gebiet die Stände Zürich, Schwyz und Glarus um den Verlauf der Grenze zwischen der Landvogtei Grüningen und der gemeinen Herrschaft Uznach. Die erste urkundlich belegte Auseinandersetzung ereignete sich im Zuge der Toggenburger Erbschaftskriege. Infolge der fortschreitenden Rodungstätigkeit im Bereich der Alp Scheidegg und Poo sowie am Dägelsberg wurden im 16. Jahrhundert weitere Grenzpräzisierungen notwendig. Kurz zuvor hatte die Zürcher Obrigkeit den einstigen Amtswald Dägelsberg für die Urbarmachung an die Gemeinden Fischenthal und Wald vergeben. Der Tössstock und die zu Beginn des 16. Jahrhunderts erworbenen Alpen blieben bis 1798 als obrigkeitliches Eigentum erhalten.

Im 16. und 17. Jahrhundert wurde der Tössstock vom Amt Rüti kaum genutzt. Grössere Bedeutung kam damals den Alpen Poo und Scheidegg zu. Um 1550 wurde die während mehreren Jahren vernachlässigte Alp Scheidegg saniert. Wenige Jahrzehnte später erlaubte man einigen Oberholzer Bürgern sogar mehrere Jucharten Wald zu roden und nach dem System der Egartenwirtschaft zu nutzen.

Das erneute Aufflackern der Grenzstreitigkeiten in der Mitte des 18. Jahrhunderts hängt eng mit der regionalen Holzverknappung zusammen. Indem sich Glarus und Schwyz auf den Wortlaut des massgebenden Marchenbriefes von 1479 beriefen, vertraten sie die Auffassung, der gesamte Tössstock liege nicht mehr auf Zürcher Territorium. Die benachbarten ausserkantonalen Gemeinden waren nicht an einer raschen Klärung der Differenzen interessiert. Zwanzig Jahre vergingen bis eine definitive Regelung in Kraft trat. Dank den unsicheren Eigentumsverhältnissen konnten die Bauern von Oberholz und Goldingen, gewissermassen vor den Augen der Zürcher Obrigkeit, die umstrittenen Wälder zu ihren Gunsten ausbeuten.

Seit den fünfziger Jahren aber trieb auch die Zürcher Regierung die systematische Nutzung der Waldung am Tössstock voran. Dabei verfolgte das Amt die Politik, mit wenig Arbeits- und Kapitalaufwand kurzfristig möglichst grosse Gewinne zu erzielen. Die eigentliche Nutzung wurde den privaten Holzhändlern überlassen. Das gefällte Holz wurde verkohlt; pro Klafter Holzkohle mussten dem Amt 35 s. bezahlt werden. Zwischen 1760 und 1790 wurden allein am Hintern Tössstock mindestens 17400 m³ Holz geschlagen und verkohlt. Verschiedene Vorstösse der Obrigkeit zielten indessen auf eine wirtschaftliche Nutzung dieser kostbaren Holzreserven. Dazu wäre aber eine verkehrstechnische Erschliessung des Tössstockgebietes notwendig gewesen. Da die Amtleute vor einem Ausbau der bestehenden Wege zurückschreckten, ging der Raubbau weiter. Oftmals wurden nicht einmal die vertraglich festgelegten Schlagfolgen eingehalten. Im Jahre 1782 war nur mehr ein Viertel des Hintern Tössstock bewaldet. Wenig später verkaufte das Amt auch die restlichen 70 Jucharten Holz. Der Erlös dafür betrug 1850 Gulden.

In schlechtem Zustand befanden sich auch die dem Amt zur Aufsicht unterstehenden Waldungen der Alp Poo. Innert weniger Jahrzehnte verringerte sich deren Areal von ca. 50 auf 20 Jucharten. Im Jahre 1792 sah sich die Obrigkeit gezwungen, die dortigen Parzellen Engibort und Buchhölzli zu verkaufen. Das 7 1/2 Jucharten umfassende Areal war durch Frevel dermassen gelichtet worden, dass sein Holzvorrat zum Zeitpunkt der Versteigerung nurmehr 185 m³/ha ausmachte.

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts waren grosse Teile der Alp Scheidegg, wie schon 200 Jahre zuvor, stark verwachsen. In den folgenden Jahren stellte man die ursprüngliche landwirtschaftliche Nutzfläche von 100 Jucharten nicht nur wieder her, die Weiden wurden sogar erheblich erweitert. Da jedoch die noch übrig gebliebenen 73 1/2 Jucharten Wald für den Bedarf an Brenn- und

Bauholz ausreichen, befanden sich diese Alpwälder um 1800 in relativ gutem Zustand.

Wer sich bewusst ist, welches Erbe die moderne Forstwirtschaft hier angetreten hat, der wird die im 20. Jahrhundert erbrachten Leistungen umso höher schätzen.

Ausser dem Rütwald und dem Areal am Tössstock verfügte das Amt Rütli über mehrere kleinere Hölzer, die insgesamt eine Fläche von rund 23 Jucharten ausmachten. Nach 1798 wurden diese verkauft oder gegen andere Waldstücke eingetauscht.

Der Sennwald bei Bubikon war bis 1789 Eigentum des deutschen Hochmeisters der Johannitergesellschaft. 1790 kaufte der Staat für mehr als 100'000 Gulden den grössten Teil der Herrschaft Bubikon. Im Jahre 1811 gelangte der Kanton in den Besitz des gesamten Sennwaldes. Schon zwei Jahrzehnte früher hat sich Forstinspektor Hirzel für den Kauf des in gutem Zustand befindlichen Sennwaldes ausgesprochen.

Der heute zur Staatswaldung Grüningen gehörende Waldkomplex bei Tägernau und Jungholz entstammt zur Hauptsache ehemaligem Lehengut des Amtes. Ausnahmsweise gelang es in der Helvetik Teile der dortigen Lehengüter als Staatseigentum zu erhalten. Im allgemeinen schlugen Versuche zur Uebnahme der ehemals unter obrigkeitlicher Aufsicht und Eigentumshoheit stehenden Lehenwälder fehl. Immerhin machten die den 74 Lehenhöfen des Amtes Rütli zur Nutzung überlassenen Hölzer ca. 600 Jucharten aus. Im 19. Jahrhundert gingen sie zumeist gänzlich in Privatbesitz über.

Der vorliegende forstgeschichtliche Teil behandelt ein Randgebiet des Zürcherischen Stadtstaates. Die obrigkeitliche Politik gegenüber den peripher gelegenen Amtswäldern unterschied sich stark von jenen in der Nähe der Hauptstadt gelegenen Forste. Hier stand nicht die Sicherung der städtischen Holzversorgung im Vordergrund. Die Gründe für das zeitweilig starke Interesse der Regierung an den Amts- und Lehenwäldern im Oberland sind andernorts zu

suchen. Wie das Beispiel des Tössstocks zeigt, ging es nicht in erster Linie um den Schutz der Wälder, sondern um die Verteidigung der städtischen Eigentumsrechte und Vorherrschaft in den Landvogteien. Die zum Teil erfolgreiche Rettung der Wälder vor dem Rodungswillen der rasch wachsenden Landbevölkerung stärkte die Position der Obrigkeit. Ueberspitzt könnte man sagen, die forstwirtschaftlichen Massnahmen der Regierung im Ancien Régime seien ein Nebenprodukt der grossen Politik.

Dank grossem Einsatz vermochte die Obrigkeit ihre Ansprüche auf die Amtswälder zu bewahren, in der Auseinandersetzung um die Lehenwälder aber unterlag sie.

Schon vor der helvetischen Revolution waren die Lehenwaldungen faktisch Eigentum der Leheninhaber gewesen. Insofern änderte sich im 19. Jahrhundert nicht viel. Die endgültige Ueberwindung des obrigkeitlichen Hoheitsrechtes brachte jedoch eine Ausschliessung der staatlichen Einflussnahme auf diese Waldungen mit sich. So gesehen war der Besitzwandel wichtig und von langfristiger Wirkung.

SCHLUSSWORT

Seitdem die Stadt Zürich im Laufe des Spätmittelalters die Landeshoheit über ein beträchtliches Territorium errungen hatte, erhob die Obrigkeit Anspruch auf staatliche Forsthoheit. Der Ende des 15. Jahrhunderts von Bürgermeister Waldmann unternommene Versuch, einzelne Bereiche der Waldnutzung und -Aufsicht durch landesweit gültige Forstgesetze einheitlich zu regeln, scheiterte am Widerstand der Untertanen. Nachdem das Stadtreghment in der Reformationszeit durch die Verstaatlichung der Klöster zum bedeutendsten Grundherr und Waldbesitzer im Kanton aufgestiegen war, kam es in der Folge zu einer merklichen Straffung der Landesverwaltung und zu einer Reaktivierung der zentralen Forstpolitik. Insbesondere die Schaffung des Rechenrates bewirkte im 16. Jahrhundert eine Verschärfung der landesherrlichen Forstaufsicht in den obrigkeitlichen Wäldern und den bauerlichen Gemeinhölzern.

Während die forstlichen Massnahmen gegenüber den engern Stadtwaldungen in erster Linie auf die Sicherstellung der hauptstädtischen Holzversorgung abzielten, ging es bei den über das ganze Territorium zerstreuten Amts- und Vogteiwäldern hauptsächlich darum, die landesherrlichen Eigentumsrechte gegenüber den herkömmlichen Nutzniessern zu verteidigen. Abgesehen von den im Albisgebiet und am Zürichberg gelegenen Forsten, spielten die obrigkeitlichen Eigenwälder für die Holzversorgung Zürichs kaum eine Rolle. Daher kam den Holzeinfuhren aus den südlichen und östlichen Nachbarkantonen schon früh grosse Bedeutung zu. Während die Landesherrschaft bis zum Ende des Ancien Régime die Waldbenutzung, -Bewirtschaftung und -Aufsicht betreffend die Amts- und Vogteiwälder weitgehend in den Griff bekam, war sie letztlich nicht imstande, ihre Obereigentumsrechte gegenüber den Lehenwaldbesitzern geltend zu machen.

Dagegen gerieten die ländlichen Gemeinwälder, wenn auch in unterschiedlichem Masse, zusehends unter obrigkeitliche Bevormundung. Die seit dem 15. Jahrhundert ständig wachsende Zahl von Streitigkeiten zwischen Gemeinden um Wald und Weide und die immer häufiger auftretenden innerdörflichen Konflikte um Gemeingüter eröffneten der Regierung vielfältige Einflussmöglichkeiten. Im Gegensatz zu den süddeutschen Territorien, wo pauschale Jagd- und Forstordnungen die landesherrliche Politik prägten, betrieb man in Zürich eher eine kleinräumige Forstpolitik. Zwar verzichtete die Obrigkeit nicht auf das Mittel

allgemeiner Waldmandate, grössere Bedeutung erlangte jedoch der Erlass sogenannter Holzordnungen. Allein bis 1600 kamen Dutzende von Gemeinden in den "Genuss" spezieller Gemeindewaldreglemente. Die Holzordnungen schränkten in den verschiedensten Bereichen die Verfügungsgewalt der Gemeinden über deren Waldungen ein. Damit vollzog die Landesherrschaft den Schritt von der blossen Oberaufsicht zur aktiven Mitwirkung bei der Anweisung und Kontrolle der Waldnutzungen. In der Regel beanspruchte die Obrigkeit jedoch keinerlei Mitnutzungsrechte. Bis gegen Ende des 16. Jahrhunderts zog die Zentralgewalt indessen die forstliche Gerichtsbarkeit weitgehend an sich. Trotz entsprechenden Vorstössen kam es allerdings nirgends zu einer völligen Beförderung von Gemeinhölzern durch landesherrliche Forstbeamte. Während beispielsweise in Tirol und Bayern die Territorialfürsten bereits im ausgehenden Mittelalter die Grundlagen für eine staatliche Forstorganisation schufen, begann die Zürcher Obrigkeit erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts mit dem Aufbau einer eigenständigen Forstverwaltung.

Die Durchsetzung des staatlichen Forstregals ging nicht allein auf Kosten der Gemeinden. In der Regel gehörten auch die Inhaber der niedern Gerichtsherrschaften zu den Verlierern. Einerseits beschchnitt man ihren herkömmlichen Nutzungsanteil an Holz und Weide, anderseits büssten sie eine Reihe von forstpolizeilichen Kompetenzen ein, des weitern entzog man ihnen den hohen Wildbann. Vor allem letzteres illustriert deutlich den sozialen und staatsrechtlichen Abstieg der Niedergerichtsherren.

Ebenso wie in den süd- und westdeutschen Territorien bildete sich in einzelnen eidgenössischen Städteorten im 16. Jahrhundert eine zentrale Forstpolitik heraus. Im Laufe des Ancien Régime gelang es den Obrigkeiten, ihren Anspruch auf Forsthoheit gegenüber sämtlichen Waldbesitzern weitgehend durchzusetzen. Während andernorts jagdliche, fiskalische oder merkantilistische Interessen die staatliche Forstgesetzgebung bestimmten, war das Hauptmotiv der zürcherischen Forstpolitik die Furcht vor dem drohenden Holzmangel. Doch die obrigkeitliche Forstpolitik darf nicht bloss als Ausdruck der landesväterlichen Sorge für das Wohl der Untertanen verstanden werden; nicht zuletzt war sie ein Machtinstrument, um die Herrschaft der Stadt über die Landschaft zu festigen.

ANMERKUNGEN ZU TEIL 1:

- 1 Bollinger, A. Zürcher Landschaft. S. 34
- 2 Kunz, E. Gemeindefreiheit. S. 55
- 3 A 99.5
- 4 Näf, A. Kirchgemeinde Hinwil, S. 55 ff.
Rechtsquellen Kt. Zürich. Bd. I. S. 101
- 5 A 99.5 Gemeindewerkverzeichnis 1593
- 6 A 99.3 Einzugsbegehren 1613
- 7 A 99.4 Bittschrift der Gemeinde Schlatt, 1698
Braun, R. Industrialisierung und Volksleben. S. 168 ff.
- 8 A 99.5 Einzugsbegehren 1586
- 9 A 99.5 Einzugsbegehren 1601
- 10 A 99.2 Einzugsbrief 1644
- 11 B V 31, fol. 247 Einzugsbegehren 1592
- 12 A 99.1 Gemeindewerkverzeichnis 1638
- 13 A 99.6 Einzugsbegehren von Wasterkingen 1597
A 99.3 Gemeindegutsbeschreibung von Kloten 1597
A 99.4 Gemeindegutsbeschreibung von Ossingen 1610
A 99.5 Einzugsbegehren von Trüllikon 1604
- 14 A 99.4 Einzugsbegehren 1641
- 15 A 99.4 Gemeindegutsbeschreibung 1587
- 16 A 99.4 Gemeindegutsbeschreibung 1597
- 17 A 99.6 Einzugsbegehren 1590
- 18 A 99. 1 - 7
- 19 Hildebrandt, W. Bülach, S. 234
Schreiber, A. Rudolfingen. S. 90 f.
Vgl. Manuskript 650 Jahre Zürcherische Forstgeschichte, Bd. I.
Amtswald Töss.
- 20 Zollikon: Nüschi, H. Das alte Zollikon. S. 196
Neftenbach: W 45.5 Zürcher Rechtsquellen
Altikon: A 99.1 Einzugsbegehren 1570
Flaach: A 99.2 Gemeindegüterverzeichnis 1574
Högg: A 99.2 Einzugsbegehren 1587
Unterstrass: A 99.5 Gemeindegüterverzeichnis
Kloten: A 99.3 Gemeindegüterverzeichnis

Mettmenstetten: A 9.3 Einzugsbrief 1604
 Theilingen: A 99.6 Einzugsbegehren 1619
 Dachsen: A 99.1 Einzugsbegehren 1620
 Itzikon: A 99.2 Gemeindegutsbeschreibung 1668

- 21 A 99.4 Schuldenverzeichnis
- 22 K II 181: 1 - 7 Akten Helvetik, Gemeindetabellen
- 23 B IX 86 - 91 Akten Naturforschende Gesellschaft
- 24 A 99.3 Gemeindegutsbeschreibung von Oberhasli 1639
 A 99.3 Gemeindegutsbeschreibung von Oberillnau 1587
- 25 A 99.2 Beschreibung aller Gemeinden in der Herrschaft Eglisau
 Gemeingut 1585
 A 99.1 Verzeichnis aller Gemeinden in der Herrschaft
 Andelfingen habenden gemeinen Gutes 1586
 A 99.3 Beschreibung der Gemeinwerchen in der Grafschaft
 Kyburg 1587
- 26 Bernhard, H. Landwirtschaftlicher Atlas, Karte 8.
- 27 Häusler, F. Emmental. Bd. II. S. 172
- 28 Häusler, F. Emmental. Bd. II. S. 175
- 29 Braun, R. Industrialisierung und Volksleben. S. 38.
- 30 Nachfolgende Gemeinden besaßen im 16. Jht. kein Gemeindeland,
 wohl aber verfügten sie über bescheidene Einkaufsgelder:
 Adlikon, Bäretswil, Stallikon, Bertschikon, Gossau-Greut, Raat-
 Schüpfheim, Egg-Vollikon, Reutlingen.
- 31 Braun, R. Industrialisierung und Volksleben. S. 40.
- 32 Kläui, P. Atlas. Tafel 35.
- 33 Braun, R. Industrialisierung und Volksleben. S. 41
- 34 A 99.4 Gemeindegutsbeschreibung 1590 und 1650.
- 35 K II 181 / Waldflächenverzeichnis 1950.
- 36 Wullschleger, E. Eigentums- und Nutzungsrechte, S. 209
- 37 A 99.3 Beschreibung der Gemeinwerchen in der Grafschaft
 Kyburg, vom 10. Mai 1587
- 38 In der Einleitung der Holzordnung für die Gemeinde Weiach ist
 beispielsweise die Rede davon: "das die gemeinde zu Wyach .. ire
 fronweld und gemeinen höltzer ussrütint .." (C I 2979).
- 39 A 99.3 Gemeindegutsbeschreibung 1587

- 40 A 97.3 Öffnung von Embrach 1543
- 41 In der Grafschaft Baden und den Freien Aemtern bestand die gleiche Situation. Vgl. Wullschlegler, E. Eigentums- und Nutzungsrechte, S. 18.
- 42 A 99.5 Einzugsbegehren 1591
- 43 Vgl. Wullschlegler, E. Eigentums- und Nutzungsrechte. S. 65. Hier findet sich ein entsprechendes Schema zur Eigentumsentwicklung im Aargau.
- 44 XX
- 45 Bernhardt, A. Geschichte des Waldeigenthums, S. 187
Eichhorn, O. Forstordnungen, S. 2.
Mantel, W. Forstorganisation, S. 407.
Curti, O. Forstgesetzgebung, S. 14.
- 46 Häusler, F. Emmental, Bd. I., S. 194.
- 47 Wirz, W. Forstpolitik, S. 25.
- 48 Kiess, R. Forsten, S. 140.
- 49 Eichhorn, O. Forstordnungen, S. 1.
- 50 Wirz, W. Forstpolitik, S. 26.
- 51 Timm, A. Waldnutzung, S. 107.
- 52 Endres, Max, Waldbenutzung, S. 136 ff.
- 53 Eichhorn, O. Forstordnungen, S. 2.
- 54 Wirz, W. Forstpolitik, S. 104 ff.
- 55 Mantel, K. Aufsätze Bd. III., S. 181 f.
- 56 Wobst, A. Markwald, S. 33.
- 57 Mantel, K. Beiträge, S. 84 ff.
- 58 Naumann, G. Forstgeschichte, S. 24.
- 59 Dokumente Waldmann, Bd. II., S. 5 ff.
- 60 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 47 ff.
- 61 A 129.1
- 62 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 469 ff.
Holzordnung von Dübendorf 1592
- 63 A 139.4
- 64 C V 3 : 6

- 65 B III 66
- 66 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 253
- 67 C I : 2979
- 68 A 97.5
- 69 Timm, A. Waldnutzung, S. 98.
- 70 A 99.4
- 71 C I : 1969
- 72 A 139.3
- 73 Altstetten A 99.1
 Berg a.I. B V 31
 Schleinikon A 99.5
 Ringwil A 99.2
- 74 Richtebrief von Zürich (1304).
- 75 Strickler, J. Horgen, S. 56 ff.
- 76 A 65
- 77 Vgl. Hausrath, H., Entwicklung des Waldeigentums, S. 189 f. Auch
 Wobst, A., Markwald, S. 32 f. macht darauf aufmerksam, dass es
 manchen Grund-oder Landesherren, unterstützt von ihren
 Rechtsberatern gelungen sei, Eigentumsrechte an Markwaldungen
 zu erheben und durchzusetzen.
- 78 Bühler, A. Wald und Jagd, S. 8 ff.
- 79 Hausrath, H. Entwicklung des Waldeigentums, S. 196.
- 80 F IIa 255
- 81 C I : 1932
- 82 Zürcher Stadtbücher, Bd. III., S. 174 ff.
- 83 Kläui, H. Flurlingen, S. 78 f.
- 84 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 142.
- 85 B II : 28. Okt. 1557, Spruch im Weidgangsstreit Rieden,
 Bassersdorf und Dietlikon
- 86 Kläui, H. Marthalen, S. 54 f.
- 87 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 320.
- 88 Farner, A. Stammheim, S. 323.
- 89 W 45.1 Ordnung der Hölzer zu Bachenbülach.

- 90 Bluntschli, J.C., Staats- und Rechtsgeschichte, Teil 1., S. 261.
- 91 W 45.3 Urteil um Aadorfer Wald am Huggenberg.
- 92 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I. S. 115 f.
- 93 Steinemann, H. Dorfverfassungen, S. 87.
- 94 Steinemann, H. Dorfverfassungen, S. 87.
Laut der Öffnung von Breite genügten bereits drei Schuh Land, -
Eigen oder Lehen - , um weidenössig mit den Dorfgenossen in Holz
und Feld zu sein.
- 95 A 97.7 Weiach 1596/97
- 96 Braun, R. Industrialisierung und Volksleben, S. 46.
- 97 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 79 / Ordnung für Affoltern
a.A.
Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 375 / Holzordnung für Adetswil
- 98 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 101.
- 99 Krebs, E. Waldungen, S. 42.
- 100 A 99 : 1
- 101 Krebs, E. Waldungen, S. 41 f.
- 102 Truninger, A. Wiesendangen.
- 103 Krebs, E. Waldungen, S. 41 f.
- 104 Honegger, Hinwil, S. 61.
- 105 Häusler, F. Emmental, Bd. I., S. 282.
- 106 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 65.
- 107 C I 17 : 590
- 108 Häusler, F. Emmental, Bd. I., S. 282.
- 109 Steinemann, H. Dorfverfassungen, S. 99.
- 110 Sigg, O. Zürcher Landschaft, S. 18.
- 111 A 116.1
- 112 B V 4 fol. 6
- 113 A 97.7
- 114 C II 17 : 650
- 115 C II 17 : 716

- 117 B V 18 fol. 67
- 118 B II : 5. Feb. 1556
- 119 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 339 ff.
- 120 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 200.
- 121 F IIa 436 fol. 351 - 356
- 122 A 139.3
- 123 A 114.1
- 124 A 97.7
- 125 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 149 ff. und S. 187 ff.
- 126 Ziegler, P. Männedorf, S. 38 f.
- 127 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 195 ff.
- 128 A 139.3
- 129 zit. nach Weisz, L. Opfikon.
- 130 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 76
- 131 Sigg, O. Zürcher Landschaft, S. 21
- 132 B V 6 fol. 114
- 133 Sigg, O. Zürcher Landschaft, S. 20
- 134 B V 2 fol. 120
- 135 Vgl. Öffnung von Wettswil (1468)
- 136 A 99. 1 - 2
- 137 Vgl. A 99.6 Einzugsbrief Wädenswil (1640)
Vgl. A 99.6 Einzugsbrief Weiach (1598)
- 138 A 99.2
- 139 A 99.6 zum Beispiel: Einzugsbrief Weiach (1598)
- 140 A 99.1 zum Beispiel: Einzugsbrief Aesch a. A. (1600)
- 141 Steinemann, H. Dorfverfassungen, S. 94
- 142 Vgl. Einzugsbrief u. Holzordnung Ottenbach 1566 A 99.4
Vgl. Einzugsbrief und Gemeindeordnung Lufingen (1588) A 99.3
- 43 A 99. 1 - 6 Gemeindegüter und Einzugsbriefe

- 144 A 99.2
- 145 A 99.2 zum Beispiel: Gemeinden Flaach um 1600
- 146 Largiadèr, A. Untersuchungen Landeshoheit, S. 10.
- 147 A 124.1
- 148 Largiadèr, A. Untersuchungen Landeshoheit, S. 9.
- 149 Strickler, G. Herrschaft Grüningen, S. 94.
- 150 A 124.1
- 151 Strickler, G. Herrschaft Grüningen, S. 95.
- 152 Zit. nach: Weisz, L. Forstpolitik Waldmanns, S. 281.
- 153 A 42.1
- 154 Weisz, L. Zürcher Stadtbücher, Bd. III., S. 213 f.
- 155 Weisz, L. Forstpolitik Waldmanns, S. 282.
- 156 A 42.1
- 157 Zit. nach: Weisz, L. Forstpolitik Waldmanns, S. 282.
- 158 Dokumente Waldmann, Bd. II., S. 7 f.
- 159 Dokumente Waldmann, Bd. II., S. 13 f.
- 160 Peyer, H.C., Verfassungsgeschichte, S. 73.
- 161 Dändliker, K. Waldmannische Spruchbriefe, S. 14 ff.
- 162 Nabholz, H. Bauernbewegung, S. 39 ff.
Bühler, A. Wald und Jagd.
- 163 Nabholz, H. Bauernbewegung, S. 47 ff.
- 164 Actensammlung Reformation, S. 333 f.
- 165 Nabholz, H. Bauernbewegung, S. 52.
- 166 Actensammlung Reformation, S. 333 f.
- 167 Wirz, W. Forstpolitik, S. 24.
- 168 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 254.
- 169 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 47.
- 170 A 129.1

- 171 Vogel, O. Ländliche Einung, S. 124.
- 172 Vgl. Offnungen von Altikon (1479), Brütten (14./15. Jht.) und Oberdürnten (1485).
- 173 Vogel, O. Ländliche Einung, S. 64.
- 174 Vgl. Holzordnung für Stein am Rhein (1549), Holzordnung für Rütliwald (1557), Holzordnung für Fraumünsterforst (1541).
- 175 Fronwald: Wald mit herrschaftlichen Eigentumsrechten, in dem auch Private oder Gemeinden Nutzungsrechte wahrnehmen.
- 176 A 97.5 Offnung von Regensburg.
- 177 Balzer, J. Gerichtsherrschaft Uitikon, S. 98 ff.
- 178 Schauberg, Rechtsquellen, S. 136.
- 179 Vgl. Holzordnungen von Regensdorf (1572), Zürich-Affoltern (1559), Herrliberg (1572).
- 180 B II Ratsmanuale 25.11.1584
- 181 Hedinger, H. Schöfflisdorf, S. 86 ff./ Hedinger, H. Oberweningen. S. 35 ff.
- 182 Nauer, W. Gemeindewesen, S. 12 f.
- 183 Bluntschli, J.C. Staats- und Rechtsgeschichte, Teil 2., S. 90 f.
- 184 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 51 (Holzordnung Aesch-Maur).
- 185 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 200
- 186 z.B. A 97.7 Offnung Weiach 1596/97
- 187 Vgl. A 139.3 Akte vom 6.3.1574
- 188 Kunz, E. Gemeindefreiheit, S. 88 ff.
- 189 Peter, G. Bauernkrieg, S. 116
- 190 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 50
- 191 Vgl. Heer, A. Holzkorporation Zollikon, S. 67
- 192 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 125
- 193 C I: 2979
- 194 A 97.3. z.B. Gemeindeordnung von Embrach (1543)
- 195 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 102
- 196 Rennefahrt, H. Bernische Rechtsgeschichte, Teil 2., Seite 147

- 197 Vgl. Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 208 f., Rechte und Freiheiten der Gemeinde Altikon (1479).
Vgl. Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 147 ff., Öffnung von Brütten (15. Jht.).
- 198 Vgl. Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 22.
Öffnung von Birmensdorf (14. Jht.)
Vgl. Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 495
Öffnung von Berg am Irchel (15. Jht.)
- 199 Vogel, O. Ländliche Einung, S. 78 ff.
- 200 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 73 f.
- 201 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 221
- 202 W 45.6
- 203 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 126
- 204 Rechtsquellen Högg, S. 51 – 58
- 205 Nüschi, A. Zollikon, S. 195
- 206 Nüschi, A. Zollikon, S. 196
- 207 Vogel, O. Ländliche Einung, S. 124
- 208 Meyersches Promptuar der Ratsmanuale: Holzordnungen
- 209 Vogel, O. Ländliche Einung, S. 125
- 210 C III 10 : 200
- 211 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 56 / Lediglich eine Busse von 9 s. sah die Gemeindeordnung von Lufingen (1588) für Holzfrevel vor.
- 212 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 154
- 213 Vgl. Holzordnungen von Regensberg, Weinigen und Dübendorf
- 214 Vgl. Holzordnung für Regensdorf
- 215 z.B. A 97.7 Öffnung von Weiach (1596/97)
- 216 Unter diesen Nebennutzungen hat man folgendes zu verstehen:
Schneiteln = Abhacken von Ästen zur Gewinnung von Streue/Futter
Stücken = Abhauen der Baumwipfel als Streue
Serlen = Fällen von jungen Tannen als Zaunlatten.
- 217 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 470
- 218 Heer, Holzkorporation Zollikon, S. 59
- 219 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 59

- 220 C I: 2979
- 221 F IIa 436
- 222 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 17, Bd. II., S. 73, S. 234
- 223 Nüsch, A. Zollikon, S. 195 f.
Schoch, F. Küsnacht, S. 423
C V.3 6e Urkunden Holzkorporation Richterswil
- 224 A 97.7
- 225 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 166
- 226 Hedinger, H. Schöfflisdorf, S. 86 ff.
- 227 Weisz, L. Holzkorporation Opfikon, S. 10
- 228 A 139.3
- 229 Vgl. Holzordnungen für Aesch b. Maur, Aesch a.A., Affoltern a.A.,
Dielsdorf, Rieden, Dübendorf; Öffnung Männedorf (1534),
Oberhasli, Steinmaur, Schöfflisdorf.
- 230 Vgl. Öffnungen von Hedingen (15. Jht.), Neftenbach und
Bassersdorf
- 231 Vogel, O. Ländliche Einung, S. 128
- 232 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 15
C III 10 : 200 Ergänzung zur Holzordnung (1605).
- 233 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 375
- 234 A 97.3
- 235 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 49
- 236 C III 10 : 200
- 237 C II 17 : 590
- 238 Vgl. Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 77
- 239 B II Ratsmanuale 25.1.1602
- 240 A 139.4
- 241 A 97.4
- 242 A 97.7
- 243 Im einzelnen galten folgende Termine: Regensdorf: St. Michael/
Schleinikon : St. Gallentag / Dübendorf: um Martini
- 244 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 56

- 245 Z.B. Holzordnung von Dübendorf und Aesch.
- 246 B II Ratsmanuale 27.4.1580
- 247 Hüssy, H. Staatshaushalt, S. 32 - 57
- 248 C I 2979
- 249 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 56 und 401
- 250 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 96 / C V.3 6e
- 251 Schauberg, Rechtsquellen, S. 131
- 252 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 470 / Vergleiche auch die Holzordnung für Flaach (1582) und das Holzverkaufsverbot für Birmensdorf (B II Ratsmanuale 10.10.1556).
- 253 C I : 2979 / Ausserdem gestattete auch die Holzordnung für Regensdorf (1597), dass die Gemeinde in geringem Masse Holz verkaufen dürfe, und der Erlös in die Gemeindekasse zu legen sei.
- 254 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 261 ff.
- 255 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 126 f.
- 256 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 401
- 257 Weisz, L. Forstpolitik Waldmanns,
- 258 Vgl. Holzordnungen für Affoltern a.A., Birmensdorf, Buchs und Weiach.
- 259 Vgl. Holzordnung von Opfikon (1549).
- 260 B II Ratsmanuale 25.5.1541
- 261 Sigg, O. Zürcher Landschaft, S. 4 ff. Im 16. Jht. tätigten u.a. die Leute von Niederweningen Rodungen im Gemeindewerk in der Grössenordnung von 250 ha.
- 262 Grossmann, H. Zürcherische Holzversorgung u. Forstverwaltung, S. 6 ff. Manuskript Krebs, E. Holzversorgung der Stadt Zürich im Ancien Régime
- 263 Brüngger, H. Weisslingen, S. 274 f. / Streit um den Dettenrieder Wald mit den Leuten von Kiburg um 1540.
C I : 1932 / Konflikte zwischen der Gde. Töss und dem Lv. von Kiburg um die Bannhalde, ca. 1558.
- 264 Weisz, L. Zürcher Stadtwaldungen, S. 36 f.
- 265 B V 8 fol 176 Ratsurkunden.
- 266 A 139.3 Holzordnung von Regensberg (1569)
- 267 F I 58

- 268 F IIa 189
- 269 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 137
- 270 C II 17 : 438
- 271 A 97.7
- 272 Krebs, E. Waldungen, S. 104
- 273 A 139.3 (1569) / Aehnlich lautete die Vorrede zur Holzordnung von Uerzlikon (1570).
- 274 Krebs, E. Waldungen, S. 104
- 275 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 95
- 276 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 47 ff.
- 277 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 94 / Bd. II., S. 401
- 278 A 129.1
- 279 C I 2619
- 280 C I 219
- 281 A 109
- 282 A 139.3
- 283 A 97.5 Holzordnung von Regensdorf (1572) / Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 77. Holzordnung für Affoltern a.A.
- 284 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 253
- 285 Krebs, E. Waldungen, S. 163
- 286 B I 179 fol. 365 ff.
- 287 Vgl. Krebs, E. Waldungen, S. 163
- 288 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 127
- 289 F I 62
- 290 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 197
- 291 A 139.3
- 292 A 97.7
- 293 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 96
- 294 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 94

- 295 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 95
- 296 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 339
- 297 Krebs, E. Waldungen, S. 164
- 298 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 77
- 299 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. II., S. 339 f.
- 300 Krebs, E. Waldungen, S. 142
- 301 Dändliker, K. Geschichte Zürichs, Bd. II., S. 388
- 302 Vgl. Amtsrechte von Andelfingen (1534), Elgg (1535), Regensberg (1538) und Ossingen (1601)
- 303 Pestalutz, J. Statute, Bd. II., S. 135 ff.
- 304 Kägi, J.H. Wädenswil, S. 17 ff.
- 305 Pestalutz, J. Statute, Bd. II., S. 195 ff., Art. 7
- 306 Pestalutz, J. Statute, Bd. II., S. 52 ff., Art. 60
- 307 A 97.7
- 308 Bluntschli, J.C. Staats- und Rechtsgeschichte, 2. Teil, S. 74 f.
- 309 Pestalutz, J. Statute, Bd. I., S. 181 ff., Art. 71
- 310 Pestalutz, J. Statute, Bd. II., S. 195 ff., Art. 190
- 311 Pestalutz, J. Statute, Bd. II., S. 195 ff., Art. 188
- 312 Pestalutz, J. Statute, Bd. II., S. 28 ff., Art. 34
- 313 Pestalutz, J. Statute, Bd. I., S. 258 ff., Art. 50
- 314 Pestalutz, J. Statute, Bd. II., S. 195 ff., Art. 11 / Bd. I., S. 57 ff., Art. 48
- 315 A 42.1
- 316 A 42.1
- 317 A 42.1
- 318 A 42.3
- 319 Krebs, E. Waldungen, S. 193
- 320 A 42.1 / III AAbI Gedruckte Mandate
- 321 Weisz, L. Waldordnung von 1755, S. 298

- 322 Forststatistik 1900, S. 29
- 323 Forststatistik 1900, S. 29
- 324 Zürcher Stadtbücher, Bd. II., S. 47 f.
- 325 Hildebrandt, W. Bülach, S. 234
- 326 Hildebrandt, W., Bülach, S. 49
- 327 J 81 Ratserkenntnis betr. die Gerichtsherren von Waldkirch
- 328 C III 10 : 12
- 329 C I : 1853
- 330 C I : 1956 (1525)
- 331 Rechtsquellen, Kt. Zürich, Bd. I., S. 512 f.
- 332 W 45.10
- 333 Stauber, E. Altikon a.T., S. 33
- 334 Kägi, J.H. Wädenswil, S. 45 ff.
- 335 Urkunden Konstanz C II 6 : 97a
- 336 C I 2694 (1608)
- 337 C I 2695 (1608)
- 338 C I 2696 (1620)
- 339 Kläui, H. Oberwinterthur, Bd. II., S. 51 f.
- 340 Kläui, H. Oberwinterthur, Bd. II., S. 49
- 341 Lutz, A. Zürcher Jagd, S. 72 f.
- 342 B II Ratsmanuale 1558
- 343 Lutz, A. Zürcher Jagd, S. 78 f.
- 344 B III 69c / C I : 2980
- 345 Lutz, A. Zürcher Jagd, S. 105
- 346 C II 17 : 866
- 347 C II 17 : 866
- 348 Bessire, P.-O. Histoire du Jura Bernois, S. 199 ff.
Müller, G.A. Buch vom Berner Jura, S. 279 ff.

- 349 Fankhauser, F. Geschichte des bernischen Forstwesens, S. 5 ff.
- 350 Curti, O., Forstgesetzgebung des Kts. Luzern, S. 14 f.
- 351 Schuler, A. Wald- und Holzwirtschaftspolitik.
- 352 Rubner, H. Forstverfassung Frankreichs.
Mantel, K. Forstgeschichtliche Beiträge.
- 353 Wirz, W. Forstpolitik.

ANMERKUNGEN ZU TEIL 2 :

- 1 Strickler, Herrschaft Grüningen, S. 65 ff.
- 2 Largiadèr, A. Geschichte Zürich, Bd. I., S. 62
- 3 Vgl. Mittheilungen zur Vaterländischen Geschichte, NF 3/1872, Exkurs II.
- 4 Greminger, R. Gütergeschichte, S. 24 f.
- 5 Greminger, R. Gütergeschichte, S. 77 ff.
- 6 Greminger, R. Gütergeschichte, S. 110 ff.
- 7 Strickler, G. Dürnten, S. 64
- 8 Greminger, R. Gütergeschichte, S. 47
- 9 Greminger, R. Gütergeschichte, S. 47
- 10 Greminger, R. Gütergeschichte, S. 62 ff.
- 11 Dändliker, K., Geschichte Zürich, Bd. I., S. 343 f.
- 12 Greminger, R. Gütergeschichte, S. 70 ff.
- 13 Wehrli, B. Finanzsystem, S. 18
- 14 Zuppinger, J.C. Rüti, S. 66 f.
- 15 Schweizer, P. Klostergüter, S. 12
- 16 F III 28 : (1730)
- 17 ZUB I : 393; II : 516/517; IV : 1477; V : 1890; VI : 2361; ZUB VIII : 2931; IX : 3223/3560; X : 3678/3788; XI : 4560/4607/4619.
- 18 ZUB VI : 2361 (11. Jan. 1296)
- 19 F IIa 371
- 20 C II 12 : 375
- 21 C II 12 : 451
- 22 C II 12 : 617 (20. Jan. 1511)
5 Jucharten Holz und Feld, genannt Hinterhaltberg
C II 12 : 622 (24. Mai 1512)
Ein Holz, im Spitz Brappel gelegen
C II 12 : 657 (24. Juni 1521)
9 Jucharten Holz und Feld an dem Heggensberg
C II 12 : 669 (9. Nov. 1523)
ein Wäldchen auf der Dachsegg

- 23 A 142.4 (1503) Kauf der Alp Poo
C IV : 2.3 (1517) Kauf der Alp Scheidegg
- 24 - Als das Amt 1599 eine neue Brunnenstube oberhalb von Tannerstellte,
erwarb es gleichzeitig den umliegenden Wald. Gegen Abtretung eines
Stücks des Rütivaldes übergab der Müller zu Kämmoos sein ca. 4 Jucharten
umfassendes Haselholz. (C II 12 : 2020)
- den Jahren 1600, 1612 und 1653 kaufte das Amt im Auftrag des Rechenrates
5 3/4 Juch. Wald bei Rüti gegen 260 Gulden ZH Währung. (C II 12 : 955,
984, 2025).
- 25 Pläne B 546 Grosses Lehenbuch, S. 12
- 26 C II 12 : 2096.6
- 27 F IIa : 371a
- 28 Zürcherische Forstgeschichte, Bd. II S. 49 ff.
- 29 C II 12 : 719, 721, 849, 2096.1, 1810, 1857
B II 141, fol 333
- 30 C II 12 : 725
- 31 C II 12 : 2093.12
- 32 C II 12 : 725 / F IIa : 371, fol 387 ff. und 483 ff.
- 33 C II 12 : 719 "Dannohin sol ein Pfleger inen ein Thannen in dem Holtz
Uelis Winckel zeigen und erlauben abzehouwen."
- 34 C II 12 : 2096.1
- 35 F I 177
- 36 C II 12 : 1386
- 37 C II 12 : 2093.1 / Leu, H.J. Allg. Lexikon
- 38 C II 12 : 2096.9 (1793) als Beispiel
- 39 F III 28 (1729 - 34)
- 40 F III 28 (1770 - 75)
- 41 F III 28 (1754)
- 42 Zürcherische Forstgeschichte, Bd. II, S. 25
- 43 C II 12 : 1803 (1788) als Beispiel
- 44 B III 92, fol 125 ff.
- 45 C II 12 : 1635

- 46 Grossmann, H. Entstehung der Staatswaldungen, S. 2
- 47 C II 12 : 2096.6
- 48 F IIa : 49a
- 49 Zürcherische Forstgeschichte, Bd. II., S. 51/69 ff.
- 50 Pläne P 151
- 51 B IX 92a
- 52 Zürcherische Forstgeschichte, Bd. II., S. 69
- 53 Forststatistik 1900, S. 28
- 54 C II 12 : 1216
- 55 F I 96
- 56 A 142.6
- 57 Häusler, F. Emmental, Bd. I., S. 287 / Vgl. mit Situation im Emmental
- 58 C II 12 : 2096.6
- 59 A 142.6
- 60 Vgl. B I 138 (6. Feb. 1503) / C II 12 : 1359 (August 1728)
- 61 Vgl. C II 12 : 1343, 1282, 1353
- 62 F I 88 : 120
- 63 C II 12 : 2096.11
- 64 C II 12 : 1966
- 65 Die Tabelle wurde aufgrund folgender Quellen erstellt:
F IIa 372, 381, 382, 382a, 371; RR I: 82h (1806)
- 66 Oberforstamt Zürich, WP 302 (1965)
- 67 Zürcherische Forstgeschichte, Bd. II, S. 146
- 68 C II 12 : 609
- 69 C II 12 : 828
- 70 B III 92, fol 125 - 131
- 71 B III 159, fol. 9 f.
- 72 C II 12 : 2088.3 (28. Mai 1754)
- 73 C II 12 : 1414a (1762)

- 74 C II 12 : 1414a (1762)
- 75 C II 12 : 1414a (1762)
- 76 C II 12 : 1394
- 77 C II 12 : 1621 (11. Feb. 1779)
- 78 C II 12 : 1634 (1779)
- 79 K II 182 : 11
- 80 C II 12 : 1414a
- 81 C II 12 : 1628 (17. April 1779)
- 82 F I 96
- 83 C II 12 : 1396 (1754)
- 84 C II 12 : 1389 (1779)
- 85 C II 12 : 1633 (1779)
- 86 C II 12 : 1628 (1779)
- 87 C II 12 : 844 (31. Okt. 1564)
- 88 C II 12 : 842 (24. Nov. 1563)
- 89 C II 12 : 876 (14. April 1575)
- 90 F IIa 371, fol 39 ff.
- 91 F IIa 371, fol. 215 ff.
- 92 C II 12 : 1356 (Mai / Juni 1726)
- 93 C II 12 : 1396 (27. Feb. 1754)
- 94 C II 12 : 1420 (Juli / Aug. 1762)
- 95 Finsler, Zürich im 18. Jht., S. 40
- 96 C II 12 : 1635 (1779)
- 97 C II 12 : 1389 (1750)
- 98 C II 12 : 828 (21. Okt. 1557)
- 99 C II 12 : 828
- 100 Vgl. Krebs, E. Waldungen, S. 142
- 101 Forststatistik 1900, S. 28 f

- 102 Vgl. C II 12 : 1216 (2. Juni 1681)
- 103 C II 12 : 1356 (Mai/Juni 1726)
- 104 C II 12 : 1355 (6. Juni 1726)
- 105 C II 12 : 828 "wan die Zyt sich zu beholzen erfordret und vorhanden ist .."
- 106 C II 12 : 1355 (6. Juni 1726)
- 107 C II 12 : 1420 (Juli/Aug. 1762)
- 108 C II 12 : 1420, 1628, 2088.21
- 109 C II 12 : 1420, 1635
- 110 Vgl. Kantonale Forstordnung von 1807, Artikel 6
- 111 C II 12 : 1635
- 112 Krebs, E. Waldungen, S. 175
- 113 F I 177
- 114 C II 12 : 1215
- 115 A 49 Akten Bauamt
- 116 C II 12 : 1215
- 117 Vgl. Hinweise in C II 12 : 1395, 1585
- 118 C II 12 : 1397
- 119 C II 12 : 1415
- 120 C II 12 : 1412
- 121 C II 12 : 1415
- 122 C II 12 : 1420 und 1419
- 123 C II 12 : 2020
- 124 C II 12 : 2096.12
- 125 C II 12 : 1501 (6.12.1770)
- 126 C II 12 : 1687
- 127 Oberforstamt Zürich WP 303 : 1969
- 128 Zürcherische Forstgeschichte, Bd. II., S. 136

- 129 C ·II 13 : 373
- 130 Zürcherische Forstgeschichte, Bd. II., S. 57 - 63
- 131 Zürcherische Forstgeschichte, Bd. II., S. 62
- 132 Steiner, R. Waldgeschichte, S. 24
- 133 C II 13 : 373
- 134 C I 2371
- 135 C I 2373
- 136 A 124.1
- 137 Steiner, R. Waldgeschichte, S. 24
- 138 A 142.4
- 139 C IV 2.3 Rüti Nr. 29
- 140 A 142.4
- 141 A 142.6
- 142 A 142.4
- 143 B I 139 fol. 681
- 144 A 142.4
- 145 C II 12 : 781
- 146 C II 12 : 799
- 147 C II 12 : 1399
- 148 C I : 2371
- 149 A 124.8
- 150 A 124.8
- 151 Pläne N 42
- 152 C II 12 : 2099.5 /Bauhofer, A. Berge, Wälder, S. 26
- 153 A 124.1
- 154 Bauhofer, A. Berge, Wälder, S. 39
- 155 A 124.2
- 156 Bauhofer, A. Berge, Wälder, S. 42

- 157 Bauhofer, A. Berge, Wälder, S. 48 f.
- 158 Bauhofer, A. Berge, Wälder, S. 51
- 159 A 142.6
- 160 A 142.4
- 161 C II 12 : 781 und 799
- 162 F II 371, fol. 133
- 163 F II 371, fol. 134
- 164 A 142.6
- 165 C II 12 : 1388 und 1393
- 166 C II 12 : 1677 / F I 172
- 167 C II 12 : 1877
- 168 C II 12 : 1878
- 169 C II 12 : 2069 und 1878
- 170 C II 12 : 1878
- 171 A 142.6
- 172 C II 12 : 1399
- 173 C II 12 : 1840, 2094.7, 1685
- 174 C II 12 : 1803
- 175 C II 12 : 1840
- 176 C II 12 : 2099.8, 1966
- 177 A 142.6
- 178 C II 12 : 1399
- 179 C II 12 : 1435
- 180 C II 12 : 1872
- 181 C II 12 : 1872
- 182 B I 149, fol. 643
- 183 C II 12 : 2099.1
- 184 F I 35

- 185 F I 88
- 186 C II 12 : 1452
- 187 F III 28 (1770)
- 188 C II 12 : 1704
- 189 C II 12 : 2073 / B I 149, fol. 643
- 190 C II 12 : 2073
- 191 A 142.6
- 192 Bauhofer, A. Berge, Wälder, S. 16
- 193 A 142.6
- 194 F III 28 (1760 - 1790)
- 195 Braun, Industrialisierung und Volksleben, Bd. I., S. 26
- 196 C II 12 : 1433
- 197 C II 12 : 2099.7
- 198 C II 12 : 2069
- 199 C II 12 : 1704
- 200 C II 12 : 1840
- 201 C II 12 : 1966
- 202 C II 12 : 2094.7
- 203 C II 12 : 1704
- 204 C II 12 : 1839
- 205 F I 177
- 206 Oberforstamt Zürich, Inventar 1879
- 207 Werdmüller, A. Memoribilia Tigurina, II., S. 193
- 208 Bernhard, H. Wirtschaftsgeographie, S. 16
- 209 C II 12 : 1274
- 210 C II 12 : 2020
- 211 C II 12 : 1215
- 212 C II 12 : 2096.6

- 213 F IIa 371
- 214 Meier, F. Wetzikon, S. 145
- 215 F IIa 49a
- 216 Zeller, H. Bubikon, S. 170
- 217 C II 12 : 2096.7
- 218 C II 12 : 1968
- 219 C II 12 : 2300 b
- 220 C II 12 : 2315.5
- 221 Oberforstamt Zürich, WP 201
- 222 Forststatistik 1900, S. 76
- 223 C II 12 : 2096.6
- 224 C II 12 : 1659

LITERATURVERZEICHNIS

1. Ungedruckte Quellen:

Staatsarchiv Zürich:

A	42		Akten, Mandate
A	49		Akten, Bauamt
A	65		Akten, Sihlamt
A	97		Sammlung Zürcherischer Öffnungen
A	99		Gemeindegüter und Einzugsbriefe
A	109		Akten, Obervogtei Birmensdorf-Urdorf
A	114		Akten, Obervogtei Dübendorf-Schwamendingen
A	116		Akten, Herrschaft Elgg
A	124		Akten, Landvogtei Grüningen
A	129		Akten, Obervogtei Küsnacht
A	139		Akten, Landvogtei Regensburg
A	142		Akten, Klosteramt Rütli
B	I	134 - 152, 179	Kopiebücher
B	II		Ratsmanuale
B	III	48 - 49	Satzungs- und Verwaltungsbücher
B	III	66,69,92-95	Satzungs- und Verwaltungsbücher
B	V	2,4,6,8,18,31	Ratsurkunden
B	IX	47a, 86-89, 92a	Archiv, Naturforschende Gesellschaft
C	I		Urkunden, Stadt und Landschaft
C	II	6	Urkunden, Konstanz
C	II	12	Urkunden, Klosteramt Rütli
C	II	17	Urkunden, Rheinau
C	III	10	Urkunden, Hegi
C	IV	2	Urkunden Rütli, aus den Akten ausgeschiedene.
C	V	3	Urkunden, Holzkorporation Richterswil
F	I	58,62,88,96	Finanzarchiv, Allgemeines
F	I	165,171,172,177	Finanzarchiv, Allgemeines
F	IIa	49a,189,255,367, 368,371,372,376 381,382a,436	Urbarien der Klosterämter und Herrschaften Urbarien der Klosterämter und Herrschaften Urbarien der Klosterämter und Herrschaften
F	III	28	Rechnungen, Klosteramt Rütli
G	I		Archiv, Chorherrenstift Grossmünster
J	81		Akten Rheinau
K	I	86a	Akten Helvetik, Forstverwaltung
K	II	181, 182	Akten Helvetik, Gemeindetabellen /- Domänen
RR	I	82h	Neues Archiv, Finanzen, Amts-, Lehen-, Pfarrwälder
W	45		Manuskripte, Rechtsquellen Kt. Zürich

Meyersches Promptuar der Ratsmanuale (Kataloge).

Plansammlung Staatsarchiv:

B	546/547	Grosses Lehenbuch des Klosteramtes Rüti Urbar u. Pläne, Joh. Rud. Waser, 1701
N	33 - 47	Grenzpläne, Landvogtei Grüningen
P	6 - 89	Waldungen, Forstatlas Rüti
P	101, 105, 119-123	Waldungen, Klosteramt Rüti
P	151	Topographische Forstkarte des Kts. Zürich

Oberforstamt Zürich:

WP	302,303,201	Wirtschaftspläne
Inventar	1879	Inventar zum Staatswaldareal des Kts. Zürich, aufgestellt von Oberforstmeister E. Landolt.

2. Gedruckte Quellen:

- Actensammlung zur Geschichte der Zürcher Reformation. (Hsg.) E. Egli. Aalen 1973.
- Die Rechtsquellen des Kantons Zürich. Sammlung schweizerischer Rechtsquellen. (Hsg.) R. Hoppeler. 2 Bände. Aarau 1910/15. (Zit.: Rechtsquellen, Kt. Zürich).
- Die Rechtsquellen von Höngg. (Hsg.) U. Stutz. Basel 1897.
- Die Zürcher Stadtbücher des 14. und 15. Jahrhunderts. (Hsg.) H. Nabholz. Bd. II/III. Leipzig 1906.
- Dokumente zur Geschichte des Bürgermeisters Hans Waldmann. (Hsg.) E. Gagliardi. Bd. II. Basel 1913.
- Forststatistik des Kantons Zürich. 1789. Winterthur 1880.
- Forststatistik des Kantons Zürich. 1900. Zürich 1900.
- Gyger, H.C. Einer loblichen Statt Zürich eigenthümlich zugehörige Graf- und Herrschaften, Stett, Land und Gebiet. 1667 (Gygerkarte).
- Karte des Kts. Zürich im Massstab 1 : 25000 nach den in den Jahren 1843 bis 1851 gemachten Aufnahmen von 1852-65 auf Stein graviert im topographischen Bureau Zürich. (Wildkarte).
- Leu, Hans Jakob. Allgemeines helvetisches, eydgenössisches oder schweiz. Lexikon. Theil 14. Zürich 1758.
- Mandate, Druckschriftensammlung Staatsarchiv Zürich III AA b 1

- Richtebrief der Burger von Zürich 1304. In: Archiv für Schweiz. Geschichte. 5/1847.
- Urkundenbuch der Stadt und Landschaft Zürich. (Hsg.) Kommission der Antiquarischen Gesellschaft Zürich. Bde. I - XII. Zürich 1888-1939. (Zit.: ZUB).
- Vollständige Sammlung der Statute des Eidgenössischen Cantons Zürich. (Hsg.) J. Pestalutz. 2 Bde. Zürich 1830/39.
- Waldflächenverzeichnis des Kantons Zürich 1950. Statistische Mitteilungen des Kts. Zürich. 3. Folge 26/1953.
- Werdmüller, Anthonius. Memorabilia Tigurina. Theil II. Zürich 1790.
- Zeitschrift für noch ungedruckte schweiz. Rechtsquellen. (Hsg.) J. Schauberg, Bd. I. Zürich 1844.

3. Darstellungen:

- Allemann, Oskar. Die Gerichtsherrschaft Weiningen-Oetwil. In: Schweizer Studien zur Geschichtswissenschaft. NF 13/1947.
- Bader, K.S. Studien zur Rechtsgeschichte des mittelalterlichen Dorfes. 3 Bde. Weimar/Wien 1957 ff.
Bader, K.S. Bauernrecht und Bauernfreiheit im späten Mittelalter. In: Hist. Jahrbuch 61/1941, S. 51 - 87.
- Balzer, Jürg. Die Gerichtsherrschaft Uitikon-Ringlikon-Niederurdorf. Diss. Zürich 1952.
- Bauhofer, Arthur. Berge, Wälder, Grenzen und Siedlungen im Zürcher Oberland. Wetzikon/Rüti 1950.
- Bernhard, Hans. Wirtschafts- und Siedlungsgeographie des Tösstals. Diss. Zürich 1911.
Bernhard, Hans. Landwirtschaftlicher Atlas des Kantons Zürich. Bern 1925.
- Bernhardt, August. Geschichte des Waldeigentums, der Waldwirtschaft und Forstwissenschaft in Deutschland. Bd. I. Berlin 1872.
- Bessire, P.-O. Histoire du Jura Bernois et de l'ancien évêché de Bâle. Porrentruy 1935.
- Bikel, Hermann. Die Wirtschaftsverhältnisse des Klosters St.Gallen von der Gründung bis zum Ende des 13. Jahrhunderts. Freiburg i.B. 1914.
- Binder, Gottlieb. Geschichte der Gemeinde Adliswil. Adliswil 1944.
Binder, Gottlieb. Geschichte der Gemeinde Stadel. Stadel 1939.
- Bluntschli, J.C. Staats- und Rechtsgeschichte der Stadt und Landschaft

Zürich. Teile 2, Zürich 1838/39.

- Bodmer, Walter. Tendenzen der Wirtschaftspolitik der eidg. Orte im Zeitalter des Merkantilismus. In: Schweiz. Zs. für Geschichte 1/1951. S. 562-598.
- Bollinger, A. Die Zürcher Landschaft an der Wende des 18. Jahrhunderts. Diss. Zürich 1941.
- Braun, Rudolf. Industrialisierung und Volksleben. Bd. I. Erlenbach 1960.
- Brüngger, Hermann. Fehraltorf im Wandel des Jahrhunderts. Pfäffikon 1933.
- Brüngger, Hermann. Geschichte der Gemeinde Weisslingen. Weisslingen 1949.
- Bühler, Anton. Wald und Jagd zu anfang des 16. Jahrhunderts und die Entstehung des Bauernkrieges. Tübingen 1911.
- Chronik des Gemeinde Seuzach. Hsg. Gemeinde Seuzach. Seuzach 1963.
- Curti, Oscar. Die Forstgesetzgebung des Kantons Luzern. Diss. Bern 1928.
- Dändliker, Karl. Die sogenannten Waldmannschen Spruchbriefe, ihre Beurteilung und ihr Schicksal. In: ZTB 23/1900,
- Dändliker, Karl. Geschichte der Stadt und des Kantons Zürich. 3. Bde. Zürich 1908 ff.
- Denzler, Alice. Geschichte des Armenwesens im Kanton Zürich im 16. und 17. Jahrhundert. Diss. Zürich 1920.
- Egli, Emil. Das Zürcher Oberland. Wetzikon 1971.
- Eichhorn, O. Der waldbauliche Gehalt der südwestdeutschen Forstordnungen. Diss. Freiburg i.B. 1952.
- Endres, Max. Die Waldbenutzung vom 13. bis Ende des 18. Jahrhunderts. Tübingen 1888.
- Fankhauser, F. Geschichte des bernischen Forstwesens von seinen Anfängen bis in die neuere Zeit. Bern 1893.
- Farner, Alfred. Geschichte der Kirchgemeinde Stammheim und Umgebung. Zürich 1911.
- Finsler, Georg. Zürich in der zweiten Hälfte des 18. Jhts. Teil 3. In: Njbl. der Waisenhausgesellschaft. 43/1880. S. 3 -49.
- Greminger, Rudolf. Die Gütergeschichte der Prämonstratenserabtei Rüti im Kanton Zürich. Diss. Zürich 1950.
- Grossmann, Heinrich. Forstpolitik, Forstverwaltung und Holzversorgung des Kts. Zürich von 1798-1960. Bd. II. von '650 Jahre Zürcherische Forstgeschichte', Zürich 1965. (Zit.: Zürich. Forstgeschichte, Bd. II.)
- Grossmann, Heinrich. Zürcherische Holzversorgung und Forstverwaltung im

19. und 20. Jahrhundert. 2. Heft /Bd. II. von '650 Jahre Zürcherische Forstgeschichte', Zürich 1938.

Grossmann, Heinrich. Die Entstehung der Zürcherischen Staatswaldungen. In: SZF 7/1961, S. 404 - 411.

Grossmann, Heinrich. Die Waldweide in der Schweiz. Zürich 1926.

- Hagen, Clemens. Die Entwicklung der forstlichen Zustandserfassung in einigen Waldgebieten der Ostschweiz und ihre Beziehungen zur allgemeinen Entwicklung. Diss. ETH Zürich 1960.
- Häusler, Fritz. Das Emmental im Staate Bern bis 1798. 2 Bde. Bern 1958 ff.
Häusler Fritz. Vier Jahrhunderte bernischer Forstpolitik am Beispiel der Toppwald-Staatswälder im Amtsbezirk Konolfingen. In: SZF 119/1968, S. 778 - 793.
- Hakios, A. Die Waldungen des Freiamtes vor 1798. In: Anzeiger aus dem Bezirk Affoltern. 15. Juli - 9. Sept. 1938.
- Hauser, Albert. Wald und Feld in der alten Schweiz. Zürich 1972.
- Hauser, K. Geschichte der Stadt, Herrschaft und Gemeinde Elgg. Elgg 1895.
- Hausrath, Hans. Die Entwicklung des Waldeigentums und der Waldnutzungsrechte im spätern Mittelalter. In: Allg. Forst- und Jagdzeitung. 100/1924. S. 185 - 197.
- Heer, Albert. Die Holzkorporation Zollikon. Zollikon 1928.
- Hedinger, Heinrich. Ortsgeschichte von Schöfflisdorf. Schöfflisdorf 1965.
Hedinger, Heinrich. Ortsgeschichte von Oberweningen. Schöfflisdorf 1973.
Hedinger, Heinrich. Geschichte des Städtchens Regensberg. Bern 1969.
- Heimatbuch der Gde. Pfäffikon. (Hsg.) Gemeinde Pfäffikon. Pfäffikon 1962.
- Hess, Heinrich. Aus vergangenen Zeiten, Beiträge zur Lokalgeschichte der Gemeinde Wald im Kt. Zürich. Wald 1919.
- Hildebrandt, Walter. Bülach. Geschichte einer kleinen Stadt. Winterthur 1967.
- Hilf, Richard. Der Wald in Geschichte und Gegenwart. Potsdam 1938.
- Honegger, Walter. Die wirtschaftliche Entwicklung der Landgemeinde Hinwil. Diss. Bern 1948.
- Huber, Alfred. Der Privatwald in der Schweiz. Diss. ETH Zürich 1948.
- Hübner, Walther. Die geschichtliche Entwicklung der Forstgesetzgebung in Hohenlohe bis zum Jahre 1650. Diss. Freiburg i.B. 1967.
- Hüsey, Hans. Der Staatshaushalt Zürichs im 16. Jahrhundert. ZTB 73/1953, S. 32 - 57.

- Kägi, J.H. Geschichte der Herrschaft und Gemeinde Wädenswil. Wädenswil 1867.
- Kiess, Rudolf. Die Rolle der Forsten im Aufbau des württembergischen Territoriums bis ins 16. Jahrhundert. In: Veröffentlichungen der Kommission für gs. Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Bd. 3. Stuttgart 1958.
- Kilger, Laurenz. Das alte Oberholz und die Familie der Oberholzer. Uznach 1944.
- Kläui, Hans. Flurlingen von den Anfängen bis in die Neuzeit. Feuerthalen 1976.
- Kläui, H. Aus der Geschichte der Gemeinde Marthalen. Marthalen 1958.
- Kläui, H. Geschichte von Oberwinterthur. Bd. II. Winterthur 1971.
- Kläui, H. Geschichte der Herrschaft und Gemeinde Turbenthal. 2 Bde. Turbenthal 1960.
- Kläui, H. Geschichte der Gemeinde Wiesendangen. Wiesendangen 1969.
- Kläui, Paul / Imhof E. Atlas zur Geschichte des Kantons Zürich. Zürich 1951.
- Kläui, Paul. Stäfa - Die allgemeine geschichtliche Entwicklung bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Stäfa 1968.
- Kläui, Paul. Die Gerichtsherrschaft Flaach-Volken. Diss. Zürich 1932.
- Kläui, Paul. Geschichte der Gemeinde Horgen. Horgen 1952.
- Kläui, Paul. Geschichte der Gemeinde Uster. Zürich 1965.
- Krebs, Ernst. Die Waldungen der Albis- und Zimmerbergkette. Diss ETH Zürich 1947.
- Kunz, Erwin. Die Gemeindefreiheit im alten Zürich. Diss. Zürich 1948.
- Largiadèr, Anton. Untersuchungen zur zürcherischen Landeshoheit. Zürich 1920.
- Largiadèr, Anton. Geschichte der Stadt und Landschaft Zürich. Bd. I. Erlenbach 1945.
- Largiadèr, Anton. Die Anfänge der zürcherischen Landschaftsverwaltung. Habil. Zürich 1932.
- Leitfaden für die Bearbeitung von Regionalwaldgeschichten, Reviergeschichten und Bestandesgeschichten. Zürich 1973.
- Lipp, E. Der Albisriederwald. In: Jahrbuch Albisrieden 69/1966. S. 3 - 21.
- Lüssi, Hermann. Chronik der Gemeinde Fischenthal. Wetzikon/Rüti 1933.
- Lutz, Albert. Die Zürcher Jagd. Zürich 1963.
- Mantel, K. Forstgeschichtliche Beiträge. Hannover 1965.
- Mantel, K. Gesammelte Aufsätze, Bd. III. Freiburg i.B. 1974.

- Mantel, W..Die Entwicklung der Forstorganisation im Ober-Allgäu. In: Allg. Forstzeitschrift 27/1972. S. 407 - 408.
- Meier, Felix. Geschichte der Gemeinde Wetzikon. Zürich 1881.
- Messikomer, Edwin. Geschichte der Gde. Seegräben. Zürich 1973.
- Meyer, Wilhelm. Ortsbeschreibung und Geschichte der Gemeinde Dübendorf. Zürich 1898.
- Nabholz, Hans. Die Bauernbewegung in der Ostschweiz. 1524 - 25. Diss. Zürich 1898.
- Nauer, Wilhelm. Das Gemeindewesen des Kantons Zürich. Zürich 1898.
- Naumann, Gerhard. Forstgeschichte der ehemaligen Grafschaft Sayn-Wittgenstein-Hohenstein bis 1900. Diss. Göttingen 1970.
- Näf, Arnold. Geschichte der Kirchgemeinde Hinwil. Zürich 1870.
- Nüschi, H. / Bruppacher, H. Das alte Zollikon. Zürich 1899.
- Obfelden, Geschichte der Gemeinde Obfelden. Obfelden 1947.
- Pechmann, H. Der Wald in der Wirtschaft und im Denken des 16. Jahrhunderts. In: Forstwissenschaftliches Centralblatt. 90/1971. Heft 1. S. 224 - 235.
- Peter, Gustav. Zürichs Anteil am Bauernkrieg 1653. Zürich 1908/09.
- Peyer, H.C. Verfassungsgeschichte der alten Schweiz. Zürich 1978.
- Regensdorf, 1100 Jahre. (Hsg.) Gemeinderat Regensdorf. Regensdorf 1970.
- Rubner, Heinrich. Untersuchungen zur Forstverfassung des mittelalterlichen Frankreichs. In: Vierteljahres-Zs. für Sozial- u. Wirtschaftsgeschichte. 49/1965.
- Rubner, H. Macht und Freiheit in der Forstgeschichte. In: Referate, XIV. IUFRO-Kongress. Bd. I., München 1967, S. 71 - 82.
- Schiess, Gabriele. Die Johanniterschaft Bubikon im 17. und 18. Jahrhundert. In: ZTB 96/1976, S. 21 - 39.
- Schmid, Bruno. Die Gerichtsherrschaften im alten Zürich. In: ZTB 89/1969, S. 8 - 34.
- Schnyder, Werner. Die Bevölkerung der Stadt und Landschaft Zürich vom 14. bis 17. Jahrhundert. Diss. Zürich 1925.
- Schoch, Franz. Geschichte der Gemeinde Küsnacht. Küsnacht 1951.
- Schreiber, Alfred. Rudolfingen im zürcherischen Weinland. Zürich 1954.
- Schuler, Anton. Wald- und Forstwirtschaftspolitik der alten Eidgenossenschaft. Habil. ETH Zürich 1979.
- Schwappach, Adam. Grundriss der Forst- u. Jagdgeschichte Deutschlands. Berlin 1883.
- Schweizer, Paul. Die Behandlung der zürcherischen Klostergüter in der

Reformationszeit. In: Theologische Zs. der Schweiz. Separatdruck Zürich 1885.

- Segesser, v. Philippe A. Rechtsgeschichte der Stadt und Republik Luzern. Bd. III. Luzern 1857.
- Sigg, Otto. Bevölkerungs-, agrar- und sozialgeschichtliche Probleme des 16. Jahrhunderts am Beispiel der Zürcher Landschaft. In: Schweiz. Zs. für Geschichte 24/1974. S. 1 - 25.
Sigg, O. Zürcher Finanzverwaltung im Spannungsfeld von Reformation und Frühhationalismus. ZTB 96/1976. S. 1 - 13.
Sigg, O. Die Entwicklung des Finanzwesens und der Verwaltung im ausgehenden 16. und 17. Jahrhundert. Diss. Zürich 1971.
- Stahel, Arnold. Gemeindebürgerrecht und Landrecht im Kanton Zürich. Diss. Zürich 1941.
- Stauber, E. Herrschaft und Gemeinde Altikon a.T. Altikon 1927.
- Steinemann, Hans. Geschichte der Dorfverfassungen im Kanton Zürich. Diss. Zürich 1932.
- Steiner, Rudolf. Die Waldgeschichte des obern Tösstals. Diss. ETH Zürich 1953.
- Stelzer, Jacob. Geschichte der Gemeinde Meilen. Bd. 1. Meilen 1934.
- Strickler, Gustav. Geschichte der Herrschaft Grüningen. Zürich 1908.
Strickler, G. Geschichte der Gemeinde Dürnten. Zürich 1916.
- Strickler, Johann. Geschichte der Gemeinde Horgen. Horgen 1882.
- Stieglitz, C. Geschichtliche Darstellung der Eigentumsverhältnisse an Wald und Jagd in Deutschland. Leipzig 1832.
- Studer, Julius. Die Geschichte der Kirchgemeinde Bäretswil. Zürich 1870.
- Timm, Albrecht. Die Waldnutzung in Nordwestdeutschland im Spiegel der Weistümer. Köln/Graz 1960.
- Truninger, Adolf. Geschichtliches aus Wiesendangen. In: Die Sonntagspost. Wochenbeilage. Winterthur 1900 - 02.
- Vögelin, Friedrich. Das Kloster Rüti. In: Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich. XIV., 2/1862.
- Vogel, Oscar. Der ländliche Einung nach den zürcherischen Rechtsquellen. Diss. Zürich 1953.
- Wallisellen, Geschichte der Gemeinde. Wallisellen 1952.
- Walser, Hermann. Veränderungen der Erdoberfläche im Umkreis des Kts. Zürich seit der Mitte des 17. Jahrhunderts. Bern 1896.
- Wehrli, Bernhard. Das Finanzsystem Zürichs gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Diss. Zürich 1943.

- Weisz, Leo. Holzkorporation Opfikon, 1836 - 1961. Opfikon 1964.
Weisz, L. Entstehung und Bedeutung der bischöflich-baselschen Waldordnung von 1755. In: Zs. für Schweizer Geschichte 15/1935, S. 273 - 317.
Weisz, L. Die Forstpolitik Hans Waldmanns. In: SZF 76/1925, S. 279 - 283.
- Wirz, W. Die Forstpolitik der südwestdeutschen Forstordnungen. Diss. Freiburg i.B. 1953.
- Wobst, Alfred. Der Markwald. Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte. Bd. 25. Stuttgart 1971.
- Wullschleger, E. Die Entwicklung und Gliederung der Eigentums- und Nutzungsrechte am Wald. Ein Beitrag zur aargauischen Forstgeschichte. Berichte EAFV 183/1978.
- Wyss, v. Friedrich. Abhandlungen zur Geschichte des schweizerischen öffentlichen Rechts. Zürich 1892.
- Zeller-Wermüller, H. Die Prämonstratenserabtei Rüti. In: Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft Zürich. 24/1897. S. 184 ff.
Zeller-Wermüller, H. Das Ritterhaus Bubikon. In: Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft Zürich. 49/1885. S. 169 ff.
- Ziegler, August. Beiträge zur Rechtsgeschichte von Regensberg, insbesondere das Schultheissengericht. Diss. Zürich 1931.
- Ziegler, Peter. Männedorf von den Anfängen bis zur Gegenwart. Stäfa 1975.
- Zuppinger, J.C. Die Prämonstratenserabtei Rüti. Rüti 1894.

LEBENS LAUF

Am 6. September 1953 wurde ich als drittes Kind meiner Eltern in Altstätten SG geboren, wo ich auch meine frühe Kindheit verbrachte. Seit 1958 lebten wir in Sargans, da mein Vater zur hiesigen Festungswachtkompanie überwechselte. In Sargans besuchte ich wie auch meine drei Schwestern die Primar- und Sekundarschule. Im Herbst 1973 schloss ich die Kantonsschule mit der Maturität Typus B ab. Darauf begann ich mit dem Studium der Geschichte, Pädagogik und Sinologie. Als Stipendiat war ich auf einen zusätzlichen Verdienst angewiesen; so arbeitete ich mehrere Jahre bei der Bahnpost. 1976, nach Absolvierung der obligatorischen Seminarien und Uebungen, nahm ich bei Herrn Prof. Dr. H.C. Peyer die Lizenziatsarbeit an die Hand. Im April 1978, wenige Monate nach meiner Heirat, schloss ich mein Studium mit der Lizenziatsprüfung ab.

Abschliessend begann ich mit der Abfassung der Dissertation. Seit 1979 war ich zudem als Hilfslehrer an verschiedenen Kantonsschulen tätig. Seit einiger Zeit arbeite ich auch an der Ortsgeschichte von Würenlos. Im Herbst 1980 konnte ich die Dissertation fertigstellen, worauf ich am 7. Nov. 80 das Doktorexamen bestand.

